Sommer 1990
Nr. 31 5,- DM

Atom Express & Atommüllzeitung

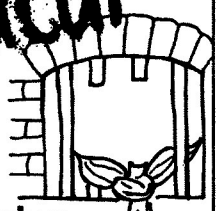
atom

Uranabbau in der DDR

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

wildcat 51 erscheint im Juni

Wildcat



England:
Klassenkrieg
(London - ein populäres Unterhaltungszentrum)
Knastrevolte
(Gut besuchte Sonntagsmesse)

Gruppenarbeit
"Just in Time":
Neue Organisationskonzepte des Kapitals
(Kein Grund zum Jammern!)
Berichte, Interviews, Thesen

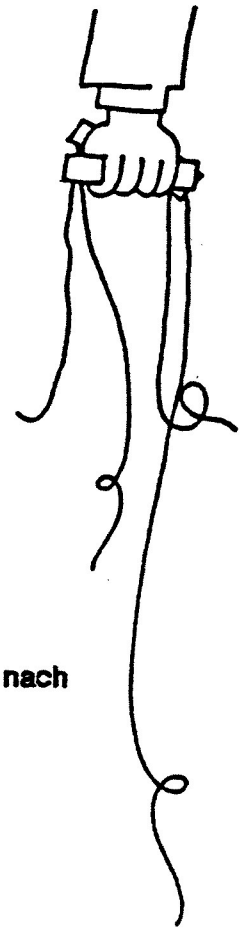
wildcat - Abo: 20 Mark für 6 Hefte
Abo und Bestellungen nur durch Überweisen auf "Sonderkonto Zeitung" H.Dietrich, Postgiro Berlin 31502-109

Neu erschienen:
TheKla 13 ***180 Seiten 8 Mark***
Klassenkämpfe im Sozialismus

SISINA, Postfach 360527, 1000 Berlin 36

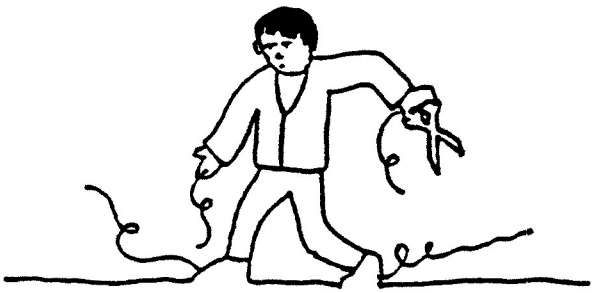
---

anti atom aktuell



aktuell über
Standorte
Aktionen
Diskussionen
Termine . . .

die aaa ist die gemeinsame Zeitung der Initiativen nach Tschernobyl und der Atommüllkonferenz.



• die aaa erscheint monatlich plus Sonder- u. Extranummern •

ABO: 5 dm / Monat - 60 dm Jahr • ab 5 Stück 20 dm / Monat

anti atom aktuell abonnieren

aaa
c/o Umweltzentrum, Scharnhorststr.57 4400 Münster
A.Eberhard - Sonderkonto - Postgiro Dortmund
BLZ 440 100 46 Kto. 2975 45-465

PERSPEKTIVEN

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE

Ausgabe 7

Neugruppierung der Linken:

Land in Sicht?

Gesellschaftsanalyse und politische Praxis neuer Strömungen - Deutsch-deutsche linke Zusammenarbeit - Abgesänge auf den Sozialismus - Radikaler Keynesianismus? - Gleichstellungspolitik und die Frauenbewegung - Rezensionen

Mit Beiträgen von: Verena Krieger (Grüne/BRD), Michael Nelken (PDS/DDR), Ralf Fischer, Karin Widerberg, Albert Scharenberg/Carl Wechselberg, Volker Finthammer/Georg Fülberth/Sabine Reiner und Jürgen Scheele, Thorsten Schulten u.a.

Umfang ca. 76 Seiten 6 DM

Noch erhältlich:

Sonderheft 1: Antonio Gramsci - Zweite Auflage! 68 S./6,- DM

Die PERSPEKTIVEN erscheinen als unabhängiges Theorieorgan zur Weiterentwicklung linker Politik in der BRD. Umfang jeweils um 70 Seiten. Das Einzelheft kostet 6 DM, im Abo 4 DM. Bestellungen an: Ralf Tertilt, Wehrdaer Weg 34, BRD-3550 Marburg.

Fundi? Realo? Aufbruch? Über uns ärgern sich alle!

Die Strömungs-Gurus haben den politischen Stein der Weisen entdeckt...

Die Öko-Zeitung mit Biß läßt jeden zu Wort kommen!
Gut für die Basis - Schlecht für die Promis.
DIE GRÜNEN
jeden Samstag für 2 Mark!

Coupon

Schicken Sie mir bitte DIE GRÜNEN 4 Wochen kostenlos zur Probe. Sollte mir die Wochenzeitung gefallen, und ich Ihnen nicht abschreiben, so erhalte ich DIE GRÜNEN jede Woche per Post frei Haus für DM 98,-- Jahresbezugspreis.

Name:

Straße:

Ort::

Datum/Unterschrift:

Die Bestellung kann innerhalb von 14 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel).
Datum/Unterschrift:
Ausschneiden und einsenden an:
talpa Verlags GmbH, Gartenstraße 13, 8890 Aichach

NEU NEU NEU

Nun ist es auch bei der *'atom'* soweit — wir erhöhen den Preis auf 5,- DM.
Seit 1984, als die Redaktionen des Göttinger *'Atomexpress'* und der Lüneburger *'Atommüllzeitung'* beschlossen, gemeinsam die *'atom'* herauszugeben, haben wir es geschafft, den Preis von 4,- DM je Nummer zu halten.
Die Produktionskosten sind aber auch uns davongelaufen, sodaß eine Preissteigerung nicht mehr vermeidbar war. Reich werden wir durch die Preiserhöhung nicht, da wir die Zeitschrift nach wie vor ohne Aufwandsentschädigung herstellen.
Andererseits haben wir nicht unerhebliche finanzielle Belastungen durch mehr als 100 Freiabos für andere Zeitungen und Initiativen, die kein Geld haben.
Außerdem versuchen wir die Informationssperre, der die Menschen im Knast auf Grund ihrer Haftbedingungen unterliegen, durch Freiabos zu durchbrechen. An dieser Stelle möchten wir euch ganz dringend bitten: Spendet für Knastabos oder bestellt ein Förderabo .
Die neue Preisstruktur der ABOs (5 Ausgaben im Jahr) sieht folgendermaßen aus:

Anzahl der Zeitungen	Betrag
1	30,- DM
2	54,- DM
3	72,- DM
4 / 5	a. 3,50 DM + 2,- DM Porto
6 - 10	a. 3,50 DM + 3,- DM Porto
11 - 19	a. 3,50 DM unfrei

FÖRDERABO 50,00 DM
bei mehr als 19 Zeitungen wird der Einzelpreis günstiger

Bestellungen/Fragen an: atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

COMPUTER — COMPUTER

Wer für die atom Artikel schreibt, kann uns diese auch auf PC-Disketten (zusätzlich ein Ausdruck) schikken. Folgende Disketten können wir verarbeiten:
1.) 3,5 Zoll Apple/Macintosh
2.) 3,5 Zoll MS-DOS
3.) 5 1/4 Zoll MS-DOS (ganz wichtig, diese Disketten bitte nur mit 360 KB formatieren.
Die Artikel sollten als WORD-, TEXT-, oder PAGEMAKER-Dokument abgespeichert sein. Notfalls nachfragen 04131/38707. Schickt die Disketten an die Lüneburger Redaktion !

INHALT

4 Jahre Tschernobyl 4

DDR-Teil ..... 7 - 23
• Tschernobyl und die DDR • Greifswald ohne Ende • • 2. Umwelttag in Börln • Stendal • Morsleben • • Endlagerung • Anti-AKW-Gruppen stellen sich vor • • Uranabbau in der DDR •

Uranbergbau in Kanada 24

Siemens-Boykott ? 25

AKWs und CO_2 29

Schwarzes Brett 30

Standorte-Teil ..... 31 - 36
• Grohnde • Mülheim-Kärlich • Würgassen • Hanau •

Wendland-Teil ..... 37 -43
• Warten auf den Castor •Gorleben bebt • Platzbesetzung PKA • 129-Prozeß • Transportblockade • • Sommercamp •

Transporte-Teil ..... 44 - 50
• Aktionstag gegen Castor • Aktionen in Obrigheim und Recklinghausen • Bericht aus Neckarwestheim •

Rot-Grün ..... 51 -58
• Ausstieg? - Rot-Grün in Niedersachsen • Koalitionserklärung • Erklärung des Gedelitz-Treffen • Brief an die Institutionen und Altfunktionäre des Widerstands •

Schwarzes Brett 59

AKWs Abschalten ! - Stade zuerst 60

Nie wieder Deutschland ..... 62 -69
• Frankfurt-Demo • Atom-Streitgespräch •

Radikale Linke - Kongreß 70

Schwarzes Brett 73

Kriminalisierung ..... 74 - 77
• Startbahn • Der Knast läßt keineAlternative •

4 Jahre ... die Milch nicht trinken,

Am 15. Mai 1986, drei Wochen nach Beginn der Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl, verhängten die sowjetischen Behörden eine nahezu totale Nachrichtensperre über den Unfall und seine Folgen. Über Jahre hinweg wurden die schauerlichen Konsequenzen vertuscht, über Jahre hinweg wurde mögliche Hilfe für die Betroffenen verhindert. Erst in den letzten Monaten begann sich das Dunkel etwas zu lichten. Nach und nach drangen Informationen durch, die das tatsächliche Ausmaß der Katastrophe erahnen lassen. Der 'Spiegel' und der 'Stern' widmeten Tschernobyl im Frühjahr Titelgeschichten, viele Tageszeitungen machten zum 4. Jahrestag des Unfalls mit Reportagen und Hintegrundberichten über die »Kinder von Tschernobyl« auf.

Knapp zusammengefaßt, ergibt sich das folgende Schreckensbild: 31 Menschen starben innerhalb von wenigen Wochen nach Unfallbeginn. Aus der Stadt Pripjat wurden noch am ersten Unfalltag 40.000 Menschen evakuiert; einen Tag später 120.000 weitere aus einem 30 km-Umkreis um den Reaktor. Zur Soforthilfe wurden 10.000 Ärztinnen und medizinische Helferinnen eingeflogen. 32.000 Personen kamen in den ersten zwei bis drei Wochen in Krankenhäuser, unter ihnen 12.000 Kindern. Zum Zeitpunkt des Unfalls waren 2.000 Frauen in der 30 km-Zone schwanger.

Bis 1989 wurden mehr als 500.000 Soldaten der Roten Armee zu Entseuchungsarbeiten eingesetzt. 300 von ihnen sind inzwischen an akuten Durchfallerkrankungen, die von der Strahlung verursacht worden sein können, gestorben. Die Soldaten der Entseuchungskommandos sind inzwischen aus dem Dienst entlassen und werden gesundheitlich nicht mehr überwacht.

Etwa 100.000 Personen sind durch Mangelernährung krank geworden, da sie die verstrahlten Lebensmittel meiden müssen.

Über 1,5 Millionen Menschen haben erhebliche Strahlenbelastungen an der Schilddrüse erlitten, darunter 160.000 Kinder.

Mindestens drei Sowjet-Republiken - die Ukraine, Bjelo(Weiß)-Rußland und die Sowjet-Republik Rußland - sind hoch verstrahlt. Eine Fläche von 50.000 Quadratkilometern ist mit 550.000 bq/m 2 so stark verseucht worden, daß sie eigentlich für unbewohnbar erklärt werden müßte. Zum Vergleich: der Tschernobyl-Fallout betrug im Norden der BRD 5.000, im Süden bis zu 40.000 bq/m 2. In diesen Gegenden treten gehäuft Mißbildungen bei Neugeborenen auf, beobachtet zunächst bei Haustieren, später auch bei Menschen. Trotz massenhafter Abtreibungen ist in einigen Orten bereits jedes zweite Baby mißgebildet. Bei den Neugeborenen treten v.a. folgende Symptome auf: Doppelköpfigkeit, Zyklopenaugen, verkrüppelte Gliedmaßen und Neuralohrdefekte.

Sehr verbreitet ist auch eine strahlungsbedingte Schwächung des menschlichen Immunsystems, makabrerweise »Tschernobyl-Aids« genannt. Scheinbar harmlose Infektionen enden tödlich, Wunden heilen langsamer oder gar nicht. Lungenentzündungen und Bronchitis treten verstärkt auf, ebenso Hornhauttrübungen. Es gibt Berichte über zunehmende Fälle von Leukämie - beängstigende Vorboten der Strahlenkrebse, die ja auch in Hiroshima und Nagasaki erst mit längere Verzögerung auftraten.

Dr. Maja Zloba mit Fotos von verstorbenen Kindern

Zur Zeit werden weitere Evakuierungen vorbereitet - für über 100.000 Menschen aus 562 Ortschaften, die zum Teil in 400 km Entfernung von Tschernobyl liegen. 1.000 Menschen leben wie Partisanen inzwischen wieder in der geräumten 30 km-Zone, weil sie sich nicht von ihrer Heimat trennen können. Dies alles zeigt indes noch nicht einmal die Spitze des Eisberges an. Wir in der **atom**Redaktion hatten zunächst die von verschiedenen Wissenschaftlerinnen geäußerte Befürchtung, Tschernobyl könne weltweit mehrere hunderttausend Tote zur Folge haben, für übertrieben gehalten. Jetzt scheint es so, daß diese Schätzungen eher zu vorsichtig waren. Professor Jens Scheer z.B. glaubt, daß allein in der Sowjet-Union zwischen 1,2 und 2 Millionen Menschen an den Strahlen von Tschernobyl sterben werden.

In der BRD und der DDR sind verschiedene Unterstützungs-Kampagnen angelaufen, um den am stärksten betroffenen Menschen in der UdSSR konkret zu helfen. Diese Kampagnen reichen von Geldspenden über die Beschaffung von Meßgeräten bis zur Einladung für kranke Kinder zu Erholungsaufenthalten. Wir stellen zwei dieser Projekte im folgenden vor. Natürlich sind wir uns darüber im Klaren, daß mit diesen oder anderen Hilfsaktionen die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe nicht bekämpft, sondern allenfalls geringefügig abgeschwächt werden können. Was vor allem anderen ansteht: Der Kampf gegen die Atomenergie muß verstärkt, alle Atomanlagen müssen sofort stillgelegt werden. Tschernobyl darf sich nicht wiederholen!

R.

Tschernobyl

im Fluß nicht baden,

Ein Interview mit Dr. Irina Gruschewaja vom Verein »Kinder von Tschernobyl« (Bjelorussische Volkfront)

Frage: Vor vier Jahren gab es einen deutlichen Einschnitt in unserem Leben - jeder kennt heute den Namen Tschernobyl, und viele haben nicht vergessen, was sie damals empfunden und gedacht haben. Ist es noch erforderlich, daß wir nach so langer Zeit über Tschernobyl reden?

Antwort: Erst in den letzten Wochen wird in unserem Land offener über die Auswirkungen geredet, die der Unfall im Kernkraftwerk bei Tschernobyl hat. Das ist das Ergebnis intensiver Bemühungen von Bürgerbewegungen wie »Kinder von Tschernobyl« vor dem Hintergrund der Demokratisierungsbewegung.

Gibt es denn nicht staatliche Programme und große Institute, die sich mit den Folgen des Unfalls befassen?

Erst drei Jahre nach der Katastrophe bekam von einem staatlichen Programm zur Liquidierung der Folgen zu hören, aber auch das geschah erst aufgrund des Drucks der Volksfront und unseres Komitees. Bis dahin wurde die Bevölkerung über das wahre Ausmaß der Katastrophe völlig im Unklaren gelassen. Die staatlichen Stellen schwiegen oder gaben verharmlosende oder ablenkende Informationen. Besuchern aus dem Ausland wurde der Eindruck vermittelt, daß man mit ganzer Kraft an der Beseitigung der Folgen des Unfalls arbeitet. Für uns und besonders für unsere Kinder sieht die Realität heute ganz anders aus.

Kannst Du Eure heutigen Lebensbedingungen andeuten?

Gegen die Empfehlungen vieler bjelorussischer Wissenschaftler und Ärzte sind u.a. die Professoren Iljin, Israel und Tschasow in Moskau der Auffassung, daß die Bevölkerung Bjelorußlands und der Ukraine durchaus in den verseuchten Gebieten leben könne, natürlich mit gewissen Einschränkungen.

Was für Einschränkungen?

Die Menschen in den belasteten Gebieten dürfen das Obst und Gemüse aus ihren Gärten nicht essen, sie dürfen nicht in den Wald gehen, keine Pilze und Beeren sammeln, die Milch ihrer Kühe nicht trinken, im Fluß nicht baden, die Fische nicht fangen. Ein Erwachsener kann das vielleicht für eine gewisse Zeit ertragen - aber wir wissen ja überhaupt noch nicht, wie lange diese Einschränkungen noch erforderlich sind. Es ist außerdem nicht möglich, unverseuchte Nahrungsmittel in den Läden zu kaufen. Am schlimmsten ist es aber für die Kinder. Vier Jahre sind für ein Kind eine unendlich lange Zeit. Sie waren es gewohnt, im Wald zu spielen und den größten Teil des Tages im Freien zuzubringen.

Wie sieht der Alltag der Kinder in der »Zone« aus?

Bis vor kurzem wurden die Kinder morgens auf einem betonierten Pfad zum Schulbus gebracht, zur Schule gefahren, saßen bis abends acht Uhr in der Schule, ohne Pausen im Freien, und wurden dann wieder mit dem Bus nach Hause gefahren. Sie durften nicht draußen spielen, aber natürlich rissen sie oft aus und spielten wie früher. Es gab auch neue Spiele - z.B. das Spiel »Radioaktivität« im Staub der Straße. Sie können nicht verstehen, daß sie die Erdbeeren und Äpfel nicht essen sollen. Wer in eine Schule in der »Zone« geht, erkennt sofort, daß es den Kindern schlecht geht. Sie sind schlecht ernährt, klagen über Kopfschmerzen und Magenbeschwerden, haben oft Nasenbluten und werden schwer krank, wenn sie eine einfache Grippe bekommen. Die Zahl von Kindern mit Schilddrüsenstörungen nimmt rasch zu. Sie sind bedrückt und sehen mit erschütternder Gleichgültigkeit oder Hoffnungslosigkeit in die Zukunft.

Wir wissen aus der Geschicht der Kernenergienutzung, daß ungeborene Kinder besonders empfindlich gegenüber radioaktiver Strahlung sind. Gibt es bei Euch Beobachtungen, die das bestätigen?

Unser Gesundheitsminister, Professor Tschasow, schrieb zwei Jahre nach der Katastrophe, daß man »mit Sicherheit feststellen kann«, daß sich die Havarie im KKW Tschernobyl nicht auf die Gesundheit der Menschen auswirke. Wir haben andere Erfahrungen. Nur ein Beispiel: In Choiniki ist die Belastung durch Strontium-90 besonders stark. In dieser Kreisstadt gab es in den ersten zehn Monaten des Jahres 1989 200 Geburten, davon 31 schwer mißgebildete Kinder. Uns liegt eine Liste dieser Fälle vor, die vom Chefarzt des Krankenhauses unterzeichnet worden ist.

Was wollt Ihr in Eurem Komitee »Kinder von Tschernobyl« erreichen? Wie können wir Euch helfen?

Unsere Arbeit geht in zwei Richtungen: Wir versuchen, die Regierung wachzurütteln und dazu zu zwingen, endlich die Geheimhaltungsversuche aufzugeben, wahre Angaben über das Ausmaß der Gefährdung zu veröffentlichen und endlich die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Wir wollen nicht länger schweigend einem Heer von gutbezahlten Wissenschaftlern als Versuchskaninchen dienen. Wir wollen, daß die Bevölkerung aus den belasteten Gebieten umgehend evakuiert wird. Die Aktivisten unserer Bewegung wurden im letzten Jahr mehrfach vor Gericht gestellt und verurteilt, weil sie für diese Ziele eintraten. Jetzt ha-

die Fische nicht fangen

ben wir jedoch erreicht, daß unsere Probleme im Obersten Sowjet und in den großen Tageszeitungen diskutiert werden. Am meisten am Herzen liegt uns das Schicksal unserer Kinder. Wir haben erreicht, daß 500 Kinder in den Sommerferien zusätzlich Ferienplätze in nichtverseuchten Gebieten bekamen, 100 Ferienplätze in den Winterferien für die Kinder des Rayon Choiniki. Im September 1989 konnten wir die Kinder des einzigen Waisenhauses unserer Republik mit Spendenmitteln für zwei Monate in ein Erholungszentrum schicken - in dieser Zeit waren die Behörden nicht in der Lage, ein geeignetes Haus in unverseuchter Umgebung zu finden. Die Kinder mußten wieder zurück in das Gebiet mit einer Verseuchung von über 700.000 Bequerel Cäsium pro Quadratmeter. Es gelang uns auch, für 25 Kinder, die bisher einzige Auslandsreise dieser Art nach Indien zu organisieren.

Unter Euch sind mehrere Ärzte. Wie ist die Versorgung mit medizinischem Verbrauchsmaterial, Medikamenten und Geräten?

Es besteht ein großer Ärztemangel. Viele Ärzte und Krankenschwestern sind vor der Strahlung geflohen. es fehlen diagnostische Geräte, Ultraschallgeräte, Medikamente, Einwegspritzen, Infusionslösungen, chirurgische Instrumente. Die Erkrankungen nehmen zu, es gibt neue Krankheitsbilder. Wir sammeln Geld- und Sachspenden und verbürgen uns dafür, daß sie an die richtigen Stellen gelangen.

Das Interview führte Sebastian Pflugbeil vom Neuen Forum (DDR). Den Text haben wir dem 'telegraph Nr. 8', der Zeitung der Umwelt-Bibliothek Berlin, entnommen.
Die Kontaktadresse von S. Pflugbeil: Gormannstraße 17, DDR-1054 Berlin, Tel. 2818254.

Mütter gegen Atomkraft helfen Kindern von Tschernobyl

Die Gruppe 'Mütter gegen Atomkrfaft' hat im April mit einer Hilfsaktion für die Kinder von Tschernobyl begonnen. Ein erster Transport mit Medikamnten, Vitaminpräparaten, Kindernahrung und medizinischen Geräten ist bereits nach Kiew gegangen. Dort verteilen private Gruppen, mit denen die Mütter in direktem Kontakt stehen, die Hilfsgüter an die betroffenen Familien und an Krankenhäuser.
Weil die Kinder aus den evakuierten Gebieten alles zurücklassen mußten, wird zu Spielzeug-Spenden aufgerufen, die mit den nächsten Transporten in die Ukraine geschickt werden sollen.
Schließlich wollen die Mütter gegen Atomkraft zumindest für einige leukämie-kranke Kinder die Spezialbehandlung in westdeutschen Kliniken organisiere.
Für die Kampagne ist ein Spendenkonto einerichtet worden:
Nr. 412 422 bei der *Raiffeisenbank München-Aubing (BLZ 701 694 64)*, Kennwort *»Kinder von Tschernobyl«*.
Für Rückfragen:
Mona Summers, Buchenweg 4, 8031 Weßling, Tel. 08153/1300
oder
Irene Goltsche, Neuburgerstraße 8, 8152 Vagen, Tel. 08062/1466.

Projektgruppe »Leben nach Tschernobyl«

Diese Projektgruppe, eine Initiative v.a. aus Kirchen- und Medienkreisen, will ein konkretes Hilfsprogramm für die radioaktiv verseuchten Gebiete von Weiß-Rußland organisieren. In Absprache mit sowjetischen Organisationen und Verbänden ist beschlossen worden, konkrete und nachprüfbare Projekte zu unterstützen. Im einzelnen sollen Partnerschaften zu den Bezirkskrankenhäusern in Braginski, Choiniki, Naroljanski und Tscherikowski, zum hämatologischen Krankenhaus in Minsk sowie zur ambulanten Strahlenklinik in Aksakowschina, einem umgewandelten Kurheim, aufgebaut werden. Für diese Krankenhäuser will die Projektgruppe Medikamente und medizinisches Gerät sammeln, für die Kinder Kur- und Therapieaufenthalte in der BRD organisieren.
Die Geschäftsführung der Projektggruppe ist berechtigt, steuerabzugsfähige Spendenquittungen für Geld- und Sachspenden auszustellen. Spendenquittungen werden umgehend zugesandt. Kontaktadresse:
Projektgruppe »Leben nach Tschernobyl«
Geschäftsführung: Männerarbeit der EKD
Neue Schlesingergasse 22-24
6000 Frankfurt/M.
Tel. 069/280177
Bankverbindung: *Kto. 411 44 00, Evangelische Kreditgenossenschaft Frankfurt, BLZ 500 605 00.*

Tschernobyl und die DDR

Die Vertuscher von damals sind die Atomlobbyisten von heute

von Bernd Gäbler

26. Mai 1986: Die Katastrophe von Tschernobyl ist auf den Tag genau einen Monat her. *"Haverie"* nennt man sie in der DDR. Und über deren Folgen referiert Prof. Dr. Dr. Georg Sitzlack, Staatssekretär, Präsident des "Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz" (SAAS), Vertreter der DDR im Gouverneursrat der Internationalen Atombehörde in Wien (IAEO) auf einer endlich anberaumten Pressekonferenz. *"Seit dem 28. April haben wir jetzt schon mehr als 3.000 Meßdaten erhoben: in der Luft, im Boden, im Wasser und im Bewuchs"*, verkündet er stolz und klopft auf eine dicke Papierrolle, die von einer goldenen Kordel gehalten wird. Jeden Tag habe er der Partei- und Staatsführung einen bis ins einzelne gehenden Bericht gegeben; und das mache er auch heute noch. *"Der Generalsekretär und der Ministerpräsident - das sind zwei sehr gestrenge aufsichtsführende Herren"*, sagt er über Honecker und Stoph, beide hätten stet eine *"klare, sachliche Bewertung"* der radioaktiven Belastung verlangt. Sein Auftrag laute: *"bestmöglicher Schutz des Menschen"*, und der werde erfüllt.

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Das Geheimnis der goldenen Kordell

Nur die goldene Kordel lösen, das mochte der oberste Strahlenschützer, der ausschloß, daß die Gesundheit der Bevölkerung jemals gefährdet gewesen sei, nicht. Die Tagesberichte des SAAS an die Partei- und Staatsführung sind bis heute geheim. Trotz politischer Wende findet Glasnost nicht statt. Darauf angesprochen antwortete Prof. Helmut Rabold, seit 1984 und immer noch einer der drei Vizepräsidenten des SAAS, selbstsicher, aber wieder besseres Wissen:*"Nein"*, geheim sei nichts mehr.
Wie sollte er auch ahnen, daß wir einen Ordner in Händen halten, der direkt aus dem alten Politbüro stammt? Seine Aufschrift:"Haverie Tschernobyl". Und neben anderen Papieren sind darin die täglichen Berichte des SAAS abgeheftet.
Man muß Prof. Sitzlack Recht geben: Die Wissenschaftler des SAAS haben die Radioaktivität akribisch, rund um die Uhr, mit großem Aufwand und nach Maßstäben wissenschaftlicher Objektivität korrekt gemessen. Was diese Berichte aber auch zeigen: In ihren Bewertungen, Schlußfolgerungen und Interpretationen verhielten sich die verantwortlichen Wissenschaftler - 5 Berichte (Nr. 2, 21, 22, 29, 30) sind von Prof. Rabold, alle anderen von Prof. Sitzlack unterzeichnet - in peinlicher Eilfertigkeit genauso, wie die Polit-Oberen es erwarteten. Kein einziges Mal ist eine warnende Stimme, ein Unterton des Protests, der Nachdenklichkeit zu vernehmen.

"Durch westliche Medien ausgelöste Bedenken"

Stattdessen wird rasanter Vollzug, eilfertige Übereinstimmung mit den *"gestrengen aufsichtsführenden Herren"* gemeldet. Ausdrücklich berufen sich die Wissenschaftler immer wieder positiv auf den *"Sinn der in Presse, Rundfunk und Fernsehen der DDR veröffentlichten Meldungen"*)Anlage 5, Bericht Nr. 18), nach dessen Maßgabe sie *"durch westliche Medien ausgelöste Bedenken... in jedem Falle"* ausräumen konnten, wenn besorgte Bürger beim Amt anfragten.
Die offizielle Informationspolitik, der die Wissenschaftler so sehr zustimmten, sah wie folgt aus: Im "Neuen Deutschland" nahmen Kurzmeldungen über Kraftwerksunfälle in aller Welt zu. Es sollte suggeriert werden, kleine Unregelmäßigkeiten seien in dieser Branche üblich. Einige TASS-Meldungen wurden nachgedruckt. Die Professoren Lanius, Direktor des Instituts für Hochenergiephysik Zeuthen, und Flach, Direktor des Zentralinstituts für Kernforschung Rossendorf, erklären im "Neuen Deutschland" vom 30.4.:*"Messungen in der DDR, die von den zuständigen Einrichtungen ständig erfolgen, haben ergeben, daß aber in keinem Fall die zulässigen Grenzwerte erreicht worden sind"*. Eine ebenso simple wie dreiste Lüge. Erich Honecker erzählt im Juni der schwedischen Zeitung "Dagens Nyheter", bei ihm zu Hause sei früher auch immer der Salat gewaschen worden und die Kernenergie mache drei Prozent des gesamten Energieverbrauchs der DDR aus, obwohl es tatsächlich 11 % sind.
Ausführlich wird von der *"Friedensfahrt"*, dem in Kiew startenden internationalen Radrennen, berichtet, nur verschwiegen, warum diesmal so wenige Mannschaften am Start sind und z.B. die Finnen erst 2 Etappen später einsteigen. Ein einziges Mal, in der "Aktuellen Kamera" vom 2.5. und gleichlautend, im "Neuen Deutschland" des folgenden Tages werden konkrete Daten über die Strahlenbelastung in der DDR veröffentlicht (siehe ND vom 3./4.5.86).
Die Geheimberichte bieten uns aber, außer dieser, eine weitere Tabelle, die des Vortages:

30.4.86	4.00 Uhr	31.600 mBq/m³
30.4.86	9.00 Uhr	37.100 mBq/m³
30.4.86	11.30 Uhr	117.000 mBq/m³
30.4.86	13.30 Uhr	86.000 mBq/m³
30.4.86	16.00 Uhr	25.000 mBq/m³
30.4.86	20.00 Uhr	1.330 mBq/m³

(Bericht Nr. 3)

Der veröffentlichte Höchstwert war also 250mal niedriger als der tatsächliche - auf die richtige Auswahl kommt es eben an.

"Intern und vertraulich"

Nun könnte man glauben, in so einem Sstem seien die Wissenschaftler eben schuldlos verstrickt gewesen, mancher Hinweis auf die positive Informationspolitik könne im Nachhinein gar als verhaltene Ironie gedeutet werden. Dem widerspricht, was der Präsident des Strahlenschutzamtes, von dessen vertraulichem Umgang mit Mielke und Stoph SAAS-Mitarbeiter zu berichten wissen, am 10.5. seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Vorsitzenden des Ministerrates, Willi Stoph schrieb.
Außenminister Fischer hatte detaillierte Informationen für die unzufriedenen Botschaften gefordert.*"Die Erfüllung so weitgehender Forderungen"*, kommentiert Prof. Sitzlack, *"würde zu der bisher verfolgten Informationspolitik im Widerspruch stehen"*. Als *"Basisinformation"* für alle Botschaften empfiehlt er dann eben jene tendentiöse Tabelle, die das "Neue Deutschland" brachte.
Ein Überblick über die Tagesberichte ergibt, daß die Strahlenbelastung in der DDR im großen und ganzen mit der in Hessen und in Bayern vergleichbar war. Die für Milch (500 Bq/l) und Blattgemüse (1.000 Bq/kg) festgelegten Grenzwerte wurden z.T. gravierend überschritten. Einige Beispiele:

- 5.5.: Spinat 2.675 Bq/kg (Bericht Nr. 14)
- Aktivitätskonzentration im Regenwasser 6.300 Bq/l (Bericht Nr. 18)
- 16. u. 17.5.: Frischmilch Erfurt 547 Bq/l, Potsdam 521 Bq/l
- 12.5.: Gras Ihlenfeld/Neubrandenburg 1.538 Bq/kg
- 8./9.5.: Meißen-Kopfsalat: 1.760 Bq/kg, Spinat 3.600 Bq/kg
- 8.5.: Gras Berliner Raum: 6.600 Bq/kg

Einmal, in Bericht Nr. 14, heiß es abschließend, es werde geprüft, ob der Partei- und Staatsführung *"ein Vorschlag zur vorübergehenden Einschränkung des Verzehrs von Blattgemüse durch die Bevölkerung unterbreitet"* werden müsse. Anfang Mai gibt es den Vorschlag (Bericht Nr. 5) an das Landwirtschaftsministerium *"intern und vertraulich" "Maßnahmen zur Einstellung der Verwendung von Grünfutter für Milchkühe"* vorzubereiten. Das Ministerium aber winkte ab, die Substitution durch Trockenfutter sei wirtschaftlich nicht machbar. Auch Einschränkungen zum Verzehr von Blattgemüse gibt es nicht. Stattdessen ist folgendes Verhalten für die Experten typisch:*"Eine radioaktive Verunreinigung, die über dem Richtwert für Milch liegt, wurde in Sauermilchquark aus dem Bezirk Cottbus festgestellt. Das Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft wird deshalb den NSW-Export* (d.h. den Export in nicht-sozialistische Wirtschaftsgebiete - d. Verf.) *von Sauermilchquark aus Bezirken organisieren, wo nur eine niedrige Verunreinigung der Frischmilch besteht"* (Bericht Nr. 18 v. 10.5.). Die Devise: Hauptsache, die Sachen, die ins Ausland gehen, sind in Ordnung, wird auch dann noch beibehalten, wenn es um Krebsgefahren geht.
So erhebt auch keiner der Strahlenschutzverantwortlichen seine Stimme gegen den weiter in die Ukraine gehenden Tourismus; und während aus Kiew 250.000 Kinder evakuiert werden, müssen die Studenden der DDR dort bis Anfang Juli bleiben.

Gemüse für Wandlitz

Das gravierendste Faktum aber steht im Bericht Nr. 8:*"Im Bezirk Cottbus wird bei der Milch der Grenzwert für Kinder* - wachsendes Gewebe ist natürlich besonders gefährdet - *um 700 % übertroffen"*.
Als Prof. Sitzlack sein SED-Parteiabzeichen noch stolz am Revers trug, begründete er auf der 8. Tagung der Volkskammer das Atomenergiegesetz, das nun strengere Bestimmungen, vorsehe. Allein aufgrund der Schilddrüsenbelastung für die Kinder hätte der Bezirk Cottbus nach § 32 (1) als Strahlenschutzbereich gekennzeichnet werden müssen. Verantwortlich für die Unterlassung: Prof. Dr. Georg Sitzlack.
Aber mehr noch: sein Amt half gern, wenn es darum ging, die Geronkontokratie des Politbüros vor in 10 bis 15 Jahren drohenden Krebsschäden zu bewahren. Erhard Tapp, ein Biologe, bezeugte, im SAAS Gemüsekisten mit der Aufschrift "Wandlitz" gesehen zu haben. Auf Nachfragen antwortete man dem damilgen SED'ler, hier werde das Zeug für seine Bonzen auf Strahlung geprüft. Die Kollegen sind heute entweder im Westen oder sie geben vor, diese Aussagen seien damals scherzhaft gemeint gewesen. Tapp aber ist sicher, daß das SAAS das Wandlitz-Gemüse speziell schützte.
Nach Scherzen war Erhard Tapp allerdings weniger zumute. Als kritischer Kommunalpolitiker stellte er sich der Platt-Sanierung der Oderberger Straße entgegen. Hier stieß er u.a. auf Stefan Krawczyk: Mit ihm zusammen versuchte er, Daten der Strahlenbelastung nach Tschernobyl aufzuarbeiten. Krawczyk wurde verhaftet. Wenig später wurde auch der Biologe einen Tag lang von

der StaSi verhört. Heute ist der Zusammenhang vorstellbar. Krawczyk hatte seinen Anwalt per Kassiver informiert, Tapp müsse geschützt werden. Der Anwalt hieß Wolfgang Schnur.

Realer Humanismus unserer Epoche

Als wir Sebastian Flugbeil, der in der Regierung Modrow für das "Neue Forum" Minister war, den Ordner vorlegen, ist er entgeistert. Von der Existenz wußte der engagierte Physiker und Energieexperte nichts.
"Ich hätte nicht erwartet", faßt er seinen Eindruck zusammen, *"daß sie so detailliert gewußt haben, was läuft. Ich hatte gehofft, daß sie bestimmte Sachen nicht richtig überlegt hatten oder so - aber wenn man hier schreibt, 700 % über dem Grenzwert für Kinder - , das kann doch nicht wahr sein"*.
Die alten Herren im Polit-Büro waren mitnichten einfach technikgläubig oder sahen ihr Aufbauwerk eben verbunden mit der Errungenschaft der friedlichen Spaltung des Atoms was ihnen die Denkweise der besorgten Menschen fremd gemacht hätte. Nein, diejenigen, die in ihren Festreden den Sozialismus als *"realen Humanismus unserer Epoche"* priesen und preisen ließen, wußten genau um die Gefahren, ließen verstrahltes Zeug an Kinder verfüttern und schützten sich selber. Sie fanden Wissenschaftler, die dabei mitmachten.
Noch eine Kleinigkeit. In den totochemischen Werken in Berlin-Friedrichshagen fiel vom 28.4. bis zum 26. Juni die Produktion des Röntgenfilms auf einer Produktionsstraße aus. Eindeutig, so stelle das SAAS vertraulich fest, ging dieser Produktionsausfall direkt auf Tschernobyl zurück. Heiße Teilchen, d.h. radioaktive Partikel, hatten den empfindlichen Film verdorben. Die Belegschaft wurde über die Zusammenhänge nie gründlich aufgeklärt.

Verantwortliche Leiter

Die Schuld der Wissenschaftler und insbesondere der Leitung des SAAS bleibt zu erörtern. Das ist nicht allein eine Frage der Vergangenheit. Sie würde sich weniger ernsthaft stellen, führte das Amt tatsächlich durch, was es jetzt nach der Wende von sich behauptet: schonungslose Offenlegung der eigenen Arbeit.
Prof. Helmut Rabold, damals Vizepräsident des SAAS, ist dies immer noch. Der auf Ordnung bedachte Familienvater empfindet sich als kalten, reinen Wissenschaftler. Er steht zur friedlichen Nutzung der Kernenergie und hat als neues Sprüchlein gelernt, die öffentliche Debatte über diese risikoreiche Großtechnologie zu begrüßen. Journalistische Arbeiten über Aue und Sellafield, die einen Zusammenhang der außerordentlichen Krebsrate mit der Radioaktivität behaupten, sind ihm innerlich fremd. 15 Jahre lang hat er als Abteilungsleiter, verantwortlich für Material- und Strahlenschutz, im "Kombinat Kraftwerksanlagenbau" gearbeitet und Greifswald mitaufgebaut. Dann wechselte er zum zentralen Kontrollorgan über sein eigenes Aufbauwerk. Zu seinem ehemaligen Chef, Prof. Dr. Georg Sitzlack, geht er offiziell auf Distanz, pflegt aber innige Kommunikation mit ihm.
Rabold sagt mit fester Stimme, daß er sich nichts vorzuwerfen hat. Optimistisch sieht er in die Zukunft und lobt die deutsch-deutschen Arbeitsgruppen.
"Zum Glück waren wir nie Minister", betont die energische Gattin des ehemaligen SAAS-Chefs an der Gartenpforte. *"Oder hätten Sie in diesem Staat Minister sein wollen?"* Prof. Sitzlack selber, der Mann, der im ZK ein- und ausging, bis er im Oktober sein Parteibuch warf, hat sich nicht im Amt halten können. Am 1. März verließ er *"auf eigenen Wunsch"* und weil er das Pensionsalter überschritten hatte, den Präsidentenstuhl. Der direkt dem Ministerratsvorsitzenden zugeordnete Staatssekretär, der ranggleich mit Töpfer deutsch-deutsche Abkommen unterzeichnete, bekundet nun, ja stets nur Wissenschaftler gewesen zu sein, nie Politiker. Das zugesagte Interview ließ er in letzter Sekunde platzen. Am Telefon aber hatte der eitle Mann, der früher im Amt so gerne minutiös seine Auslandsaufenthalte schilderte, über persönliche Pläne geplaudert. Den neuen Umweltminister, Prof. Steigenberg von der CDU, kenne er gut aus früheren Tagen. Die deutsche Einheit, *"die wir ja alle immer gewollt haben"*, bringe nun ja ganz neue Möglichkeiten. Offen gesagt, da könne man sich ja allmählich von den veralteten sowjetischen Reaktortypen verabschieden. Mit Vorfreude erwarte er die Kooperation mit Preussen Elektra. Für die neue Regierung wolle er wieder als Berater in Sachen Kernenergie und Strahlenschutz tätig werden.
Die Kopflanger bleiben es - ohne jede Wandlung.

Den Beitrag haben wir der Volkszeitung Nr. 18 (vom 27. April 1990) entnommen

DER TELEGRAPH

(Ex Umwelt-Blätter)

Stellt sich vor

Nach einer langen Reihe von Kämpfen mit der Bürokratie hat nun endlich der "telegraph" eine Genehmigung erhalten und wird, anders als bisher, in einer offiziellen Druckerei gedruckt und in einem weiteren Verteilerkreis verkauft. Mit dem Postzeitungsvertrieb dauert es allerdings noch eine Weile. Der hätte, wenn ihm das nicht der Runde Tisch verboten hätte, am liebsten sofort Springer-Zeitungen verkauft. Bei armen Oppositions-Blättern wie unserem zeigt er sich dagegen sehr spröde.
Für Leute, die unser Blatt noch nicht kennen: Wir sind die Nachfolge-Zeitschrift der seit 1986 illegal erscheinenden "Umweltblätter" der Umwelt-Bibliothek Berlin. Die "Umweltblätter" waren im Gegensatz zu ihrem Namen hauptsächlich eine politische Zeitschrift. Auch Umweltthemen wurden von uns immer als Ergebnis bestimmter politischer und ökonomischer Strukturen gesehen. Bekannter wurden die "Umweltblätter", nachdem im November 1987 ein Stasi-Überfall auf unser Blatt durch DDR-weite Solidarität gescheitert war. Seit den Ereignissen im Oktober 1989 erscheinen wir in kürzeren Abständen ("je nach Bedarf") als wahrscheinlich einziges kontinuierlich erscheinendes Nachrichtenblatt der Opposition. Den Namen haben wir aus Ehrlichkeitsgründen in "telegraph" geändert, weil der Charakter der Zeitschrift ein etwas anderer wurde. Damals wie heute haben wir die Absicht, unterdrückte Nachrichten von Leuten für Leute zu bringen und sind daher dringend auf eure Hilfe angewiesen. Der "telegraph" kann nur so gut sein, wie die Nachrichten, die ihr ihm zukommen laßt.
Politisch sind wir geblieben, was wir immer waren: basisdemokratisch und mißtrauisch gegenüber jeder Art von Partei und Obrigkeit, ob sie nun SED, PDS, SPD, DSU, DDR, BRD oder sonstwie abgekürzt wird. Eine solche Haltung wird mittlerweile als "links" bezeichnet. Wir akzeptieren diese schwammige Benennung zur Not, aber verweisen stattdessen lieber auf unsere Inhalte. Dementsprechend wenden wir uns nicht an eine irgendwie exklusiv geartete Szene, sondern haben den Anspruch, einem breiten Publikum verständlich zu sein.

Die Redaktion

Greifswald eine Fortsetzung ohne Ende ?

In der Öffentlichkeit besteht der Eindruck, daß es nun mit den Reaktoren endgültig vorbei sei und daß das Problem dieses maroden AKW's ad acta gelegt werden könne. Nachdem im Februar diesen Jahres bereits die Blöcke 2 und 3 vorsorglich abgeschaltet worden sind, müssen nun auch die Blöcke 1 und 4 vorsorglich vom Netz genommen werden. Des Atomministers Töpfers Fachmafia in Gestalt der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) kam selbst zu dem Urteil, daß diese Reaktoren und besonders deren Bedienungsmannschaften in einem katastrophalen Zustand bzw. von katastrophaler Sicherheitsmoral seien. Über die endlose Liste von Störfällen, Gefahren und Mängeln berichteten wir bereits ausführlich in der atom Nr. 29.

Fazit des Berichtes des Berichtes der GRS ist - ihrem eigenen Selbstverständnis entsprechend, daß dieses noch nicht das endgültige Aus für die Atomzentrale Greifswald bedeuten müsse. Mit westlicher Sicherheitstechnologie nachgerüstet, könnten die Atommeiler selbstverständlich weiterbetrieben werden. Rainer Lehmann, Direktor der Atomkraftwerke in der DDR, bezifferte den notwendigen Kostenaufwand mit etwa einer Milliarde DM (die Experten des Runden Tisches schätzten die Kosten auf mind. 6 bis 10 Milliarden DM), wobei er einräumte, daß da noch etwas nachgeschoben werden müßte.

Trotz Stillegungs-Diktat von Atomminister Töpfer ändert sich dennoch so schnell nichts am derzeitigen Status Quo der Reaktoren. Block 4 befindet sich seit diesen Tagen in Revision in abgeschaltetem Betriebszustand. Block 1 soll noch mindestens bis Ende des Jahres weiterlaufen, da er für etwa 40.000 Menschen Fernwärme erzeugt und das als Ersatz notwendige heizölbefeuerte 200-Megawatt-Wärmekraftwerk nicht vorher fertig wird. Das Stahlgefäß dieses ältesten Reaktorblocks in diesem Komplex habe angeglich durch ein Nachglühen des Stahls bei 475 Grad Celsius seine ursprüngliche Festigkeit und Elastizität wiedergewonnen. Wenn nun aber selbst die GRS diese Atomanlage als höchst unsicher einstuft, wie kann es dann verantwortet werden, diese Anlage auch nur einen Tag länger zu betreiben? Block 5, der neueste Reaktor der Anlage, soll noch in Betrieb gehen. Vor einiger Zeit ist er mit einer Mängelliste von über 100 Punkten in den Probebetrieb gegangen. Einen Tag später allerdings mußte der Reaktor wegen eines mißlungenen Schnellabschaltungsversuches wieder abgeschaltet werden.

Die vom Runden Tisch der Modrow-Regierung beauftragten "Alternativ-Experten kommen da zu einer ganz anderen Auffassung über die Zukunft diese Atomkomplexes. Eine Zusammenfassung der Studie ist im Folgenden dokumentiert. Das vollständige Gutachten kann entweder bei uns, der atom, oder bei der Gruppe Ökologie selbst angefragt werden.

Übrigens: Die zwingend notwendige Stillegung aller alten und

Beurteilung des Zustands der Blöcke 1 bis 4 des KKW "Bruno Leuschner" bei Greifswald (DDR)

Dr. Helmut Hirsch, Hannover
Norbert Meyer, Greifswald
Sebastian Pflugbeil, Berlin
Detlef Rieck, Greifswald
Michael Sailer, Darmstadt
Prof. Dr. KLaus Traube, Hamburg
Dr. Ilse Tweer, Hannover

Erstellt im Auftrag des Zentralen Rundes Tisches in Berlin

Mai 1990

Einleitung

Angesichts bekanntgewordner Befürchtungen im Zusammenhang mit dem sicherheitstechnischen Zustand der Blöcke 1 bis 4 des KKW "Bruno Leuschner" bei Greifswald hat der Zentrale Runde Tisch in Berlin Ende Januar 1990 beschlossen, eine Arbeitsgruppe unabhängiger Experten mit der Beurteilung des Zustands der Blöcke 1 bis 4 des KKW Greifswald zu beauftragen. Die Beauftragung erfolgte im Februar 1990.

Die Arbeitsgruppe besteht aus den Mitgliedern Dr. Helmut Hirsch, Hannover; Norbert Meyer, Greifswald; Sebastian Pflugbeil, Berlin; Detlef Rieck, Greifswald; Michael Sailer, Darmstadt; Prof. Klaus Traube, Hamburg; Dr. Ilse Tweer, Hannover. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe verfügen über langjährige Erfahrungen in Sicherheitsfragen der Kernenergie.

Sicherheitsfragen der Blöcke 1 bis 4 des Kernkraftwerks Greifswald auseinandergesetzt. Zentrale Themenbereiche waren einerseits die Werkstofffragen, andererseits Fragen der Systemtechnik, insbesondere der Sicherheitssysteme.

Die Arbeitsgruppe hat im übrigen festgestellt, daß der schlechte Zustand der Anlagen in Greifswald, Block 1 bis 4, den zustän-

Die Arbeitsgruppe hat sich seit der Auftragserteilung intensiv mit den verschiedenen Sidigen Behörden der DDR seit langem bekannt ist. So stellten das Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz sowie das Ministerium für Kohle und Energie bereits 1986 fest:

" le Ausrüstung der Kernkraftwerke mit Sicherheitssystemen und die Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der vorhandenen Systeme ist geringer als bei gleichalten Kernkraftwerken in kapitalistischen Ländern."

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden nachfolgend zusammenfassend mit den daraus folgenden Empfehlungen dargestellt.

Empfehlungen

Unsere Untersuchungen haben ergeben, daß bei den Kernkraftwerken Greifswald, Block 1 bis 4, sowohl im Werkstoffbereich wie im Bereich der Systemtechnik erhebliche Sicherheitsdefizite bestehen. Deshalb ist ein sicherer Weiterbetrieb, der schwere Unfälle ausschließt, nicht möglich.

Die Werkstoffprobleme bei den Kernkraftwerken Greifswald, Block 1 bis 4, gestatten keinen sicheren Weiterbetrieb der Reaktoren. Die unzureichende Herstellungsqualität eines Teils der Hauptanlagen, der unzureichende Stand der zerstörungsfreien Werkstoffprüfung, sowie die bisher erkannten und zum Teil nicht beherrschten Schädigungsprozesse erfordern die umgehende Stillegung aller vier Blöcke.

Die Gefahr eines katastrophalen Versagens der Reaktordruckbehälter kann durch Nachrüstungen und technische Modifikationen nicht gebannt werden. Bisherige Rekonstruktionsmaßnahmen haben das Problem nicht verkleinert. Weitere aufwendige Maßnahmen konnten allenfalls geringfügige Verbesserungen bringen, während gleichzeitig die Neutronenversprödung fortschreitet.

Das "Erholungsglühen" von Druckbehältern erfordert den experimentellen Nachweis der Effektivität und des Ausschlusses von schädlichen Nebeneffekten für jeden Block sowie die Möglichkeit der Überwachung der Versprödung nach der thermischen Ausheilung, was jedoch prinzipielle Probleme mit sich bringt und für plattiete Druckbehälter nicht lösbar erscheint.

Auch das Risiko des Abrisses einer Hauptumwälzleitung oder des Entstehens nicht beherrschbarer Lecks in den Hauptumwälzleitungen oder an den Stellen des ersten Kreislaufes ist als unvertretbar hoch einzuschätzen.

Der Zustand der Dampferzeuger ist derart schlecht, daß ein gleichzeitiges Versagen mehrerer Siederohre zu befürchten ist. Dabei können Leckagen auftreten, die die Auslegung des vorhandenen Notkühlsystems überschreiten. Bisher erfolgte Rekonstruktionen können an dieser Gefahr nichts wesentliches ändern.

Diese Schwachstelle könnte nur durch die vollständige Prüfung aller Siederohre aller 24 Dampferzeuger, das Verschließen der Rohre nach sicherheitstechnisch akzeptablen Kriterien und den Austausch der meistgeschädigten Dampferzeuger beseitigt werden.

Weiterhin müßten die Kupferberohrugen in den Turbinenkondensatoren gegen solche aus resistenteren Materialien ausgetauscht werden, um die Wasserchemie im zweiten Kreislauf so zu verbessern, daß in Zukunft die Korrosionsprobleme deutlich vermindert werden.

Falls im Rahmen der weiteren Diskussion über das Kernkraftwerk Greifswald, Blöcke 1 bis 4, eine vertiefte Untersuchung der hier angesprochenen Themenkreise als wünschenswert erachtet wird, so sind dabei zwei Gesichtspunkte besonders zu beachten:

- Trotz aller zur Zeit bestehenden Wissenslücken und Ungewißheiten bei der Einschätzung des Werkstoffzustands aller vier Blökke sind die verfügbaren Informationen bereits mehr als ausreichend, um eine nicht akzeptierbare Gefährdung zu belegen. Jede weitere Diskussion und Prüfung, die im Rahmen der endgültigen Entscheidungsfindung erforderlich sein mag, muß daher das Abschalten der vier Reaktoren zur Voraussetzung haben.
- Eine solche weitere Prüfung muß - soll sie überhaupt Sinn haben - eine umfassende Nachattestierung der in Greifswald, Blöcke 1 bis 4, eingesetzten Werkstoffe und Anlangenkomponenten beinhalten (Ermittlung aller Werkstoffkennnwerte, vollständige Defektoskopie, komplette Belastungsanalysen usw.).

Auch aus systemtechnischer Sicht müssen die Anlagen umgehend stillgelegt werden.

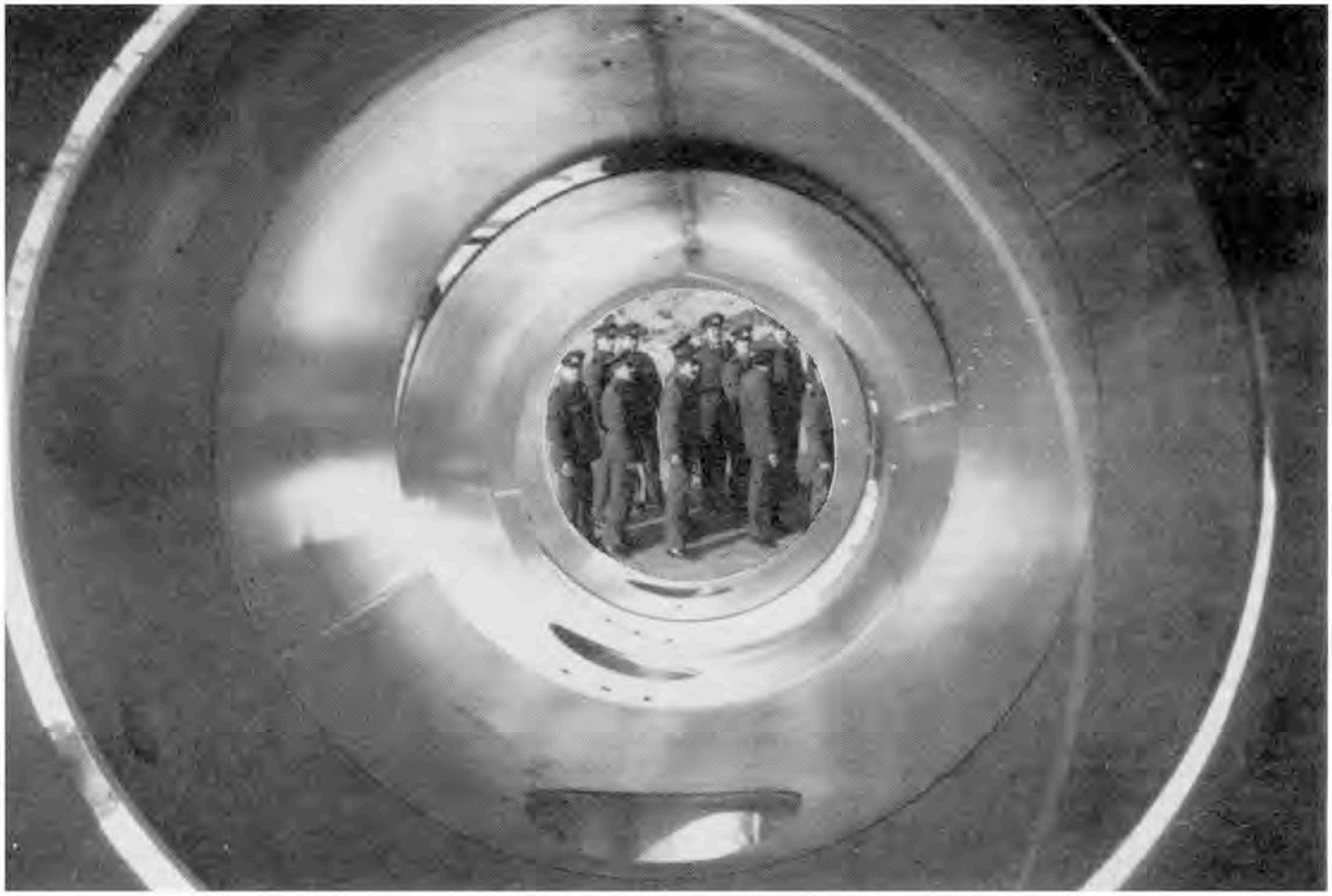
Unsere Untersuchungen haben ergeben, daß bei den Kernkraftwerken Greifswald, Block 1 bis 4, erhebliche Defizite bei den dort installierten Sicherheitssystemen bestehen. Deshalb ist ein sicherer Weiterbtrieb, der schwere Unfälle ausschließt, nicht möglich.

Rekonstruktionen könnten die Wahrscheinlichkeit schwerer Unfälle nur dann merklich verringern, wenn insbesondere in Bezug auf Brandschutz, die räumliche Trennung, der elektrischen sowie der Meß-, Steuer- und Regeleinrichtungen, der Erhöhung des Redundanzgrades und der Auslegung für größere Lecks der Stand moderner Kernkraftwerke erreicht wird. Dies alles setzt aber voraus, daß die Werkstoffe den Anforderungen genügen könnten.

Ein Weiterbetrieb bis zur Durchführung von Rekonstruktionen ist wegen des schlechten Anlagenzustandes und der unzureichenden Sicherheitssysteme technisch ebenfalls nicht verantwortbar.

Falls über Rekonstruktionen diskutiert werden sollte, sind vor der Entscheidung für Rekonstruktionen aus unserer Sicht insbesondere folgende Punkte zu bedenken:

- Rekonstruktionen nur an wenigen Teilsystemen oder unter wesentlicher Vernachlässigung von Defiziten der Anlagen Greifswald, Block 1 bis 4, würden keine merkliche Verbesserung des Sicherheitszustandes bringen. Sie wären eher unter die Kategorie "politische Bemäntelung" zu subsummieren.
- Rekonstruktionen der Sicherheitssysteme durchzuführen und gleichzeitig die Werkstoffe der wichtigen Anlagenkomponenten im jetzigen Zustand zu belassen, bringt nur unzureichende Sicherheitsverbesserungen.
- Vor einer Entscheidung für Rekonstruktionen sollte eine genaue Prüfung der Kosten für das Gesamtpaket der erforderlichen Rekonstruktionen erfolgen, um das ökonomische Argument mit richtigem Gewicht in die Diskussion um "Endgültig Abschalten" oder "Bei abgeschalteten Anlagen Rekonstruieren" einbringen zu können. Für die Kostenprüfung sollten reale Erfahrungen bei der Nachrüstung einzelner Systeme zugrundegelegt werden.



Fotomontage: Mixusminimax

"Kein Atomkraftwerk in Sachsen und anderswo"

Aufruf zum 2. Umwelttag in Börln

1. Zur gegenwärtigen Energiesituation in der DDR

Zur Hinterlassenschaft des Stalinismus in der DDR gehört auch eine völlig desolate Energiewirtschaft. Durch chronischen Devisenmangel und die sogen. "Störfreimachung" (Autarkie) wurde fast vollständig (zu ca. 80 %) auf Stromerzeugung durch einheimische Braunkohle orientiert. Dazu kommen schlechte Wirkungsgrade in veralteten Kraftwerken und bei der Energieanwendung, halbherzige Energiesparmaßnahmen, eine ungünstige Industriestruktur und zentralistische Energieversorgung.

Das führte zum zweithöchsten Pro-Kopf-Verbrauch an Primärenergie in der Welt (nach Nordamerika) bei vergleichsweise geringem Lebensstandard, sehr großer Schadstoffbelastung und Umweltzerstörung.

Besonders betroffen ist der Raum Halle-Leipzig, bekanntlich auch Standort der chemischen Industrie.

Die Kernenergie wurde durch fehlende Baukapazität und die allgemeinen Mängel der sogen. Planwirtschaft nicht in dem beabsichtigten Maße ausgebaut. So liegt der Atomstromanteil in der DDR-Elektro-Energieproduktion, auch durch teilweises Abschalten der Schrottreaktoren in Greifswald bei gegenwärtig ca. 5 %.

2. Eine Energiestrategie ohne Kernenergie ist für die DDR möglich

Alle bisher vorgelegten Energiekonzepte für die DDR gingen von einem ständigen Ansteigen des Elektro-Energie-Verbrauches aus. Zu fordern ist stattdessen ein Energiekonzept, das Energiesparmaßnahmen anstatt des Erschließens zusätzlicher Energiequellen in den Mittelpunkt stellt. Dies folgt auch der Erkenntnis, daß **effektiver** Einsatz vorhandener Energiequellen mindestens 1/3 billiger ist, als neue Energiequellen zu erschließen.

Eine alternative Energiestrategie müßte folgende Eckpunkte haben:

1. **Energie-Einsparung.** Bis zu 40 % sind in der DDR möglich.
2. **Dezentrale und kommunale Energie-Erzeugung und -Nutzung,** die von dem wirklichen **Bedarf** ausgehen.
3. **Energieträger:** Kohle (Braun- und Steinkohle) + Erdgas/Erdöl + steigender Anteil regenerativer Energiequellen (Wind, Sonne, Biogas, Wasser)

Dies wäre ein Energiekonzept, das sich am Bedarf bei möglichst geringer Umweltbelastung orientiert. So kann die Energiebereitstellung ohne Kernenergie geschert und die Umweltbelastung drastisch gesenkt werden.

3. Westdeutsche Atomindustrie in der DDR?

Den westdeutschen AKW-Firmen gelingt es wegen der starken Proteste der Öffentlichkeit in der BRD nicht mehr, ein neues Atomkraftwerk zu errichten. So steht die Atomindustrie vor einem "Aus" und sucht nach einer Rettung. Die Veränderungen in der DDR scheinen nun einen neuen Markt zu bescheren. Die Atomindustrie hofft, die wirtschaftliche Zwangslage und den gegenwärtig

rechtsfreien Raum auszunutzen, um zu schnellen Abschlüssen zu kommen. Man meint, seine Interessen gegen die Menschen durchsetzen zu können und will es ausnutzen, daß sich die DDR-Bevölkerung über die Gefahren und Risiken der Atomenergie bisher nicht informieren konnte.
Man hofft somit auf unsere Unwissenheit und glaubt, daß die DDR-Bevölkerung zu wenig Erfahrung hat, sich gegen solche Pläne zu wehren.
Wir werden das Gegenteil beweisen!

4. "Börln" oder: "Den Teufel mit dem Beelzebub austreiben"

Bereits seit einigen Jahren sucht man nach einem AKW-Standort im Süden der DDR. Unter mehreren Hundert begutachteten Standorten hat man sich Mitte der 80er Jahre für Börln entschieden und hier die geologischen, hydrologischen und weiteren Untersuchungen forciert.
Seit Mai 89 besteht die Gewißheit - auch durch offizielle Hinweise - , daß Börln der Standort für ein neues AKW auf dem Gebiet der DDR ist! Bei der Standortauswahl rechnet man in schamloser Weise mit einer gewissen Kernenergie-Akzeptanz durch die Bevölkerung im Raum Leipzig wegen der gerade dort verschärften Belastung durch Braunkohleabbau und -verbrennung.
Inmitten eines landschaftlich intakten Gebietes, hinein in ländliche Dorfstrukturen käme dann ein technologisches Großprojekt, das - neben der Gefährdung durch Radioaktivität und Restrisiko.. - auch die Landschaft zerstört und unüberschaubare soziale Folgen hätte.
Auch die westdeutsche Atomindustrie wird auf den Ort Börln zurückgreifen, da dieser offensichtlich "geeignet" ist. Für den Sommer ist übrigens eine *"soziologische Befragung zur Kernenergie-Akzeptanz im Süden der DDR"* unter Mitarbeit der Kernforschungsanlage Jülich vorgesehen! Besagt das nicht alles?!
Man will festhalten am Atomprogramm, und der ausgewählte neue Standort heiß: Börln!

5. Die Geschichte der Demonstration in Börln

Am 11.6.89 fand in Börln das erste Anti-AKW-Treffen statt; damals als Gottesdienst in der sehr gastfreundlichen Gemeinde. Trotz Stasi-Kontrollen, Straßensperren und massiver Polizeipräsens fanden sich über 600 friedliche Demonstrantinnen ein.
Die Teilnehmer kamen aus dem ganzen Süden der DDR, aus Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Stendal und von den vielen kleinen Umweltgruppen; im Ort herrschte Belagerungszustand durch Polizei und Stasi. In der Zwischenzeit haben in Börln weitere Aktionen, vor allem der ansässigen Bevölkerung, gegen das AKW stattgefunden.
Nun rufen wir - ein Jahr nach der ersten Aktion - zum "2.Umwelttag in Börln" auf.

6. Anliegen und Ziele des Umwelttages

Das Treffen in Börln soll symbolisch für folgende Forderungen stehen:
-Kein neues AKW in Börln oder anderswo
-Baustopp in Stendal und Greifswald
-Abschalten aller Blöcke in Greifswald
-Stillegen der Atomanlagen in Ost und West
-Eine neue Energiepolitik ohne Atomenergie
So umfangreich wie unsere Forderungen, so groß und bunt muß auch unser Engagement sein! Nutzen wir dieses Treffen, um unseren Kampf in Ost und West zu verbinden.
Wollen wir uns bitte tragen lassen von den Erfahrungen der gewaltfreien Erhebung im Herbst 1989 in der DDR. Gewaltfrei gelang es, stärker zu sein als die bewaffnete Macht des Staates.
Auch durch unsere Auftreten wollen wir die ansässige Bevölkerung überzeugen und einbeziehen in unser gemeinsames Engagement. Wir möchten uns erneut der Gastfreundschaft der Dorfgemeinde versichern und gerade ihnen unsere Solidarität beweisen.
Der mörderischen Kraft der Atomkraftwerke setzen wir gewaltfreies Engagement entgegen.

Unser Motto: Keine Gewalt!

Kontakt:

Pfarrer Jürgen Schneider
Ernst-Thälmann-Platz 4
DDR - Börln 7261
Tel.: Dahlen 696 o. 752

Foto: Mixumirimax

StudentInnen der Theologischen Fakultät der Universität zu Rostock
6. März 1990

Offener Brief
an die Atomlobby in der DDR und ihre neuen Sponsoren bei Siemens/KWU

Werte Damen und Herren,
haben Sie uns noch vor gar nicht allzulanger Zeit suggerieren wollen, daß ein hoher Energiebedarf mit hohem Lebensniveau gleichzusetzen sei, versuchen Sie derzeit, uns mittels Ihrer "ach so hörigen" Medien von den Vorzügen der sogenannten "sauberen Atomkraft" zu überzeugen.
Skruppellos (oder unwissend?) scheuen Sie sich nicht vor der Lüge, es bestünde für die DDR nur die Alternative "saubere" Atomkraft oder schmutzige Kohle!
- Warum verschweigen Sie unserer nicht informierten Bevölkerung, daß Sie Müll produzieren, der tausende Jahre hochgefährlich bleiben wird?
- Sie betreiben und bauen weiterhin AKW's, obgleich Sie genau wissen, daß die Endlagerungsfrage weltweit nicht als geklärt anzugeben ist.
Warum belügen Sie uns mit Ihrem vordergründig falschen Konzept der Endlagerung in Übereinstimmung mit Ihren neuen Sponsoren der bundesdeutschen Atomlobby?
Sind Ihre AKW's etwa so sicher, daß Sie Evakuierungspläne erst gar nicht erstellen?
Oder haben Sie aus Tschernobyl gelernt, daß eine Evakuierung im dichtbesiedelten Mitteleuropa bei einem GAU außer Frage stehen wird?
- Wollen Sie die DDR mittels Ihrer "Sicherheitsverträge" mit bundesdeutschen Firmen zu einem Vorverkaufsboten für Osteuropa und die 2./3.-Welt machen?
- Welche PolitikerInnen in Ost und West werden die ethischen und politischen Konsequenzen verantworten, die sich aus Ihrem Atomprogramm ergeben?
- Warum blockieren Sie durch dieses Atomprogramm alle Mittel, die wir für eine ökologisch vertretbare und ethisch verantwortbare Energiewende benötigen?
Wir wissen uns in Verantwortung für unsere gemeinsame Welt.
Deshalb fordern wir, über die Beantwortung der gestellten Fragen eine öffentliche Energie-Wende-Diskussion einzuleiten.

Achtungsvoll i. V.
Elke Loutchan
Bergstraße 6, DDR-2500 Rostock 1

AKW Stendal

Es geht auch anders

Dirk Fritsche

Der bisherige Kostenaufwand für das AKW-Projekt beläuft sich realistischen Schätzungen zufolge auf 5 - 6 Mrd. M (nach Angaben der Kombinatsleitung auf 3,8 Mrd. M). Als geplanter Gesamtkostenumfang werden in unterschiedlichen Quellen zwischen 30 und 34 Mrd. M angegeben.

Die Ausgaben für die Errichtung der Kühltürme, Reaktorfundamente und des Containments betragen nach Angaben der Kombinatsleitung 550 Mil. M (Stand Februar 1990). Der Rest der bisher aufgewendeten Mittel in Höhe von 3,8 - 6 Mrd. M wurden in ein komplettes Heizwerk, in die Verwaltungsgebäude, den Hafen an der Elbe und die Infrastruktur sowie in die Werkstatthallen, die zusammengenommen 10.000 m² Fläche einnehmen, investiert.

Wenn man davon ausgeht, daß die Kühltürme, Containment und Reaktorfundamente nach einem Baustopp des AKW nicht mehr nutzbar wären, dann würden die dafür schon verbrauchten Mittel nur ca. 1 - 1,5 % der geplanten Gesamtkostensumme ausmachen. Der Prozentanteil der nicht nutzbaren Mittel sinkt deutlich unter 1 %, wenn die Kühltürme für ein dort zu errichtendes Steinkohlekraftwerk genutzt werden. Dabei wäre der Umbau des AKW's zum Steinkohlekraftwerk eine durchaus realistische Variante (in den USA schon mehrfach problemlos und erfolgreich praktiziert). Günstig wären zwei 500 - 600 MW Blöcke, da höhere Erzeugerleistungen an einem Ort im Allgemeinen und wegen der geringen Abnehmerdichte in der Region im Konkreten unzweckmäßig ist. Steinkohlekraftwerke haben zudem einen höheren Wirkungsgrad als Atomkraftwerke (40 % gegenüber 32 %). Bei einer möglichen Auskopplung von Abwärme für Heizzwecke (Fernwärmeversorgung für Stendal) ist der Wirkungsgrad eines Kohlekraftwerkes auf 80 - 90 % steigerbar (bei AKW´s sind solch hohe Prozentanteile im Wirkungsgrad wegen eines notwendigen dritten Kühlkreislaufes für die Wärmeauskopplung nicht zu erzielen). Für den Antransport der Kohle und den Abtransport der ohnehin geringen Verbrennungsrückstände bestehen aufgrund des Hafens an der Elbe denkbar günstige Verhältnisse. Bisher fast nur für den Kiesumschlag benutzt bietet der Hafen auch für anderes Schüttgut (z.B. Kohle) gute Verladevoraussetzungen.

Der Vergleich zweier 500 MW Blöcke (Steinkohle) mit einem 1.000 MW Block (Atom) fällt hinsichtlich der Fix- und der laufenden Kosten zugunsten des Ersteren aus.

Die bereits fertiggestellten Werkhallen sind aufgrund ihrer baulichen Größe gut als Fertigungsstätte für kleine bis mittelgroße Geräte und Anlagen geeignet. Anbieten würde sich die Produktion von Heizungsabsperrventilen und Wasseruhren, Wärmedämmstoffen aus Altpapier, Sonnenkollektoren und Solarzellen, sowie Biogasanlagen, Windkraftanlagen und Kleinturbinen.

Wie sich diese Produktion positiv auf die Entspannung der Energiesituation in der DDR auswirken würde, zeigt ein Beispiel: Mit dem Einsatz von Absperrventilen und Wärmedämmstoffen ist nach Meinung von Fachexperten eine Senkung des Heizaufwandes für Haushalts-, Industrie- und sonstige Gebäude von 60 % möglich. Bei einem jährlich für diesen Bereich aufzuwendenden Energiebetrag von 780 Petajoule beträgt die Einsparung ca. 470 Petajoule und liegt damit deutlich über dem Wert von ca. 305 Petajoule, der jährlichen Erzeugerleistung von vier 1.000 MW Blöcken (Atom), wie sie in Stendal geplant sind.

Fazit: Durch Produktionsumstellung in der geschilderten Weise könnte im Endeffekt mehr Energie eingespart werden, als das gesamte AKW zu produzieren in der Lage wäre.

Die Stammbesetzung eines vergleichbaren AKW´s in der BRD setzt sich aus 400 - 500 Leuten zusammen; bei der Nutzung der Hallen in o.a. Weise und dem Betrieb eines Steinkolhlekraftwerkes wird das Arbeitsplatzangebot in der zwei- bis sechsfachen Größenordnung liegen.

Die durchgeführte Betrachtung zwingt damit schon aus ökonomischen und sozialen Gründen zu dem Schluß, daß ein Weiterbau des AKW's nicht vertretbar ist und durchaus realistische Alternativen für die Nutzung des Baustellengeländes existieren.

Morsleben/Bartensleben: Das unbekannte Atommüllendlager vor Braunschweigs Toren

Seit 1971 wird in Morsleben/Bartensleben, DDR, rund 40 km von Braunschweig entfernt, Atommüll in einem ehemaligen Salzbergwerk eingelagert.

Am 11.04.1990 bestand erstmals die Gelegenheit, gemeinsam mit Wissenschaftlern und Sachverständigen vom Öko-Institut Darmstadt, der Gruppe Ökologie (GÖK) Hannover, des Pan-Geo-Institutes Berlin, des wissenschaftlichen Beirats der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad das Endlager zu besichtigen und in den Schacht einzufahren.

Die Vorstände von Bundesverband (BBU) und Landesverband Niedersachsen der Bürgerinitiativen Umweltschutz hatten die ersten Kontakte zum leitenden Direktor des Endlagers, Herrn Dr. Ebel, geknüpft und stießen auf wohlwollendes Interesse und Bereitschaft, Gedanken- und Informationsaustausch zu ermöglichen.

Man muß sich das ehemalige Salzbergwerk Morsleben vorstellen wie einen Schweizer Käse oder einen großporigen Schwamm. Unzählige Hohlräume, entstanden durch den Salzabbau, liegen nebeneinander.

Das Gelände, auf welchem das Salzbergwerk liegt, hat einen oberirdischen Radius mit einem Innendurchmesser von rund 3-4 km.

Zur Einlagerung benutzt wird der sog. Schacht Bartensleben. Man geht dabei so vor, daß man quasi "von außen nach innen" und "von unten nach oben" einlagert.

Ein außen liegender Hohlraum auf der 4. Sohle wurde ab 1971 benutzt, erste anfallende schwach-(und mittel?) radioaktive Abfälle, die in der DDR seinerzeit überwiegend in der Medizin anfielen, in Fässern verpackt und gestapelt einzulagern. Heute steht jeder Besucher/jede Besucherin auf diesen ersten eingelagerten Fässern, wenn er/sie das derzeitige in Betrieb befindliche Faßlager besichtigt, denn man hatte auf dieses erste Einlagerungskontingent eine Betonzwischendecke gezogen.

Neben diesem zur Faßeinlagerung benutzten Hohlraum gibt es auf der vierten Sohle drei weitere -relativ dicht nebeneinander liegende Hohlräume, die zur Einlagerung von flüssig- oder festen Abfällen ohne Verpackung dienen.

Bei der Flüssiglagerung werden die radioaktive belasteten Flüssigkeiten durch ein schmales Rohr in den Hohlraum gelassen und durch ein weiteres Rohr wird Kohlenasche aus den Braunkohlekraftwerken hinzugeführt. Dieses Gemisch verdickt und verfestigt sich und dürfte letztendlich den gesamten Hohlraum ausfüllen. Man ist ziemlich stolz auf diese Einlagerungstechnik, bringt man somit doch gleich zwei Abfallstoffe unter die Erde.

Die Zusammensetzung der Asche dürfte je nach Zusammensetzung der in den Kraftwerken verwendeten Braunkohle variieren, hier konnte der begleitende Chemiker des Öko-Instituts Darmstadt gleich gezielte erste Fragen stellen und bekam auch erste Unterlagen ausgehändigt.

Die Einlagerung von festen, nicht in Fässern verpackten Stoffen erfolgt jährlich wie in der ASSE. Zum Antransport werden wiederverwendbare Primärcontainer benutzt, die während des Transports auf Straße und Schiene zusätzlich in Großcontainern verstaut sind. Die Fässer werden über einer Art Rutsche ausgekippt, der Abfall landet im Hohlraum, welcher, wenn er voll ist, "versiegelt" wird.

Es existiert eine Monitor-Überwachung, wo man den ausgekippten Faßinhalt, allerdings erst nach dem Versturz in den Hohlraum, nochmal visuell kontrollieren kann.

Die Transportfässer werden dann auf dem Gelände Morsleben gereinigt und überholt und sind dann zum nächsten Einsatz "startklar". Im Unterschied zu den bundesrepublikanischen Vorschriften unterliegt auch der Antransport der radioaktiven Abfälle dem Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich des Endlagerbetreibers, des Kombinats "Bruno Leuschner", Abteilung "Entsorgung radioaktiver Abfälle", ERA. D.h. betriebseigene Leute überwachen den Müll quasi ab Anfall im Erzeugerbetrieb und bereits bei der Verpackung. Theoretisch könnte daher so etwas ähnliches wie ein Transportskandal mit falsch deklarierten Faßinhalten nicht auftreten.

Die Bürgerinitiativen haben Ihr Interesse bekundet, den Erfahrungsaustausch in Bezug auf dieses Transport- und Überwachungssystem in naher Zukunft zu intensivieren.

Der Schacht Bartensleben ist durch einen sog. "Fluchtschacht" mit dem Nachbarschacht "Marie" bei Beendorf verbunden. Hier wurden in den siebziger Jahren unterirdisch "Broiler" (Hähnchen) gezüchtet, seit 1986 wird auf "Weisung von oben" "gegen den ausdrücklichen Willen der Verantwortlichen in Schacht Bartensleben" dort Sondermüll eingelagert. Ob und welche Auswirkungen diese nachbarschaftliche Einlagerung giftiger Abfallstoffe zeigt, ist bisher nicht hinreichend bekannt und dürfte ein interessanter Ansatzpunkt für gemeinsame sachverständige und wissenschaftliche Untersuchungen sein.

Ob und inwieweit der Schacht in geologischer Hinsicht "sicher" ist, kann natürlich nach solch einem ersten Erkundungsbesuch nicht beurteilt werden. Auffallend war jedoch, daß einerseits das Bergwerk in sich "nicht arbeiten" sollte, daß andererseits aber eine vor wenigen Jahren gezogene Stützmauer zur Zeit erneuert wird, weil "der Berg arbeitet". Hier konnte Dr. Appel vom Pan-Geo-Institut, der einen Tag nach der hier beschriebenen Einfahrt mit SPD-Landtagspolitikern nochmals einfuhr, sich mit dem zuständigen Geologen aus Morsleben bereits "selbständig machen" und hat in diesem Zusammenhang wohl auch schon Fragen gestellt.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß dieser erste Besuch im unbekannten Lager Morsleben für die beteiligten bundesdeutschen Gäste wohl ein Gewinn war, die Wissenschaftlerinnen konnten erste persönliche Kontakte knüpfen und Fragen stellen, die begleitenden Vertreterinnen der Bürgerinitiativen und des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad konnten überrascht feststellen, daß die Offenheit der Gesprächspartner in der DDR sich wohltuend unterscheidet von der Geheimniskrämerei der hiesigen Atom"mafia".

Weitere Gesprächskontakte und Gedanken- und Informationsaustausch sind fest vereinbart und im Hinblick auf die deutsch/deutsche Entwicklung wohl auch zwingend erforderlich.

Claudia Fittkow, BBU-Vorstand

Endlagerung niedrig- und mittelradioaktiver Abfälle in der DDR, als Teil der friedlichen Nutzung der Kernenergie

Dr. K. Ebel, H. Schulze Morsleben

Der BBU-Vorstand dankt der Direktionsleitung des Kombinates Bruno Leuschner, Endlager Radioaktiver Abfälle (ERA) Morsleben für die Bereitschaft, in einem eigenen Beitrag ihren Betrieb den interessierten Menschen und Bürgerinitiativen vorzustellen und druckt diesen Beitrag ungekürzt ab.

Wenn man Arbeit mit Freude, Befriedigung und Erfolg leisten will, muß man auch zum Inhalt und Ziel der Arbeit als Person stehen. Daher zunächst einige philosophisch orientierte Meinungen der Verfasser.

Die Beschäftigung mit Abfällen darf nie losgelöst von dem Prozeß geschehen, in dem sie entstehen. Bei radioaktiven Abfällen betrifft das die Energiebereitstellung (Wärme, Elektroenergie) aus Kernbrennstoff sowie die Anwendung und Produktion von Radionukliden für Forschung, Medizin, Technik und andere Bereiche. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß auch aus der militärischen Nutzung radioaktive Abfälle entstehen. Unter der Annahme, daß es der Menschheit gelingen wird, eine militärische Nutzung der Kernenergie grundsätzlich zu vermeiden, bleibt die Notwendigkeit die Energiebereitstellung aus Kernenergie zu begründen. Durch Wissenschaft und Technik einschließlich Informationstechnik hat sich für jeden der Bereich des Lebens enorm erweitert; verständlicherweise für manches Individuum auch beängstigend erweitert. Es werden immer kleinere und größere Dimensionen in Raum und Zeit erschlossen. Diese neuen Dimensionen (z.B. Jahrtausende in die Zukunft bei der Endlagerung radioaktiver Abfälle) bieten der Menschheit Möglichkeiten einer für sie vorteilhaften Nutzung der Erkenntnisse. Diese Erkenntnisse können in ihrer Anwendung aber auch negative Wirkungen haben (Krieg, Umweltschädigung, Havarien).

Der Fortschritt der Menschheit wird wesentlich davon bestimmt, wie es mittels Wissenschaft und Technik gelingt, die natürlich gegebenen Risiken (z.B. Erdbeben, Krankheiten) und die künstlich geschaffenen Risiken (z.B. Verkehrsmittel, Kernkraftwerke) bei der Anwendung der Erkenntnisse für unser Leben immer kleiner zu machen. Ein Leben ohne Risiko gibt es jedoch nicht!

Die Verringerung der Risiken ist im Einzelfall und kurzfristig nicht immer eindeutig für jeden Menschen erkennbar. Der Tatbestand der annähernden Verdoppelung des durchschnittlichen Lebensalters der Menschen in Europa seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts ist ein deutliches Ergebnis der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und des damit verbundenen verringerten Risikos für unser Leben. Wir sehen die entscheidende Voraussetzung für diese Entwicklung in der gestiegenen Energiebereitstellung und der damit möglichen Arbeitsproduktivitätssteigerung (jeder Mensch in Deutschland verfügt statistisch über mehr als das 100-fache seiner eigenen energetischen Leistung). Diese ist Voraussetzung für Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen.

Überfluß leben) als Ursache für politische Konflikte sind weltumspannend, und jedes Land kann diese Frage nur im weltweiten Konsens lösen.

Wenn auch in Industriestaaten durch vernünftigen Umgang mit Energie ein Zuwachs gedrosselt werden kann, muß man den heute noch unterentwickelten Ländern einen angemessenen Zuwachs einräumen. Ein solcher Bedarf kann nur aus Kernenergie umweltschonend gedeckt werden. Eine bedarfsdeckende Versorgung mit Sonnenenergie und damit verbundenen regenerierbaren Energiequellen erscheint nur auf der Basis prinzipiell geänderter, wesentlich einfacherer Lebenshaltungen möglich. Wir kennen keine Modelle, wie die Menschheit zu einer solchen Haltung bewegt werden könnte.

Was nun die radioaktiven Abfälle aus

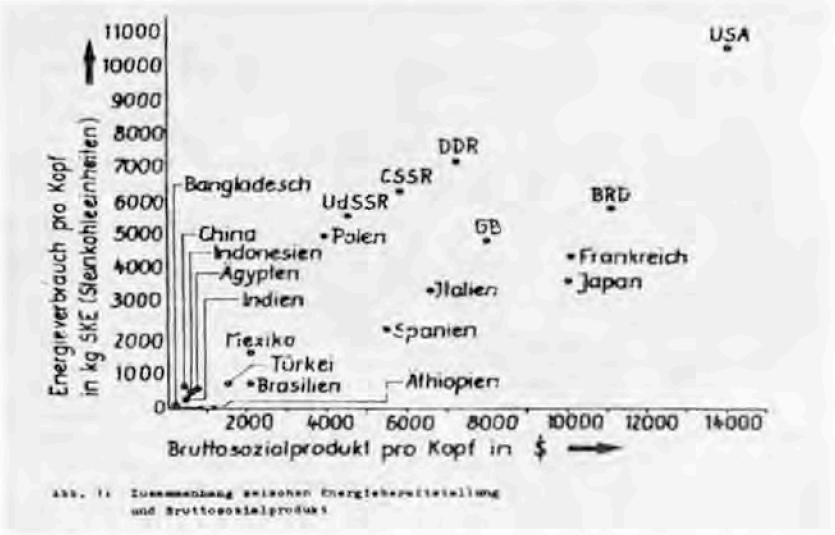


Abb. 1: Zusammenhang zwischen Energiebereitstellung und Bruttosozialprodukt

Abb. 1 zeigt diesen Zusammenhang zwischen Energiebereitstellung und Bruttosozialprodukt im Weltmaßstab. Neben der tendenziellen Begründung des vorgenannten Postulates zeigt dieses Bild aber auch, daß augenfällig in der DDR, CSSR u.a. Energieverschwendung vorherrscht. Dies ist konsequent zu bekämpfen.

Die Fragen der Energieversorgung, der Erhaltung der Umwelt, der Verringerung der großen sozialen Unterschiede (täglich verhungern tausende Kinder und sterben tausende an heilbaren Krankheiten, während andere im

der Nutzung der Kernenergie anbetrifft, so scheint zur Einordnung des Problems ein Vergleich mit anderen toxischen Stoffen sinnvoll. Bezieht man die auftretenen Konzentrationen von toxischen Stoffen auf die jeweils zulässigen Konzentrationen (Freigrenzen) ergibt sich der in ABB. 2 angegebene Tatbestand.

Ein solcher Vergleich verschiedener Problemkreise hilft, richtige Schwerpunkte bei ihrer technologischen Bearbeitung, bei politischen Entscheidungen und bei ihrer ethisch-moralischen Beurteilung zu setzen. Dabei ist eine

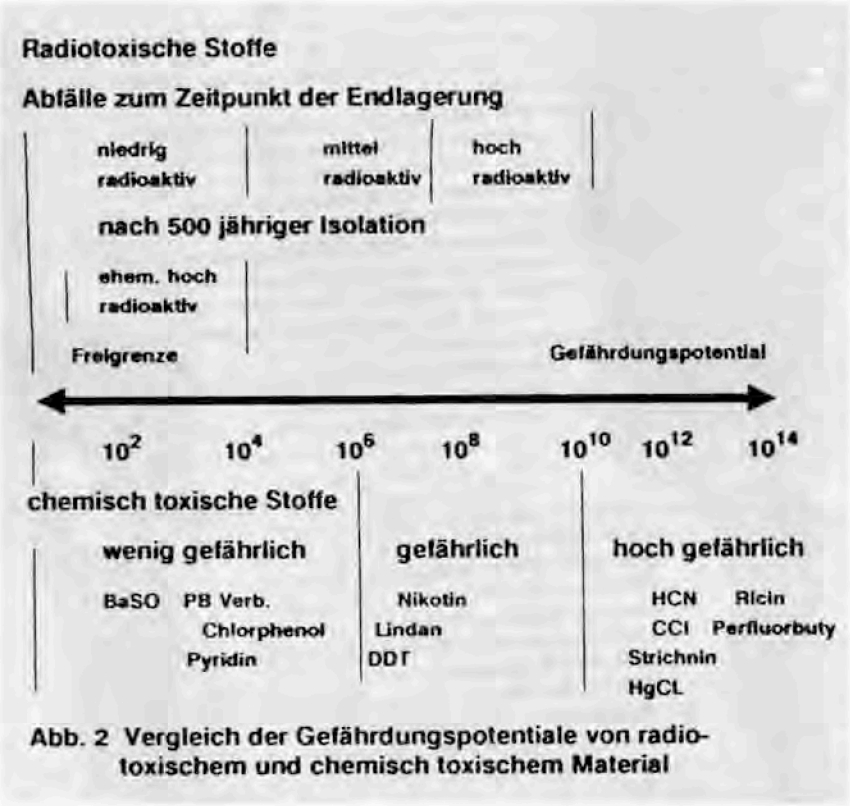


Abb. 2 Vergleich der Gefährdungspotentiale von radiotoxischem und chemisch toxischem Material

ständige Optimierung zwischen sicherheitstechnisch und umweltschutzmäßig angestrebtem Niveau und den dafür erforderlichen Aufwendungen notwendig. Die Verfasser betrachten die sichere Entsorgung radioaktiver Abfälle als einen wichtigen Beitrag zu aktivem Umweltschutz! Unter Beachtung des Vorgenannten ist es aber auch erforderlich, die Endlagersicherheit zu optimieren, nicht jedoch um jeden Preis zu maximieren. Ein Endlager für radioaktive Abfälle darf zu jedem zu betrachtenden Zeitpunkt mit ausrechend hoher Wahrscheinlichkeit nur Strahlenbelastungen für die Bevölkerung zulassen, die weit unter der natürlichen Radioaktivität liegen.

In der DDR wurde unter Beachtung der Größe des Territoriums, der dichten Besiedelung und der intensiven Nutzung von Erdoberfläche und Untergrund mit der Inbetriebnahme des 1. Kernkraftwerkes (70 MW - KKW Rheinsberg) 1966 die Entscheidung getroffen, für die niedrig- und mittelradioaktiven Abfälle eine zentrale Endlagerung in tiefen geologischen Formationen zu schaffen. Aus 10 betrachteten Salzbergwerken wurde 1970 das ehemalige Salzbergwerk Bartensleben ausgewählt. Über die Salzlagerstätte gab es durch den bergmännischen Aufschluß einen guten Kenntnisstand.

Für den Transport und die Endlagerung der radioaktiven Abfälle wurde ein System mit wiederverwendungsfähigen Transportbehältern geschaffen.

Im Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben wurden von 1978 bis 1989 ca. 13.500 Kubikmeter niedrig- und mittelaktive Abfälle mit 250TBq Aktivität endgelagert. Das sind 75 % des zur Zeit vorhandenen Abfallvolumens. Sicherheitsanalysen für die angewandten Technologien haben ergeben, daß die "größten anzunehmenden Unfälle" (GAU) keine Strahlenbelastungen für die Bevölkerung in der Größenordnung der natürlichen Radioaktivität verursachen können. Auch für das Personal sind aus den genehmigten Abfallaktivitäten und Einlagerungstechnologien (Abb. 3) keine Strahlenbelastungen in der Größenordnung, wie sie für einen nuklearen Unfall definiert sind, ableitbar.

Der 12-jährige Betrieb des Endlagers verlief unter Bedingungen, die zur weiten Unterschreitung festgelegter Grenzwerte für die Personenbelastungen und für die radioaktiven Auswürfe führten. Durchschnittlich konnten bisher bei rund 13 % der Werktätigen pro Jahr überhaupt Strahlenbelastungen nachgewiesen werden. Diese lagen bei etwa 1.2 Millisievert pro Jahr (mSv/a).

Der staatliche Grenzwert in der DDR beträgt 50 mSv/a. Die natürliche Strahlenbelastung liegt bei 2 mSv/a.

Die Radioaktivität des Abwassers weist eine Größenordnung von etwa 5 Becquerel pro Kubikmeter (12 % des staatlichen Grenzwertes) auf, wobei davon zwei Drittel vom natürlichen Radionuklid Kalium - 40 stammen, also nicht aus der Abfalleinlagerung. Die mit der Grubenabluft abgegebene Radioaktivität beträgt 70 % des Grenzwertes für die einzelnen Radionuklide.

Inwieweit sich Auswirkungen der abgegebenen Radioaktivität in der Umwelt wiederfinden, wird an Proben von Umgebungsmedien kontrolliert. Dazu werden Luft-, Gras-, Wasser-, Fallout- und Milchproben nach einem festgelegten Programm an Stellen genommen, die bis zu sieben Kilometern vom Endlager entfernt liegen. Die Ergebnisse der Probenuntersuchungen brachten bisher keinerlei Hinweise auf Auswirkungen des Endlagerbetriebes auf die Umwelt.

Zum Nachweis der Langzeitsicherheit des Endlagers wurde untersucht, ob eine Dosis in der Umgebung von 0,1 mSv/a (vgl. natürliche Strahlenbelastung: 2 mSv/a) zu irgendeinem Zeitpunkt überschritten werden könnte. Dazu wurde ein zukünftiges Aktivitätsinventar von 10 hoch 16 Bq Cäsium-137 als kritisches Nuklid angenommen und die Ausbreitung der Radionuklide durch mehrere Barrieren hindurch berechnet. Insgesamt wurde ein Betrachtungszeitraum von weniger als 1000 Jahren angesetzt, über den die Radioaktivität der endgelagerten Abfälle noch vorhanden ist. Als Ergebnis ergab sich eine vielfache Unterschreitung des Wertes von 0,1 Millisievert pro Jahr, so um den Faktor 70 für Cäsium-137.

Daß die geologische Situation im gegenwärtigen Zustand erhalten bleibt, kann mit hoher Wahrscheinlichkeit für mindestens 10.000 Jahre vorausgesagt werden, wenn man aus der bekannten geologischen Geschichte des Salzstockes und seiner Umgebung extrapoliert.

Die beschriebene Endlagerlösung hat für die DDR dazu geführt, daß für die auf dem Territorium angefallenen niedrig- und mittelaktiven Abfälle eine sofortige sichere Endlagerung gewährleistet ist und keine Zwischenlager, außer technologisch bedingten Lagern, erforderlich sind.

Anti-AKW Gruppen aus der DDR stellen sich vor !

Gruppe "Energie/Arbeitskreis gegen Atomanlagen" im Ökologischen Arbeitskreis der Dresdner Kirchenbezirke

Ökowoche Dresden 1990

Liebe Freunde!

Wir möchten Euch einladen und uns mit einer großen Bitte an Euch wenden.
Doch zunächst eine kurze Vorstellung.
Unsere Gruppe besteht seit Anfang 1988 und zählt derzeit 10 aktive Mitglieder. Bedingt durch die einseitg auf Atomenergie ausgerichtete offizielle Energieperspektive hat sich die Atomenergie als Schwerpunkt unserer derzeitigen Arbeit ergeben.
Außerdem stellt sich immer deutlicher heraus, welche großen radioaktiven Belastungen auch im Dresdner Raum bestehen: Kernforschungszentrum Dresden-Rossendorf, ein Forschungsreakter an der TU Dresden, Uranabbau bei Königstein, Bannewitz und Dresden-Gittersee, radioaktive Abwässer der Radiologischen Klinik.
Zudem soll das nächste AKW in Börln bei Dahlen im Bez. Leipzig 80 km östlich von hier gebaut werden!
In den Jahren des Stalinismus gab es in der DDR keinerlei Informationen über Risiken und Gefahren der Atomenergie, eine gesellschaftliche Diskussion und Meinungsbildung konnte nicht stattfinden. Hierauf möchten offensichtlich westdeutsche Atomlobby und mancher DDR-Politiker aufbauen.

Wir wollen informieren und uns wehren

Andererseits ist uns klar, daß man bei der Ablehnung der Atomenergie Alternativen aufzeigen muß. Ausgelöst durch die gegenwärtigen Veränderungen haben wir uns auch seit Jahresbeginn mit dem Problemkreis Rekommunalisierung und Dezentralisierung der Energiewirtschaft beschäftigt.
Damit sind auch schon die Schwerpunkte der **Ökowoche Dresden 1990** genannt: **Anti-Atomkraft / Alternativen / Dezentralisierung.** Die traditionelle "Woche der Verantwortung für die Schöpfung" wird vom "Ökologischen Arbeitskreis" getragen und in diesem Jahr von uns organisiert und inhaltlich gestaltet.
Mit der Ökowoche wenden wir uns insbesondere an die Dresdner Bevölkerung, um das Informationsdefizit abzubauen; wir hoffen auf täglich 800 - 1.000 TeilnehmerInnen.
(...)

Und nun noch unsere Bitte:

Erschwerend für unsere Arbeit ist neben den beschränkten Vervielfältigungsmöglichkeiten insbesondere, daß uns Informationsmaterial **zum Verteilen** fehlt. (...)

Kontakt:

Achim Weber, Oybiner Str 31 A
DDR - 8051 Dresden

" SCHWARZER KATER " in Dahlen bei Leipzig

Liebe Freunde,
anbei ein Bericht aus Dahlen.... Wir befürchten zwar, daß unsere Berichte nun quasi auch für den BND (Stasi gibt es ja angeblich nicht mehr !) interessant ist, aber was soll´s ...
Der Kampf gegen die Standortpläne des " AKW IV " in der Dahlener Heide ist für uns u.a. deshalb schwer, da die Regierung Modrow sie in die Schublade getan hatte. Zu entscheiden hat nun die neue Regierung (Hat sie das wirklich ? Entscheidet nicht die mächtige Atomindustrie, während die Regierung nur ausführt ?). Man hat die Bevölkerung der betroffenen Region faktisch eingelullt !
Unsere Gruppen zeigten schon vielfältige, regionale Aktivitäten, z.B.

- Demo in der Dahlener Heide Mitte Januar
- Organisation eines Anti Atom Wochenen des im Januar in Wurzen
- Teilnahme an den Demos in Gorleben und Stendal
- Mahnwachen während der Leipziger Mes se im März vor dem Stand der Firma SIE MENS - KWU (die Herren von Siemens waren ganz schön schockiert, denn das waren sie nun wirklich noch nicht in der braven DDR gewöhnt !)

Natürlich unterstützen wir auch die Stendaler, Hallenser und Greifswalder bei ihren Aktionen. Zur Tschernobyl - Woche ist z.B. in Leipzig einiges geplant. Wir werden davon berichten.
Für heute ganz herzliche und atomfeindliche Grüße, R.G.

Kirchlicher Umweltkreis Ronneburg, IPPNW Gera

Aus dem Bericht des Bundesumweltministers Prof. Dr. Klaus Töpfer über den Stand der Zusammenarbeit mit der DDR vor dem Umweltausschuß des Deutschen Bundestages vom 9.5.1990 wissen wird, daß sich eine Zusammenarbeit dieses Ministeriums und ihm nachgeordneter Institutionen mit der SDAG Wismut und dem Staatlichen Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR anbahnt. Wir sind darüber informiert, daß bereits Kontakte mit den Bergbaubetrieben und der Wismut-Arbeitshygiene stattgefunden haben. Letztere verfügt über Daten, die Aufschluß geben können über das Risiko der Erkrankung durch radioaktive Niedrigstrahlung infolge der beim Bergbau freigesetzten Urans und seiner Zerfallsprodukte.
Wir befürchten, daß diese Daten, die bisher der Öffentlichkeit nicht zugänglich waren, nun in stiller Übereinkunft weiter von der Öffentlichkeit ferngehalten werden. Gleiches gilt für die Daten der radioaktiven Belastung im Territorium und ihre Interpretation.
Darum fordern wir die Sicherstellung sämtlicher Krankendaten, der persönlichen Dosismetrie und innerbetrieblicher Statistiken und Meßwerte. In die Auswertung dieser Daten sollen Bürgerinitiativen als moralisch legitimierte Sprecher der Betroffenen einbezogen werden und die Möglichkeit erhalten, Wissenschaftler ihres Vertrauens mit der Auswertung zu beauftragen.

Ronneburg, den 18.5.1990

GREIFSWALD

Liebe Redaktion "atom",
wir sind hier in Greifswald nur eine ganz kleine Gruppe von vier Ärztinnen, die sich seit über einem Jahr mit der Problematik der Kernenergie befassen. Seit dem Herbst 1989 gehören noch zwei Ingenieure aus dem KKW Lubmin zu uns, die vor allem in technischen Fragen Unterstützung geben. Die Situation hier ist sehr schwierig, denn der normale Greifswalder Bürger interessiert sich nicht für die Fragen im Zusammenhang mit dem KKW, da fast jeder vom KKW abhängig ist (Arbeitsplätze, Geld, Wohnungen, Fernwärme). Dazu kommt ein absoluter Informationsmangel der letzten Jahrzehnte, der nun ganz geschickt von den Betreibern für ihre Kernenergie genutzt wird. In dieser Situation befinden wir uns !
In den letzten Monaten hatten wir die Möglichkeit, verstärkt an Informationen aus dem KKW heranzukommen. Mit gezielten Aktionen (z.B. am 4. und 5. Mai mit öffentlichen Vorträgen und Diskussionen in Greifswald) versuchen wir - auch wenn es nur wenige sind - die Greifswalder wachzurütteln. Uns fehlt allerdings bisher die Zeit, selbst mit Artikeln in die Zeitungen zu gehen. Wir hoffen, daß es nach dem Mai etwas besser wird und wir vielleicht auch ein paar mehr Leute werden.

Mit freundlichen Grüßen R.P.

Demonstration gegen das AKW IV Schläft die Dahlener Heide ?

Immer noch geistern sie herum, die Standortpläne des " KKW IV " im Bezirk Leipzig. Genauer gesagt: ein Standort in der Dahlener Heide zwischen den Ortschaften Börln und Schwarzer Kater, 34 km von Leipzig entfernt.
Die DDR - Grünen sowie die Bürgerinitiativen gegen AKW´s - " Alfred Brehm " und " Schwarzer Kater " - wollten es genau wissen. Sie fragten nach am 24. März, eine Woche nach den Volkskammerwahlen. "Wie stehen die Wahlsieger zur Atomlobby?", war das Motto der Demo. Die Antwort steht noch aus, aber die Wahlergebnisse in der DDR und die Tatsachen in der BRD lassen Schlimmes befürchten. So probten wir schon mal vorsorgend den Widerstand ...
Vor ca. 1000 DemonstrantInnen, davon allein ca. 750 "Bundis", waren sich alle RednerInnen einig: Wir wollen keine Atomkraftwerke, weder im Leipziger Raum noch anderswo!! Ein besonderer Dank geht an die Anti-AKW- AktivistInnen in Stendal, Halle, Gorleben, Landshut, St. Gallen (CH) und Cattenom (F).
Wo aber waren die eigentlich Betroffenen? Wo waren die Bürger und Bürgerinnen aus der Dahlener Heide? Schläft die Dahlener Heide etwa? Haben die Leute diese Gegend, die "grüne Lunge" Leipzigs schon aufgegeben? Glaubt man/frau sogar an finanzielle Entschädigungen und das Märchen von den sicheren Arbeitsplätzen? Der Autor hofft, daß er sich irrt!
Die Veranstalter kamen zu der Erkenntnis, daß die Menschen mehr für dieses Thema sensibilisiert werden müssen. Über 40 Jahre Flucht in die Nischen hat bei den Menschen Spuren der Gleichgültigkeit hinterlassen! Aber wenn schon jeder Dahlener als Multiplikator wirkt, ist Zuversicht erlaubt.
So bleibt also die Hoffnung, daß nicht nur die zahlreichen Händler ihren "guten Schnitt" machten, sondern daß die Dahlener Heide bald erwacht. Die über 750 Gäste zeigten den Betroffenen, daß Solidarität vorhanden ist.
Die Standortpläne der Atomlobby müssen ein für allemal in der Schublade (in den Reißwolf damit, d.S.) bleiben! Wie war es doch auf einem der zahlreichen Transparente zu lesen: " Die Dahlener Heide soll grünen, aber nicht strahlen ! "

Reinhard Görbing, Sprecher der BI "Alfred Brehm"

Uran der

Seit 1946 wird in der DDR Uranerz gefördert. Betreiber der Uranminen ist die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut. Sie hat derzeit eine Belegschaft von etwa 40.000 Arbeitern und Angestellten, von denen ca. 10.000 unter Tage arbeiten. Gearbeitet wird in zwei Schichten. Es gibt insgesamt neun Uranbergbau-Betriebe. Fünf Betriebe liegen im Gebiet Gera/Ronneburg, drei im Erzgebirge und einer im Elbsandsteingebirge.
In den Aufbereitungsfabriken 'AB 101' in Crossen und 'AB 102' in Seelingstädt wird das Erz zu Urankonzentrat, dem sog. »Yellow Cake« verarbeitet.
Darüberhinaus verfügt die SDAG Wismut u.a. über eigene Transportbetriebe, geologische Firmen und Bergbau-Montage-Betriebe. Wegen des Rückgangs der Uranförderung versucht die Wismut, einen Teil ihrer Arbeiter für andere Tätigkeiten umzuschulen, etwa für den Straßenbau oder die Gebäudesanierung.
Im Ronneburger Gebiet baut die SDAG Wismut seit 1963 Uranerz ab. Einer der Bergbaubetriebe, Beerwalde, sollte bereits im vergangenen Jahr geschlossen werden. Durch einen Streik der Kumpel ist die Schließung aber um ein Jahr vertagt worden.
Ich hatte Gelegenheit, an einer Führung durch den Betrieb Schmirchau teilzunehmen. Dieser Betrieb mit 4.700 Beschäftigten - davon 2.500 unter Tage - fördert Erz mit einem Gehalt von ca. 0.1% Uran.

Die Halden

Die zum Schmirchauer Betrieb gehörenden, über 100 Meter hohen Kegelhalden bestehen ausschließlich aus »taubem« Gestein, d.h. entweder Deckgestein oder nur schwach uranhaltiges Gestein, das zur Urangewinnung nicht verwendet werden kann. Die Halden bedeuten nicht nur eine gewaltige Landschaftszerstörung.
Radongas entweicht noch hunderttausende von Jahren aus den Halden an die Luft. Zusätzlich verweht enorm viel Staub und verunreinigt Boden und Atemluft. Dieser Staub strahlt nicht nur, er wirkt auch toxisch. Die im Staub enthaltenen Spaltprodukte (Uran, Radium) waschen sich, begünstigt durch den Sauren Regen, in den Boden ein. Deshalb ist eine Forderung der örtlichen Bürgerinitiativen die sofortige Abdeckung der Halden.
Bis November 1989 wurde in dieser Anlage auch Haldenmaterial zur Urangewinnung ausgelaugt. Grubenwasser, mit Schwefelsäure versetzt, wurde auf die Halde gerieselt. Diese ist angeblich mit einer Lehmschicht und mit Planen gegen Versickern abgesichert. Am Rand der Halde wurde die Brühe abgefangen und das ausgewaschene Uran durch Harze gebunden. Die Restflüssigkeit wurde erneut zur Berieselung auf die Halde gepumpt.
Zum Teil sind innerhalb der Halde die Temperaturen sehr hoch, da durch Oxidationsvorgänge sogenannte endogene Brände entstehen. Diese Brände können sich zu Schwelbränden ausweiten.
Auf einem mitgebrachten Meßgerät konnten wir eine Strahlungsintensität von 100 m/sievert pro Stunde feststellen.

Das aus der Halde aussickernde Regenwasser wird jetzt noch zur Urangewinnung genutzt. Es ist sehr sauer, ph-Wert ca. 2,5, und ergibt etwa 25mg Uran/l. Neben der allgegenwärtigen Radon- und Staubemission besteht hier die besondere Gefahr von Grundwasserverseuchung.
Ein Paradebeispiel gelungener Müllentsorgung wurde uns auf einer anderen Schmirchauer Halde vorgeführt: Hier hat man zwei Löcher gebaggert, chemische Industrieschlämme hineingekippt ... fertig ist die Sondermülldeponie (offizielle Terminologie), frei nach dem Motto »wenn schon verseuchen, dann auch richtig!«

Eine »Bilanzerzhalde« (Reinerzhalde mit hohem verwertbaren Urananteil) befindet sich in 100 m Entfernung einer Kleingartensiedlung neben den Paitzdorfer Kegelhalden. Diese dient als Reserve, falls die Grubenerzförderung ins Stocken gerät, um den Aufbereitungsbetrieb in Seelingstädt kontinuierlich am Laufen zu halten.
Das gesamte Haldengebiet, das noch zum Betrieb Schmirchau gehört und noch nicht an die örtlichen Gemeindeverwaltungen zurückgegeben worden ist, beträgt ca. 500 Hektar. Darunter ist u.a. das Dorf Gessen begraben.
Viele alte Halden sind mit Erde abgedeckt und begrünt worden (»Rekultivierung«). Auf einer dünnen Erdschicht wachsen Erlen und Birken, auf den Flachhalden große Wiesenflächen. Jährlich werden vom Betrieb Schmirchau etwa 20 - 30 Hektar Fläche an die Landwirtschaft zurückgegeben. Landwirtschaftliche Produkte werden nicht angebaut, laut Aussage des Wismut-Vertreters jedoch nicht wegen der Gefährlichkeit, sondern aufgrund der Unverkäuflichkeit der Produkte. Allerdings werden die Wiesen zur Viehweidung genutzt. Die Bevölkerung sammelt auf diesen Halden jährlich große Mengen Pilze, die hier besonders gut wachsen.
Der neueste Hit der Wismut-technik und -Forschung ist die Abdeckung der Halden mit einer Schicht aus Kraftwerksasche aus der Braunkohleverbrennung. Versuche in dieser Richtung laufen bereits. Angeblich hat die Asche den Vorteil hoher Saugfähigkeit, die die Niederschlagsfeuchtigkeit gut aufnimmt und bei Trockenheit wieder abgibt. Abgesehen davon, daß die Kraftwerksasche chemische (Schwefel) Stoffe enthält, wird damit indirekt zugegeben, daß durch Regenwasser eine Kontamination des Bodens erfolgen kann.
Haldenmaterial wurde bis zum letzten Jahr noch zum Straßenbau, früher sogar zum Bau von Fundamenten für Wohnhäuser verwendet. Beim Straßenbau ist eine 10 cm dicke Betonschicht über dem Abraum eine

Bergbau in DDR

Reuster Kegelhalden und Schachtanlagen Schmirchau. Foto: Bernd Morell

behördlich anerkannte Endlagerung. Bei einem Straßenneubau in der Nähe von Crimmitschau entdeckten aufmerksame Bürger allerdings eine nur w cm dicke Abdeckschicht aus Bitumen. Gespart werden muß halt überall!

Uranabbau

Abgebaut wird nur noch unter Tage. Durch die Einführung von Naßbohrverfahren und durch verbesserte Grubenbelüftung ist die Strahlenbelastung der Uranbergarbeiter verringert worden. Doch kann die Luft im Bergwerk nie völlig frei von radioaktiven Substanzen gehalten werden, und die Gamma-Strahlung aus dem Gestein ist nicht zu verhindern. Laut Aussage von Dr. Martin Jönsson, Leiter der Arbeitshygiene-Inspektion Wismut, gab es bis zum 31.12.1989 genau 5.132 als Berufskrankheit anerkannte Lungenbronchial- und Lungentrachialkrebse sowie 14.500 Staublungen. Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs - die sogenannten offiziell anerkannten Berufskrankheiten. Ein Drittel der Anträge wurde nicht anerkannt! (ARD-Sendung »Kontraste« vom 17.4.1990)

Aus angeschnittenen Grundwasserhorizonten sowie durch das Naßbohrverfahren und das Anfeuchten des Gesteins sammelt sich ständig Wasser in den Gruben. Diese werden, durch das Uranerz verunreinigt, an die Erdoberfläche gepumpt, zum Teil für die Auslaugung des Erzes verwendet, zum Teil in »Abwasserstappelbecken« oder direkt in Flüsse geleitet.

Teilweise wird das Uran durch Untertage-Auslaugung gewonnen. Mit Schwefelsäure oder Bicarbonat versetztes Grubenwasser wird in die Grube über - durch Sprengung zerkleinertes - Gestein gespült und unterhalb der Erzlagerstätte wieder aufgefangen und dem Aufbereitungsbetrieb zugeführt. Da die uranhaltige Lösung nicht hundertprozentig aufgefangen werden kann, besteht eine große Gefahr der Grundwasserverseuchung.

Im Bereich der Betriebe Schmirchau und Paitzdorf konnte ich Betonmischfahrzeuge beobachten, die eine schmutzig-braune Brühe in eine der vielen hier vorhandenen ungesicherten Schachtöffnungen abließen.

Aufbereitung

Nachdem das Erz aus der Grube gefördert und das nicht verwertbare Material herausgetrennt worden ist, wird das restliche zu verarbeitende Erz so gemischt, daß ein gleichbleibender Uranngehalt erreicht wird. Das ist nötig, damit die Aufbereitungsanlage störungsfrei laufen kann. Holzreste und andere Fremdstoffe werden mit der Hand ausgelesen.

Anschließend wird das Erz bis zu Korngröße gebrochen und gemahlen, damit das Uran bei der nachfolgenden Laugung zu über 90% gelöst werden kann. Beim Mahlen wird ein Großteil des im Erz vorhandenen Radon-Gases freigesetzt. Früher erfolgte die Laugung mit Schwefelsäure, heute mit einer Soda-Bicarbonat-Lösung.

Das gelöste Uran wird per Zentrifuge abgesondert. 85% der Radioaktivität verbleibt im Abfallschlamm, der über Rohrleitungen in oberirdische Schlammabsetzbecken gepumpt wird. Pro Tonne Erz entsteht eine Tonne Schlamm, d.h. schwach radioaktiver Atommüll.

In einem weiteren Verfahren erhält man den »Yellow Cake«, Urankonzentrat, der in Fässer gefüllt und per Bahn in die Sowjetunion transportiert wird.

Für die Arbeiter besteht die Gefahr des Einatmens von radioaktivem Staub und Urankonzentrat. Staubabsauganlagen in der »AB 102« Seelingstädt sollen zu 80% defekt sein. Ein Elektriker fand beim Auswechseln von Leuchtstoffröhren im Betrieb eine gelbe Staubschicht auf den Röhren.

»Entsorgung«

Rund um Seelingstädt befinden sich verschiedene Absetzbecken. Ein Becken bei Trünzig, auf einer Flachhalde gelegen, wird

als Auffangbecken für Abwässer aus der Aufbereitungsanlage genutzt. Wenn das Flüßchen Weiße Elster genug Wasser führt, werden Abwässer aus dem Becken über den Pöltschbach in den Fluß geleitet. Der Pöltschbach ist aber nicht der einzige Bach, der der Weißen Elster kontaminiertes Wasser zuführt. Über den Gessenbach und die Wiese fließen Grubenabwässer in den Fluß. Es ist davon auszugehen, daß die Weiße Elster im Stadtbereich von Gera erheblich radioaktiv verseucht ist.

Neben diesem sog. Abwasserstappelbecken befindet sich ein ca. 60 Hektar großes Schlammabsatzbecken, das derzeit außer Betrieb ist. Der Beckenrand ist ausgetrocknet. Bei Wind werden hier radioaktive Wolken aufgewirbelt und übers Land getragen. Bei meinem Besichtigungsspaziergang sah ich eine Schar von Möwen auf dem Schlammwasser schwimmen. Mein einheimischer Begleiter berichtete mir, daß Zugvögel - sogar Kraniche - auf ihren jährlichen Wanderungen hier Rast machen.

Am Westrand dieses Beckens wurde 1981 eine Sondermülldeponie für dünnschlämmige Schadstoffe eröffnet. Ähnlich wie auf der Schmirchauer Halde meint man wohl, wo Dreck ist, da kann noch mehr hin. Selbst nach DDR-Gesetzen ist es nicht gestattet, auf radioaktiven Abfällen anderen Müll zu entsorgen. Offenbar ist nicht nur ordentlich deklarierter Müll aufgetragen worden, sondern es sind auch bei Nacht ständig Transporte angekommen.

1988 wollte man zusätzlich eine Haus- und Industriemülldeponie einrichten. Aufgrund von Bürgerprotesten wurde schließlich die Mülldeponie im November 1989 geschlossen. Keiner weiß, welche chemischen Abfälle auf der Deponie lagern. Industriebetriebe, z.B. Zeiss/Jena, versuchten noch, den Rat des Kreises Greiz unter Druck zu setzen, damit dieser die Deponiesperrung zurücknimmt.

Bei der Begehung des Geländes wurden mir mehrere Sickerstellen gezeigt, aus denen eine braune Flüssigkeit austrat, die an einer Stelle sogar zu einem richtigen Bächlein wurde.

Ein paar hundert Meter entfernt befinden sich die jetzt in Betrieb befindlichen Schlammabsetzanlagen im ehemaligen Urantagebau Culmitzsch (von diesem ehemaligen Dorf ist auch nur noch der Name geblieben). Diese Anlage hat ein Fassungsvermögen von etwa 120 (?)Kubikmetern. An den Stellen, wo der Schlamm an der Oberfläche eintrocknet, hat man mit Abdeckarbeiten begonnen. Auch schon ein kleiner Erfolg von Bürgerprotesten. Die radioaktiven Sickerstoffe verunreinigen das Grundwasser. Die Bewohner von Woltersdorf, am Rande der Schlammabsetzanlage gelegen, hatten immer wieder Sickerwassser im Keller. Jetzt hat man am Rand des Dammes Tiefbrunnen gezogen und pumpt das dort aufgefangene Wasser wieder auf die Absetzanlage. Der Grundwasserspiegel ist abgesenkt, die Keller sind wieder trocken.

Auf einem »rekultivierten« Haldengelände neben der Absetzanlage fanden wir Reste von Übungsmunition. Mir wurde berichtet, daß sämtliche männliche Studenten der DDR bis zur »WSende« zusätzlich zum Militärdienst zu einer sechswöchigen Militärübung in eine Kaserne bei Seelingstädt eingezogen wurden. Bevorzugtes Gelände für die Manöver war eben dieses Haldengebiet. Die gesamte männliche Intelligenz der DDr radioaktiv verseucht?

Normalbetrieb im größten Urangewinnungsgebiet Europas heißt:

- Zerstörung ganzer Landschaften.

- Freisetzung von Radon-gas bei allen Produktionsprozessen, aus den Halden und den Absetzbecken; besondere Gefahr der Konzentration des Gases in den Kellern von Gebäuden und Wohnhäusern.

- Staubemission durch die Halden; radioaktive und toxische Verseuchung der Luft und des Bodens.

- Oberflächen- und Grundwasserverseuchung durch Grubenwasser, Halden- und Untertage-Auslaugung des Erzes und durch die Absetzbecken.

Gesundheitsgefährdung nicht nur der Wismut-Belegschaft, sondern von Menschen und Tieren im ganzen Gebiet wird auf unabsehbare Zeit in Kauf genommen.

Aufkeimen von Widerstand

Über die Ausmaße der Verseuchung war

POLITIK Sonnabend, 9. Juni 1990

DDR-Uran-Bergbau: „Das ist Tschernobyl"

Wismut hat ganze Landstriche radioaktiv verseucht

Berlin – Wissenschaftler schlagen Alarm: Der Uran-Bergbau durch die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (Wismut) im Süden der DDR im Raum Zwickau hat ganze Landstriche radioaktiv verseucht. „Das ist jetzt Tschernobyl", sagte einer der Forscher gestern.

Besonders schlimm betroffen ist die Ortschaft Zwitzschen. In der Nähe, auf der Schlamm-Absetzanlage Culmitzsch, haben Experten eine Radioaktivität von bis zu 305 000 Becquerel je Quadratmeter gemessen. Wenn die Herbststürme wehen, fegen dichte radioaktive Wolken durch den Ort. Vermutlich noch gefährlicher sind die Radongase in den Häusern, denen besonders Frauen und Kinder ausgesetzt sind: Bis zu 100 000 Becquerel je Kubikmeter Luft wurden gemessen. Strahlendes Gestein wurde in der Gegend von Zwickau auch im Straßenbau verwendet – sogar unter der Asphaltdecke eines Schulhofes lag das Zeug.

Ein Mediziner schätzte, daß die Lebenserwartung der Beschäftigten bei Wismut mehr als fünf Jahre unter dem DDR-Durchschnitt liegt. „Die Krebsrate bei den Arbeitern ist mit Sicherheit erhöht", sagte eine Ärztin der Betriebs-Poliklinik. Statistiken darüber liegen im Tresor des Betriebes.

Das Kirchenbuch einer Gemeinde mitten im Abbaugebiet sagt es ganz deutlich: Überdurchschnittlich viele Männer starben an Lungenkrebs und Silikose (Staublunge). Die meisten waren bei Wismut.

Foto: atom

sich die Bevölkerung in den Uranabbaugebieten lange Zeit nicht im Klaren. War es bei den Bergarbeitern doch üblich, besonders schöne Erzsteine mit nach Hause zu nehmen und den Kindern zu schenken. Über die Wirkung radioaktiver Strahlen oder gar über gesundheitschädigende Folgen schwachaktiver Dauerbelastung gab es in der DDR keine Informationen, auch nach Tschernobyl nicht.

Doch langsam werden die Bürger wach und beginnen sich zu regen. Allerorten beginnen kleine Bürgerinitiativen ihre Arbeit. Sicherlich sind sie nicht vergleichbar mit den meisten Inis in Westgermanien, schon eher mit denen zu Anfang der Bewegung in Wyhl, als die Winzer gegen das dort geplante AKW ihre Stimme erhoben.

In Ronneburg wird in der Kirche eine Ausstellung gezeigt, die die Umweltsauereien des Uranabbaus dokumentiert und die in den Forderungen nach sofortiger Abdeckung der Halden, der Durchführung eines flächendeckenden Meßprogramms und der Einstellung des Uranabbaus gipfelt. Der Pastor lädt Fachleute aus dem Westen ein und hofft auf Unterstützung durch ein umfangreiches Meßprogramm.

Meßwerte gibt es zwar seit 1982 von der Wismut und vom Staatlichen Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS), doch erstens sind diese nicht vollständig veröffentlicht und zweitens würde man dem auch kaum trauen. Immerhin verursachte der von der Wismut gemessene Wert in Friedmannsdorf - 787 mrem - doch einige Besorgnis.

Die Bürgerinitiative »Radon« im Seelingstädter Bereich versucht, öffentlichen Druck zu machen, indem sie alle Beteiligten (SAAS, Wismut, Gemeindevertreter und Bürger) auf öffentliche Versammlungen lädt. Ein paar Erfolge konnte sie schon verbuchen:

- Schließung der Sondermülldeponie auf dem Schlammabsetzbecken.
- Beginn von Abdeckungsarbeiten auf den ausgetrockneten Teilen eines Schlammabsetzbeckens.
- Den Stop der Verwendung von Haldengestein als Baumaterial.
- Die Schließung der Dorfturnhalle Trünzig, die auf ehemaligem Wismut-Gelände steht, wegen zu hoher Strahlenbelastung.

Die Aktivisten sind zuversichtlich und schauen mit Befremden auf die verhärteten Fronten im Westen. Doch sie sind auch mißtrauisch ob der Tatsache, daß neben zwei Vertretern aus dem Töpfer-Ministerium auch vier Vertreter des BRD-Wirtschaftsministeriums in der Besucherdelegation bei der Wismut waren.

Geheim ist nach wie vor, wieviel Uran hier tatsächlich gefördert wird. Möglich, daß die Herren aus den Ministerien da schon mehr wissen und am Ausloten sind, ob hier nicht ein lohnender Brocken für die westdeutsche Atomindustrie zu schnappen ist.

Sicherlich will die Sowjetunion ihre Option auf das hier gewonnene und anfangs ja nur für militärische Zwecke genutzte Uran nicht so leicht aufgeben. Doch es scheint, als würden ihr auch hier die Felle wegschwimmen.

Zumindest für die westdeutschen Atomwissenschaftler liegt hier ein gefundenes Fressen, haben sie doch die Erfahrungen und Daten von 40 Jahren wenn auch etwas abenteuerlicher Uranabbau-Technologoe vorliegen.

Gerüchten zufolge liegen die Wismut-Unterlagen bereits im Töpfer-Ministerium. Und da werden sie sicher nicht im Stahlschrank schmoren.

Bernd Morell

Verkrusteter Flügstaub von den Halden im Straßengraben (Schmirchau), Foto: Bernd Morell

Literatur-Hinweis:
Michael Beleites: Pechblende. Der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen. Herausgegeben vom Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg und dem Arbeitskreis »Ärzte für den Frieden - Berlin«.

Uranbergbau Kanada

1.Baker Lake/Aktivitäten in der BRD

Die Unterschriftensammlung und einige andere Aktivitäten gegen das Uranabbauprojekt Baker Lake der deutschen UG Urangesellschaft in den Nord-West Territorien Kanadas sind fortgesetzt worden.
Die Baker Lake Uranmine gehört im übrigen der Urangesellschaft (früher 100%, heute 80% und 20% CEBG England); sie hat nie der Uranerzbergbau gehört, wie im letzten Rundbrief leider aus Versehen stand - sorry!
Die Unterschriftensammlung gegen die Baker Lake hat bisher (März 90) rund 1500 Unterschriften erbracht; ein beachtlicher Teil kam aus Polen, wo das Flugblatt in übersetzter Form von engagierten Gruppen eigenständig weiterverbreitet wurde.
Im Januar 90 hat der Frankfurter AK gegen Atomanlagen eine Mahnwache vor dem Geschäftsgebäude der UG in Frankfurt durchgeführt und einige Tage darauf eine Veranstaltung zum Thema UG und Baker Lake organisiert, die trotz guter Vorbereitung leider sehr schlecht besucht war.
In einer großen Bundestagsanfrage der Grünen zum Themenbereich Uranabbau und Menschenrechte waren Fragen zu Landrechten indigener Völker enthalten. In ihrer Antwort kann die Bundesregierung allerdings keinerlei ökologische Gefahren und keine Verantwortung ihrerseits für die zerstörerische Tätigkeit der - auf ihre Anregung hin gegründeten - Uranabbauunternehmen erkennen.
Die große Anfrage ist nach einer kurzen parlamentarischen Aussprache am 15.3. in die Bundestagssausschüsse verwiesen worden; in der Debatte prallten der Anti- und der Pro-Atom-Flügel der SPD deutlich aufeinander.
Der Verweis in die Ausschüsse bedeutet, daß das Thema Uranabbau und Landrechte für einige Zeit im Bundestag präsent bleiben wird; damit ist eine bewußtseinsbildende politische Arbeit über Uranabbau und seine vernichtenden Auswirkungen auf parlamentarischer Ebener möglich und notwendig.

Zur Lage in Baker Lake selbst

Im Sommer 89 wurden in Baker Lake und in den Siedlungen in der Umgebung Anhörungen durchgeführt, bei denen die kritischen Fragen der Bevölkerung zusammengetragen wurden; sie sind im 'Final-Report' festgehalten. Ende des Winters wurden die Antworten der kanadischen Tochtergesellschaft der UG vorgelegt, die die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die 'Umweltverträglichkeit' des Uranminenkomplexes darlegen sollen. Beide englischsprachigen Dokumentationen sind gegen Kopierkosten erhältlich. Im Frühjahr 1990 sollte der Final Report der UG in öffentlichen Anhörungen in den betroffenen Gemeinden diskutiert werden. Diese Anhörungen sind verschoben worden, u.a. auf Grund von Unzulänglichkeiten in der Umweltverträglichkeitsstudie der UG und wegen Übersetzungsschwierigkeiten ins Inuktitut, die Sprache der dort lebenden Inuit, bei uns besser als Eskimo bekannt.
Was heißt das für uns? Unsere Aktivitäten sollten fortgesetzt und verstärkt werden. Der Zeitaufschub in Kanada und eine Koordination von parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten werden es vielleicht möglich machen, entscheidend zur Verhinderung dieses Projektes beizutragen. ...

2.Nord-Saskatchewan Wollaston Lake Gebiet

Aus Zeitungsberichten vom April dieses Jahres aus Kanada geht hervor, daß die kanadische Tochtergesellschaft der deutschen Uranerzbau (UERG), Bonn, für 160 Mio. Can Dollar ein Drittel des Rabbit-Lake Uranminenkomplexes von der kanadischen Cameco, dem größten Urandealer der westlichen Welt, gekauft hat. Dies beinhaltet einen 1/3-Anteil an der Rabit Lake Uranmühle, an den Uranvorkommen Eagle North (direkt am Wollaston Lake gelegen) und Eagle South einschließlich umliegenden Explorationsgebieten, sowie an drei Uranlagerstätten an der Collins Bay, einer Bucht des Wollaston Lake - diese Vorkommen liegen möglicherweise unter dem See!
Die deutsche Uranerzbergbau hat damit der Cameco einen Gefallen getan und erheblich dazu beigetragen, die Finanzsituation der Cameco nach einem 300 Mio. Verlust im letzten Jahr aufzubessern.
Die UEBG hat mit diesem Kauf wiederum die Nase ganz vorn in einer der 'zukunftsträchtigsten' Uranregionen Nordkanadas. Nachdem sie bereits von 1970 bis 1982 an der - inzwischen ausgeerzten - Rabbit Lake Mine mit 49% beteiligt war, entdeckten ihre Geologen das Key Lake Uranvorkommen; mit 14% der Welturanproduktion im Jahr 1986 ist Key Lake eine der bedeutensten Uranminen der westlichen Welt. Nachdem im vorigen Jahr der erste Erzkörper, das sogenannte »Dellmann-pit« ausgeerzt war, wird zur Zeit mit der Ausbeutung des zweiten Uranerzvorkommens in Key Lake begonnen. Der neue Kauf sichert nicht nur die Position der UEBG, sondern auch die weltweite Uranversorung bundesrepublikanischer und andere Atomkraftwerke mit Uran.
An der absehbaren weitere radioaktiven Verschmutzung und Gefährdung des Wollaston Lake und der Existenzbedrohung der dort lebenden Cree-, Chipewyan und Dene-Indinaner werden also in Zukunft wieder verstärkt deutsche Unternehmen beteiligt sein. Ein Grund mehr für die bundesdeutschen Atomstromverbraucher und AKW-Gegner, Protest und Widerstand zu organisieren.

Kontakt: AG Uranbergbau
c/o Günter Wippel
Oberau 63 in 7800 Freiburg
Tel.0761-381282
oder
Inge Lindemann (Büro Lilo Wollny)
0228-164932

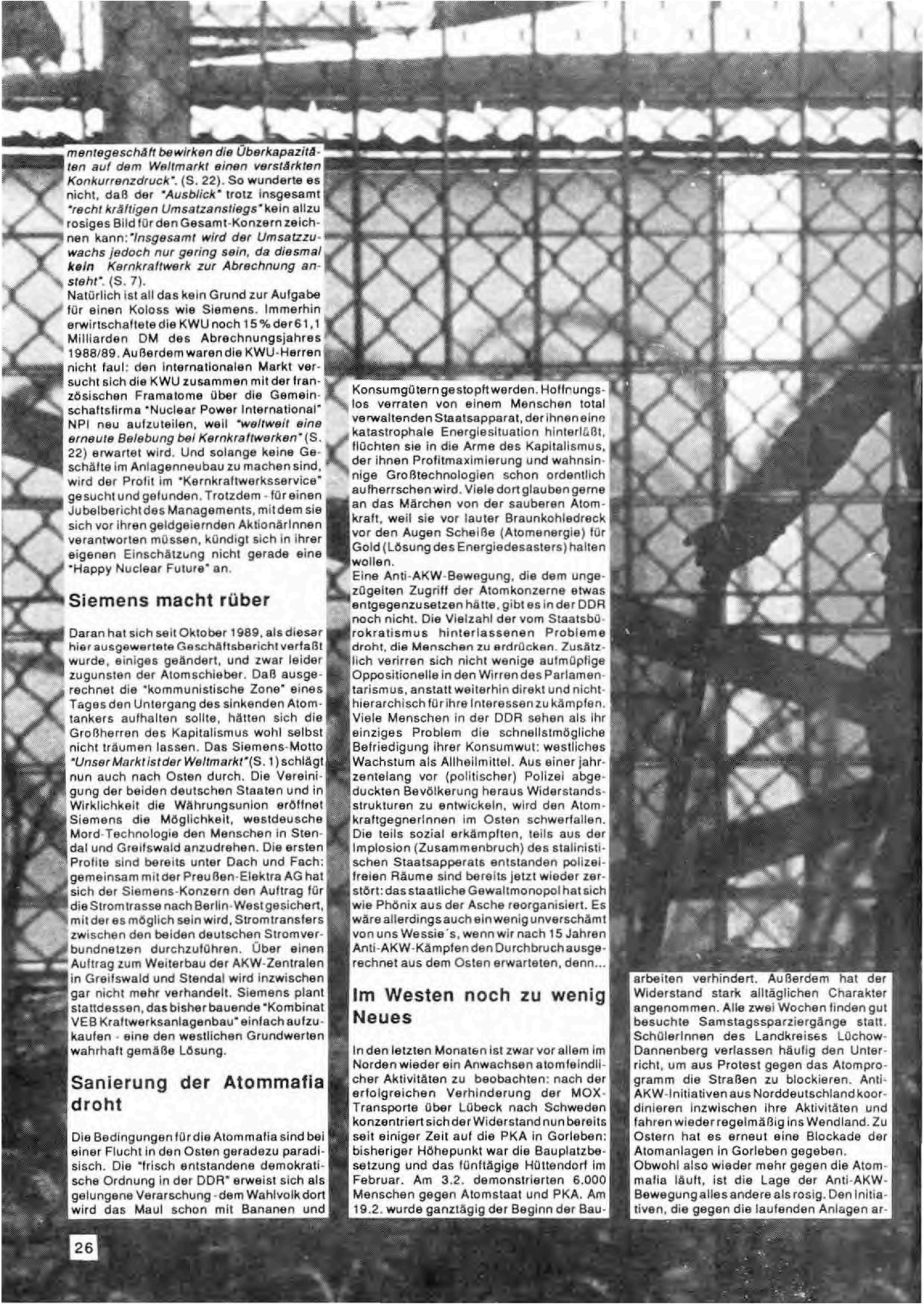
Gesamtdeutscher Atomstaat - das Geschäft macht Siemens!

Ein Diskussionsbeitrag für einen Siemens-Boykott

In der Bundesrepublik schien die Atommafia mit dem Rücken zur Wand zu stehen. Seit Jahren sind keine neuen AKW's in Auftrag gegeben worden. Prestigeobjekte wie der Schnelle Brüter in Kalkar und der Hochtemperaturreaktor sind kläglich gescheitert. Bis heute (und ins nächste Jahrtausend hinein) ist die Frage völlig ungeklärt, wie der fortlaufend produzierte Atommüll jemals gelagert werden könnte. Das sogenannte "Entsorgungskonzept" entpuppt sich für eine immer breitere Öffentlichkeit als Entsorgungslüge. Die Akzeptanz für Atomenergie ist - obwohl sich das paradoxerweise nicht politisch manifestiert - so gering wie nie.

Zum Beispiel Siemens oder ein Konzern läßt Krokodilstränen ab

Während es bei den Atomanlagen, vor allem in der Bauphase, häufig gelungen ist, unsere entschiedene Ablehnung deutlich zu machen, können die eigentlichen Motoren des kriminellen Atomprogramms, nämlich die profitierenden Energieversorgungsunternehmen und Baufirmen unter dem Deckmantel der Verschwiegenheit gnadenlos ihre Profite organisieren. Hieß es vor drei Jahren noch ganz richtig "Keine Ruh der KWU!", so ist es heute wieder reichlich still um die Atomfirmen geworden. Entsprechend hat es der Siemens-Konzern, Hauptprofiteur am Atomgeschäft, nicht nötig, in seinem jüngsten Geschäftsbericht (aus dem hier zitiert wird) Bemerkungen über die schwierige politische Lage zu verlieren. Trotzdem klingt es aus dem *"Hause mit dem Ökoplus"* (Siemens über Siemens) wie ein Klagelied, was die Siemens-Tochterfirma KWU (Deutsche Kraftwerksunion) betrifft. Von der *"freundlichen konjunkturellen Großwetterlage"* (S.4) war ausgerechnet das Kernkraftwerksgeschäft nicht gekennzeichnet, so daß dieser Bereich beim schönen Siemens Superplus in den Berechnungen am besten gleich ausgeklammert wird. Dem *"Wachstum auf breiter Front"* (S.5) - in welchem Krieg? - steht im Inlandsgeschäft die Abrechnung nur eines AKW's, Neckarwestheim II gegenüber. So kam es *"beim Unternehmensbereich KWU abrechnungsbedingt zu einem Umsatzrückgang von 27 %* (S.5). Und die Abrechnungsbedingungen bleiben schlecht: *"Der Unternehmensbereich KWU mußte seine Belegschaft strukturell bedingt weiter verringern"*. (S. 10). *"Der Wegfall des Auftrags für die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf (Bayern) hat einen Belegschaftsabbau an unseren Ingenieurstandorten zur Folge. Im Brennele-*



mentegeschäft bewirken die Überkapazitäten auf dem Weltmarkt einen verstärkten Konkurrenzdruck". (S. 22). So wunderte es nicht, daß der "*Ausblick*" trotz insgesamt "*recht kräftigen Umsatzanstiegs*" kein allzu rosiges Bild für den Gesamt-Konzern zeichnen kann: "*Insgesamt wird der Umsatzzuwachs jedoch nur gering sein, da diesmal* ***kein*** *Kernkraftwerk zur Abrechnung ansteht*". (S. 7).

Natürlich ist all das kein Grund zur Aufgabe für einen Koloss wie Siemens. Immerhin erwirtschaftete die KWU noch 15 % der 61,1 Milliarden DM des Abrechnungsjahres 1988/89. Außerdem waren die KWU-Herren nicht faul: den internationalen Markt versucht sich die KWU zusammen mit der französischen Framatome über die Gemeinschaftsfirma "Nuclear Power International" NPI neu aufzuteilen, weil "*weltweit eine erneute Belebung bei Kernkraftwerken*" (S. 22) erwartet wird. Und solange keine Geschäfte im Anlagenneubau zu machen sind, wird der Profit im "Kernkraftwerksservice" gesucht und gefunden. Trotzdem - für einen Jubelbericht des Managements, mit dem sie sich vor ihren geldgeiernden AktionärInnen verantworten müssen, kündigt sich in ihrer eigenen Einschätzung nicht gerade eine "Happy Nuclear Future" an.

Siemens macht rüber

Daran hat sich seit Oktober 1989, als dieser hier ausgewertete Geschäftsbericht verfaßt wurde, einiges geändert, und zwar leider zugunsten der Atomschieber. Daß ausgerechnet die "kommunistische Zone" eines Tages den Untergang des sinkenden Atomtankers aufhalten sollte, hätten sich die Großherren des Kapitalismus wohl selbst nicht träumen lassen. Das Siemens-Motto "*Unser Markt ist der Weltmarkt*" (S. 1) schlägt nun auch nach Osten durch. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und in Wirklichkeit die Währungsunion eröffnet Siemens die Möglichkeit, westdeusche Mord-Technologie den Menschen in Stendal und Greifswald anzudrehen. Die ersten Profite sind bereits unter Dach und Fach: gemeinsam mit der Preußen-Elektra AG hat sich der Siemens-Konzern den Auftrag für die Stromtrasse nach Berlin-West gesichert, mit der es möglich sein wird, Stromtransfers zwischen den beiden deutschen Stromverbundnetzen durchzuführen. Über einen Auftrag zum Weiterbau der AKW-Zentralen in Greifswald und Stendal wird inzwischen gar nicht mehr verhandelt. Siemens plant stattdessen, das bisher bauende "Kombinat VEB Kraftwerksanlagenbau" einfach aufzukaufen - eine den westlichen Grundwerten wahrhaft gemäße Lösung.

Sanierung der Atommafia droht

Die Bedingungen für die Atommafia sind bei einer Flucht in den Osten geradezu paradisisch. Die "frisch entstandene demokratische Ordnung in der DDR" erweist sich als gelungene Verarschung - dem Wahlvolk dort wird das Maul schon mit Bananen und Konsumgütern gestopft werden. Hoffnungslos verraten von einem Menschen total verwaltenden Staatsapparat, der ihnen eine katastrophale Energiesituation hinterläßt, flüchten sie in die Arme des Kapitalismus, der ihnen Profitmaximierung und wahnsinnige Großtechnologien schon ordentlich aufherrschen wird. Viele dort glauben gerne an das Märchen von der sauberen Atomkraft, weil sie vor lauter Braunkohledreck vor den Augen Scheiße (Atomenergie) für Gold (Lösung des Energiedesasters) halten wollen.

Eine Anti-AKW-Bewegung, die dem ungezügelten Zugriff der Atomkonzerne etwas entgegenzusetzen hätte, gibt es in der DDR noch nicht. Die Vielzahl der vom Staatsbürokratismus hinterlassenen Probleme droht, die Menschen zu erdrücken. Zusätzlich verirren sich nicht wenige aufmüpfige Oppositionelle in den Wirren des Parlamentarismus, anstatt weiterhin direkt und nichthierarchisch für ihre Interessen zu kämpfen. Viele Menschen in der DDR sehen als ihr einziges Problem die schnellstmögliche Befriedigung ihrer Konsumwut: westliches Wachstum als Allheilmittel. Aus einer jahrzentelang vor (politischer) Polizei abgeduckten Bevölkerung heraus Widerstandsstrukturen zu entwickeln, wird den AtomkraftgegnerInnen im Osten schwerfallen. Die teils sozial erkämpften, teils aus der Implosion (Zusammenbruch) des stalinistischen Staatsapperats entstanden polizeifreien Räume sind bereits jetzt wieder zerstört: das staatliche Gewaltmonopol hat sich wie Phönix aus der Asche reorganisiert. Es wäre allerdings auch ein wenig unverschämt von uns Wessie´s, wenn wir nach 15 Jahren Anti-AKW-Kämpfen den Durchbruch ausgerechnet aus dem Osten erwarteten, denn...

Im Westen noch zu wenig Neues

In den letzten Monaten ist zwar vor allem im Norden wieder ein Anwachsen atomfeindlicher Aktivitäten zu beobachten: nach der erfolgreichen Verhinderung der MOX-Transporte über Lübeck nach Schweden konzentriert sich der Widerstand nun bereits seit einiger Zeit auf die PKA in Gorleben: bisheriger Höhepunkt war die Bauplatzbesetzung und das fünftägige Hüttendorf im Februar. Am 3.2. demonstrierten 6.000 Menschen gegen Atomstaat und PKA. Am 19.2. wurde ganztägig der Beginn der Bauarbeiten verhindert. Außerdem hat der Widerstand stark alltäglichen Charakter angenommen. Alle zwei Wochen finden gut besuchte Samstagssparziergänge statt. SchülerInnen des Landkreises Lüchow-Dannenberg verlassen häufig den Unterricht, um aus Protest gegen das Atomprogramm die Straßen zu blockieren. Anti-AKW-Initiativen aus Norddeutschland koordinieren inzwischen ihre Aktivitäten und fahren wieder regelmäßig ins Wendland. Zu Ostern hat es erneut eine Blockade der Atomanlagen in Gorleben gegeben.

Obwohl also wieder mehr gegen die Atommafia läuft, ist die Lage der Anti-AKW-Bewegung alles andere als rosig. Den Initiativen, die gegen die laufenden Anlagen ar-

beiten, fehlt es in der Regel an der notwendigen Durchschlagskraft. Um manche AKW's wie Esensham oder Brunsbüttel ist es vollends still geworden. Der Hamburger Hafen hat sich inzwischen trotz anfangs ermutigender Proteste gegen das Frachtschiff "Godewind" zum Umschlagsplatz für Atomtransporte entwickeln können, auch wenn die aktuellen Spekulationen um Wilhelmshaven als neuen Verladehafen auf einen Teilerfolg in dieser Sache hindeuten. In ehemaligen Anti-AKW-Hochburgen wie Hamburg oder Bremen sind die AktivistInnen auf ein kleines Häuflein zusammengeschrumpft. Große Demonstrationen, erst recht in Verbindung mit direkten Aktionen haben Seltenheitswert. Und das alles trotz der Erfahrungen mit dem Supergau von Tschernobyl, dem Nukem-Alkem- und dem Transnuklear-Skandal. Obwohl inzwischen die "schweigende Mehrheit" nichts mehr von Atomkraft hält, kann Siemens sein Geschäft ohne die Anti-AKW-Bewegung kalkulieren: maßgeblich ist für sie allein die internationale Konkurrenz und die Entwicklung des sinnlosen Massenkonsums, u.a. von Strom.

Bloß nicht auf halbem Wege stehen bleiben

Es ist also nicht gelungen, die mehrheitliche Ablehnung der Atomenergie durch die Bevölkerung in politisches Handlen umzusetzen. Die Betroffenheitspolitik mit der Angst nach Tschernobyl ist gescheitert, und der Kreis der AktivistInnen ist jetzt auch nicht größer wie zuvor.

Die Ursache dafür wird oft in einem bornierten Aktionismus der alten Anti-AKW-Bewegung gesucht, dessen Radikalität die Nach-Tschernobyl-Initiativen ausgeschlossen hätte. Umgestürzte Strommasten und die darauf erfolgende Repression hätten politisch unerfahrenere Menschen abgeschreckt, sich zu beteiligen. Sicher hat es diesen bornierten Aktionismus gegeben, aber damit die Ursachenforschung einstellen, hieße dann doch das eigene Unvermögen auf andere abwälzen.

Die Repression des Staatsapparates entfaltete sich bereits unmittelbar nach Tschernobyl gegen alle, die zu handlen begonnen hatten. Bereits sechs Wochen später wurde die Demo in Brokdorf - 120.000 demonstrierten dagegen, daß das AKW noch ans Netz gehen sollte - auf brutalste Art und Weise unterdrückt. Mit Gas, Hubschraubern, Wasserwerfern und Knüppeln wurde die Menge ohne Anlaß angegriffen. Der angestrebte Lerneffekt war offensichtlich: eine derartige Demonstration sollte es nicht wieder geben. Auf der anderen Seite ließ man die Initiativen mit ihren Anträgen und mit ihren Sorgen um verstrahlte Lebensmittel ins Leere laufen: hier ein bißchen Ausstiegsgerede, dort ein bißchen SPD und dann und wann Vertuschung sorgten dafür, daß sich der Protest im wahrsten Sinne des Wortes verlief.

Daß Repression und Augenwischerei auf diese Art greifen konnten, liegt meiner Meinung nach daran, daß es uns nicht gelungen ist, aus dem Betroffenheitsschock heraus eine weiterführende politische Position zu entwickeln. In den damaligen Ausstiegsszenarien von Parteien und Kirchen gelang es der radikalen Anti-AKW-Bewegung nicht, sich mit einer antikapitalistischen Position einzumischen. Umweltzschutz aus Umweltangst aber landet schnell in der Sackgasse der Perspektivlosigkeit, wenn die eigentlichen Gegner "unerkannt" weiterarbeiten können. Was die Umweltschutzbewegung schon ganz richtig erkennt - nämlich die Notwendigkeit, den eigenen Lebensstil im Bezug auf die Umweltverhalten zu politisieren - müßte sie selbst nur konsequent fortsetzen. AtomgegnerInnenschaft im Frieden mit dem Industriesystem und dem damit untrennbar verwobenen Staatsapparat würde sich dann sofort als das herausstellen, was es ist: bloße Illusion. Diese Zusammenhänge werden in der Umweltschutzbewegung so systematisch ausgeblendet, daß ihre Aktivitäten oft an Hysterie grenzen. Wenn wir uns beispielsweise an die hektische Betriebsamkeit der Biobranche samt Kundschaft nach Tschernobyl erinnere, fragen wir uns, was sich denn seit damals an den kriminellen Geschäften der Atommafia und der Bedrohung durch Atomkraft geändert hätte, welche Gründe wirklich angeführt werden könnten, in unserem Widerstand nachzulassen.

Boykottiert Siemens!

Vor diesem Hintergrund sehen wir das entscheidende Versäumnis der alten Anti-AKW-Bewegung darin, daß es ihr nicht gelungen ist, in den Städten die Bedeutung der am Atomgeschäft profitierenden Firmen zu thematisieren. "Den Kampf in die Städte tragen!..." wurde viel zu schnell zu heißer Luft. Gerade hier aber hätte der politische Preis für eine so "saubere" Firma wie Siemens in die Höhe getrieben werden müssen. Die Betroffenheit über und Angst vor Atomkraft hätte an diesem Punkt umgewandelt werden können in einen alltäglichen, vielfältigen Widerstand. Mit einer politischen Position, die an der unbehinderten Entfaltung des Atomgeschäfts zäh und dauerhaft genagt hätte, stünden wir vermutlich nicht vor der paradoxen Situation, daß es zwar einerseits eine klare Ablehnung der Atomkraft in der Bevölkerung gibt, andererseits im Verhältnis dazu kaum nennenswerten Widerstand gegen die Geschäfte der Atommafia.

Solcher Widerstand gegen Firmen wie Siemens würde unseren Protest stärker an unsere konkreten Lebenszusammenhänge in den Städten anbinden, als es der Widerstand an den Anlagen erreichen kann. Sicher werden wir nach wie vor ins Wendland fahren - das darf nicht gegeneinander diskutiert werden - aber über einen Siemens-Boykott würden wir auch wieder für die Menschen um uns herum sichtbar werden, die sich in einer Art sozialer Mutation bereits mit den angeblich unabwendbaren schlechten Verhältnissen abgefunden haben. Ein neu entfachter Widerstand gegen Siemens müßte allerdings von vorneherein so angelegt sein, daß sich AKW-GegnerInnen mit unterschiedlichen Auffassungen und Herangehensweisen darin wiederfinden kön-

nen. "Boykott" hieße unserer Vorstellung nach, daß möglichst viele Widerstandsformen miteinander verbunden werden: VerbraucherInnenboykott, direkte Aktionen gegen Filialen und Produkte, legaler Protest...
Nun ist es natürlich nicht das erste Mal, daß in der Anti-AKW-Bewegung über eine Strategie diskutiert wird, die die am Atomgeschäft verdienenden Firmen direkt angreifen soll. Die Siemens-KWU-Kampagne ist uns noch in guter Erinnerung. Wir sind aber der Meinung, daß dieser Ansatz denn doch bisher nicht konsequent und vielfältig genug verfolgt worden ist: das Spektrum der beteiligten Gruppen und Aktionsformen war einfach zu begrenzt. Und gerade der Verzicht auf eine westdeutsche WAA, der einzig und allein durch Kapitalinteressen (in diesem Fall der VEBA) begründet und durchgesetzt wurde, zeigt doch wieder einmal überdeutlich, daß die Entwicklung im Atomgeschäft entscheidend von den Profitchancen der Konzerne bestimmt wird. Ein Siemens-Boykott ist dabei sicherlich nicht der einzige Weg, auf dem das Geschäfte-Machen behindert werden kann. Lange Bauzeiten für AKW's durch Proteste, Behinderung von Atomtransporten etc. sind wesentliche Pfeiler des Anti-AKW-Kampfes und werden es bleiben.
Aber ein Boykott als Kampftechnik bietet eine ganze Reihe von politischen Vorteilen: wir wären in der Lage, die regelmäßig von staatlicher Seite aufgeherrschte Gewalteskalation zu unterlaufen, weil wir in flexiblen, dezentralen Bündnissen zusammengeschlossen sind. Eine "entscheidende Schlacht" haben wir überhaupt nicht nötig. In den einzelnen Städten und Regionen wären unterschiedliche Vorgehensweisen denkbar, entsprechend den örtlichen Widerstandsstrukturen. zusätzlich erlaubt ein Boykott auch die "passive" Solidarisierung von SympathisantInnen, die selbst nicht eingreifen können, aber durch ihr Kaufverhalten eingebunden werden. Und wenn wir den Frieden mit Kapital und Staat nicht wollen, ist es doch selbstverständlich, daß wir uns seine (Wegwerf-Produkte auch nicht andrehen lassen.

Siemens - ein lohnender Gegner?

Siemens repräsentiert die aggressive deutsche Industrie-Elite und marschiert an der Spitze von german high-tech. Siemens lauert überall: in Bügeleisen, Toastern, Kaffeemaschinen, Spülmaschinen, Dunstabzügen, Waschmaschinen, Glühlampen, Herden, Fernsehern, Computerchips, Telekommunikation, in medizinischen Geräten,... - eben ein Multi. Das heißt aber auch, daß wir Siemens nahezu überall etwas entgegenzusetzen haben, daß die Ansatzpunkte vor unseren Füßen liegen. "Osram", um nur ein Beispiel von vielen zu nennen, ist eine 100%ige Siemens-Tochtergesellschaft und brachte 1988/89 zweieinhalb Milliarden DM (das entspricht 4 % des Gesamtumsatzes) in den Konzern ein - Tendenz steigend.
Allerdings müßte es einer erfolgreichen Boykottbewegung gelingen, wenigstens bei einem Artikel einen spürbaren Umsatzverlust zu erzwingen. Das würde Siemens zwar nicht wirtschaftlich in die Knie zwingen, - der Löwenanteil des Geschäfts besteht aus Industrie- und Staatsaufträgen - aber Image und Prestige könnten für einen in aller Stille arbeitenden Konzern bedrohlich in Mitleidenschaft gezogen werden. Selbst ein solch bescheidenes Ziel setzt jedoch, nach allen Erfahrungen, eine breit angelegte, starke Boykott-Organisation voraus. eine derart arbeitsaufwendige Kampftechnik erfordert langen Atem. Um den sollte es uns aber nicht zu schade sein - schließlich sind unsere Erfahrungen mit der Arbeit gegen Atomtransporte (vor allem im Süden) äußerst positiv.

Die Situation in Bremen

In den letzten Monaten ist im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die PKA neuer Schwung in die Bremer-Anti-AKW-Szene gekommen. Allerdings haben sich unsere Aktivitäten - abgesehen von den Info-Veranstaltungen in Bremen - hauptsächlich im Wendland abgespielt. Auch wenn wir das ganz richtig finden und uns nach wie vor am Widerstand gegen ein Nukleares "Entsorgungs"zentrum in Gorleben beteiligen wollen, sind wir der Meinung, daß wir gleichzeitig versuchen müßten den Widerstand gegen das Atomprogramm in unserer Stadt, in unsere unmittelbaren Lebenszusammenhänge hineinzuholen. Deshalb halten wir den Ansatz, gegen Siemens als Firma direkt zu arbeiten aus zweierlei Gründen für richtig:
a) Direkte Aktionen gegen die Firmen, die die eigentlichen Profite aus Atomstrom ziehen, machen eben diese Rolle öffentlich. Ein Widerstand gegen das Atomprogramm, der Profite der Firmen außer Acht läßt, läuft sich leicht an den so und so martialisch geschützten Anlagen tot. Die Atomstrategen können dann weiterhin im Dunkeln planen und absahnen, wie es ihnen beliebt.
b) Dadurch, daß wir in unseren Städten gegen Firmen wie Siemens arbeiten und ihre Motorrolle im Atomprogramm thematisieren, werden wir auch für die Menschen sichtbar, die zwar mit uns sympathisieren, sich aber aus irgendwelchen Grünen nicht an Week-End-Aktionismus beteiligen können/wollen.

Wendland AK Pusdorf

Falls Ihr oder Eure Gruppe auf dieses Diskussionspapier antworten wollt, schreibt bitte an: Wendland AK Pusdorf, c/o. St. Pauli Str. 10/12, 2800 Bremen 1.

Sie schrecken vor nichts zurück !

Kampagne der Atomlobby "Mit AKWs gegen den Treibhauseffekt"

Unter dem schönen Titel "Nobelpreisträger für Kernenergie" hat die Atom-Lobby in ihrer Bonner Erscheinungsform 'Informationskreis Kernenergie' die seit längerem erwartete Kampagne "Mit AKWs gegen den Treibhauseffekt" gestartet. Mit Anzeigen im scheinbar sachlichen Stil (Titel der Anzeige: "Kernenergie Nachrichten") und in den redaktionellen Teilen großer Tageszeitungen (Süddeutsche, FR) plaziert, soll gegen Atomkraft-Gegner und GRÜNE in ihrer 'Ideologischen Verblendetheit' vorgegangen werden.

Schon seit langem ist besagtem (besser: -Des) 'Informationskreis Kernenergie' jedes Argument recht, um für die Interessen seiner Geldgeber in der Atom-Industrie zu werben. Nach der plumpen Propaganda der 70- und 80er Jahre ("Ohne Atomkraft gehen die Lichter aus") wird im Zeichen gleichbleibend niedriger Akzeptanz für die Atomenergie auf subtilere Mittel zurückgegriffen: nun soll über vermeintliche "Tatsachen" aufgeklärt werden, gegen die mensch schlecht argumentieren kann, wenn er die realen Hintergründe nicht kennt - und genau damit kalkuliert die Atom-Lobby -

Tatsachen sind: weder haben sich in einem Schreiben an den amerikanischen Präsidenten Bush die besagten "Nobelpreisträger für Kernenergie" ausgesprochen, noch ist die Atomkraft auch nur der mindeste Beitrag für den Klima-Schutz.

Es wäre der Atom-Industrie nur zu recht, wenn sich gerade die als atom-kritisch bekannte amerikanische 'Union of Concerned Scientists', die den Aufruf der Wissenschaftler initiierte, für die Atomenergie ausgesprochen hätte. Das Gegenteil ist aber der Fall:

Die Wissenschaftler unterstreichen dramatisch den sofortigen Handlungsbedarf für den Klima-Schutz und ein neues Energieprogramm auf der Basis von Energieeinsparung und erneuerbaren Energien. Als eine von fünf Handlungsoptionen benennen sie ein "Atomenergie-Programm"; das allerdings nur, wenn "die öffentliche Sicherheit und Gesundheit sichergestellt, das Atommüll-Problem sicher gelöst, sowie stringente Sicherheitsmaßnahmen getroffen (sind), um die Proliferation von Atommaterial und Atomtechnik zur Waffenherstellung zu verhindern".

Die Wissenschaftler benennen damit - nach bisherigem Stand von Wissenschaft und Technik - klar, daß die Atomenergie vor nicht lösbaren Problemen steht und somit auch schon der Weiterbetrieb jeglicher Atomkraftwerke nicht länger zu rechtfertigen ist. Dies betonen sie eigens in einer Presseerklärung vom Januar, in der sie auch festhalten, daß sie weiterhin entschieden Versuchen entgegenträten, jetzt die Atomkraft als Allheilmittel gegen den Treibhaus-Effekt zu präsentieren ("strongly opposed to any effort that puts forth nuclear power as a panace for the greenhouse effect").

ANZEIGE

KERNENERGIE NACHRICHTEN

Nobelpreisträger für Kernenergie

Eine Neugestaltung der Energiepolitik in den Vereinigten Staaten fordern 49 Nobelpreisträger und 700 weitere Wissenschaftler der amerikanischen Nationalen Akademie der Wissenschaften in einem Appell an US-Präsident George Bush. In einem Ende Januar erschienenen „Aufruf zur Verhinderung einer globalen Erwärmung" empfehlen sie, unverzüglich Maßnahmen zur drastischen Reduzierung von Treibhausgasen einzuleiten.

Als Eckpfeiler eines neuen Energiekonzepts raten die Wissenschaftler über eine effizientere Energieausnutzung hinaus zum Einsatz von Kernenergie und anderer emissionsfreier Energiequellen. Der Aufruf entstand unter der Federführung der „Union of Concerned Scientists", einer amerikanischen Umweltorganisation, die sich bisher nachhaltig gegen die Kernenergie ausgesprochen hatte.

Fragen zur Kernenergie beantwortet gerne:

Informationskreis Kernenergie
Heussallee 10 · 5300 Bonn 1
02 28/50 72 13

Das ist ein erstaunlicher Kontrast zu den Behauptungen des 'Informationskreises'.

Als Gegen-Behauptung könnte ich nun - weil man das von Politikern gemeinhin so erwartet - überspitzt formulieren: "Atomenergie ist für den Klimaschutz wie Bunker-Bau für den Frieden", doch möchte ich nur einige wenige Sachargumente nennen, die die Absurdität der Argumentation der Atom-Lobbyisten aufzeigt:

Die Atomenergie erzwingt mit ihrem Einsatz in den heutigen zentralistischen Energieversorgungs-Strukturen eine Fixierung auf die Strom-Verwendung und damit eine ungeheuerliche Energieverschwendung (Elektrische Geräte für alles, Stromheizungen, etc.). Der beispiellose Investitionsbedarf der Atomenergie (in der Bundesrepublik bislang 80 Mrd. DM) ohne die anstehenden Abriß- und "Entsorgungs"-Kosten) verhindert deshalb bis heute vernünftige Lösungen wie effiziente Energienutzung in industrieller und kommunaler Kraft-Wärme-Koppelung, Energie-Einspar-Programme oder die Markteinführung Regenerativer Energie.

Noch nicht einmal das Argument stimmt, AKWs würden kein CO 2 emittieren: wenn man den 'nuklearen Brennstoffkreislauf' (von der Uran-Mine bis zur Endlagerung) berücksichtigt, was nur für die Atom-Lobby nicht selbstverständlich ist, sind die CO 2-Emissionen eines AKWs deutlich höher als die eines gas-betriebenen Blockheizkraftwerkes.

Die Atomenergie bleibt nicht nur gefährlich und belastet die Erde für die nächste Million von Jahren mit strahlenden Atomabfällen - sondern sie ist auch direkt mitschuldig an der heutigen Situation, die uns an den Rand einer Klimakatastrophe geführt hat.

Den Beweis für diese Annahme haben kürzlich unfreiwillig auch die auf der Welt-Energiekonferenz in Montreal versammelten Energiemanager geliefert: Nach dem von ihnen vorgelegten Szenario steigen die CO 2-Emissionen im Jahre 2020 bis zu 70%, trotz einer nahezu Verdreifachung der Atomenergie.

Atomkraftgegnerinnen und GRÜNE können sich deshalb durch die Wissenschaftler der USA in ihren Positionen bestärkt fühlen und können argumentativ weiter gegen die Atomkraft als Beitrag zur Verhinderung der Klimakatastrophe vorgehen.

Dr. Wolfgang Daniels (MdB, Die Grünen)
Weiterführende Literatur: Broschüre "CO 2 und Atomkraft" - zu bestellen über die Bundesgeschäftsstelle Die Grünen, Colmantstr. 36, 5300 Bonn 1

Schwarzes Brett

»Kein Atommüllager in Schacht Konrad«

Die Pläne der Atommafia zur Endlagerung von Atommüll im stillgelegten Salzbergwerk Schacht Konrad. Broschüre von Anna Masuch, März 1990, herausgegeben von AG gegen den HTR, Energiewendegruppe Hannover und Umweltschutzforum Schacht Konrad. Preis 4.-DM/Stück + 1.-DM Porto. Gegen Vorkasse zu beziehen über:

Umweltschutzzentrum Münster
Scharnhorststr.57
4400 Münster

»Europol«

Die Bullen greifen nach den Sternen!
Neue Broschüre, Herausgeber: Bürger kontrollieren die Polizei, CILIP, Straßenmedizin. Inhalt: TREVI - Schengen - Europas Sicherheitsbehörden machen mobil, Europa im Datennetz, Festung Europa: Grenzen dicht für Flüchtlingen, Das BKA im Rausch der Drogen, Terrorismis-Bekämpfung - Hebel zur Vereinheitlichung der Strafgesetze gegen politische Opposition, etc.
64 Seiten A4, Preis: 8.50 DM + 1.50 Porto.
Zu beziehen über:

Strassenmedizin
c/o BI Umweltschutz Unterelbe
Hohenesch 63, Hinterhaus
2000 Hamburg 50

»Mit tödlicher Sicherheit«

Eine neue Broschüre gibts von der Gruppe »Bürger kontrollieren die Polizei« Bremen. Thema ist das Gladbecker/Bremer Geiseldrama und die Debatte um den gezieletn Todesschuß. Der Preis beträgt 6.50 DM bei 62 Seiten Umfang.
Bestellt werden kann die Broschüre bei:

Bürger kontrollieren die Polizei
Charlottenstr.3
2800 Bremen 1

AKW-Projekt unter Tage

An der RWTH Aachen laufen sei
bereitungen zur Erforschung de
keit, ein »Kernkraftwerk in großer Teufe«, d.h. unter Tage, zu errichten und zu betreiben. Durchgeführt werden sollen die Forschungen vom Institut für Bergbaukunde I (Prof. Reuther und Dr. Dohmen) in Zusammenarbeit mit der Kernforschungsanlage Jülich.
Die Untersuchungen sind für 1990 geplant, der Zeithorizont zur detaillierten Planung (bzw. dann auch Realisierung) eines solchen Vorhabens liegt ca. Mitte der 90er Jahre.
Begründet wird das Vorhaben mit der »Notwendigkeit einer ökologisch, ökonomisch und sicherheitlich optimalen Energieversorgungskonzeptes« mit ausdrücklichem Hinweis auf den Treibhauseffekt.
Die Forschung bezieht sich nicht auf die Konstruktion einer neuen Reaktorlinie oder primär kerntechnischen Fragen. Es soll auf die vorhandene/verfügbare Reaktortechnologie zurückgegriffen werden, gedacht ist unter anderem an den Einsatz des HTR-Moduls. Dies deshalb, weil die untertägigen Atomnkraftwerke auch als dezentrale, siedlungsnahe Kraftwerke kleiner bis mittlerer Leistung mit Kraft-Wärmekopplung geplant sind. Untertägig soll dabei nur der nukleare Teil errichtet werden (Variante 1) oder das gesamte Kraftwerk (Variante 2, hauptsächlich als HTR-Modul), wobei derzeit Variante 1 favourisiert wird. Die Verbindung von oberirdischem und unterirdischem Teil der Anlage soll durch eine Nabelbohrung erfolgen, zusätzlich existiert ein Versorgungsschacht.
Es wird sicherheitstechnisch ein technisch nicht mehr beherrschbarer Unfall nicht ausgeschlossen, der aber durch die abgeschirmte Bauweise in großer Tiefe unproblematisch sein soll (Machbarkeit einer dauerhaften Versiegelung in kürzester Zeit bei einem GAU, Abschirmung durch ausreichende natürliche Gesteinsüberdeckung): Bei Störfall Sprengen, Fluten mit Flüssigkeiten oder Verfüllung der beiden Verbindungen zum Nukleareil (d.h. Sicherung außerhalb des eigentlichen AKWs). Dies ist (nach Entfernung wasserlöslicher Spaltprodukte) auch bei Außerdienststellung des Reaktors geplant, er bleibt dann an Ort und Stelle sein eigenes Endlager, ein Entsorgungsnachweis entfällt. So wird der untertägige Reaktor gleichzeitig als »brauchbares Entsorgungskonzept« betrachtet. Es wird auch auf den optimalen Schutz vor »Fremdeinwirkungen« hingewiesen.
Untersucht werden soll vor allem die bergbautechnischen Möglichkeiten bzgl. einer Durchführbarkeit. Hierbei werden das Endlager in Gorleben sowie die anderen untertägigen Atommülllager wichtige Erkenntnisse für ein unterirdisches Atomkraftwerk liefern. Nähere technische Details sollen dann in weitergehenden Untersuchungen in den nächsten Jahren erarbeitet werden (hierfür werden ca. 4 Jahre an Zeit veranschlagt).
Weitere Begründungen für das Projekt: Unter Ausnutzung der konstruktiven Gegebenheiten könnten Sicherheitssysteme einfacher und damit zuverlässiger und kostengünstiger als bisher gebaut werden. Die Notkühlung kann durch Schwerkraftförderung aus Tanks im Versorgungsschacht erfolgen (ohne störanfällige Hilfsaggregate). Die Auslösung kann bei Überhitzung oder Überschreitung des festzulegenden Systemdrucks und/oder fehlendem Kühlmitteldruck zwangsweise durch Schmelz und Berstelemente ohne Zwischenschaltung aufwendiger Auslöseeinrichtungen erfolgen.
Das Kraftwerk kann bei Ausfall des Reaktors konventionell betrieben werden (bei übertägiger Anordnung des nichtnuklearen Teils), womit Reservekapazität eingespart werden kann. Die Umrüstung konventioneller Anlagen ist denkbar! Das Konzept macht die verbrauchernahe Errichtung von Kernkraftwerken möglich.
Das geschlossene System ist durch unbrennbare Gase leicht zu inertisieren, sodaß das Brandrisiko bei Graphitreaktoren abgedeckt ist. Kostenschätzung: je nach Teufe und geologischen Verhältnissen bis zu 100 Millionen Schachtbaukosten, insgesamt Auffahrungskosten incl. aller untertägigen Hohlräume für den Reaktorbetrieb von ca. 200 Mio. DM. Dazu kommen die Kosten für das eigentliche Kraftwerk (durch beengten Raum und Schachttransport erschwert). Die oben genannten Mehrkosten werden durch Einsparungen in anderen Bereichen zumindest teilweise kompensiert.
Es wird für die Zukunft unter Hinweis auf den Treibhauseffekt auf »sehr geringe Akzeptanzsprobleme« bei der Bevölkerung gesetzt (man sieht das Ding ja gar nicht!).
Das Projekt ist für die mittelfristige Zukunft als sehr brisant anzusehen, auch wenn derzeit erst vage Planungen bestehen!

Anonymus, der Under-Cover-Agent

Standorte

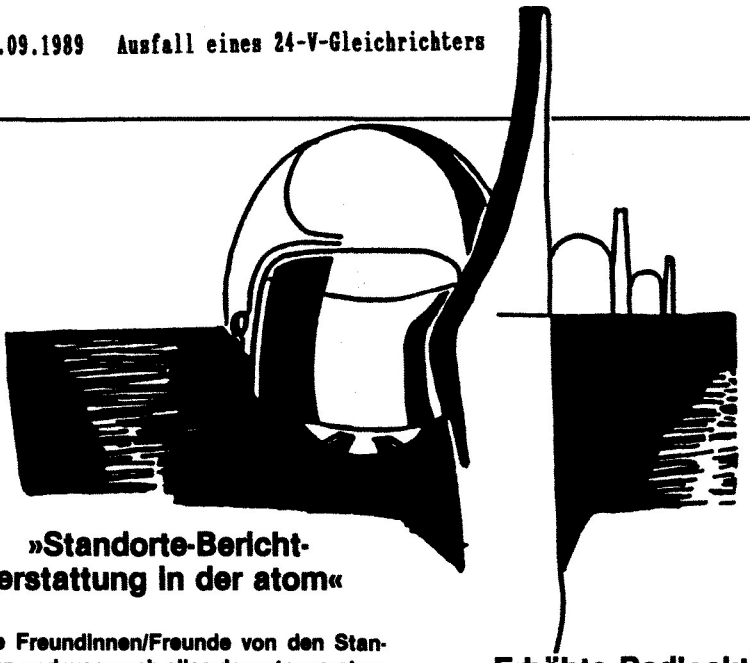
Grohnde

1989 - ein Jahr wie jedes andere. Das AKW Grohnde läuft immer noch, wie man nicht zuletzt auch nach einem Blick in die offiziellen Störfall-Auflistungen feststellen kann. In insgeamt 8 Fällen hat sich das »KWG« (= Kernkraftwerk Grohnde) in der 89er Pannenstatistik verewigt und der VAU nimmt wie üblich seine Chronistenpflicht wahr und dokumentiert, was sonst weder Betreiber noch Aufsichtsbehörden für nötig halten (siehe Kasten). Wie üblich sind die Beschreibungen der einzelnen besonderen Vorkommnisse' äußerst dürftig gehalten und sagen oftmals nur einem Spezialisten etwas. Aber man findet auch Bekanntes:
Da tauchen zum einen die Brennelementzentrierstifte wieder einmal auf. Zur Erinnerung: im Spätsommer 1988 mußte das AKW Brokdorf unter anderem wegen eines abgebrochenen Zentrierstiftes 14 Tage lang stillstehen, bis Minister Töpfer dann über die Köpfe der Landesregierung hinweg das Wiederanfahren des Reaktors verfügte. Und auch aus dem Grohnder Geschehen kennen wir die Zentrierstifte: bereits am 26.April 1987 wurde der Bruch eines dieser Stifte, welche die Brennelemente in ihrer Position fixieren sollen, festgestellt. Aber auch damals waren die Grohnder Zentrierstifte offenbar nicht so wichtig wie anderenorts. Man sah jedenfalls keinen Grund, irgendetwas dagegen zu unternehmen, wie die erneute Erwähnung dieses offenkundigen Anlageschwachpunktes im Bericht 89 beweist. Auch der Begriff Quetschmutter ist aufmerksamen LeserInnen und Lesern nicht neu: bei der Revision im Juni 86 wurde der »Verlust von einzelnen Quetschmuttern am Fuß von Brennelementen« entdeckt. Der VAU schrieb damals dazu:
»Die verlorengegangenen Teilchen können im laufenden Reaktorbetrieb herumgewirbelt werden und dabei Brennelemente beschädigen.«
Selbst der bayrischer Reaktorminister, weiß Gott kein Atomkraftgegner, fühlte sich im letzten Jahr genötigt, das AKW Ohu II wegen einiger verlorener Kugellagermuttern vorübergehend stillzulegen. Nur hier bei uns, da macht sich niemand Gedanken, zumindest niemand, der an den Schalthebeln sitzt. Und so werden wir auch weiterhin von Zentrierstiften und Quetschmuttern lesen und berichten und, solange uns das Glück hold ist, darüber zur Tagesordnung übergehen.

Kontakt:VAU, Berlinerstr.6
3250 Hameln 1 Tel.05151-51529

"BESONDERE VORKOMMNISSE"
IM AKW GROHNDE
LAUT STÖRFALL-BERICHT 1989

04.01.1989	Nichtstarten eines Notstromdiesels bei wiederkehrender Prüfung
26.04.1989	Bruch zweier Brennelement-Zentrierstifte in der Gitterplatte des oberen Kerngerüstes
03.05.1989	Verlust von zwei Quetschmuttern an Fuß von Brennelementen
11.05.1989	Defekte Kondensatoren auf Maximalwertauswahl-Baugruppen der Reaktor-Leistungsleittechnik
17.05.1989	Stehender Lichtbogen in 380-V-Schaltanlageneinspeisefeld
12.07.1989	Ausfall eines Beckenkühlstranges durch Armaturversagen
26.07.1989	Sporadischer Ausfall einer Reaktorschutzbaugruppe
23.09.1989	Ausfall eines 24-V-Gleichrichters



»Standorte-Berichterstattung in der atom«

Liebe Freundinnen/Freunde von den Standorten und was noch alles darunter verstanden werden könnte! Ab der nächsten Nummer werde ich für die atom bis auf weiteres fest die Rubrik 'Standort-Berichte' übernehmen. Ich hoffe, daß die Berichterstattung in der atom im Laufe der Zeit dadurch konstanter und besser wird, weniger Zufälligkeiten auftreten und insgesamt eine größere Verantwortlichkeit für diesen Teil der Zeitung entwickelt wird.
Bitte sendet in Zukunft Artikel und ähnliches für den Bereich Standorte direkt an mich und zwar an:

atom/Standortberichte
c/o Bernd Weidmann
Thoradestr.1
2902 Rastede
04402-83679 (Fax:04402-83327)

P.S.: Ändert bitte nicht aus Versehen den Verteiler. Wenn es Euch nicht zu aufwendig wird, dann nehmt mich zusätzlich zur Redaktionsadresse in Euren Verteiler auf.

Erhöhte Radioaktivität durch AKW Mühlheim-Kärlich

Die ARGUS hat am 19. und 20.März 1990 an ihrer automatischen Meßstation in Neuwied-Torney einen deutlichen Anstieg der Radioaktivität gemessen. Da der Wind zu dieser Zeit vom AKW her wehte und an den anderen Stationen keine Erhöhung festgestellt wurde, geht die ARGUS von einer Abgabe radioaktiver Stoffe durch das AKW aus. Sie könnte in unmittelbarem Zusammenhang mit den derzeit laufenden Vorbereitungen zur Wiederinbetriebnahme der Atomanlage stehen.
Ein ausführliches Faltblatt zu diesem Vorfall sowie ein weiteres über die Störfall-Liste des AKW Mühlheim-Kärlich ist erhältlich bei:

Brigitte Schneider
Friederich-Ebert-Ring 44
5400 Koblenz Tel.0261-38410

Standorte

Würgassen

Würgassen (kf). Anfang Mai veröffentlichte der Energieversorgungskonzern Preußen Elektra, der auch das vorübergehend stillgelegte Atomkraftwerk Würgassen betreibt, mehrere Anzeigen in Zeitungen und Anzeigenblättern in der Region um Würgassen.

In diesen längeren Textanzeigen wirbt die Preußen Elektra für "mehr Sicherheit durch Inertisieren". Das bedeutet, der Innenraum des Sicherheitsbehälters soll mit Stickstoff gefüllt werden, dadurch sollen Brände verhindert werden. Folgende Überlegung steckt dahinter: jede Art von Verbrennung benötigt Sauerstoff, Luft besteht zu etwa 80 Prozent Stickstoff und 20 Prozent Sauerstoff. Der Sauerstoffgehalt im Sicherheitsbehälter soll so niedrig gehalten werden, daß Brände nicht mehr entstehen können.

"Die Maßnahme gewährleistet die Funktionstüchtigkeit des Sicherheitsbehälters *selbst unter Belastungen, die aufgrund aller langjährigen Betriebserfahrungen und sicherheitstechnischer Erkenntnisse praktisch ausgeschlossen sind.*" Unscharf, ohne das Kernschmelzrisiko konkret beim Namen zu nennen, versucht die Preußen Elektra in ihrem Anzeigentext zu beschwichtigen.

Die Initiativgruppe UNRAST (= Unser Recht auf Stillegung), die sich in diversen Veröffentlichungen mit der Gefahr einer Kernschmelzkatastrophe auseinandersetzt, spricht von einer Irreführung der Bevölkerung durch die Preußen Elektra. "Es gibt keine technischen Maßnahmen, die in Hinblick auf das Kernschmelzrisiko die erforderliche Sicherheit für das AKW Würgassen schaffen könnten. Auch mit Verbesserungen beim Brandschutz, um den es hier geht, kann die Möglichkeit des Eintritts einer Kernschmelzkatastrophe nicht ausgeschlossen werden", erklärt die IG UNRAST.

Den Ablauf der Kernschmelzkatastrophe beschreibt die Gruppe so: "Es ist ein Wasserverlust solchen Ausmaßes eingetreten, daß die sich im Reaktorkern entwickelnde Wärme nicht mehr abgeführt werden kann. Der Reaktorkern heizt sich auf und erreicht Schmelztemperaturen. Die hohen Temperaturen führen dann unaufhaltsam zur Zerstörung des Sicherheitsbehälters und der durch ihn hindurchgehenden . Rohre und Ventile. Die Freisetzung großer Massen an Radioaktivität erfolgt dann zwangsläufig." Die Bevölkerung der näheren Umgebung von Würgassen wäre einer tödlichen Strahlung ausgesetzt.

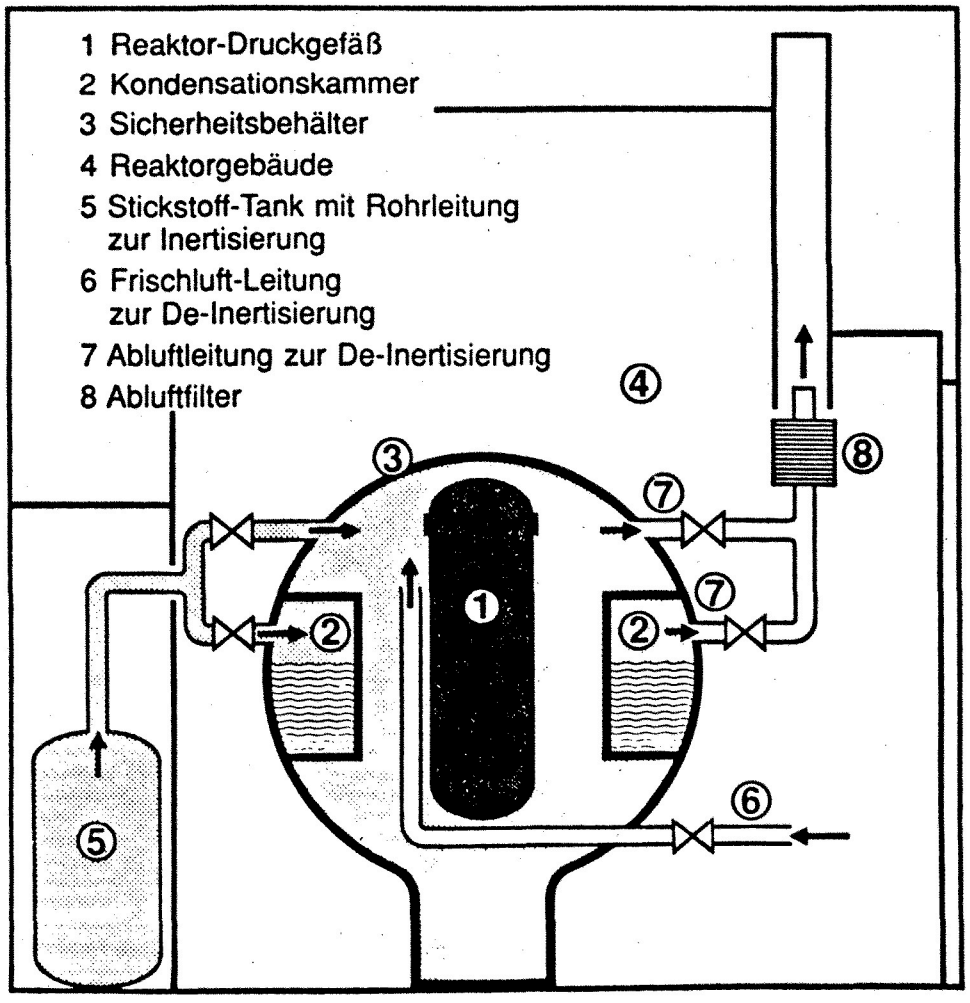
Die radioaktive Verseuchung würde die gesamte Bundesrepublik erfassen. Die Menschen in Ostwestfalen, Nordhessen und Südniedersachsen müßten evakuiert werden.

Diese verheerenden Auswirkungen, die das Unternehmen weder diskutieren noch im öffentlichen Bewußtsein wachhalten möchte, sind nach Meinung der IG UNRAST der Grund dafür, warum die Preußen Elektra den Kernschmelzunfall nicht beim Namen nennt, sondern in obiger Form *"Belastungen, die aufgrund aller langjährigen Betriebserfahrungen ... praktisch ausgeschlossen sind"* zu umschreiben sucht.

Die reale Gefahr der Kernschmelzkatastrophe muß daher zum zentralen Thema in der Auseinandersetzung um die endgültige Stillegung des AKW Würgassen werden, bekräftigt Traute Kirsch von der IG UNRAST in einem Gespräch gegenüber der Göttinger Woche. Die Diskussion um technische Details lenke nur ab vom Hauptargument - der Unbeherrschbarkeit des Kernschmelzrisikos.

Dies haben die beiden Kernschmelzkatastrophen von Harrisburg und Tschernobyl brutal und schonungslos bewiesen.

Skizze aus der Werbeanzeige der Preußen Elektra



Auszüge aus der Klageschrift gegen Würgassen

In seiner (*des NRW-Wirtschaftsministers, die Red.*) Pressemitteilung vom 22.12.1989 heißt es: "Angesichts des Gefahrenpotentials für Leben und Gesundheit der Bürger, das eine Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerkes wegen des unzureichenden Brandschutzes in sich birgt, ...hat die Behörde...keine Alternative zu ihrer Entscheidung gesehen, nach § 19 Abs. 3 AtG die einstweilige Entscheidung des Betriebs des Kernkraftwerkes Würgassen zu verfügen."

Um dieses Gefahrenpotential geht es auch in einem Brief des Beklagten (*NRW-Wirtschaftsminister, die Red.*), in dem von der Eindämmung der Folgen auslegungsüberschreitender Ereignisse die Rede ist.. (...) Wörtlich heißt es in dem ... Schreiben:

"Das Druckentlastungssystem, dessen Einbau und nunmehr dessen Betrieb die Betreiberin beantragt hat, soll bei auslegungsüberschreitenden Ereignissen (z.B. Kernschmelzen) (!!! *die Red.*) ein spontanes oder auch längerfristiges Versagen des Sicherheitsbehälters vermeiden helfen."

Der Beklagte stellt hiermit dar, daß auch ein verbesserter Brandschutz den Eintritt einer Kernschmelze nicht ausschließen kann. Indem der Beklagte ein Genehmigungsverfahren für konkrete Maßnahmen durchführt, mit denen die Schadenfolgen einer Kernschmelzkatastrophe eingedämmt werden sollen, behandelt er die Kernschmelzkatastrohe als reale Gefahr. Der Beklagte ist sich also bewußt, daß die Verbesserung des Brandschutzes den Ausschluß des Kernschmelzrisikos nicht bewirken kann und somit auch nichts Wesentliches zur Sicherheit des Atomkraftwerks Würgassen beiträgt. Es ist nun mal Faktum, daß es keine sicherheitstechnischen Möglichkeiten gibt, die Kernschmelze auszuschließen, und ein Brand ist nur eine von zahlreichen Möglichkeiten, die die Kernschmelze auslösen können.

Der Eintritt der Kernschmelze kann jedenfalls durch einen verbesserten Brandschutz der Anlage nicht verhindert werden. Insofern stellt diese "sicherheitstechnische" Maßnahme lediglich einen -zudem noch nicht einmal überprüften - Versuch dar, das Schadensmaß einer Kernschmelzkatastrophe zu minimieren. Dasselbe gilt für die geplante und von der Betreiberin des AKW Würgassen beantragte Inertisierung des Sicherheitsbehälters sowie für den Einbau eines Druckentlastungssystems in dieser Atomanlage.

(...)

Hierbei muß betont werden, daß weder die Preußenelektra noch der Beklagte davon ausgehen, daß mit diesen Maßnahmen die Kernschmelzkatastrophe beherrschbar gemacht werden kann. Im Gegensatz zur Preußenelektra verheimlicht der Beklagte diesen Tatbestand noch nicht einmal. In seinem oben angeführten Brief beschreibt er die Wirksamkeit der Inertisierung lediglich mit dem Begriff Eindämmung. Die Beherrschung der Kernschmelzkatastrophe wird von ihm gar nicht angestebt. Er trägt damit der Realität Rechnung; denn bei einer Kernschmelzkatastrophe kann die Zerstörung des Sicherheitsbehälters und die Freisetzung der massiven Radioaktivität nicht verhindert, sondern bestenfalls nur verzögert werden. Das gleiche gilt für das Druckentlastungssystem, mit dem der sich aufgrund von Wasserdampf und Gasen entwickelnde Druck so gering gehalten werden soll, daß das schnelle Platzen des Sicherheitsbehälters verhindert wird.

(...)

Ebenso ist zu beachten, daß Ereignisse, die die Kernschmelze auslösen, möglich sind, bei denen die Inertisierung und das Druckabbausystem von vornherein nicht in Funktion treten können.

(...)

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ist die Genehmigung für den Betrieb eines Atomkraftwerks nur dann zulässig, wenn lediglich hypothetische Schadensereignisse drohen, die außerhalb der Grenzen des menschlichen Erkenntnisvermögens und jenseits der Schwelle praktischer Vernunft ihre Ursache haben, vgl. BVerfGE 49,89, 143.

Hierunter sind also lediglich nach dem Stand von Wissenschaft und Technik nicht vorstellbare Ereignisse zu verstehen.

Um ein solches rein hypothetisches Schadensereignis handelt es sich bei der Kernschmelze aber gerade nicht. (...) Schließlich sollen die beantragten Nachrüstungsmaßnahmen nach Eintritt einer Kernschmelze den Ablauf der Katastrophe verzögern und dadurch möglicherweise das Schadensmaß minimieren. Den Eintritt der Kernschmelze selbst können diese Maßnahmen allerdings nicht vermeiden, weil dieses faktisch garnicht möglich ist.

(...)

In den Genehmigungsverfahren für das AKW Würgassen ist die Gefahr des Eintritts einer Kernschmelze nicht ausdrücklich Gegenstand des Verfahrens sowie der späteren Genehmigung gewesen. Folglich ist das AKW Würgassen für einen Kernschmelzunfall auch nicht "ausgelegt", wie es der Beklagte sehr richtig formuliert. Somit bezieht sich die Betriebsgenehmigung für das AKW Würgassen nur auf einen Betrieb dieser Atomanlage bei dem eine Kernschmelze als ausgeschlossen angesehen wird.

(...)

Der Weiterbetrieb des AKW Würgassen beinhaltet daher eine Akzeptanz des Eintrittsrisikos einer Kernschmelze. Dieses bedeutet aber gleichzeitig, daß schwerste Grundrechtsverletzungen der Klägerin sowie einer Vielzahl von Bürgern und Bürgerinnen der Bundesrepublik Deutschland durch den Beklagten "genehmigt" und in billigend in Kauf genommen werden.

(...)

Eine erhebliche Gefährdung i.S.d. § 17 Abs. 5 ATG liegt deshalb vor, weil der Klägerin aufgrund des realen Kernschmelzrisikos im AKW Würgassen ein unmittelbare Schaden droht. Zwar kann der Schadenseintritt nicht genau terminiert werden, jedoch ist ein nicht wiedergutzumachender Schaden für die Klägerin bei Eintritt der befürchteten Kernschmelze unvermeidbar. (...)

Das Kernschmelzrisiko ist dadurch gekennzeichnet, daß es keine technischen Möglichkeiten gibt, die Katastrophe zu beherrschen und auszuschließen. Diese auch von dem Beklagten für das Atomkraftwerk Würgassen anerkannte reale Gefahr ist der Grund, warum gerade die SPD in Nordrhein-Westfalen das Kernschmelzrisiko als existenzbedrohend und nicht verantwortbar bezeichnet. An diese Bewertung des Kernschmelzrisikos muß sich der Beklagte gebunden fühlen.

(...)

Aus dieser Bewertung resultiert das pflichtgemäße Ermessen, das dem Beklagten keine Alternative zum Widerruf der Betriebsgenehmigung gemäß § 17 Abs. 5 AtG läßt.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts obliegen staatlichen Organen, somit also auch den Gerichten, verfassungsrechtliche Schutzpflichten, die es gebieten können, rechtliche Regelungen, wie hier das Atomgesetz, so auszulegen, daß es auch die Gefahr von Grundrechtsverletzungen eingedämmt bleibt, vgl. BVerfG, a.a.O., S. 142.

(...)

Werden etwa Leben und Gesundheit bedroht, also Rechtsgüter mit einem sehr hohen Stellenwert, so ist für die Annahme einer Gefährdung bereits eine sehr geringe Wahrscheinlichkeit ausreichend. D.h.: Je mehr Personen mit ihrem Leben oder mit ihrer Gesundheit bedroht sind, desto entferntere Schadenseintrittsmöglichkeiten müssen bei der Annahme einer Gefahr berücksichtigt werden, vgl. Hrsg. Volker Hauff, Gerichtsentscheidungen zu Kernkraftwerken, S. 94f.

Noch deutlicher argumentierte das VG Freiburg in seinem Urteil vom 14.3.1977. Dieses Gericht erkannte, daß der Schutz von Leben und Gesundheit nicht durch Gesetze der technisch gegenwärtig machbaren Sicherheitsmaßnahmen limitiert werden könne. Solange das AKW Würgassen weiterbetrieben wird, sind die oben beschriebenen erheblichen Grundrechtsgefährdungen bzw. -verletzungen ständig gegenwärtig. Der Super-GAU kann sich schon morgen in Form des Kernschmelzunfalls mit Dampfexplosion realisieren, (...).

Würde das AKW Würgassen weiter betrieben werden, so bedeutete dieses gleichzeitig eine Akzeptanz des Eintrittsrisikos einer Kernschmelze. Hierin wäre ein Verfassungsverstoß zu erblicken, weil damit gleichzeitig schwerste Grundrechtsverletzungen der Klägerin und einer Vielzahl anderer Menschen billigend in Kauf genommen würden.

Gewaltfreie Blockade-Aktion Siemens-Brennelementewerk

Seit dem Frühjahr 1988 arbeitet die Gruppe 'Kettenreaktion Hanau' für eine Stillegung der Brennelemente-Produktion in Hanau. Am 6.4.90 hat die Gruppe zum ersten Mal zu einer Blockade des Werkstors aufgerufen. Der folgende Artikel bringt einen Bericht über die Aktion, die Arbeit unserer Gruppe insgesamt und die Vorstellungen über deren Weiterentwicklung.

Freitag, 6. April 1990, 8.15 Uhr: Zu ungewöhnlich früher Stunde treffen vor der Hauptzufahrt der Nuklearbetriebe in Hanau-Wolfgang knapp 40 Menschen zusammen. Obwohl vorab informiert, ist die Polizei lediglich mit drei bis vier Streifenwagen vertreten, um evtl. Verkehrsprobleme zu regulieren. Das es solche heute geben wird, steht außer Frage, denn die Polizei ist auch von der Blockade-Absicht informiert. Dennoch sind auch im Hintergrund keine Mannschaftswagen postiert, das soll den ganzen Vormittag so bleiben.

8.37 Uhr: Nach einer Begrüßung, einem gemeinsamen Lied und einer meditativen Einstimmung in den Tag lösen sich die 16 BlockiererInnen aus der Gruppe und lassen sich auf dem Pflaster nieder. Eng nebeneinander sitzend füllen wir genau die vier Fahrspuren, die in und aus dem Werk führen. Ein großes Transparent wird am Werkszaun befestigt: "STOP DEM VERDRÄNGEN! WIR ÖFFNEN UNSEREN BLICK AUF DIE OPFER!" Gemeint sind heute die Opfer des Uranabbaus, ungezählte Menschen in aller Welt (vor allem Angehörige der indigenen Völker), deren Lebensraum und deren Gesundheit zerstört wird, damit in unseren Ländern Atomkraftwerke betrieben werden können.

Nicht nur das Datum verbindet uns besonders mit den Menschen vom Gewaltfreien Aktionsbündnis in Hamburg, die seit dem Hiroshima-Tag 1986 über eine lange Zeit an jedem 6. des Monats das AKW Brokdorf blockiert haben. Zufällig, so haben wir erfahren, machen die Hamburger heute ebenfalls eine Aktion zum Uranabbau.

Die Reaktionen der Gegenseite sind heute ebenso voraussehbar wie undramatisch: Kaum sitzen die BlockiererInnen auf der Straße, schiebt sich hinter ihnen das Werkstor zu. Zur gleichen Zeit wird vorne an der Straßenkreuzung, vielleicht hundert Meter von der Blockade entfernt, die Zufahrt abgeriegelt. Die Polizei stellt Umleitungsschilder auf, der schon deutlich spärlicher werdende Werksverkehr wird nun vollständig über das Tor der benachbarten Degussa geleitet. Wir befürchten ein wenig, das dieses friedliche Bild auch in manchem Teilnehmer der Aktion ungute Gefühle und Zweifel weckt. Wenn die andere Seite so gelassen auf das Ärgernis reagieren kann, sind wir dann Ärgernis genug? Wo bleibt da noch die Auseinandersetzung, der Widerstand? Aber wir haben bewußt für unsere erste Blockade Bedingungen geschaffen, die uns - und allen anderen Beteiligten - einen experimentellen Umgang mit der für Hanau neuen Form ermöglicht.

So verlief die Aktion weitgehend ungestört und in gelassener Konzentration: Gedichte, Märchen und Lieder von den Völkern, die für den Uranabbau bluten müssen; eine Meditation, die versucht, das Leiden und unsere Verknüpfung damit erfahrbar zu machen, Eine Bildtafel, die die Zerstörungen durch die kanadische Key Lake-Mine sichtbar macht; die modellhafte Darstellung einer riesigen Abraumhalde im Vergleich zu der verschwindend geringen Uranmenge, die aus dem für Jahrmillionen weiterstrahlenden Abraumgestein gewonnen wurde. Die Fahrer, die wegen der Blockade umgeleitet werden, bekommen Flugblätter in die Hand gedrückt. All dies, unterbrochen durch Minuten des Schweigens, hin und wieder einer kleinen Stärkung durch die UnterstützerInnen hält uns über etwa vier Stunden in Verbindung und Tuchfühlung mit dem Unrecht des Uranabbaus. Zum Schluß entschließen wir uns, die Auswertung der Aktion - ursprünglich geplant neben der Straße und nach Beendigung der Blockade - doch noch auf der Straße sitzend durchzuführen. Unsere anfänglichen Befürchtungen scheinen unbegründet: Übereinstimmend lautet die Einschätzung, das das offensichtliche Kalkül der Firma, uns auflaufen zu lassen, nicht aufgegangen ist. Allen ist bewußt, das wir nach diesem eher vorsichtigen Auftakt viele Möglichkeiten haben, eine klarere Reaktion der Werksleitung einzufordern. Sei es, indem die Blockade künftig früher

beginnt, sei es, indem wir die Degussa-Einfahrt ebenfalls blockieren, oder sei es nur durch die Bereitschaft und Entschlossenheit, Aktionen des Zivilen Ungehorsams ständig zu wiederholen.

Zur Vorgeschichte

Die Gruppe 'Kettenreaktion' war im Winter '88/'89 aus der Frankfurter Regionalgruppe der 'Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung' hervorgegangen.
Die Erfahrungen, die in bezug auf gewaltfreie Aktion und Zivilen Ungehorsam vorhanden waren, kamen also vornehmlich aus dem Widerstand gegen militärische Einrichtungen, vor allem aus Blockaden am Pershing-Standort Mutlangen. Unser Wunsch war es, auf diesen Erfahrungen aufbauend, eine ähnlich kontinuierliche und konsequente Form des gewaltfreien Widerstands gegen das Atomprogramm am Brennpunkt Hanau aufzubauen. Das sollte nicht in Konkurrenz, sondern in Zusammenarbeit mit den anderen Gruppen geschehen, die in Hanau aktiv sind. Dabei stellt unser Begriff von Gewaltfreiheit schwierige Ansprüche an uns:

* Das Ziel im gewaltfreien Kampf ist nicht Sieg, sondern Einigung.
* Die Chance für eine Einigung ohne Gewaltanwendung entsteht erst, wenn wir bereit sind, Gewaltbereitschaft durch ein zielgerichtetes, politisch und moralisch wirksames Erdulden von Gewalt zu ersetzen, das sich letztlich gegen den Gewalt Ausübenden kehrt. In der Gewaltfreien Blockade entsteht hierfür die richtige Konstellation.
* Die "Kosten", die wir von diesem Engagement zu tragen haben, sind mindestens so hoch wie bei militanten Aktionen.
* Einigung setzt Bereitschaft zum Dialog voraus. Dazu müssen auf beiden Seiten Feindbilder abgebaut werden.
* Ein gewaltfreies Konzept, das an den Ideen Gandhis und Martin Luther Kings anknüpft, setzt sich innerhalb der Anti-AKW-Bewegung sehr viel mehr Unverständnis aus, als in der Friedensbewegung.

Die Anfänge der 'Kettenreaktion'

Zunächst einmal standen wir vor der Notwendigkeit, unsere Sachkompetenz, das Wissen um die Gefahren der Atomenergie, auf sichere Füße zu stellen. Dazu reichte es nicht aus, schon vorhandene Materialien und Bücher zu lesen. Um fähig zu sein, in der direkten argumentativen Auseinandersetzung mit unserem Konfliktpartner, dem Siemens Brennelementewerk zu bestehen und Glaubwürdigkeit zu erlangen, mußte dieses Wissen aus dem lebendigen Streit heraus wachsen. Das Mittel hierzu waren regelmäßige 'Bildungs- und Aktionsabende': Wir luden kompetente ReferentInnen ein und ließen uns zu den verschiedenen Brennpunktthemen der Atomwirtschaft die kritischen Fakten mitteilen. Nach jedem Vortrag fand noch eine nächtliche Mahnwache vor dem Werk statt, sorgfältigst beäugt vom Werkschutz.
Im Anschluß an die Veranstaltung erstellten wir jeweils eine schriftliche Zusammenfassung der wichtigsten Fakten. Dieser Text ging dem Werk mit der Bitte um Stellungnahme zu, mit der Zusicherung, das wir diese Stellungnahme, zusammen mit unserem Text, unverändert abdrucken würden. Anerkennenswerterweise ist die Firma Siemens auf dieses Verfahren eingegangen. Auf diese Weise sind bisher sieben "Lektionen" mit einer jeweils kurzgefaßten und konzentrierten Darstellung der Probleme der Atomkraftnutzung entstanden. Die Stellungnahmen der Firma Siemens dokumentieren in unseren Augen - zumindest bisher - Ihren Mangel an Argumenten: Obwohl im einzelnen geschickt formuliert, konnten sie die Argumente gegen Atomenergie für uns bisher nicht widerlegen. So sind diese Ausarbeitungen eine handfeste Basis geworden für die gewaltfreien Aktionen, die nun mit der ersten Blockade am 6. April begonnen haben. Wir sind neugierig darauf, wie sich durch die Blockaden der Dialog mit der Betriebsleitung verändern wird.

WIE SOLL ES WEITERGEHEN?

Regelmäßige Aktionen

Einer unserer Wünsche ist, das so viele Menschen und Gruppen
sich an Blockaden beteiligen, das bald kein Monat, vielleicht keine Woche mehr vergeht, in der die Brennelementeproduktion nicht durch gewaltfreie Aktion behindert wird. Solange dies noch nicht der Fall ist, ruft die 'Kettenreaktion' zu Protestaktionen am Werk am 6. eines jeden Monats auf: in Form von Mahnwachen, Schweigekreisen, Spaziergängen, Kundgebungen und phantasievollen gewaltfreien Aktionen aller Art. Wir werden an jedem 6. da sein, hoffen aber, das sich schon bald andere Gruppen von nah und fern bereit finden, die Vorbereitung und Gestaltung für einen dieser Termine zu übernehmen.

Regelmäßige Blockaden

So oft wie unsere Kräfte es erlauben, werden wir gewaltfreie Blockaden des Siemens Brennelementewerks durchführen. Je mehr Menschen von überall sich daran beteiligen, desto besser. Denn spätestens, wenn durch die Blockade auch der zweiten Werkszufahrt eine echte und ernsthafte Behinderung der Produktion entsteht, rechnen wir mit polizeilicher Räumung. Bislang nutzt die Polizei in Hanau ihren Spielraum in der Art, das sie unsere Aktionen nicht behindert; das wollen wir nicht schelten, sondern sensibel weiterentwickeln. Wir achten darauf, das uns das nicht unfähig zu einer gewaltfreien Eskalation macht. Diese Eskalation (oben schon grob skizziert) muß nicht, aber kann heißen, das wir dann auch mit Anzeigen und Gerichtsverfahren wegen "Nötigung" rechnen müssen. Wenn viele Menschen sich an den Blockaden beteiligen, hat das in bezug auf die gerichtlichen Folgen zwei Effekte:
1. Wir müßten nicht alle jedesmal blockieren und uns festnehmen lassen, das strafrechtliche Risiko bleibt damit kalkulierbarer.
2. Wenn es insgesamt mehr Menschen sind, die sich bei Blockaden festnehmen lassen, werden die möglicherweise folgenden Gerichtsverhandlungen in einem stärkeren Maße zum Politikum, als wenn es sich nur um ein kleines Häuflein handelt. Was die Ausweitung der Aktionen und Blockade-Aktionen anderer Gruppen angeht, so stehen sich bei uns zwei Interessen widersprüchlich gegenüber: Zum einen wünschen wir uns, das möglichst bald andere Gruppen - gern in enger Zusammenarbeit mit uns - eigene Blockade-Aktionen am Werk durchführen. Auf der anderen Seite ist uns sehr

daran gelegen, die Anfänge einer neuen Kultur des gewaltfreien Streits in unserer Gesellschaft aber auch ganz speziell in Hanau nicht aufs Spiel zu setzen. Wir möchten den Dialog mit dem Konfliktpartner Siemens und - soweit er schon zustande gekommen ist - mit den politisch Verantwortlichen fortführen. Dazu gehört, das wir die Umgangsformen mit uns und dem politischen Gegner sehr bewußt, nachdenklich und sensibel gestalten. Wenn wir dem auch - und gerade - in der Blockade-Situation gerecht werden wollen, erfordert das eine aufwendige Vorbereitung und verbindliche Absprachen innerhalb der Gruppe. Das wollen wir uns auch in Zukunft nicht ersparen.

Ausweitung: Die 'Hanauer Übereinkunft'

Eine 'Kettenreaktion' kann aus unserem Widerstand nur werden, wenn wir Mitstreiter auch über die Grenzen der Region hinaus finden. Ein Versuch, eine gemeinsame Plattform für den gewaltfreien Widerstand in Hanau herzustellen, ist die 'Hanauer Übereinkunft'.) Der verbindliche Charakter von Solidaritätserklärung und Selbstverpflichtung soll uns davor bewahren, damit eine bundesweite 'Karteileichen-Sammlung' zu eröffnen. Den Wert dieser Übereinkunft sehen wir also nicht darin, das sie von möglichst vielen Menschen nur nominell unterstützt wird, sondern das sie für die UnterzeichnerInnen zur verbindlichen Grundlage unseres gemeinsamen Handelns wird.

Vernetzung

Unsere unbescheidene Phantasie läßt uns wünschen, an allen Atomstandorten der Bundesrepublik möge es Gruppen geben, die bereit sind, kontinuierlichen Zivilen Ungehorsam bis zur Stillegung bzw. Umrüstung zu leisten. Dem Aufbau dieser Gemeinsamkeit dienen Vernetzungstreffen mit anderen Gruppen von anderen Standorten. Sie sollen künftig einigermaßen regelmäßig stattfinden. Organisiert werden diese Treffen über das Carl-Kabat-Haus in Mutlangen, Schulstraße 7, Telefon 07171/74263.

Die Fortsetzung des Dialogs

Der Beginn der Blockaden kann aus unserer Sicht nicht das Ende des Dialogs bedeuten, sondern sie sollen ihn stützen, ihm eine neue, verbindlichere Qualität geben. Schon jetzt, wenige Wochen nach der ersten Blokkade ist klar, das es eine neue Runde von inhaltlichen Gesprächen geben wird, denen von unserer Seite ständig die Grundforderung nach Beendigung der Brennelemente-Produktion unterlegt sein wird.
Die Reihe der Bildungs- und Aktionsabende werden wir ebenso fortsetzen. Es gibt noch eine Reihe von Themen (Arbeitsplatz-Konversion, internationale Atomgeschäfte der BRD, die Firmen-Verflechtungen...), die wir noch etwas genauer beleuchten wollen.

Die nächsten Termine:

Die nächste gewaltfreie Blockade am Brennelementewerk führt das Lebenslaute-Orchester durch: Klassische Musik bis zur Räumung! Datum: Montag, 18.6.90. Kontakt: Ursula Kerntke, Zeißelstraße 10, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 069/5961707.
Die nächste Blockade-Aktion der 'Kettenreaktion Hanau' findet am 6.9.90 statt. Kontakt siehe unten.

Kontakt/Informationen:

* Wir verschicken im Abstand von etwa 6-8 Wochen einen Rundbrief mit Aktions- und Veranstaltungsankündigungen und den aktuellen Informationen. Wer in den Verteiler aufgenommen werden möchte - wir erbitten im Gegenzug eine Spende für die Porto- und Materialkosten - möge sich an die untengenannte Kontaktadresse wenden.
* Vor kurzem ist unser 'Hanau-Handbuch, Teil 1' erschienen. Es enthält unser Grundsatzpapier, die Lektionen 1-6, einen wichtigen Briefwechsel mit der Betriebsleitung des Brennelementewerks und einige weitere Texte, darunter die 'Hanauer Übereinkunft'. Zu bestellen durch Überweisung von DM 6.- auf das Sonderkonto W.Kerntke, Postgiro Ffm (BLZ 500 100 60), Kto 276336-609. (Stichwort 'Handbuch' nicht vergessen.)
* Das ist zugleich unser Spendenkonto. Wir können die weitere Arbeit in diesem Umfang nur aufrechterhalten, wenn wir noch eine Reihe von Dauerspendern finden! Aber auch für Einzelspenden sind wir sehr dankbar.

Kontaktadresse: Frank Zilske, Anton-Dunkel-Straße 20, 6450 Hanau 9, 06181/56679.

"Gast" bei der Siemens-Blockade durch die "Kettenreaktion"

An der Blockade vor Siemens, früher Nukem-Alkem, in Hanau habe ich als "Gast" teilgenommen, denn ich gehöre nicht zur "Kettenreaktion", sondern zur BI Nordend in Frankfurt. Blockaden können einen gewissen Reiz haben, ich wollte sehen, wie die "Kettenreaktion" es macht und natürlich gern helfen, die Atomfreunde etwas zu behindern.
Entsprechend angezogen ("wasserwerferdicht") kam ich an und wurde enttäuscht: 2 Streifenwagen, ein VW-Bus (nicht als Mannschaftswagen, sondern als Lieferwagen), keine Wannen, keine Wasserwerfer weit und breit! Als wir auf der Zufahrtsstraße saßen, machte die Polizei weiter oben dicht. Umleitungsschilder wurden dem Bus entnommen, höfliche Polizeibeamte leiteten die Autos zu einem 500 Meter entfernten Degussa-Tor um, denn über das Degussagelände war Siemens schließlich auch zu erreichen. Die Umleitung sei erforderlich, denn *"die Autos könnten die auf dem Fahrdamm sitzenden Blockierer gefährden"*.
Sowas muß erstmal verkraftet werden. 4 ,5 Stunden dauerte der Spaß, dann wurde die Aktion wie geplant beendet: Wir saßen auf dem Fahrdamm, die Polizei leitete um. Wir blockierten sozusagen indirekt, indem wir die Polizei zur Umleitung veranlaßten.
Vordergründig hat die Aktion ihr Ziel erreicht: Das eigentliche Zufahrtstor zur Brennstäbefabrik war stundenlang geschlossen. Leider erfolgte die Schließung aber in voller Übereinstimmung mit Werksleitung und Polizei, die beide vorher verständigt worden waren. Wir waren also in das System voll integriert. Eine Konfrontation fand nicht statt. Auf diese Weise werden Blockaden als solche unwirksam. Die andere Seite stellt ihren Betrieb darauf ein, hat einige Unbequemlichkeiten, aber sonst läuft alles weiter wie gehabt. Selbst das Argument "Wir gehen für unsere Überzeugung auch ins Gefängnis" zieht nicht mehr. Es wird ja gar nicht festgenommen, im Gegenteil: Die Polizei beschützt die Blockierer! Wir wissen nicht, was werden wird, wenn es gelingen sollte, auch das Degussator stundenlang zu blockieren. Einen Vormittag halten die es auch so aus, fürchte ich. Danach könnte dann das übliche Ritual einsetzen: hinsetzen, wegtragen. Und auch dann vielleicht nicht einmal Festnahmen.
So werden schließlich Blockaden zu einer in das Ritual dieser Gesellschaft voll integrierten Form der Lebensäußerung.
Deshalb sollten Blockaden so wenig aufhören wie Demos. Aber den hohen Stellenwert, den wir ihnen beimaßen (Bereitschaft zum Gefängnis), könnten sie sehr schnell verlieren, wenn das so weitergeht. Entschlossenheit und Überzeugtheit müssen wohl durch etwas schärfere Aktionen deutlich gemacht werden. (Daran werden sich auch die Freunde in der DDR gewöhnen müssen; deshalb hatten in Stendal manche glücklicherweise keine Hemmungen vor dem Zaun).
Ich will nicht unterlassen, zu sagen, daß es die bestorganisierteste, allerdings auch ungestörteste Blockade war, die ich erlebt habe. 18 BlockiererInnen, weit über 20 UnterstützerInnen, die Flugblätter an die umgeleiteten AutofahrerInnen verteilten, große Transparente, eine Säule mit Bildern vom Uranabbau, eine sehr gute, eindrucksvolle "Meditation" über Uranabbau, Lieder, Gedichte - leider alles nur für uns, ohne Öffentlichkeit. Es gibt da nur Autos (die wurden umgeleitet), keine Fußgänger.
Die "Kettenreaktion", eine kleine, aber sehr ausdauernde, intensiv arbeitende Gruppe, wird wohl über Öffentlichkeitsarbeit, aber auch über Gewaltfreiheit noch nachdenken müssen.

H.-J.

Vielfalt im Wendland

"Eiertanz" und "Fahrindiehöh", "Wunde(r)punkte", Blockaden und Platzbesetzung – der Widerstand im Wendland lebt. Mit phantasievollen Aktionen haben AKW-GegnerInnen in und um Gorleben auch in den vergangenen Monaten deutlich gemacht, daß sie das Entsorgungsprogramm der Atommafia weiterhin bekämpfen werden.

Beim "Eiertanz" wußte die Polizei die österlichen Farbeier nicht zu würdigen.

Knapp 1000 AKW-GegnerInnen versammelten sich am Ostermontag zum "Eiertanz". Nach einer Umrundung des PKA- und Zwischenlagergeländes wurde auf der Kundgebung, an der sich auch Redner aus der DDR beteiligten, ganz in der Tradition der Ostermärsche die internationale Lage kritisiert.
Anschließend zog es den bei weitem größten Teil der AKW-GegnerInnen zum Zaun des Endlagers, der bald an einer Stelle durchtrennt wurde. Nachdem bereits zuvor die häßliche Mauer des Endlagers durch einige Farbeier ebenso verziert wurde wie verschiedene im Weg stehende Polizisten und deren Fahrzeuge, kam es nun zu einer Konfrontation, bei der mehrere Leute verletzt wurden.
Bei der folgenden Umrundung des Endlagers gab es zwischen Momenten direkter körperlicher Auseinandersetzung auch heitere Szenen, wenn zum Beispiel die AtomkraftgegnerInnen sich neben der begleitenden Bullenkette aufreihten, um diese zu imitieren. Währenddessen flogen immer mal wieder die unterschiedlichsten österlichen Mitbringsel durch die Luft.
Die Situation entlud sich gegen Ende der Umrundung, als aus einer fast wieder entspannten Lage heraus einige Polizisten losstürmten, um einen als Steinwerfer verdächtigten AKW-Gegner festzunehmen.
Die Versuche der DemonstrantInnen, einen statt dieses Entkommenen anderen Festgenommenen zu befreien, führten zu minutenlangem Gerangel mit heftigen Prügeleien.
Insofern bereitete die Polizei dem österlichen "Eiertanz" ein ziemlich unfriedliches Ende.
Ganz ohne Konfrontation ging es hingegen beim "Fahrindiehöh" zu, das im Rahmen des Pfingstprogramms "Wunde(r)punkte" veranstaltet wurde. Drachen, Lemuren und magische Fabelwesen bewegten sich unter den Klängen einer Sambakapelle um das Endlager herum. Es war eine mehrhundertköpfige Schar, die zu mitternächtlicher Stunde ihre Spur in den oberirdischen Sand über dem unterirdischen Salzstock zogen und dabei eine überirdische Stimmung verbreiteten. Es war nicht auszumachen, wer von den esoterischen Gestalten ernsthafte Vorstellungen davon hatte, durch mystische Erregung und den Gleichklang kosmischer Analogien das Bollwerk des Endlagers in den Abgründen des Universums verschwinden zu lassen. Einerlei, der ganzen Schar der Geisterbeschwörer war der Spaß an dieser unorthodoxen Kundgebung gegen die Atomanlage gemeinsam.
Währenddessen schauten die Sterne vom klarblauen Himmel, von drinnen schaute der Polizeichef zu.

Beim "Fahrindiehöh" umrundeten Lemuren und andere Fabelwesen in mystischer Erregung das Endlager.

Gorleben bebt!

Eine Idee entsteht...

Am 21.4., auf dem Gedelitzer Teffen steht es für uns fest: Seit dem 12.4 sind für die Castortransporte alle gerichtlichen Hürden übersprungen, da das OVG Lüneburg die Einlagerungsgenehmigung erteilt hat. Uns ist klar: Die Situation ist so ernst wie nie zuvor: Grünes Licht für's Endlager, für die PKA und die fast täglich rollenden Faßtransporte ins Zwischenlager ergänzen das Bild.

Mit der Castorgenehmigung wird auch das 700-Leute-Konzept "Wir stellen uns quer" der BI wieder aktuell. Doch bis der Castor kommt, kann es evt. (glücklicherweise) noch Wochen dauern. Wir haben das ewige Reagieren auf die Betreiber satt. Um schon jetzt sofort unseren Widerstand zu artikulieren, entsteht das Blockadekonzept: "Eskalierende Blockade - Gorleben bebt". Der Begiff "eskalierend" schafft zuerst Unruhe unter denjenigen Gruppen, die um Unterstützung gebeten werden. Doch klären sich die Unstimmigkeiten auf, als wir es schaffen deutlich zu machen, daß es uns um eine Neubewertung des Begriffs geht: Mit Eskalation meinen wir eine immer größer werdende Anzahl von Gruppen und nicht eine Steigerung in der Wahl der Mittel, mit denen wir uns zur Wehr setzen.

Wir wollen versuchen, Gruppen aus der gesamten BRD und DDR anzusprechen, die bisher nicht am Thema "Atom", dafür aber an anderen politischen Themen gearbeitet haben. Menschen, die auf Grund ihrer beruflichen/familiären oder geographischen Situation nicht in eine Telefonkette eingebunden sind. Wir möchten diese "neuen" Gruppen dazu bewegen, Teile ihres Alltags vor den Atomanlagen darzustellen. "Akrobatinnen, Zauberer und Hexen verwandeln das Zwischenlager in ein Märchenschloss", heißt es in unserem Flugblatt. Das ist uns leider noch nicht gelungen, doch haben sich seit der Auftaktblockade am 7.5. bereits 500 Menschen, die in mehr als 14 Grupen organisiert sind, an den Blockaden beteiligt. Darunter HandwerkerInnen, Holzfäller, klassische MusikerInnen der LEBENSLAUTE, Quäker, DDR-BürgerInnen, Anti-Atomgruppen aus Göttingen, Brokdorf, Heidelberg, japanische MusikerInnen, Familien und die Ini 60, sowie viele Leute aus dem Wendland.

Gegenreaktion...

In einem Schreiben vom 4.5. weist uns der Landkreis darauf hin, daß Verkehrsblockaden widerrechtlich seien und daß unsere Presseartikel den Eindruck erwecken, daß eine "unfriedliche Versammlung" beabsichtigt sei. Es wird mit Strafverfolgung nach dem Versammlungsgesetz und dem Nötigungsparagraphen gedroht.

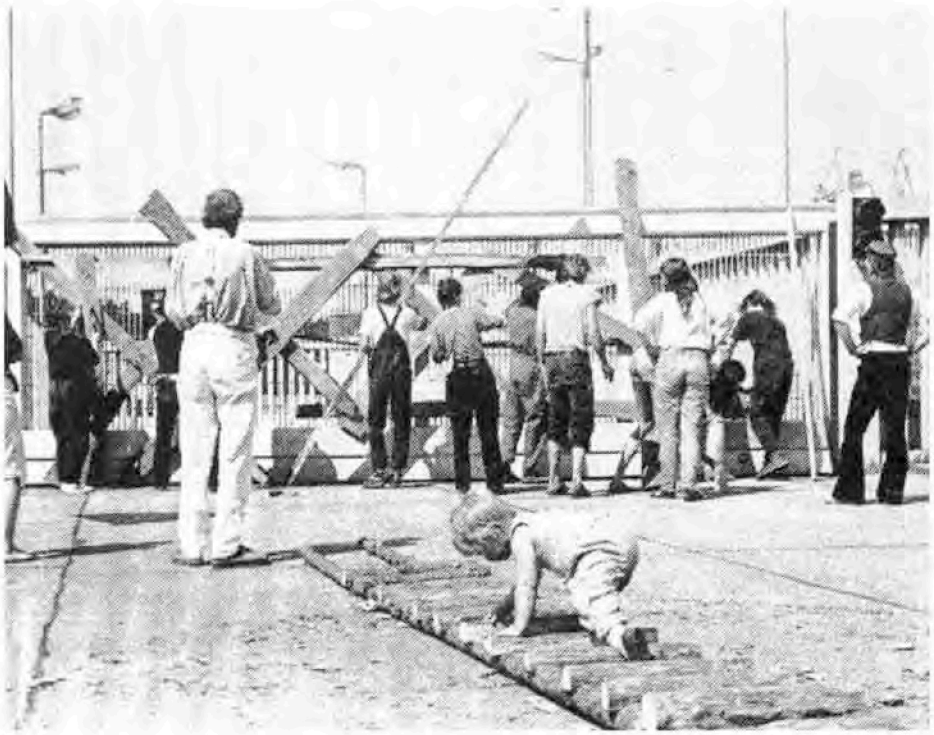
Doch seit der ersten Blockade sieht die Situation vor Ort dann weit weniger aggressiv aus: Meist steht nur eine Wanne etwas Abseits, die Polizei sucht das Gespräch und macht sich nicht die Mühe zu räumen.

Doch heißt das, daß wir erfolglos sind, daß man uns gewähren läßt, weil wir kein Störfaktor sind?

Wir machen die Probe auf's Exempel und blockieren während der 3. Blockade auch das PKA-Baustellentor. Prompt soll geräumt werden, doch hält die klassische Musik der Lebenslaute, die schnell die Situation begriffen hat und die Megaphone einfach mit Musik übertönt, die Polizei eineinhalb Stunden davon ab zu räumen. Erst dann findet eine Räumung statt. Drei Baufahrzeuge passieren das Tor - Atommülltransporte sind nicht in Sicht, genauso wenig, wie an jedem anderen blockierten Montag. Es scheint, die Betreiber stellen sich darauf ein und haben nun nur noch vier Werktage für die Transporte zur Verfügung.

Presseecho

Die Presseresonanz in der lokalen Elbe-Jeetzel-Zeitung bewegt sich zwischen einem verharmlosenden: "Die *Störer* störten kaum" (1. Blockade), über "Familienblockade mit Spiel und Gesang", "Kammermusik



Deshalb: Sprecht Gruppen in Eurer Umgebung an, die zwei Tage Zeit haben (für Vorbereitung jeweils um 17.00 Uhr am Sonntag in der KURVE und die Blockade am Montag) und bereit sind, nach Gorleben zu kommen.

Außer auf Eure Mitverbreitung des Aufrufs sind wir auch auf Spenden angewiesen, wenn wir weiterhin neue Aufrufe drucken lassen wollen. Bisher sind uns Kosten in Höhe von 1000,- DM entstanden, die von allen mitgetragen werden müssen. Deshalb hier unsere Kontonummer: Kto.Inhaberin: **Katja Tempel, Kto NR. 261822-201, BLZ 20010020, Postgiroamt Hamburg, Stichwort Gorleben bebt.**

Bisherige UnterstützerInnen des Aufrufs: Republik Freies Wendland, Plenum Meuchefitz, GA/Wendland, Gruppe Löwenzahn, Ini 60, Lebenslaute (Regionalgruppe Nord).

Weitere Flugblätter sind erhältlich über die Kontaktanschrift:
KURVE Wustrow, Kirchstraße 14, 3135 Wustrow, Tel. 05843/507

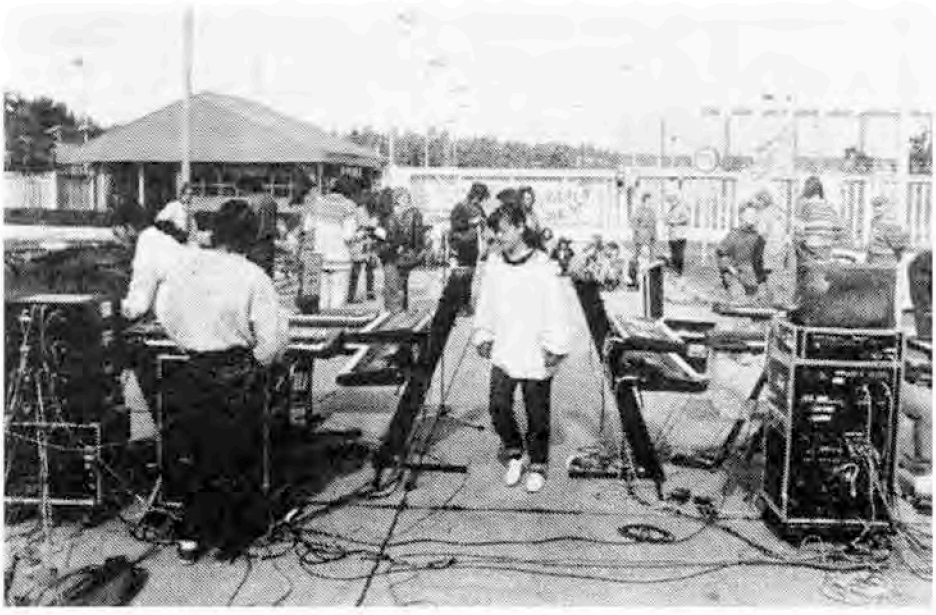
Katja Tempel

gegen Kernkraft" bis zu "Unterrichtsstunde vor dem Zwischenlager". Die überregionale Presse, wie FR und Süddeutsche Zeitung weisen in Abständen in kurzen Meldungen auf "Gorleben bebt" hin, Radio ffn und der NDR bringen montags kurze Meldungen; besonders interessiert zeigen sich Radio Dreyeckland und dpa.

Mobilisierung für die Castorblockaden ?

Nach 6 Wochen eskalierender Blockade an jedem Montag, wird es Zeit eine **Zwischenbilanz** zu ziehen. Dazu wollen wir alle beteiligten Gruppen und Interessierte am **Sonntag, den 1.7. um 15 Uhr** in die Kurve einladen. An diesem Nachmittag müssen folgende Fragen geklärt werden: Was haben wir gewollt? Was haben wir erreicht? Wie kann eine größere Mobilisierung erreicht werden? Wie kann die Pressearbeit effektiviert werden?
Klar ist für uns bisher, daß es geschafft worden ist, Menschen nach Gorleben zu holen, die sich Aktivitäten im Wendland meist nur aus der Distanz angeguckt haben. Inwieweit es uns aber gelingen wird, diese Gruppen auch in den Widerstand gegen die Castortransporte einzubinden und bis dahin an den Gorlebener Atromanlagen eine Kontinuität des Widerstands zu erreichen, wird auch Diskussionspunkt am Sonntag sein.

Trotz aller positiven Resonanzen auf das Blockadekonzept und vielen Zusagen für die nächsten Montage, brauchen wir aber immer noch mehr Gruppen, die zum Blockieren kommen, wenn wir die Blockaden bis zum 3.9., dem 7. Jahrestag der erfolgreichen Verhinderung der Castortransporte aufrechterhalten wollen.



Wem gehört das Land ?

Am 6. Mai 90 wurde der PKA-Bauplatz von ca. 80 "Rück-Eroberern" für mehr als drei Stunden symbolisch besetzt. Die Symbolik bestand aber nur darin, daß die Aktion zeitlich begrenzt war, aber besetzt oder rück-erobert war der Platz tatsächlich!

Zunächst ein Kompliment an die Menschen, die diese Aktion organisiert und durchgeführt haben. (Ich selber war nur eine "Mitläuferin"). Punkt 10.00 Uhr (vereinbarte Zeit) war ich an der BI-Hütte, und es dauerte nicht lange, bis der verdächtige LKW vorbeifuhr und ich mich so schnell wie möglich zu der verdächtigen Stelle am PKA-Zaun begab. Dort wimmelte es plötzlich von Menschen, entstiegen dem trojanischen Pferd, die mit großer Zielstrebigkeit eine Treppe bauten. Der Stacheldraht war freundlich weggeschnitten worden, so daß es der reinste Spaziergang war, über die Treppe den Zaun zu überwinden.
War zuerst ein komisches Gefühl, "drin" zu sein! Die Mauer zum eigentlichen Bauplatz überwanden wir mit Leitern. Die Tendenz war eindeutig, daß wir zusammenbleiben und zusammen handeln wollten. Das gab von Anfang an ein sicheres, gutes Gefühl. Diese verbindliche Stimmung war vielleicht auch ein Resultat der guten Vorbereitung.
Auf dem Platz angekommen, mußten alle erst mal staunen, daß wir es tatsächlich geschafft hatten. Dann wurden wir sehr aktiv.
Die wenigen Wächter und Bullen waren schier fassungslos. Einige von uns begannen, Bäume zu pflanzen. Bald wurde der Ruf nach Wasser zum Gießen laut. Die Wasserstelle wurde schnell entdeckt und aktiviert: ein Hydrant mit einem **sehr** dicken Schlauch. Es erinnerte mich an einen Wasserwerfer, noch bevor folgendes passierte: Ein Ober-PKA-Aktivist (PKA-Aktivisten werden hier diejenigen genannt, die die PKA bauen) fuhr mit seinem Auto in unserer Nähe herum. Dummerweise interessierte er sich auch dafür, was wir mit dem Wasser machten. Der Wasser-Eroberer war dann der Meinung, das Auto müsse gewaschen werden. Das geschah unter dem Jubel der restlichen Rück-Eroberer. Fatalerweise stieg der PKA-Aktivist aus seinem Auto aus (wollte er etwa Einspruch einlegen?), wobei der Wasser-Eroberer davon überzeugt war, der PKA-Aktivist brauche dringend eine kalte Dusche. Während dieser nach der Erfrischung triefend ins Auto flüchtete, meinten einige von uns, das ginge doch zu weit. Der begossene PKA-Aktivist fuhr wütend über unseren Baum-Garten, wobei er aber keinem Baum ernsthaften Schaden zufügte.
Inzwischen war die PKA-Mauer verschönert worden durch Transparente wie z.B. *"Hat Tschernobyl nicht gereicht?"*. Nach außen sichtbar stand riesig: *"Hört endlich auf mit dem Scheiß, wir haben noch anderes zu tun!"*, dekoriert mit Tag X-Plakaten. Einzelne tragbare Buchstaben ergaben: *"Stoppt Gorleben!"*.
Als wir das Gelände nach unserem Willen und Möglichkeiten gestaltet hatten, gab es die erste Diskussion. Ganz offensichtlich war niemand von der Gegenseite auf diese Aktion vorbereitet. Wir entspannten uns, je mehr wir diese Situation erkannten. Wir beschlossen, uns zusammen genau das Gelände anzuschauen, das die PKA-Aktivisten in Besitz genommen hatten - entgegen dem erklärten Willen der Freien Republik Wendland. Diese Frechheit mußte mensch sich genauer ansehen! Die Bullen konnten nur noch hilflos grinsen.
Nach dem Spaziergang beschlossen wir, bis zum Gedelitz-Treffen (13.00 Uhr) dazubleiben, die Gedelitz Treffer zum rückeroberten Platz einzuladen und dann gemeinsam am

Haupttor (Zwischenlager) "Auslaß" zu begehren. Dann verstreuten wir uns auf dem Gelände und gingen zum gemütlichen Teil über. Manche warfen die Frisby-Scheibe, andere bespritzten sich mit Wasser, viele sonnten oder schatteten sich. Einige fanden den alten Dorfplatz wieder und ließen sich dort nieder. Er hatte sich sehr verändert. Überhaupt konnten wir auf Dauer nicht mehr bleiben, denn die PKA-Aktivisten hatten eine Wüste fabriziert.
Wir benutzten einen Stapel Steine dazu, auf dem Fahrweg groß das Symbol der Graswurzelrevolution (A) zu legen. Drei Polizisten kamen, um sich das anzuschauen. Nicht die Spur des Protests. Freundlich lächelnd erkundigte sich der Grüne, was das denn werden sollte. Wir hatten gerade mit dem Kreis angefangen und rückten nicht raus mit der Sprache. Der Grüne meinte, es würde wohl ein Hubschrauberlandeplatz für unseren Nachschub werden. Wir zeigten uns enttäuscht, daß er es erraten hatte und beschlossen, etwas anderes zu legen. Er fragte, was "GA" heißt, und wir sagten bereitwillig "Gewaltfreie Aktion". Schließlich erkundigte er sich noch nach dem Anarchie-Zeichen, das wir ursprünglich legen wollten. Er wußte nicht, was das A bedeutete. Das amüsierte uns sehr.
Nach dieser Anstrengung mußten wir uns ausruhen. Wir hatten Zeit. Im Zwischenlager wurde es immer hektischer, wenn auch die Anzahl der Bullen nicht wesentlich wuchs. Irgendwer hatte gehört, die Bullen hätten am Abend vorher ne (feuchte) Fete gehabt und kämen deshalb nicht in die Hufe, was uns sehr freute.
Aber uns wurde auch immer klarer: durch's Zwischenlager raus zu wollen, war sehr riskant, weil die Atomics und deren Verteidiger offensichtlich davor große Angst hatten. Ein Bulle hatte mich z.B. sehr freundlich vor den Hunden gewarnt, "falls wir dies vorhätten".
Kurz vor 13.00 Uhr machten wir die letzte Besprechung und beschlossen, durch's PKA-Tor rauszugehen, und zwar ca. 13.30 Uhr. Langsam trudelten ein paar Gedelitz-TrefferInnen ein, doch meine Vorstellung, es würden ganz viele Leute kommen und sich tierisch mit uns freuen, wurde nicht wahr.
Um ca. 13.30 Uhr sammelten wir unsere Sachen ein und formierten uns zum Demo-Zug. Zunächst verließen wir die Baustelle und befanden uns auf der PKA-Zufahrt, so daß uns nur noch der Zaun von der "Freiheit" trennte. Draußen standen Bullen (und Bulletten) am Zaun und glotzten rein. Wir schoben die Jalousien hoch und grüßten freundlich. Die meisten Bullen lachten zähneknirschend.
Die Leute, die die Buchstaben von STOPPPT GORLEBEN! trugen, wurden kreativ und stellten fest, daß sie POLENTE schreiben konnten. Bald hatten sie es: PROST POLENTE! war möglich.
Damit zogen wir am Zaun lang. Die gute Treppe wurde abgebaut, und dann gingen wir gemeinsam zum Tor. Wir mußten gar nicht großartig Auslaß begehren. Ein PKA-Aktivist tat nichts auf der Welt lieber als für uns das Tor zu öffnen.
Langsam verließen wir unser ehemaliges zu Hause, und die Bullen standen - zahlenmäßig immer noch unterlegen - da und drehten Däumchen.
Später gab es noch ein wenig Streß mit dem LKW, wo ich nicht dabei war. Aber ansonsten ist die ganze Aktion toll gelaufen - für mich war es eine der originellsten Aktionen. Ich meine, die Aktion spricht für sich, mensch muß nicht großartig ihren Sinn erklären. Daß wir damit faktisch nichts für die Beseitigung der PKA erreicht haben, ist die eine Sache. Die andere ist, daß wir allen, die hinter den Atomanlagen stehen, gezeigt haben:

Noch habt Ihr die Macht, aber die Tage Eurer Macht sind gezählt!

S. (aus Lüchow-Dannenberg)

Einladung zum internationalen Sommercamp gegen Atom.... in Gedelitz/Gorleben vom 20.-26. Juli 1990 bei Santelmann (Gasthof)

Im Camp wollen wir vor allem Zeit haben, miteinander zu reden, uns kennenzulernen und Erfahrungen austauschen mit Menschen aus Ost und West, Süd und Nord. Schwerpunktthema ist Atom.... Die derzeitige politische Entwicklung um Gorleben ist spannend.
Wir können Themen diskutieren wie Widerstand, Aktionsformen in Theorie und Praxis, Inhalte des Widerstands, Projektmöglichkeiten, kulturelles Programmerarbeiten u.v.m.
Aber auch Themen, die sich aus dem Camp heraus ergeben, wolen wir diskutieren. Bringt also eure Vorschläge und Gedanken mit.

Zu Beginn am 20. Juli wollen wir eine Grillhütte bauen und evtl. ein Windrad errichten.
Bringt Zelte, Geschirr und Musikinstrumente mit und vergeßt nicht eure Schlafbürsten und Zahnsäcke.

Die Verpflegung erfolgt in Selbstversorgung. Die Möglichkeit, in größeren Mengen zu kochen, ist vorhanden. Für den Tag der Anreise am 20.7. sowie das Frühstück am darauffolgenden Tag ist Verpflegung vorbesorgt.

Wir freuen uns auf die Begegnung und das Wiedersehen mit Euch und auf gute Gespräche und Ergebnisse.

Mit atomfeindlichen Grüßen
GOPI FRASSOMA

Kontaktadresse: RONDEL, Informationsstelle für lebensnotwendische Alternativen, Madeline und Francis, 3130 Rondel ü. Lüchow, Tel. 05846/766

Warten auf den Castor

Der Frühling dieses Jahres war für den Wendland-Widerstand in juristischer Hinsicht wenig erfreulich. Nach den Gerichtentscheiden zugunsten der PKA und des Endlagers hat das Verwaltungsgericht Lüneburg am 17. April 90 einen Antrag wendländischer AKW-GegnerInnen abgewiesen, der darauf abzielte, die Einlagerungsgenehmigung für hochradioaktiven Atommüll solange zu versagen, bis das Hauptverfahren über die Nutzung des Transportbehälter-Lagers entschieden ist. Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, daß das öffentliche Interesse an einer Zwischenlagerung von abgebrannten Brennelementen gegenüber den vorgebrachten Bedenken überwiege. Bis zur Entscheidung im Hauptverfahren ist damit die Einlagerungsgenehmigung sofort vollziehbar.

Wann der Tag X allerdings gekommen ist, ist nur schwer einzuschätzen, da derzeit alle AKWs über das Ausland *entsorgt* werden. Der Wendland-Widerstand geht davon aus, daß der erste Castor-Transport einen politischen Charakter haben wird. Einerseits liegt es für die Betreiber nahe, die neue rot-grüne Landesregierung in Hannover auszureizen, andererseits geht es sicher auch darum, in Gorleben *endlich* vollendete Tatsachen zu schaffen.

Wie auch immer, die Anti-AKW-Bewegung ist gut vorbereitet. Nach der Gerichtsentscheidung wurden die bestehenden Blockadekonzepte aktualisiert und weiterentwickelt. Im Wendland und in den angrenzenden Regionen haben Protest und Widerstand Konjunktur. Durch den Castor-Aktionstag (siehe Seite 44/45) konnte auch überregional die Mobilisierung verbessert werden.

Für den Tag X gelten nach wie vor die zuletzt diskutierten Modelle "700 Leute-Konzept" und "Lüneburger Konzept". Zu klären ist vor allem noch, was im Anschluß an die Umsetzung dieser Pläne geschehen kann, solange der Transport noch nicht im Zwischenlager ist. Entsprechende Überlegungen betreffen das unmittelbare Umfeld des Lagers. Für den Fall, daß der Castor schließlich doch seinen Bestimmungsort erreicht hat, plant die BI Lüchow-Dannenberg eine Veranstaltung, über die bislang noch nichts weiter gesagt werden kann, als daß sie eher politischer denn aktionsorientierter Natur ist. Darüberhinaus ist in der Diskussion, zwei Tage nach Einlagerung eine überregionale, dezentrale Aktion durchzuführen. Auf dem Gedelitz-Treffen am 9. Juni 90 wurde ein Kaleidoskop verschiedenster Bahnaktionen mit einer gemeinsamen politischen Erklärung favorisiert. Schließlich ist nach wie vor geplant, am ersten oder zweiten Sonnabend nach Einlagerung eine Demonstration in Lüneburg zu veranstalten.

Eingepackt wurde der Castor-Verladekran kürzlich von einigen AKW-GegnerInnen, um damit auf seine Überflüssigkeit hinzuweisen.

Ab Uelzen sind die Fässer bunt

Lange schon wurmte es uns, daß seit einiger Zeit gehäuft Faßtransporte ungeschoren im Gorlebener Zwischenlager ankamen. Dem sollte und mußte unbedingt ein Ende bereitet werden! Jenes Ende lag urplötzlich in Uelzen für zwei Atomlaster auf der Straße. Ablauf des Geschehens war folgender: um Uhr kam der Anruf der Lüchower BI, daß wieder Atomtransporte auf der Straße sind und um ca. 11.00 Uhr in Uelzen sein sollten. Sofort wurde die Telephonkette ausgelöst und die BI-Leute an den Schulen durch Boten verständigt. Diese wiederum konnten noch etliche Leute, die bereit waren, Schule zu schwänzen, mobilisieren. So kam es, daß mensch in einem kleinen Städtchen wie Uelzen 80 Leute auf die Straße bekam, davon 25 Wenden, die mit Hilfe erst eines Sattelschleppers der DB die Hauptverkehrsstraße zumachten. Dieser wurde sofort eingekleistert, mit Plakaten beklebt, sowie mit Sprühfarbe bemalt. Obwohl die Laster über Funk miteinander in Verbindung standen, kam nach ca. 20 Minuten ein Zweiter an gleicher Stelle hinzu, der auch abgefangen wurde. Jedoch die Besatzung dieses Transportes war nicht so friedfertig wie die des ersten: als einige Demonstranten anfingen, auch diesen Lkw zu bemalen, stieg der Beifahrer aus und griff jene an. Diese verteigten sich mit Farbspray erfolgreich; leider jedoch mußte der durch Polizeistellungnahme informierte AZ-Leser (Uelzener Käseblatt) glauben, daß die Lastwagenfahrer von den DemonstrantInnen wie wild mit "Tränengas" attackiert wurden! Da auf Anweisung der Bullen die Straße nicht geräumt wurde, blieb der Staatsgewalt nichts anderes, als den AktionistInnen das Regeln des Verkehrs abzunehmen. Nach ca. einer Stunde war der Spuk vorbei und es folgte ein Protestumzug durch die Uelzener Innenstadt.

Der Uelzener Bürger konnte es zum Teil nicht fassen, daß auch vor seiner Haustür jenes Material transportiert wird, vor dem nicht erst seit der Tschernobylzeit eine diffuse Angst besteht. Das Resultat dieser Grundvoraussetzung und dem vorwiegend friedlichen Ablauf der Aktion war eine erstaunlich positive Resonanz des Publikums, auch in den oft kilometerlangen Verkehrsstaus, in dem seit der Grenzöffnung sowieso überfüllten Straßen Uelzens. Sicherlich war bei vielen Passanten aber auch die Freude über den Husarenstreich, den die Uelzener BI gegen Atomanlagen mit Bürgern der Republik Freies Wendland in dem sonst so spießbürgerlichen Uelzen inszenierten.

Inhalt jener Container, die von Sattelschleppern der Bundesbahn transportiert wurden, waren sogenannte "Konradfässer". In ihnen waren Filterhilfsmittel und Ionentauscherharze "geringer spezifischer Radioaktivität" aus der Kernforschungsanlage Karlsruhe einbetoniert. Sie sollten in Gorleben zwischengelagert werden.

Kontakt: BI gegen Atomanlagen, c/o Peter Palmer, Alte Dorfstr. 4, 3113 Räber

Neuauflage des Wendlandprozesses

Die politischen Entscheidungsträger des Landes Niedersachsen haben sich im Rahmen der Koalitionsvereinbarung SPD/Grüne zu der Willensbekundung entschlossen, das Endlager und Zwischenlager sowie die PKA in Gorleben für politisch ungewollt zu erklären und werden nun versuchen die Projekte mit rechtsstaatlichen Mitteln zu verhindern.

Damit bekommt der jahrelange Widerstand im Landkreis Lüchow-Dannenberg und darum herum ein anerkennendes Ergebnis präsentiert.

Ungeachtet der Frage der Durchsetzungsfähigkeit und Konsequenz dieses artikulierten politischen Willens, wird damit allen KritikerInnen Recht gegeben, die sich durch vielfältige und phantasievolle Aktionen an die Öffentlichkeit gewandt haben bzw. mit konkreten Aktionen gegen die Betreiberanlagen und deren Zuliefererindustrie wandten.

Mehrere Widerstandsaktionen der Vergangenheit sind heute noch Thema politischer Strafprozesse.

So wird es am 31.08.1990 vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Lüneburg zu einer 2. Auflage des sogenannten Wendlandprozesses kommen, in dem zwei Männern aus dem Landkreis vorgeworfen wird, 1985 einen Bahnspaziergang an der Bundesbahnstrecke Uelzen-Dannenberg organisiert, bzw. daran teilgenommen zu haben. An dieser Transportstrecke für Castor-Behälter wurden damals mehrfach Bäume auf die Strecke gelegt, Schotter weggeräumt und Gleise angekratzt.
Die Anklage wirft den beiden Angeklagten vor, hierzu eine "kriminelle Vereinigung" (§129 StGB) gegründet zu haben, deren Vereinigungszweck es sei, regelmäßig mit strafbaren Handlungen gegen die Projekte der Atomindustrie vorzugehen.

Mit Hilfe einer eigens im Auftrag des niedersächsischen Innenministeriums gebildeten Sonderkommission ermittelten ca. 40 Kriminalbeamte gegen diverse Gruppen aus dem Landkreis.
Durch unzählige Hausdurchsuchungen und Telephonabhörmaßnahmen versuchten die Kriminalen damals die Strukturen der unter den Namen *"Blechbüchsenbrigade Oblang Fritz Oblang"*, *"Jim Knopf und die Wilde 13"* und *"Freundeskreis Gorleben soll leben"* aufgetretenen Gruppen zu erkunden. Sie setzten damals auch die "Spudok"-(Spurendokumentationssystem) Datei, in der durch die Erfassung von ursprünglich 3000 Daten von Personen aus dem Landkreis mit der entsprechenden Zuordnung von PKW's, freundschaftlichen Kontakten und Funktionen in der Bürgerinitiative ect. die Strukturen des Widerstands erleuchtet werden sollten, ein.

Aufgrund der Anklage vom 1.10.86 kam es dann am 12.10.88 zur 1. Hauptverhandlung gegen die beiden Angeklagten.
Ein dritter Angeklagter befindet sich seit 1985 im politischen Exil, das Verfahren gegen ihn wurde wegen vorübergehender Abwesenheit eingestellt, hier existiert ein Haftbefehl.

Der Prozeß platzte jedoch am 2. Verhandlungstag, nachdem das Gericht auf Antrag der Verteidigung feststellen mußte, daß es falsch besetzt war, da die Schöffenauslosung fehlerhaft war.
Sämtliche Landgerichtskammern sahen sich daraufhin veranlaßt, ihre Besetzungen zu überprüfen, - durch eine neue Schöffenliste wurde der Fehler sodann korrigiert.
Der Anklagemaschinerie wurde damals ein wichtiger Stolperstein vorgesetzt; ein solcher Großprozeß, der beim Schweigen der Angeklagten zur Sache ca. ein 3/4 Jahr dauern würde, konnte nicht kurzfristig neu angesetzt werden.

Die nun im Spätsommer beginnende Neuauflage des Strafprozesses wird auch im Hinblick auf die politischen Veränderungen im Land Niedersachsen von Seiten der Angeklagten und der Verteidigung, im wesentlichen eine Auseinandersetzung werden, mit dem Versuch der Strafverfolgungsbehörde, einen politisch gerechtfertigten Widerstand zu kriminalisieren.

C.B.

Impressum

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Atom Express und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsadressen:
atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg
Tel.: 04131/38707 (tagsüber) oder: 04131/37835

V.i.S.d.bgl.P.:
Günter Garbers, Sabine Roisch, Bernd Weidmann

Bestellbedingungen:
sind ganz neu, siehe Seite 3
Konto: "atom", G. Garbers
PSchA. Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Abo und Bestellpost bitte nur an:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Spendenkonto:
Bernd Weidmann, Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr. 409898 - 304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:
Dies ist die **atom** Nr. 31, Sommer 1990.
Nach der guten alten Zählweise für Fans, SammlerInnen und NostalgikerInnen:
Atom Express Nr. 71
atommüllzeitung Nr. 59

Titelbild:
Montage: atom

19. Mai - Aktionstag
gegen die Castor-Transporte

Die Tatsachen sind wohl inzwischen hinreichend bekannt. Am 12 April 1990 macht eine Entscheidung des Verwaltungsgericht Lüneburg die Einlagerung von CASTOR-Behältern mit hochradioaktiven abgebrannten Brennelementen in das Zwischenlager Gorleben möglich. Sollte diese Einlagerung gelingen, wäre dies ein deutlicher Schritt zur Zementierung der Entsorgungslüge. Ich sehe die bunten Hochglanzbroschüren der AKW-Betreiber schon vor mir: *"Zur Entsorgung werden die abgebrannten Brennelemente regelmäßig nach Gorleben abtransportiert"*. Aus den Augen aus dem Sinn...
Die Lüneburger Gerichtsentscheidung kam für viele relativ überraschend. Eigentlich war mensch noch mit der Verdauung der Urteile zum Endlager und zur Pilotkonditionierungsanlage (PKA) beschäftigt. Viele Anti-AKW-Gruppen, zumindest in Norddeutschland, hatten sich schwerpunktmäßig auf einen kontinuierlichen Widerstand gegen den Bau der PKA eingerichtet. Mit dem 12. April wurde von einem Tag auf den anderen die CASTOR-Frage wieder aktuell.
1988, als schon einmal mit den ersten Transporten ins Wendland gerechnet werden mußte, hatten sich viele Gruppen monatelang auf Behinderungsaktionen an den Strecken und in Gorleben vorbereitet. Im Landkreis Lüchow-Dannenberg erklärten 700 Leute öffentlich "Wir stellen uns quer". 1990 existierten diese Strukturen nur noch rudimentär. Der erst CASTOR war jederzeit zu erwarten (er ist es immer noch). Eine schnelle Mobilisierung war notwendig. Gerade im Zusammenhang der verschiedenen Gerichtsurteile zu den Gorlebener Atomprojekten, dem vorcierten Bau der PKA und wieder neu und massiv einsetzender Faßtransporte war zu befürchten, daß die Atommafia jetzt versuchen will, den Widerstand endgültig zu brechen und die Anlagen durchzuziehen.
Im Landkreis verständigte mensch sich schnell auf eine Wiederbelebung des 700-Leute-Konzeptes um die ersten CASTOR-Transporte zu blockieren. An den möglichen Transportstrecken in Norddeutschland (über Lüneburg oder Uelzen) wurden alte Kontakte erneuert und Aktionspläne geschmiedet.
In dieser Situation lud die BI Lüchow-Dannenberg bundesweit zu einem Treffen in

Foto Erika Sulzer-Kleinemeier

Gedelitz am 21. April. Es sollte über mögliche Perspektiven gegen die CASTOR-Transporte nachgedacht werden. Im Vorfeld dieses Treffens gab es in einzelnen Gruppen aus dem Anti-Atomtransporteplenum Hessen/Baden Überlegungen zum CASTOR. Wir hatten in den letzten eineinhalb Jahren eine Menge Erfahrungen mit der Beobachtung und Behinderung von Transporten abgebrannter Brennelemente zur WAA La Hague gemacht. Jetzt schien uns die Möglichkeit, diese Erfahrungen in den Dienst geplanter Aktivitäten gegen die CASTOR-Transporte nach Gorleben zu stellen.
Zwei Leute fuhren auf das Gedelitz-Treffen und mußten enttäuscht feststellen, daß die CASTOR-Problematik die Leute wohl nur regional im Dreieck Hannover - Hamburg - Gorleben interessiert. In der Diskussion waren dann auch nur Aktivitäten vor Ort und an den Strecken von Uelzen und Lüneburg. Dies entsprach aber absolut nicht unserer Einschätzung, daß durch die anstehende Einlagerung in das Zwischenlager eigentlich alle bundesdeutschen AKW´s und damit zumindest auch alle Standort-BI´s betroffen sind. Pläne schmiedend und verwerfend fuhren wir den weiten Weg nach Hause...
Dort gab es dann weitere Diskussionen, bis schließlich die Idee eines Aktionstages an möglichst allen AKW-Standorten geboren war. Wir telefonierten durch die halbe Republik, um zu erfahren, ob so eine Sache bei den Leuten in den verschiedenen BI´s Anklang findet. Die Resonanz war überwiegend positiv.
Dies bewog uns dazu, angesichts der Dringlichkeit und des Zuspruchs einen Aufruf für einen Aktionstag am 19. Mai zu verschikken. Unser Problem dabei: Niemand hatte uns dazu legitimiert, die Sache konnte in der Kürze der Zeit kräftig in die Hosen gehen und uns eine Menge Ärger mit anderen Gruppen einhandlen, die sich überfahren fühlten.
Trotzdem gab es einige gute Argumente zu handeln: Der erste CASTOR (nach Gorleben) wurde jederzeit erwartet. Es schien sinnvoll **vorher** aktiv zu werden. Mit dem Aktionstagsaufruf wurde die Aufforderung zu einer umfassenden Beobachtung der AKW´s verknüpft. Schließlich sollte der erste CASTOR ja entdeckt und mindestens im Wendland blockiert werden. Das dezentrale Konzept der Aktionen an möglichst vielen Standorten hatte mehrere Vorteile: Kleine Standort-BI´s hatten die Möglichkeit in einem größeren Zusammenhang aktiv zu werden. Die Schweinerei der Entsorgungslüge konnte an vielen Orten an die Öffentlichkeit gebracht werden. Es gibt jetzt nicht nur in Niedersachsen sondern bundesweit überall Leute, die sich auf die CASOTOR-Transporte vorbereiten.

Was ist gelaufen am 19. Mai

Einige Beispiele:
In **Grohnde** blockierten 30 Leute das AKW-Tor, es gab Kaffee und Kuchen, die Umgebung wurde durch Farben verschönert.
In **Heidelberg** gab es vor dem Hauptbahnhof "Trommeln gegen CASTOR". Die TrommlerInnnen hatten das Modell eines Transportwaggons dabei und erregten damit eine Menge Aufsehen.
In **Uelzen** gab es "Lieber Stau als CASTOR-Gau". Die AutofahrerInnen wurden mit Flugblättern bedient.
In **Biblis** versammelten sich 80 Leute vor dem Tor, bauten eine Pyramide aus Atommüllfässern und bemalten die Straße. Als Höhepunkt des Happenings wurde das mitgeführte originalgetreue CASTOR-Modell undicht. Die Radioaktivität entwich in Form von Luftballons Richtung Südosten.
Insgesamt gab es wohl an ca. 20 Orten Aktivitäten zum 19. Mai. Teilweise beschränkten sich diese auf Infostände oder das Erkunden von Beobachtungsmöglichkeiten an Atomanlagen. Von einem Flugblatt im Zeitungsformat, eine Woche vor dem 19. Mai erstellt, wurden bundesweit 10.000 Stück verteilt. In Süddeutschland beteiligten sich mehr Gruppen an den Aktionen wie im Norden. Dies liegt wohl einerseits daran, daß wir zu diesen BI´s einfach bessere Kontakte haben und andererseits daran, daß die Gruppen in Norddeutschland sich eher auf den tatsächlichen Transporttermin vorbereiten.
Die Presseresonanz war regional sehr unterschiedlich, überregional kaum vorhanden.
Was bleibt also, außer daß sich eine Handvoll Leute mehrere Wochen wenig Schlaf und viel Arbeit gegönnt haben? Es bleibt der Zweifel, ob es sinnvoll ist, kurzfristig und von einigen wenigen Gruppen ausgehend "bundesweite" Aktivitäten auszurufen. Es bleibt der Zweifel, ob die Anti-AKW-Bewegung fähig zu einem schnellen Handlen ist, wenn es darauf ankommt. Es bleibt der Zweifel, ob die Problematik der erwarteten CASTOR-Transporte augenblicklich ein für die Anti-AKW-Bewegung so entscheidendes Thema ist, daß sich daran überregionale Aktivitäten entwickeln lassen. Es bleibt der Zweifel, ob die BI´s an den einzelnen Standorten sich über ihren Kirchturm (oder Kühlturm) hinaus für Belange der ganzen Bewegung engagieren.
Es bleibt aber auch die Gewißheit, daß durch den Aktionstag viele Menschen, gerade auch aktive Menschen, auf die anstehenden Transporte aufmerksam wurden. An vielen AKW´s werden in den nächsten Wochen und Monaten die Leute mit wachen Augen auf mögliche Transporte achten. An einigen Standorten konnte durch die Aktion am 19. Mai die nur noch schwachen Kräfte des Widerstandes neu zusammengeführt werden. Vielleicht war der Aktionstag ein Schritt dahin, Gorleben neuerlich für viele zu einem Knackpunkt der Auseinandersetzung um die Atomenergie werden zu lassen.
Klar deutlich geworden ist eines: Die Anti-AKW-Bewegung besteht zur Zeit nur aus wenigen AktivistInnen, die versuchen, überall gegen den atomaren Wahnsinn präsent zu sein. Die breite Ablehnung der Bevölkerung gegen die Nutzung der Atomenergie wird auf der Straße nicht mehr sichtbar. Und dies zu einem Zeitpunkt, an dem die Atommafia sich aus ihrer größten Krise zu einer neuen Offensive aufmacht. Die Entscheidungen über das Atomprogramm der nächsten 20 Jahre fallen jetzt. Wir müssen jetzt über Wege nachdenken, wie wir dieses Programm verhindern und den noch laufenden Anlagen den Garaus machen.
Und alle, die dabei eher auf Wahlen oder so etwas hoffen, werden nun eines besseren belehrt. Und zwar von Leuten, die es wissen müssen: Die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen in Niedersachsen haben ergeben, daß eine zukünftige rotgrüne Landesregierung keine Möglichkeit hat, die CASTOR-Transporte nach Gorleben zu verhindern.
Da bleibt dann wirklich nur noch der direkte Widerstand auf der Straße. Auf das die Entsorgung das Sorgenkind der Atommafia bleibt.

Für die Vorbereitungsgruppe 19. Mai
Jochen Stay

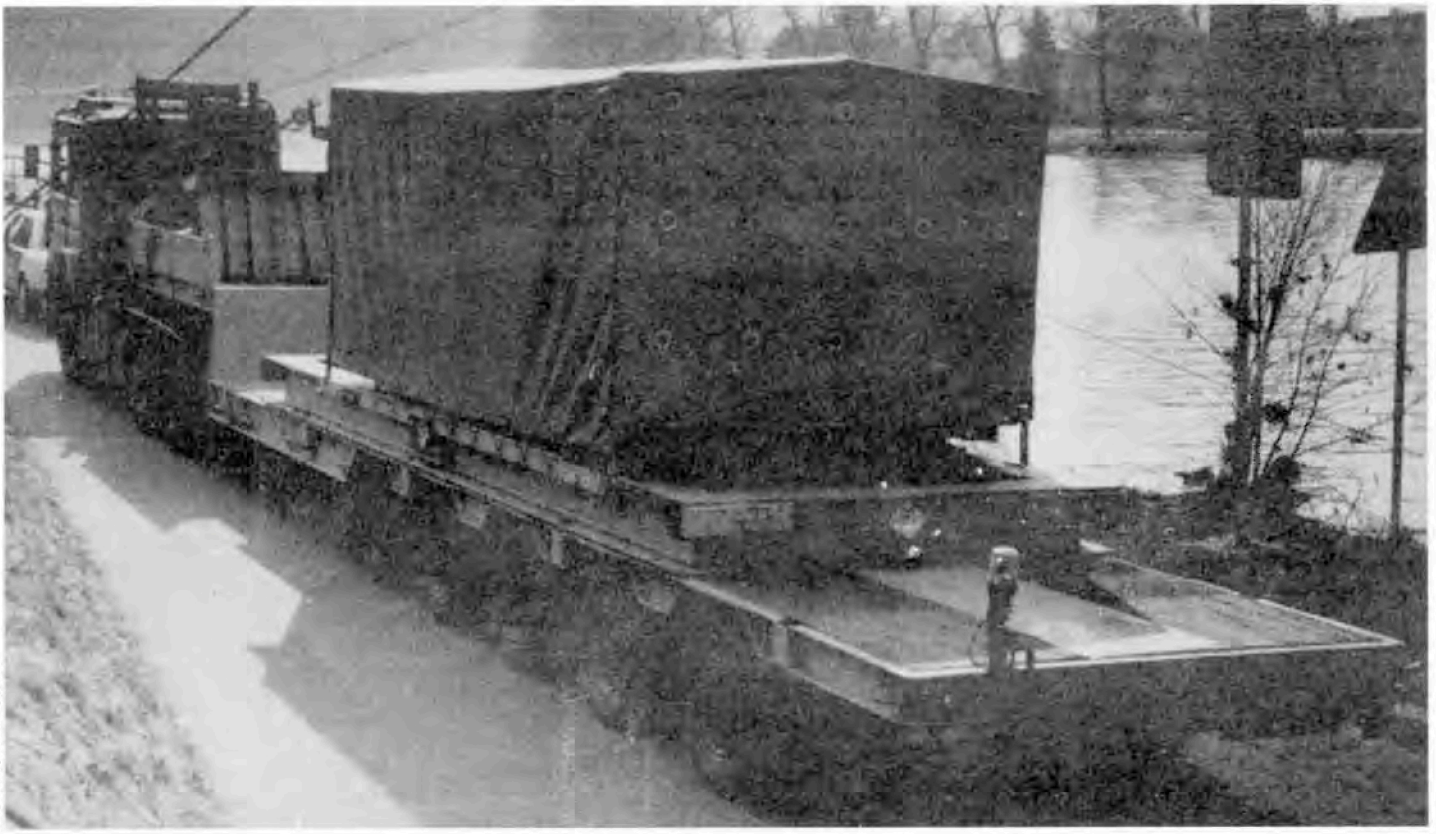


Foto: Klaus Stark

.... und auch in Obrigheim tut sich was

Einmal ganz abgesehen davon, daß Obrigheim vielleicht stillgelegt bleibt: Ende März hat 'Aktion ohne Atom' den Abtransport von abgebrannten Brennelementen aus dem Schrottreaktor bei Mosbach beobachtet und dokumentiert.

Foto: Manfred Stumpf

Das Verfahren ist dabei ganz ähnlich, wie im Fall Neckarwestheim. Per Schwertransport der Deutschen Bundesbahn werden je sieben abgebrannte Brennelemente (Behälter: NTL 8) nach Heilbronn geschafft und auf dem Gelände des dortigen Kohlekraftwerks der Energieversorgung Schwaben (EVS) auf Schiene verladen. Vom Heilbronner Rangierbahnhof aus geht die Fahrt dann im regulären Güterzug über Heidelberg, Mannheim, Kaiserslautern und Saarbrücken zur Wiederaufarbeitungsanlage im französischen La Hague.

In diesem Jahr fanden bisher fünf Transporte statt (und es spricht einiges dafür, daß es vorerst bei ihnen bleibt): am 22. Januar (Montag), 19. Februar (Montag), 19. März (Montag), 17. April (Dienstag, unsicher) und 15. Mai (Dienstag). Abfahrtszeit ist in der Regel gegen 13.15 Uhr. Der Schwertransport (Zugmaschine: DB 47-747, fünfachsiger Anhänger: DB 72-7) fährt südlich von Obrigheim über den Neckar und benutzt dann die B 27 auf dem rechten Ufer des Flusses. Begleitung: ein Polizei-Daimler, der Privatwagen eines Beamten des baden-württembergischen Umweltministeriums und ein roter Jeep mit Hanauer Kennzeichen der Transportfirma Nuclear Cargo Service.

In Neckarzimmern, Böttingen, Offenau und Jagstfeld rumpelt der 100-Tonnen-Transport durch enge, belebte Ortsdurchfahrten. Gegenüber von Haßmersheim besteht offenbar Gefahr, daß die Böschung der Bundesstraße in den Neckar abrutscht: Der Atomtransport hat deshalb die Auflage, auf die linke Fahrbahnseite zu wechseln. Wenn die Absperrung der Polizei nicht funktioniert (und das tut sie wegen der dortigen Kreisgrenze öfters nicht), kommt dem nuklearen Geisterfahrer schon mal eine konsternierte Fahrzeugkolonne entgegen.

Größere Brücken hat der Sattelzug in Brükkenmitte zu überqueren. Da die Polizei nicht verkehrslenkend eingreift, wird der Gegenverkehr rücksichtslos ins Strassenbegleitgrün abgedrängt. In Neckarsulm die größte Überraschung: Der Atomtransport folgt nicht der B 27, sondern biegt ins Ortszentrum ab. Ohne Martinshorn über rote Ampeln, an verwirrten RadfahrerInnen, FußgängerInnen, Kindern, vorbei - als würde nicht hochradioaktiver Atommüll, sondern ein Sack von Kartoffeln befördert.

Die unübersehbare Anwesenheit von neugierig fotografierenden AtomgegnerInnen beim dritten Transport hatte unmittelbare Konsequenzen: Transport Nummer fünf fuhr nicht mehr mittags, sondern nachts um halb eins. Weiser Kommentar aus dem baden-württembergischen Umweltministerium: Schließlich sei es unverantwortlich, den Transport *"um 13.00 Uhr loszulassen, wenn Audi in Neckarsulm Schichtwechsel hat"*.

Klaus Stark

Atomtransporte aus Neckarwestheim: Der Widerstand lebt !

Fünf Transporte mit abgebrannten Brennelementen aus Neckarwestheim I waren für dieses Jahr bis Ende Juni geplant. Beim ersten qualmten die Bremsen. Der zweite blieb mit Motorschaden vier Stunden lang auf offener Strecke liegen. Beim dritten brannte es auf der Zugmaschine - direkt neben dem gefüllten Tank. Jetzt haben Anwohner mit einer Klage vor dem Stuttgarter Verwaltungsgericht die hochradioaktiven Atomtransporte erst einmal gestoppt.

Bereits im vergangenen Jahr waren die Brennelementetransporte vom Atomkraftwerk Neckarwestheim (GKN) zur Schienenverladung in Walheim/Neckar in die Schlagzeilen der lokalen und regionalen Presse geraten.
Aktion Strom ohne Atom und die **Tübinger Aktionsinitiative gegen Atomanlagen (TAIgA)** hatten die Route genau recherchiert. Seit Jahren fahren die nuklearen Monstertransporte mitten durch drei enge, kurvenreiche Ortsdurchfahrten, an staunenden Schulkindern vorbei, starke Steigungen hinauf und, kurz vor Kirchheim/Neckar, ein 1.000 Meter langes, neunprozentiges Gefälle hinunter. Das alles mittags gegen 13.00 Uhr, wenn die Straßen voller Autos und Menschen sind.
Zweimal hatten die AtomgegnerInnen im letzten Jahr die 420-PS-Zugmaschine mit der hochgefährlichen Fracht auf dem zehnachsigen Spezialanhänger gestoppt und über eine Stunde blockiert. Einmal im April kurz vor Kirchheim, und im Juni vor der Lauffener Neckarbrücke. Die Aktionen sorgten in der Region für einige Aufregung. *"Wenn die Brücke einstürzt"*, warnte Lauffens CDU-Bürgermeister Manfred Kübler, *"dann gibt es eine Katastrophe"*. Und der Kirchheimer Schultes-Kollege KLaus Peter Waldenberger versprach vor laufenden Fernsehkameras: *"Wir werden fordern, daß diese Transporte nicht mehr stattfinden, daß diese Gefahr aus Kirchheim raus ist."*
Ein Jahr später hat sich die Situation dramatisch zugespitzt. Als sehr hilfreich erwiesen sich dabei jede Menge Schlampereien der Genehmigungsbehörden und der Deutschen Bundesbahn.

1. Die grünen Männlein kommen

Wochenlang war er erwartet worden, der erste Transport dieses Jahres mit abgebrannten Brennelementen aus dem GKN für die französische Wiederaufarbeitungsanlage La Hague. Am 3. April war es schließlich soweit. **Aktion Strom ohne Atom** und der **Arbeitskreis Kommunalpolitik, Kirchheim** gingen schon vorher in die Offensive: Sie hatten entlang der Route plakatiert und am Tag zuvor die örtlichen Medien zu einer Pressekonferenz eingeladen. "Bürger fordern: Sofort Schluß mit den Atommüll-Transporten", stand deshalb pünktlich am Transporttag in den örlichen Blättern. *"Wenn irgendeine Gefahr bestünde, dürften die Transporter gar nicht erst raus auf die Straße"*, hielt GKN-Pressesprecher Uwe Mundt kläglich entgegen, ging aber glatt in den widerständlerischen Schlagzeilen unter.
Einen Tag später hieß es dann: **"Atommülltransport: Mehr Polizei als Demonstranten."** Die grün gewandeten Freunde und Helfer litten nämlich noch sichtlich unter den Schlappen vom Vorjahr. Um nun wirklich jede Behinderungsaktion im Keim zu erstikken, widmeten sie sich mit großer Sorgfalt dem Scheunentor und dem Gebüsch an der Lauffener Brücke, aus welchem damals Demonstranten hervorgekrochen waren, und eskortierten die strahlende Fracht im Laufschritt durch Kirchheim. Jogging for GKN! Die Initiativen fanden, daß das genug Aufruhr sei, und beließen es beim demonstrativen Transparente-Hoch-halten.

Hrsg.: Tübinger Aktionsinitiative gegen Atomanlagen (TAIGA) - "Aktion Strom ohne Atom

Aus dem Inhalt:

Alle Transporte mit abgebrannten Brennelementen aus Neckarwestheim 86-89 / **Widerstand ist immer gut: Die Aktionen** / Der Brückenskandal: Warum selbst die Bürgermeister dagegen sind / **Atommülldrehscheibe Rangierbahnhof Mannheim** / Transporte frischer Brennelemente zum GKN / **Quer durch die Republik: schwachaktiver Atommüll** / Wie gefährlich sind die Transporte? / **Europäisierung: Wie geht es weiter?** / Archiv: Pressedokumentation - Landtagsanfragen

92 Seiten, Preis: 6 DM, ab 10 Stück: 5 DM

Bestelladresse: Andreas Linder, Melanchthonstr. 23, 7400 Tübingen, 07071/ 26908

Foto: Manfred Stumpf

2. Der Transport war zu schwer

Am 7. Mai standen vier Atomgegner wegen "Nötigung" vor Gericht, die im Juni 89 die Lauffener Brücke blockiert hatten. Bei dem Prozeß stellte sich heraus, daß das Heilbronner Landratsamt lediglich die Überfahrt einer 118 Tonnen schweren Fracht genehmigt hatte - der Atomtransport jedoch wiegt bis zu 142 Tonnen. Der zuständige Beamte der Polizei hatte zu keinem Zeitpunkt das Transportgewicht nachgeprüft oder sich

entsprechende Papiere vorzeigen lassen. Und die Brückenbauspezialisten des Stuttgarter Regierungspräsidiums hatten erst nach der Blockade in dreitägiger Schwerstarbeit nachgerechnet, ob die Schleusenbrücke über den Neckar das Gewicht des Nukleartransports überhaupt aushält. Hätten sie sein wirkliches Gewicht vorher gekannt, räumten alle beteiligten Stellen ein, hätten sie den Transport anhalten müssen. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde das Verfahren eingestellt.

3. Schwärzlich qualmen die Bremsen

Bereits im Vorjahr hatten **Aktion Strom ohne Atom** und **TAlgA** darauf hingewiesen, daß die Bremsen des Schwersttransports nach dem Passieren der "Lauffener Steige" direkt vor Kirchheim häufig schwarz qualmen. Kein Problem, meinten die Genehmigungsbehörden in ungebremstem Optimismus. Der baden-württembergische Umweltminister Dr. Erwin Retter schrieb im September 1989 höchstpersönlich, eine entsprechende Erhitzung sei angesichts der großen zu vernichtenden Energie *"natürlich"*; deshalb bewirke ein Rauchen der Bremsen *"keine Einschränkung der Bremswirkung"*.
Ein halbes Jahr später wurde die Sache dem Stuttgarter Regierungspräsidium doch ein wenig zu heiß. Wegen gravierender Bedenken gegenüber dem Bremssystem des 142-Tonnen-Kolosses wurden die Transportgenehmigung ausgesetzt. Dabei kam zu Tage, daß Zugmaschine und Anhänger im Besitz einer Sondergenehmigung des Bundesverkehrsministers sind, die hochgefährliche Strecke bis Dezember 1992 mit einem Einkreisbremssystem zu befahren - obwohl Zweikreisbremssysteme gerade bei Gefahrguttransporten längst als Stand der Technik gelten. Außerdem benötigten Sachverständige des TÜV und der Bundesbahn runde drei Wochen, um herauszufinden, ob der Qualm von den Bremsbelägen oder von austretender Bremsflüssigkeit stammt.

Foto: Manfred Stumpf

4. Wenn der Kolben frißt...

Alles ganz ungefährlich, meinten die Experten nach ausführlichen Bremsversuchen mitten auf einem stark befahrenen Autobahnzubringer, das Zweikreissystem war auch nachgerüstet worden, und so hätte es am 18. Mai eigentlich mit dem zweiten Transport losgehen können. Ging es auch, aber nur ein kleines bißchen. Rund 350 Meter hinter Neckarwestheim blieb der Transporter mit der hochsensiblen Nuklearfracht auf offener Strecke liegen. Kolbenfresser, lautete die Diagnose - obwohl die kurz vorher eingebaute Ersatzmaschine erst 3.000 Kilometer auf dem Tacho und der TÜV erst einen Tag vorher alles untersucht und grünes Licht gegeben hatte.
Vier Stunden lang stand der Behälter mit sieben hochradioaktiven Brennelementen in der Gegend herum, dann zog in eine aus Darmstadt georderte Ersatzmaschine weiter nach Walheim. "Was wäre geschehen", fragten die Initiativen in der Presse, "wenn sich der Motorschaden während der Fahrt über die Lauffener Steige ereignet hätte?"

5. Es brennt, es brennt!

Knapp zwei Wochen später, am 30 Mai, hatten es die Kraftwerksbetreiber, sichtlich genervt, besonders eilig: Am Montag war der leere Behälter ins Atomkraftwerk geschafft worden, am Mittwoch sollte der dritte Transport schon die Reise nach Frankreich antreten. Aber erneut blieb der nukleare Schwersttransport stecken: Mitten in Nekkarwestheim geriet die Zugmaschine in Brand. Ein direkt am Auspuffrohr gelagerter Bundesbahn-Sack mit Sicherungskegeln hatte Feuer gefangen, nach Augenzeugen berichten schlugen die Flammen einen halben Meter hoch. Weil dabei ein Bremsschlauch durchschmorte, mußte erneut eine Ersatzzugmaschine vorgespannt werden. Die stand diesmal schon im Kraftwerk bereit. Kein Zweifel, die Bundesbahn hatte dazugelernt.
"Es bestand keine Gefahr", tönten nachher Bundesbahn und Umweltministerium in demonstrativer Harmonie, halt eine *"unglückliche Geschichte"*. Eine Geschichte, die zumindest für die beiden Fahrer hätte sehr unglücklich ausgehen können. Der brennende Sack befand sich direkt über dem vor Fahrtantritt vollgefüllten Kraftstofftank des Atomtransporters. Sowohl Fahrer wie auch Begleitpersonal hatten das Feuer gar nicht bemerkt: Ein Atomgegner hatte es als erster entdeckt. Als er mit den Worten "Es brennt!" die Besatzung eines begleitenden Streifenwagens warnte, nahm die ihn zunächst gar nicht ernst.

6. Justitia muß ran

"Jetzt reicht's", sagten sich sieben KirchheimerInnen und eine Lauffenerin, die alle direkt an der Transportstrecke wohnen. Noch am gleichen Tag legten sie beim Landratsamt Ludwigsburg Widerspruch gegen die Transportgenehmigung ein. Ihrer Ansicht nach ist die Route GKN - Walheim die gefährlichste Transportstrecke von abgebrannten Brennelementen in der ganzen Bundesrepublik. Und sie haben Wahlrecht: Von den Atomkraftwerken, aus denen gegenwärtig abtransportiert wird, haben neben Neckarwestheim nur noch Grafenrheinfeld und Obrigheim keinen Schienenanschluß. Nirgends ist die Topographie ähnlich schwierig wie um Neckarwestheim.
Die riskanteste Stelle ist die "Lauffener Steige", ein neunprozentiges Gefälle am Ortseingang von Kirchheim, das direkt in die kurvige Ortsdurchfahrt übergeht und unwillkürlich an Herborn erinnert. Der Kirchheimer Gemeinderat hat am 26. April mit großer Mehrheit gefordert, daß die hochradioaktiven Transporte die Gemeinde nicht mehr passieren dürfen. Am 11. Mai wurde die gefährliche Strecke vom Landratsamt Ludwigsburg für Gefahrguttransporte gesperrt - die atomaren Schwerstransporte aus dem GKN allerdings dürfen wieder durchfahren. Sie durften es zumindest, bis zum 18. Mai. Inzwischen ist die Genehmigung, wegen des Widerspruchs betroffener Bürger, erst einmal ausgesetzt. Falls das badenwürttembergische Innenministerium Sofortvollzug anordnet, müßte sich das Verwaltungsgericht Stuttgart mit dem Rechtsstreit befassen. Routenalternativen gibt es vor Ort praktisch nicht. Weil das Kompaktlager von GKN I relativ voll ist, müssen die Kraftwerksbetreiber bis zur Revision im August nach Rechnung der Initiativen noch zwei Transporte mit insgesamt 14 Brennelementen durchbringen. So oder so: Es wird knapp.

7. Kleines Fazit:

Nicht ohne Mithilfe der Gegenseite ist es in diesem Jahr bisher gelungen, die Transporte aus Neckarwestheim in bisher unbekannter, radikaler Weise öffentlich zu machen. In der örtlichen Presse gab es zum Teil täglich Schlagzeilen - ein Verdienst der Anti-Atom-Initiativen, ohne deren Recherchen die Skandale sicher vertuscht worden wären.
Vor allem das unbestreitbare Gefahrenpotential der gegenwärtigen Transportstrecke kostet die Kraftwerksbetreiber auch im sogenannten bürgerlichen Lager viel Sympathien. Die überzogene Polizeipräsenz tut ein übriges. Trotzdem sind die AktivistInnen vor Ort immer noch viel zuwenig. Und es fehlt Geld.
(Das Spendenkonto der **Aktion Strom ohne Atom** hat die Nummer: 34433 37 000, Postgiro Stuttgart, BLZ: 600 100 70.
Zur Unterstützung der Klage gibt es ein eigenes Konto: BI Mittlerer Neckar, Kennwort: GKN-Transporte, Nr.: 005 886 580, Kreissprk. Heilbronn, BLZ: 620 500 00; Spenden können hier von der Steuer abgesetzt werden.)

Klaus Stark

Informationen zu den Transporten von Neckarwestheim:

Die Schwertransporte von Neckarwestheim nach Walheim starten üblicherweise montags gegen 13.00 bis 13.15 Uhr im Atomkraftwerk (die Zugmaschine hat in der Regel das Kennzeichen DB 47-747 oder DB 47-745, der Anhänger DB 82-2). Ankunft in Walheim gegen 14.00 Uhr. Die Verladung auf den Schienenwaggon dauert etwa eineinhalb Stunden; der Spezialwaggon mit dem silbrigglänzenden Aufbau (Baureihe 998) wird dann von einer Bundesbahnlok zum Heilbronner Rangierbahnhof gezogen und dort in einen regulären Güterzug (meistens als erster Waggon hinter der Lok) eingestellt. Abfahrt in Heilbronn gegen 18.30 Uhr, Ankunft in Mannheim zwischen 20.00 und 20.30 Uhr. Weiterfahrt etwa eine Stunde später; in Saarbrücken erneuter Halt. Gegen 3.30 Uhr passiert der Güterzug normalerweise die französische Grenze.
Bedingt durch die zahlreichen Pannen kam dieser Fahrplan dieses Jahr ziemlich durcheinander. Der 1. Transport ging am Dienstag, 3. April, gegen 13.15 Uhr noch recht pünktlich auf die Strecke (am Montag hatte der TÜV das Fahrzeug überprüft). Der 2. Transport fuhr am Freitag, 18. Mai, gegen 14.00 Uhr los. Wegen des Motorschadens traf er erst nach 19.00 Uhr in Walheim ein (mit der Ersatzzugmaschine DB 47-600) und wurde ausnahmsweise über Kornwestheim (-Müllacker - Bruchsal -) nach Mannheim befördert. Der 3. Transport startete am Mittwoch, 30 Mai, um 14.15 Uhr und kam ebenfalls einigermaßen verspätet (mit DB 47-744) in Walheim an. Abfahrt in Heilbronn per Güterzug um 19.00 Uhr.

Recklinghausen, 13. März 1990

Beispiel für den Ablauf einer öffentlichen Aktion gegen Atommülltransporte auf der Schiene

Nach einem letzten Vorbereitungstreffen am Abend vor der Aktion liegen knapp 15 AktivistInnen schon früh im Bett. Gegen 3.10 Uhr in der Nacht kommt die Bestätigung, daß ein Castor-Behälter auf Spezialwaggon der französischen Eisenbahngesellschaft SNCF den Raum Hamburg verlassen hat (Vielen Dank an die Nordlichter).
Gegen halb fünf Uhr ist Wecken. Noch bevor der Großteil der Gruppe sich zum vereinbarten Wartepunkt aufmacht, ist bereits ein vorgeschobener Beobachter an der vom Atommüll-Transport befahrenen Bahnstrecke nördlich von Recklinghausen eingetroffen. Er soll die Durchfahrt des Castor-Zuges per Telephon zu einer Privatwohnung durchgeben, von hier besteht eine Funkverbindung zu den wartenden AktionistInnen. Bereits vorher ist die Fahrzeit von Regelgüterzügen der Relation Hamburg-Ruhrgebiet, in denen auch der Atommüll-Behälter mitläuft, für die Distanz zwischen dem vorgeschobenen Beobachtungspunkt und dem Ort der geplanten Aktion, Recklinghausen Hauptbahnhof auf 'ne halbe Minute genau ausgetestet worden. Damit kann die Aktion kurz vor der Durchfahrt des Güterzuges durch den Hauptbahnhof beginnen und die eigentliche Vorbeifahrt der strahlenden Fracht unmittelbar in die Aktion eingebaut werden.
Ziel der Aktion war es, die in vorangegangenen Wochen gesammelten Erkenntnisse über die Atommüll-Transporte dazu zu nutzen, über bloße trockene Info-Arbeit hinaus einen kleinen Teil der Öffentlichkeit in Gestalt der mit dem Zug von Recklinghausen ins Ruhrgebiet zur Arbeit pendelnden und somit auf dem Bahnsteig wartenden Menschen mit dem vor ihrer Nase vorbeifahrenden Atommüll zu konfrontieren (Güterzüge in Richtung Ruhrgebiet durchfahren den Hauptbahnhof Recklinghausen meistens auf Gleis 1!).
Zu der bislang als früheste Durchfahrzeit durch Recklinghausen ermittelten Zeit, 5.45 Uhr, sind alle Beteiligten bereit. Ein Großteil der Leute wartet an einem sichtgeschützten Ort, angetan mit weißen Overalls (Strahlenschutzanzüge) in der Nähe der HBF auf die Zugmeldung des vorgeschobenen Beobachter; Megaphon, Transparente und Absperrbänder (für den Bahnsteig) liegen bereit, das Funkgerät ist auf Empfang.
Um ein chaotisches Ablaufen der Aktion zu vermeiden, hat die Gruppe einen Menschen dazu bestimmt, die Aktion im Bahnhof zu koordinieren. Er allein soll entscheiden, ob die Megaphondurchsagen auf dem Bahnsteig oder in der Vorhalle gemacht werden oder auch wann die Aktion zur Sicherheit der TeilnehmerInnen zu beenden ist.
Für die Megaphon-Durchsagen ist ein kurzer Text vorbereitet worden, der sich amtlich, anhört, die Reisenden informiert; aber keine Panik unter ihnen stiftet. Nach einer guten Stunde warten quäkt es aus der Funke, daß der Zug mit dem Atommüll gerade den vorgeschobenen Beobachtungspunkt durchfahren hat.
Es kann losgehen: Langsam und in Ruhe begeben sich die Leute in ihren Schutzanzügen zum HBF Recklinghausen. Die ersten Durchsagen finden in der Bahnhofshalle statt, in der sich viele Reisende aufhalten; Flugblätter werden verteilt, außerdem klettern zwei Leute auf das Vordach des Bahnhofs und entrollen ein Transparent gegen die Transporte. Bullen sind keine zu sehen. Nach mehreren Durchsagen auch auf den Bahnsteigen hat der Güterzug mit Atommüll des AKW Brunsbüttel Einfahrt in Recklinghausen HBF. Als er in der Kurve auftaucht, der Castor-Transportwagen ist wie immer hinter der Lok eingestellt, wird das nun folgende Geschehen per Megaphon kommentiert, die Reisende auf dem Bahnsteig erfahren genau, was in wenigen Sekunden dicht an ihnen vorbeirollen wird. Auf die Absperrung des Bahnsteigs wird dabei verzichtet, es ist so kühl an dem Morgen, daß nicht viele Leute auf dem Bahnsteig stehen. Nach der Zug-Durchfahrt gibt es weitere Megaphondurchsagen, die sich auch auf den jeweiligen ungefähren Aufenthaltsortes des Atommülls beziehen, um die Dimension der Gefährdung zu verdeutlichen.
Die Reaktionen der Reisenden sind bis auf eine Ausnahme positiv. Die Flugblätter werden den VerteilerInnen oft aus den Händen gerissen und sogar die auf dem Busbahnhof wartenden Leute werden mit der Aktion erreicht.
Erst gegen 7.30 Uhr, also 25 Minuten nach der Durchfahrt des Atommüllzuges, erscheint ein einsamer Streifenwagen auf der Szene sowie ein Pärchen Schottersherriffs (Bahnbullen).
Beendet wird die Aktion ohne Zwischenfälle mit einem Gang durch Recklinghausen-City. Drei AktivistInnen sind unterdessen noch in den ins Ruhrgebiet fahrenden Nahverkehrszügen mit dem Verteilen von Flugblättern beschäftigt. Für den Nachmittag ist eine Pressekonferenz vorgesehen.

Ökohaufen Dortmund- BI Atomstopp Recklinghausen

Foto: Klaus Stork

Rollende Gefahr:

Seit Wochen laufen in unregelmäßigen Abständen Dienstags in der Zeit zwischen 6.30 Uhr und 8.30 Uhr Atomtransporte über Gleis 1 (!) des Recklinghäuser Hauptbahnhofes.
Direkt hinter der Lok des Güterzugs befinden sich in Spezialwaggons, den sogenannten Castorbehältern, hochradioaktive, abgebrannte Brennstäbe aus den Atomkraftwerken Krümmel, Stade oder Brunsbüttel. Diese atomare Fracht wird durch Recklinghausen über Köln zu der französischen Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague transportiert. Bahnpolizei begleitet den Zug.
(...)

Ökohaufen, Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund 1

Ausstieg ?

Rot-Grün in Niedersachsen

"Rot-Grün stoppt Atompläne" verkündete die taz am 28. Mai 90 auf ihrer Titelseite, um noch vollmundiger nachzulegen, das Wendland bleibe *atommüllfrei*. Keine Frage, die Atomindustrie hatte in diesen Tagen, zumindest in Niedersachsen, ihr Todesurteil zu erwarten.
So jedenfalls war die herrschende Meinung, mit der mensch sich landauf, landab konfrontiert sah. In der Anti-AKW-Bewegung indes gibt es Widerspruch zu dieser Auffassung, wenngleich auch hier Differenzen bestehen.
Mehr zu diesem Thema, etwas niedersachsen-zentristisch, aber von exemplarischem Wert, auf den folgenden Seiten.

Koalitionsvereinbarung: Ausstieg aus der Atomenergie vom 1.06.1990 zwischen SPD und Grünen in Niedersachsen:

1. Ziele

Die Koalitionspartner teilen die gemeinsame Auffassung, daß die Nutzung der Atomenergie zur Energieversorgung sich spätestens nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl mit seinen katastrophalen Folgen als unverantwortbares Risiko erwiesen hat. Zudem ist bis heute die Frage der Bearbeitung und Lagerung des entstehenden Atommülls ungelöst. Das bisher verfolgte Entsorgungskonzept hat sich als untauglich erwiesen. Die Koalitionspartner werden das politische Mandat nutzen, und im Rahmen des geltenden Rechts alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den Ausstieg aus der Atomwirtschaft in Niedersachsen zu erreichen.

2. Atomkraftwerke

Die Koalitionspartner stimmen überein, daß insbesondere gegen das AKW Stade starke Sicherheitsbedenken bestehen. Sie werden das AKW Stade unter Hinzuziehung der vorhandenen Gutachten zur Sicherheit von Stade einer erneuten Überprüfung durch unabhängige Sachverständige unterziehen sowie ergänzende Überprüfungen vornehmen. Sofern die Sicherheitsbedenken nicht ausräumbar sind, werden sie den Rahmen geltenden Rechts ausschöpfen, um eine Stillegung des Reaktors durchzusetzen. Sicherheitsfragen präjudizierende Stellungnahme im Rahmen der Aufsichtspflicht sind zu vermeiden. Sie werden ihre strenge Auffassung über die Sicherheitserfordernisse auch auf die anderen AKW´s in Niedersachsen ausdehnen.

3. Endlager Gorleben

Für beide Koalitionspartner haben die bisherigen Erkundungsergebnisse am Standort des geplanten Endlagers Gorleben dessen mangelnde Eignungshöffigkeit hinreichend belegt. Sie lehnen daher ein Endlager für radioaktive Abfälle am Standort Gorleben ab. Im Rahmen des geltenden Rechts werden sie alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Baumaßnahmen zu beenden.

4. Pilotkonditionierungsanlage Gorleben

Beide Koalitionspartner vertreten die Auffassung, daß über die Notwendigkeit einer derartigen Anlage erst nach Beschlußfassung über ein neues Entsorgungskonzept entschieden werden, kann. Standort einer solchen Anlage kann - wenn überhaupt notwendig - nur der Standort eines zukünftigen Endlagers sein. Die im Bau befindliche PKA entspricht nach ihrer Auffassung nicht den notwendigen Sicherheitsstandards. Insbesondere im Hinblick auf das Strahlenminimierungsgebot, die Störfallsicherheit und die Kontrollierbarkeit der Nicht-Verbreitung von Kernbrennstoffen gibt es erhebliche Bedenken.
Deshalb werden die Koalitionspartner alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, die erste Teilerrichtungsgenehmigung zurückzunehmen oder zu widerrufen und weitere Genehmigungen nicht zu erteilen.

5. Transportbehälter-Lager Gorleben

Die Koalitonspartner haben begründete Zweifel an der Sicherheit des TBL Gorleben. Wichtige Sicherheitsfragen, insbesondere die Auswirkungen von Unfällen auf die Umgebung und der Abtransport von defekten Castor-Behältern sind ungeklärt. Die Koalitionspartner wenden sich daher gegen die Inbetriebnahme dieses Lagers. Unbeschadet dieser Aussage stellen beide Koalitionspartner fest, daß der Landesregierung keine atomrechtlichen Einwirkungsmöglichkeiten gegen das TBL Gorleben zur Verfügung stehen.

6. Faßlager Gorleben

Die Koalitionspartner stellen fest, daß die Landesregierung keine rechtliche Einwirkungsmöglichkeit gegen bestehende Genehmigungen des Faßlagers Gorleben hat. Die Koalitionspartner werden jedoch die bestehenden Genehmigungen und den Betrieb des Lagers durch unabhängige Wissenschaftler überprüfen lassen und insbesondere die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Transnuklear-Skandal rückhaltlos aufklären.

7. Endlager Schacht-Konrad

Die Koalitionspartner werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, das Planfeststellungsverfahren für Schacht Konrad nicht weiter zu verfolgen.

8. Asse II

Nach Auffassung der Koalitionspartner stellt der Standort Asse II eine atomare Altlast dar. Es ist daher eine Gefahrenabschätzung vorzunehmen. Die Koalitonspartner werden aus Sicherheitsgründen weder einem Ausbau der Asse II zu einem Endlagerstandort zustimmen noch - unbeschadet vorhandener Rechtsstandpunkte - Genehmigungen für die versuchsweise Einlagerung hochaktiver Glaskokillen erteilen.

9. Atomtransporte

Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden des Landes werden höchste Anforderungen an die Sicherheit von Atomtransporten stellen. Die Koalitonspartner verpflichten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur umfassenden Information der Bevölkerung über die Risiken von Atomtransporten und ihre Routen.

10. Entsorgungskonzept

Beide Koalitionspartner betrachten die Frage der atomaren Entsorgung derzeit als nicht gelöst. Im Rahmen der Bund/Länder-Verhandlungen auf Staatssekretärsebene über neue Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge wird folgende Position vertreten: Die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus der Bundesrepublik im Ausland wird grundsätzlich abgelehnt, weil sie ein zusätzliches Gefahrenpotential bedeutet und dem Gebot der schadlosen Verwertung widerspricht. Von der Bundesregierung wird die Rücknahme entsprechender Verträge gefordert. Die Koalitonspartner bestehen auf der Festschreibung einer Entsorgungsvariante ohne den Weg der Wiederaufarbeitung. Sie drängen darauf, daß Entsorgungseinrichtungen erst dann bereitgestellt werden, wenn der Ausstieg aus der Atomwirtschaft festgeschrieben ist.

11. Katastrophenschutz

Die Katastrophenschutzpläne für die Standorte von Atomanlagen und für Atomtransporte werden nach Auswertung der Erfahrungen der Katastrophe von Tschernobyl überarbeitet und veröffentlicht. Dabei wird dem bestehenden Kollektivrisiko hohe Bedeutung beigemessen.

12. Atomanlagen in der DDR

Die Koalitionspartner teilen die Auffassung, daß die festgestellten Sicherheitsdefizite der Blöcke des AKW "Bruno Leuschner" bei Greifswald und die Sicherheitsbedenken gegenüber den geplanten Kraftwerksblöcken bei Stendal sowie gegenüber dem Endlager Morsleben sehr ernst zu nehmen sind. Sie betonen, daß diese Risiken für die niedersächsische Bevölkerung nicht hinzunehmen sind. Sie halten deshalb die im Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR festgelegte faktische Freistellung von atomrechtlichen Vorschriften des ATG für fünf bzw. zehn Jahre für politisch nicht verantwortbar. Die Koalitionspartner werden deshalb dem Staatsvertrag schon darum nicht zustimmen, wenn nicht in diesem Punkt die Geltung der atomrechtlichen Vorschriften, insbesondere die Anwendbarkeit des § 17 Abs. 5 ATG vereinbart wird. Die Koalitionspartner halten die Einlagerung von Atommüll im Endlager Morsleben aus Sicherheitsgründen für unvertretbar. Sie werden alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Einlagerungen aus Niedersachsen zu verhindern.

AKWs mit Umweltengel

Die Frage, wie mensch sich als AKW-GegnerIn gegenüber der erklärten Politik der künftigen rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen verhält, scheint innerhalb der Bewegung zunehmend zur Glaubensfrage zu werden. Von bereitwilliger Zustimmung zu den Koalitionsvereinbarungen bis zur schroffen Ablehnung derselben reicht das Spektrum der Kommentare. Ob positiv oder negativ, immer verbindet sich die Kritik mit der Rolle der Grünen, die gerade in der Frage der Atomenergie unter besonderem Legitimationsdruck stehen.

Subjektiv ist die Bandbreite der Einschätzungen nachvollziehbar, je nach Politikverständnis und Erfahrungen mit grüner Politik, vor allem mit rot-grüner Politik. Was jedoch unangenehm auffällt, ist die Ereiferung, mit der die Positionen vertreten werden. In jüngster Zeit haben manche Diskussionen und Stellungnahmen die Ebene der Argumentation verlassen, um, teilweise aggressiv im Tonfall, mit unsachlichen Unterstellungen und Vermutungen den eigenen Standpunkt zu verteidigen.

Wir - das ist eine Handvoll AKW-GegnerInnen aus Lüneburg - finden diese Auseinandersetzungsform ätzend, zumal sie teilweise bereits auf das Niveau persönlicher Angriffe gesunken ist. Wir finden diese Entwicklung insbesondere deswegen destruktiv, weil es gerade unter den derzeitigen politischen Konstellationen wichtig ist, eine gemeinsame Haltung gegenüber der Regierungskoalition auf der Grundlage nüchterner Bewertungen zu entwerfen.

Es gibt einige BIs, die mehr oder minder deutlich die rot-grünen Koalitionsvereinbarungen begrüßen, frei nach dem Motto: Der Spatz in der Hand ist mir lieber als die Taube auf dem Dach. Unbestritten kann mensch nur froh über jede stillgelegte Anlage sein (so es denn geschieht). Darüberhinaus ist es auch für uns als Mitglieder einer Standort-BI von Bedeutung, wenn in Zukunft Atomtransporte, speziell Castor-Transporte, öffentlich bekanntgegeben werden. Es gibt weitere Aspekte, die unsere Arbeit durchaus erleichtern können.

Aber das Prinzip des "Spatz in der Hand" kann niemals die Grundlage unserer Politik sein, denn solange auch nur ein Atomkraftwerk in Betrieb ist, hat sich qualitativ an der nuklearen Bedrohung nichts geändert. Unser Ziel ist die Stillegung des gesamten Atomprogramms. Von diesem Standpunkt ausgehend wollen wir im folgenden versuchen zu begründen, warum die Koalitionsvereinbarungen der künftigen niedersächsischen Landesregierung nicht den Forderungen der Anti-AKW-Bewegung gerecht werden.

Es gibt die weitverbreitete Haltung "Laßt uns doch erstmal abwarten, was die Grünen aus ihren Möglichkeiten machen". Wir halten diese Position für gefährlich und wollen einige Argumente anführen, anhand derer zu beurteilen ist, mit welcher Glaub- und Vertrauenswürdigkeit künftig in Hannover Anti-Atompolitik gemacht wird.

Was fehlt:

Auf den ersten Blick liest sich die "Koalitionsvereinbarung Ausstieg aus der Atomenergie" tatsächlich ganz passabel, und manch AKW-GegnerIn war vielleicht sogar überrascht vom Umfang der Vereinbarungen: Stade stillegen, die Endlager-Projekte Gorleben und Schacht Konrad beenden, die erste Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) für die Pilotkonditionierungsanlage (PKA) widerrufen, Asse II schließen, Atomtransporte und Katastrophenschutzpläne bekanntgeben und das bestehende Entsorgungskonzept ablehnen. Ob in der BRD oder der DDR, die Erklärung bezieht sich auf einen ganzen Katalog von Atomprojekten, der zunächst den Eindruck einer fundamentalen Umorientierung in der Energiepolitik vermittelt. Doch bei genauerer Prüfung offenbart sich eine Reihe schwerer Mängel, die die Koalitionsvereinbarungen in einem ganz anderen Licht erscheinen lassen.

Am offenkundigsten ist sicher die Tatsache, daß die laufenden Atomanlagen gar nicht bzw. nur sehr unzureichend thematisiert werden. So ist namentlich nicht die Rede von den AKWs Grohnde, Lingen II und Unterweser. Anlagen wie die Brennelementefabrik Advanced Nuclear Fuels (ANF) in Lingen oder das Atomlager in Leese werden nicht einmal dem Sinn nach erwähnt. Für die Anti-AKW-Bewegung ist ein derart unvollständiges Programm unbedingt zu kritisieren, da mit dem Betrieb jeder einzelnen Anlage die Atomwirtschaft fortgeschrieben wird.

Ein Aspekt, der von den BefürworterInnen der rot-grünen Vereinbarungen gerne zitiert wird, betrifft das Kapitel "Entsorgung": Mit dem Ausstieg aus den Lagern Gorleben und Schacht Konrad breche der Entsorgungsnachweis vieler bundesdeutscher, u. a. auch niedersächsischer, AKWs zusammen. Damit sei der Betrieb dieser Kraftwerke nur noch bis zur vollständigen Auslastung der AKW-eigenen Kompaktlager möglich; danach müßten sie abgeschaltet werden. Eine solche Einschätzung verkennt, daß mittlerweile alle bundesdeutschen AKWs über das Ausland, insbesondere Frankreich und England, entsorgt werden. Es ist gerade ein Manko der Koalitionsverhandlungen, daß es nicht gelungen ist, die Entschlossenheit der künftigen Landesregierung zu erklären, als Aufsichtsbehörde die ausländische Entsorgung niedersächsischer AKWs in Zukunft nicht mehr zu akzeptieren. Dadurch wären die Atomkraftwerke allerdings in einen erheblichen Entsorgungsengpaß geraten, der im Endeffekt die voübergehende Stillegung von Reaktoren und/oder eine verschärfte Auseinandersetzung um die Zwischenlager in Gorleben und Ahaus zur Folge gehabt hätte.

Einem Ausstiegsprogramm aus der Atomenergie fehlt die Würze und auch ein ganzes Stück Glaubwürdigkeit, wenn nicht parallel Aussagen darüber getroffen werden, in welcher Richtung eine Umorientierung in der Energiepolitik erfolgen soll. Der Einsatz konventioneller, aber relativ umweltschonender Energieerzeugung in Form moderner Blockheizkraftwerke hätte ebenso thematisiert werden müssen wie Möglichkeiten der Energieeinsparung und Strukturveränderungen auf dem Enerfiesektor. Vor allem im Bereich der Erschließung regenerativer Energiequellen sowie ihrer finanziellen und juristischen Förderung hätten klare Positionen bezogen werden müssen, aus denen der Wille zu einer qualitativ anderen Form der Energieproduktion und -verteilung abzulesen gewesen wäre. Wir kennen keine dementsprechende Erklärung, schon gar nicht im Zusammenhang mit dem Ausstiegsprogramm aus der Atomenergie, wo sie unbedingt hineingehört hätte.

In der Koalitionsvereinbarung der Grünen und der SPD fehlen also wesentliche Aspekt, die von zentraler Bedeutung für die Bereiche laufende Anlagen, Entsorgung und umweltverträgliche Energieproduktion sind. Diese Tatsache muß als Defizit herausgestellt werden.

DesGuten zuviel

Wo einerseits die Erklärungen zu dürftig sind, besteht andernorts das Problem darin, überhaupt eine Aussage getroffen zu haben. Eine Landesregierung, die ernsthaft aus der Atomenergie aussteigen will, sollte darauf verzichten, in ihren Statements auf das abzuheben, was nicht möglich ist. So geschehen in der Passage über das Zwischenlager Gorleben. Dort heißt es zum Transportbehälter-Lager (TBL = Castor-Lager), "daß der Landesregierung keine atomrechtlichen Einwirkungsmöglichkeiten gegen das TBL Gorleben zur Verfügung" stünden. Juristisch ist das wohl richtig, politisch kommt es einem Offenbarungseid gleich, denn worin könnte die Absicht dieses Satzes liegen, wenn nicht darin, sich für nicht zuständig zu erklären. Es geht offenkundig darum, jede Erwartung in dieser Richtung an die Landesregierung von vorn herein auszuschließen.

Wenn nicht dieses Kalkül hinter der Aussage steckt, bleibt nur der Verdacht der politischen Unbeholfenheit: Man torpediert den Eindruck seiner Entschlossenheit tunlichst nicht dadurch, daß man aufzählt, was alles nicht geht.

Eindeutig uneindeutig

Viele Absichtserklärungen vermitteln Unentschlossenheit und erwecken den Eindruck, die künftige Landesregierung vertage einschneidende Maßnahmen in die unbestimmte Zukunft.
Allen voran die Atomkraftwerke, die zur Zeit immerhin noch das größte Bedrohungspotential ausmachen, werden mit Samthandschuhen angefaßt. Kein Wort findet sich in den Absprachen über konkrete Stillegungsabsichten, stattdessen kapriziert sich die künftige Landesregierung auf ein Programm von Sachverständigengutachten und unabhängigen Überprüfungen. Daß mit derlei stumpfem Gerät selbst das AKW Stade attackiert werden soll, mutet schon fast zynisch an. Regalweise könnte mensch auf kritische Untersuchungen verweisen, die das Abschalten der Atomanlagen, allzumal solcher Zeitbomben wie Stade, fordern. Das seitens der Betreiber eingeräumte Restrikisiko aller AKWs ist allein schon Nachweis genug für die Unverantwortbarkeit der nuklearen Energieerzeugung, vor allem wenn mensch sie vor dem Hintergrund eines potentiellen GAUs und seiner Folgen betrachtet.
Die Behauptung, dem erklärten Ziel der Stillegung von AKWs durch neue Sicherheitsbewertungen und Risikostudien näherkommen zu wollen, ist symptomatisch für die gesamte Erklärung. Nicht nur Grohnde oder Lingen II sind entsprechende Prüfungen zugedacht, auch Asse II, das Faßlager Gorleben sowie die Atomanlagen in der DDR müssen sich auf solche Formen der Ausstiegspolitik gefaßt machen. Tatsächlich sind doch die fachwissenschaftlichen Grundlagen zur kritischen Beurteilung aller Atomanlagen, mit Abstrichen denen der DDR, längst gegeben.
Die Methode hat System. Wenn eine Landesregierung trotz allem mit einem solch zurückhaltenden Instrumentarium antritt, dann tut sie dies, um die konkrete Frage nach Stillegung offenzuhalten und um derzeit einer offenkundig unliebsamen Auseinandersetzung mit der Atomindustrie aus dem Weg zu gehen. Eine altbekannte Taktik in zeitgemäßem Gewand.
Dort wo sich dieses Verfahren nicht mehr anbietet, weil die Beweislast zu erdrückend ist oder es aus politischen Gründen nicht opportun erscheint, wird auf die Möglichkeiten einer unbestimmten, verschleiernden Sprache zurückgegriffen. Die Erklärung der niedersächsischen KoalitionärInnen enthält eine Menge unverbindlicher Aussagen und interpretationsfähiger Formulierungen, die der künftigen Landesregierung viele Rückzugsmöglichkeiten belassen.
Zum Endlager Gorleben beispielsweise heißt es, die rot-grüne Koalition wolle "alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Baumaßnahmen zu beenden". Was jedoch als Möglichkeit erachtet wird, bleibt offen und ist später unter aktuellen Gesichtspunkten auslegungsfähig. Es wird keineswegs davon gesprochen, dem Endlager-Projekt auf der Grundlage des in die Zuständigkeit des Landes fallenden Bergrechts den Garaus zu machen und den Rahmenbetriebsplan des "Erkundungsbergwerks" auszusetzen.
In Bezug auf die Zukunft des Schacht Konrad äußert sich die rot-grüne Koalition ähnlich unbestimmt. Wenn sie ankündigt, "das Planfeststellungsverfahren ..... nicht weiter zu verfolgen" , bedeutet das noch lange nicht, daß sie es auch abbricht, wie es die Bürgerinitiativen verlangen.
Auf welche Anlage mensch sich auch bezieht, die entsprechenden Absichtserklärungen werden häufig in unbestimmte Worte gekleidet, in denen zwar die Möglichkeit des Ausstiegs angelegt ist, die aber gleichermaßen den Fortbetrieb in einigen Jahren noch zulassen. Von einem Papier wie der "Koalitionsvereinbarung Ausstieg aus der Atomenergie" erwarten wir als Anti-AKW-Bewegung ein höheres Maß an Präzisierung der formulierten Vorstellungen, als dies der Fall ist.

Eine politikfreie Zone

Schwere Bedenken bestehen vielerorts gegenüber der erklärten Absicht der Koalition, den Ausstieg aus der Atomenergie auf rein juristischem Weg zu verfolgen. Formulierungen wie "den Rahmen des geltenden Rechts ausschöpfen" oder "unbeschadet vorhandener Rechtsstandpunkte" etc. prägen die Vereinbarungen. Aussagen, die dem Ausstiegskonzept einen politischen Charakter gäben, fehlen dagegen weitgehend.
Die Verhandlungspartner begründen ihre starke Fixierung auf "Recht und Gesetz" mit der Gefahr steigender Chancen für die Betreiber in juristischen Prozessen um Stillegungsverfügungen. Am Beispiel des AKW Stade wird diese Befürchtung exemplarisch deutlich, wenn angekündigt wird, "die Sicherheit präjudizierende Stellungnahmen" vermeiden zu wollen. Damit sind Aussagen gemeint, denen zufolge Stade aus politischen Gründen in jedem Fall stillgelegt werden soll. Die Bewertung, solche Stellungnahmen seien vermeintlich kontraproduktiv, wird zum Hebel, den Koalitionstext sozusagen politikfrei zu halten, denn nirgends ist die Rede von einer explizit politischen Initiative zur Neubestimmung der Energiepolitik.
Einer derartigen Orientierung auf juristische Auseinandersetzungen liegt ein zweifelhaftes Verständnis der damit verbundenen Möglichkeiten zugrunde. Ist es nicht eine hinreichende Erfahrung aus unzähligen Prozessen um die Betriebssicherheit von Atomanlagen, die uns sagt, daß die Gerichte sich nur in den seltensten Fällen die Position der AKW-KritikerInnen zu eigen machen und auf der Grundlage wissenschaftlich belegter Sicherheitsbedenken die Stillegung eines AKWs verfügen? Ist es nicht so, daß genau das Gefahrenpotential, das für uns die Notwendigkeit einer Stillegungsverfügung ausmacht, von den Gerichten als gesellschaftlich akzeptables Restrisiko definiert wird?! Ein Risiko also, das es gegen die Aspekte einer gesi*cherten* Energieversorgung abzuwägen gilt und das es genau aus diesem Grund, so die Quintessenz, angeblich im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu tragen gilt. Wenn die technisch-organisatorischen Defizite einer Atomanlage schließlich doch zu haarsträubend sind, wird allenfalls der Einbau irgendeines "Wallmann-Ventils" verfügt, und schon genügt das AKW wieder den Kriterien westdeutscher Spitzen- und Sicherheitstechnologie.
Das Energiewirtschaftsgesetz und das Atomgesetz sind eben keine Instrumentarien, die den Ausstieg aus der Atomenergie fördern sollen, sondern im Gegenteil die Produktions- und Verteilungsstruktur der Energiewirtschaft in die Hände der Energieversorgungsunternehmen legen und damit festschreiben. Auf diesen Punkt hat Hannes Kempmann als grüner Unterhändler vollkommen zu Recht hingewiesen. Diese juristisch-politische Logik, die einen wesentlichen Pfeiler des Atomprogramms bildet, gilt es für alle gesellschaftlichen Gruppen zu durchbrechen, die an einem Ende der Atomenergie interessiert sind. Dafür aber ist unabdingbare Voraussetzung, auch jenseits der juristischen und behördlichen Ebene eine offensive Politik gegen Atomlobby und Bundesregierung zu entwickeln. Dies wäre einer entschlossenen Landesregierung mit einem Bündel der ihr ureigensten Instrumentarien durchaus möglich. Ihr Mitwirken im Bundesrat, in der Bund-Länder-Kommission und gewisse Bereiche des Landesrechts bieten dafür Ansatzpunkte. Darüberhinaus aber wäre eine künftige Landesregierung auch außerhalb der parlamentarischen Institutionen in der Lage, auf die politische Entwicklung Einfluß zu nehmen. Eine Kampagne gegen die Atomenergie und für eine Neudefinition der Energiepolitik wäre geeignet, das gesellschaftliche Klima in dieser Frage positiv zu beeinflussen. Großangelegte Symposien zu den verschiedenen Themen des Komplexes Atomenergie und andere Maßnahmen könnten beispielsweise die politischen Rahmenbedingungen einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung in unserem Sinne verbessern. Gerade vor diesem Hintergrund sind mittelfristig auch die juristischen Kontroversen zu sehen. Denn daß Gerichte nicht in einem politikfreien Raum agieren, sondern sehr wohl auch gesamtgesellschaftlichen Tendenzen unterliegen, ist eine altbekannte Wahrheit. Insofern schreit die Vorstellung von gerichtlichen Erfolgen geradezu nach politischen Initiativen.
Das Argument, eine "präjudizierende Stellungnahme" verringere die Erfolgsaussichten, Stade auf juristischem Wege stillzulegen, halten wir für Falschmünzerei. Gerade die Aktenordner zu diesem AKW quellen über vor Sicherheitsbedenken und Mängellisten, so daß politische Äußerungen gegen das Kraftwerk, das von der Atomindustrie ohnehin schon seit Jahren als Bauernopfer in petto gehalten wird, eher marginale Bedeutung haben dürften.
Das unterscheidet Stade von Brokdorf, gegen das seinerzeit der SPD-Minister Jansen zu Felde gezogen ist. Was die beiden AKWs darüberhinaus unterscheiden sollte, ist das Politikverständnis, mit dem ihre parlamentarischen Gegner antreten. Taktisch unklug einen gerichtlichen Prozeß zu führen und politisch halbherzig zu agieren, während mann sich im Stillen schon mit der Bundesweisung aus Bonn arrangiert, um später sagen zu können "Ich hab`s doch versucht", reicht ganz sicher nicht aus.

ROT GRÜN IN HANNOVER - KEIN GARANT FÜR DEN AUSSTIEG !

Noch während in Hannover die Verhandlungskommissionen von GRÜNEN und SPD über den Punkt "Atomenergie" und "Atommüllager" berieten, stand für die Medien das Ergebnis schon fest: "Rot-Grün stoppt Atompläne". Die Anti-Atominitiativen in Niedersachsen stellen - nach Sichtung der entsprechenden Koalitionsvereinbarung - klar: der Ausstieg bzw. der Stopp der Bauvorhaben ist nicht in Sicht. Die Koalitionsabsprache ist lediglich als unzureichende Absichtserklärung zu werten. Zahlreiche Hintertürchen, schwammige und interpretationsfähige Formulierungen ermöglichen den Weiterbetrieb sämtlicher AKWs bzw. den Weiterbau der Atommülldeponien auch über eine Legislaturperiode hinaus:

* Das AKW Stade soll einer erneuten Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden. Nur "sofern Sicherheitsbedenken nicht ausräumbar sind", werde die rot-grüne Regierung "den Rahmen des geltenden Rechts ausschöpfen, um eine Stilllegung des Reaktors durchzusetzen". Die **AKW's Lingen II, Unterweser** und **Grohnde** werden gar nicht mal namentlich erwähnt.
Das Restrisiko, die Möglichkeit eines schweren Unfalls mit Kernschmelze, läßt sich - Gutachten hin, Gutachten her - niemals ausschließen. **Wer die verheerenden Folgen eines SuperGAU verhindern will, muß die Atomkraftwerke sofort stillegen.**

* Das **Bundesendlager Schacht Konrad** (für schwach- und mittelaktive Abfälle) soll gekippt werden. Rot-Grün will "alle Möglichkeiten ausschöpfen, das Planfeststellungsverfahren für Schacht Konrad nicht weiter zu verfolgen". Klarheit zumindest in den Zielvorstellungen wäre gegeben, wenn vom **Abbruch des Planfeststellungsverfahren** die Rede gewesen wäre.

* Wird die erste Teilerrichtungsgenehmigung für die **PKA Gorleben** (Pilotkonditionierungsanlage) nicht zurückgenommen, steht der Rohbau.
Bei näherer Betrachtung erweist sich auch die Ankündigung, für das nukleare **Endlager Gorleben** (für hochaktive Abfallstoffe) keine weiteren Betriebspläne durch das Bergamt Celle zuzulassen, als völlig unzulänglich. Der erlassene Rahmenbetriebsplan umfasst u.a. bereits das Abteufen der Schächte, die untertägige "Erkundung" - d.h. den Ausbau der Stollen - und das Einrichten einer Salzhalde. **In Gorleben muß das Vereisen des Untergrunds beim Schachtvortrieb eingestellt werden.** In vier Wochen wäre damit dieser Endlagerstandort gekippt.

* Wir fragen, welche **Entsorgungsvariante** der rot-grünen Landesregierung vorschwebt, wenn sie von "eine Entsorgungsvariante ohne den Weg der Wiederaufarbeitung" (gemeint ist im Ausland) festschreiben will. Konsequent wäre, die Mitarbeit Niedersachsens in dem Staatssekretärsausschuss Bund/Länder zur nuklearen Entsorgung aufzukündigen, weil weder die Wiederaufarbeitung noch die Direkte Endlagerung abgebrannter Brennelemente zu verantworten ist, solange Atomkraftwerke am Netz sind. Für die Lagerung des Atommülls gibt es keine sicheren Konzepte. Das ist das Dilemma, und das gilt es zuzuspitzen und endlich die Stillegung der AKW's durchzusetzen.

* Zu anderen Atomanlagen wie der **Brennelementefabrik ANF** in **Lingen** oder dem **Atomlager in Leese** werden in der Koalitionsvereinbarung überhaupt keine Aussagen gemacht.

Wir halten es für äußerst fragwürdig, daß die rot-grüne Landesregierung vom Ausstieg aus der Atomenergie spricht, aber über eine Umorientierung in der Energiepolitik kein Wort verliert. Wer es mit dem Ausstieg aus der Atomenergie ernst meint, muß den Einsatz alternativer Energien massiv fördern.

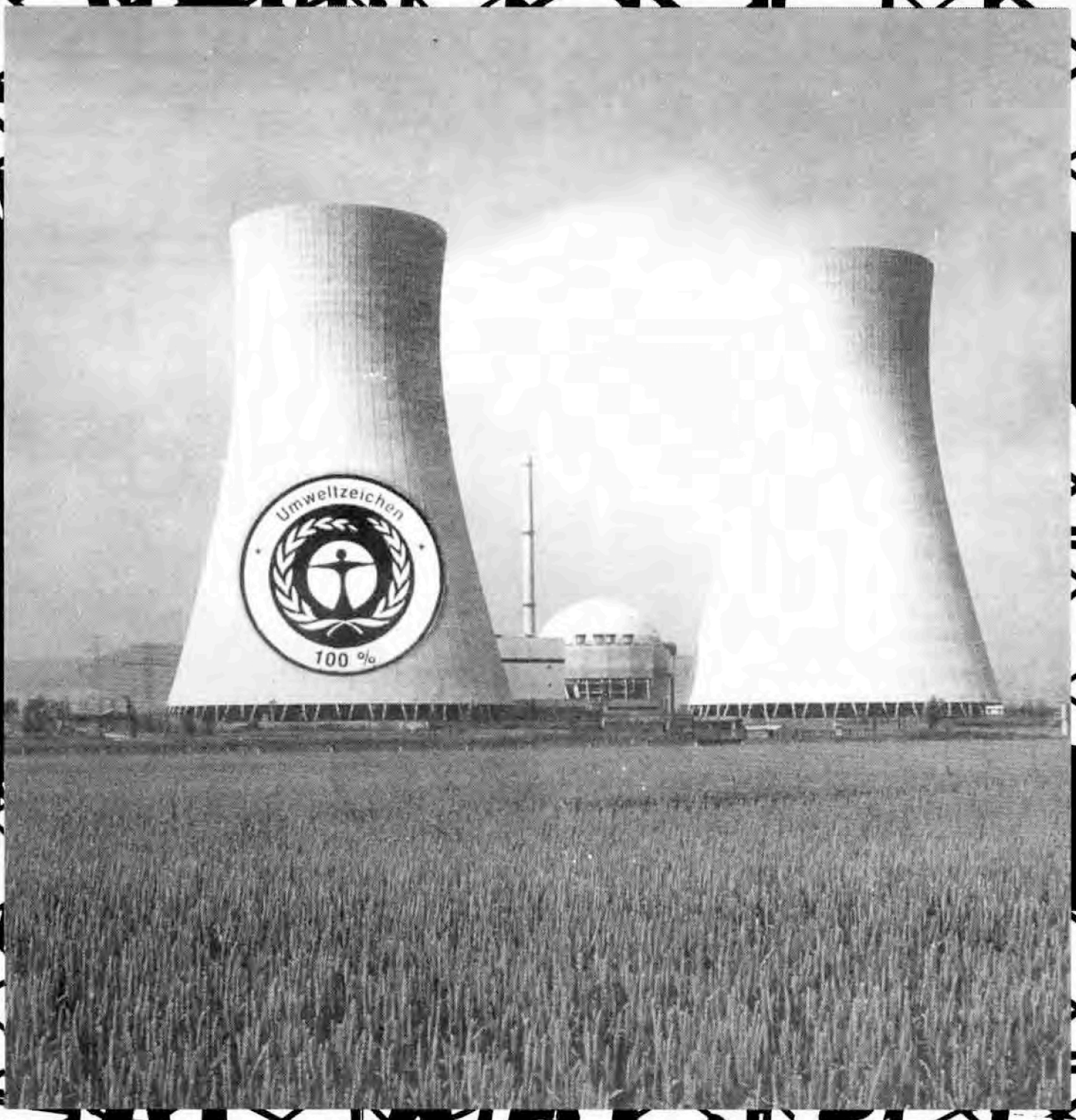
Die lauwarmen Koalitionsvereinbarungen reihen sich ein in die "Anti-Atom-Politik" der rot-grünen Regierungen in Hessen und Berlin und der SPD-Regierung in Schleswig-Holstein. Die Erklärungen kommen über ihren deklamatorischen Charakter erfahrungsgemäß nicht hinaus. Auch in Niedersachsen fehlt einmal mehr die Kampfansage an die Elektrokonzerne und den Bundesreaktorminister Töpfer bzw. die Bundesregierung. Der Wille zur Konfrontation ist nicht erkennbar.

Papier ist geduldig. Wir aber sind voller Ungeduld. Wir lassen uns nicht mit interpretationsfähigen Absichtserklärungen hinhalten und schreiten zur Tat. Als erstes beginnen wir mit dem Abriß der Endlagerbaustelle in Gorleben.

Gedelitz-Konferenz vom 9. Juni 90

Was bleibt?

Was bleibt, ist für viele AKW-GegnerInnen die Frage, ob die "Koalitionsvereinbarung Ausstieg aus der Atomenergie" mehr wert ist als das Papier, auf dem sie verfaßt ist. Abgesehen von den Aspekten, die die Erklärung überhaupt nicht erwähnt, ist sie in vielen Punkten zu unverbindlich in den Formulierungen und zu defensiv in der in ihr angelegten Strategie. Der Charakter des Textes ist quasi von innerbehördlicher Logik bestimmt. Was ihr vollkommen fehlt, ist die Bereitschaft zur Konfrontation. Keiner Passage des Textes ist zu entnehmen, daß die künftige Landesregierung bereit wäre, einen offensiven Konflikt mit der Atomindustrie und ihren parlamentarischen Fußtruppen auf Bundes- und Landesebene auszutragen.
Viel zu sehr ist die Koalitionsvereinbarung vom Geist der Atompolitik durchzogen, die die SPD nach der Katastrophe von Tschernobyl entwickelt hat. Dort heißt es sinngemäß, den Ausstieg aus der Atomenergie nur im Konsens aller betroffenen Gruppen, also auch der Atomlobby, betreiben zu wollen. Ein entsprechendes Programm stellt natürlich keinen ernsthaften Bruch mit der Atomindustrie dar und beinhaltet keine Kampfansage an die federführenden Konzerne. Im Gegenteil: Es respektiert geradezu das Kapitalverwertungsinteresse der Elektro-Unternehmen und stellt es nicht in Gegensatz zu einer sozial und ökologisch verträglichen Produktionsweise. Insofern bleibt über die Legitimität atomindustriellen Handelns ein Grundkonsens erhalten, der für die Zukunft ebenso wenig konsequente Initiativen zur Stillegung verspricht, wie dies in der Vergangenheit der Fall war.



Die Grünen mögen in den Koalitionsverhandlungen eine Reihe von Aspekten gegen die SPD durchgesetzt haben und die Vereinbarungen als Affront gegen die Atomindustrie verstehen. Die politische Logik des rot-grünen Programms, die letztlich seine Qualität in der Frage der Stillegung von Atomanlagen ausmacht, beruht aber eindeutig auf SPD-Positionen und läßt keine konsequente Anti-Atompolitik erwarten.

Es gibt einen weiteren Gesichtspunkt, der das rot-grüne Verhandlungsergebnis in einem eher trüben Licht erscheinen läßt. Seitdem die WAA Wackersdorf gekippt wurde und die Wiederaufarbeitung von Atommüll sich vollständig auf das Ausland konzentriert hat (mit Ausnahme der Versuchs-WAA Karlsruhe), befindet sich das bundesdeutsche Entsorgungskonzept formal in einer Art Schwebezustand, weil ihm mit der inländischen WAA einer seiner Eckpfeiler genommen wurde. Bis zur Definition eines neuen Konzeptes, die auf der Ebene der Bund-Länder-Kommission stattfindet, haben sich alle daran beteiligten Gruppierungen, also auch die SPD, auf ein Agreement geeinigt, das den derzeitigen Status Quo prinzipiell nicht in Frage stellt.

Mit anderen Worten: Solange kein neues *Entsorgungs*konzept erarbeitet worden ist, wird sich die SPD nicht aus dem Fenster lehnen, um mit qualitativ anderen Überlegungen den vereinbarten Burgfrieden zu stören. Insofern ist die Forderung des Gedelitz-Treffens (vom 9. Juni 90) zwar richtig, "die Mitarbeit der niedersächsischen Landesregierung in dem entsprechenden Staatssekretärsausschuß aufzukündigen, weil weder die Wiederaufarbeitung noch die Direkte Endlagerung abgebrannter Brennelemente zu verantworten ist, solange Atomkraftwerke am Netz sind". Aber aus den oben

genannten Gründen wird eine SPD-dominierte Landesregierung dies natürlich nicht tun, zumal die SPD innerhalb der eigenen Reihen auf Bundesebene und in anderen Ländern dafür keine Mehrheit finden würde.
Bei all diesen Überlegungen wird deutlich, daß die künftige Anti-Atompolitik der niedersächsischen Landesregierung in starkem Maße von den Interessen der SPD abhängig ist. Die getroffenen Vereinbarungen sparen viele Aspekte aus, ermöglichen aber grundsätzlich auch einige Stillegungen. Die große Gefahr besteht darin, daß die Initiativen dafür im Räderwerk des parlamentarischen Getriebes zermahlen werden, bis nichts mehr von ihnen übrig ist.
In welchem Maße die von den rot-grünen KoalitionärInnen angekündigte Ausstiegspolitik über ihren deklamatorischen Charakter hinauskommt, ist u. a. abhängig von der Politik des grünen Staatssekretärs im Umweltministerium. Wenn auch der Handlungsspielraum, den die Grünen bewußt mitdefiniert haben, sehr eng ist, wird sich zeigen, inwieweit die verbleibenden Möglichkeiten genutzt werden. Auf der Ebene der Verschleppung von Genehmigungsverfahren, der Öffentlichkeitsarbeit, der behördlichen Schikane etc. bieten sich Ansätze. Von einer Ausstiegs- oder gar Stillegungspolitik im eigentlichen Sinne ist dies jedoch weit entfernt.

Neue politische Bedingungen

Eine verbreitete Position innerhalb der Anti-AKW-Bewegung geht davon aus, daß es für die Standortinitiativen einerlei sei, ob in Hannover eine CDU/FDP-Koalition oder eine rot-grüne Koalition die Regierung stelle. Für die Anti-AKW-Politik vor Ort, wo es um konkrete Atomprojekte/-anlagen gehe, sei dies von untergeordneter Rolle.
Wir halten diese Position für falsch.
Eine CDU-Regierung hat innerhalb der atomkritischen Öffentlichkeit zu keinem Zeitpunkt eine Hegemonie ausgeübt. Die Partei ist immer ein klarer Gegner gewesen, weil sie grundsätzlich auf die Atomenergie als eine wesentliche Variante der Energieversorgung gesetzt hat.
Für die SPD und die Grünen gilt dies nicht. Zwar hat die SPD de facto immer eine Pro-Atompolitik betrieben, doch konnte sie sich durch verschiedene (folgenlose) Beschlüsse und die erklärte ablehnende Haltung einzelner Regionalverbände und PolitikerInnen das Image einer zumindest atomkritischen Partei geben. Vor allem die Riege um den künftigen niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder wird diesem Bild gerecht.
Die Grünen sind immer eine Partei gewesen, die die Atomenergie kategorisch abgelehnt hat. Aus den sozialen Bewegungen der späten 70er Jahre erwachsen und vor allem in Niedersachsen in besonders starkem Maße mit der Anti-AKW-Bewegung verbunden, verbindet sich in weiten Teilen der Öffentlichkeit gerade mit dieser Partei die Erwartung eines sich nunmehr vollziehenden Ausstiegs aus der Atomenergie. Informationen, denen zufolge sich die Grünen mit ihren Positionen bezüglich der Atomenergie gegen die SPD haben durchsetzen können, vermitteln zusätzlich das Bild einer konsequent und kompetent agierenden Interessenvertretung der Anti-AKW-Bewegung. Insofern werden die Grünen, innerhalb und außerhalb der Bewegung, in steigendem Maße zu einem entscheidenden Hoffnungsträger. Die gar nicht mehr so seltene Bemerkung "Das Geld für die Flugblätter hättet Ihr doch sparen können, Gorleben wird doch jetzt sowieso stillgelegt" entspringt vielleicht einer etwas sehr naiven Sichtweise, ist aber Ausdruck einer allgemeinen Erwartung. Das, was die niedersächsischen Grünen in Zukunft gegen die Atomenergie im allgemeinen sowie gegen einzelne Anlagen und Projekte im besonderen sagen, welche rechtlichen und legislativen Initiativen sie ergreifen und was sie an konkreten Maßnahmen durchzusetzen versuchen, wird in den Köpfen vieler Menschen zum Maßstab der Anti-AKW-Politik gerinnen. Das, was machbar oder sinnvoll erscheint, droht sich weniger an dem zu orientieren, was auf den verschiedenen Treffen und Konferenzen der Bewegung entwickelt wird, sondern in größerem Maße als bislang an der Politik der Grünen. Die grüne Partei wird im öffentlichen Diskurs um die Atompolitik zunehmend Hegemonie ausüben.
Ein kleines Szenario mag dieses Problem illustrieren. Die in der Koalitionerklärung bekundete Absicht, "strenge Auffassung" (der Koalitionäre) "über die Sicherheitserfordernisse auch auf die anderen AKWs in Niedersachsen" auszudehnen, enthält eine fatale Konsequenz. Implizit läßt die Aussage nämlich die Möglichkeit *akzeptabler* Atomanlagen zu. Sollten also eine oder mehrere AKWs eben diesen strengen Anforderungen genügen, wäre die Folge unweigerlich deren Fortbetrieb. Das entsprechende AKW wäre nunmehr eine Anlage mit Gütesiegel. Die "strenge Auffassung" der Koalitionäre, die sich durchaus unter dem ein oder anderen Sachzwang oder durch politische Interessen verändern mag, verleiht mithin dem AKW einen Flair von ökologischer Verträglichkeit und minimalem Risikopotential. Es wäre rot-grün getestet: ein AKW mit Umweltengel! Sozusagen, denn die vermittelte Vorstellung von den betroffenen Atomkraftwerken wird geprägt von den Aspekten "strenge Überprüfung" und "erfolgloser Stillegungsversuch durch rot-grüne Landesregierung". Wenn aber selbst die Grünen in der *Regierungsverantwortung* das Abschalten eines Atomkraftwerks nicht durchsetzen können, dann, so der gefährliche Trugschluß, bestehen wohl tatsächlich kaum Möglichkeiten für einen *Ausstieg* aus der Atomenergie. Mensch kann eine solche Entwicklung für die Auseinandersetzung um AKWs wie Unterweser oder Lingen II fast schon vorhersehen.
Alles in allem verstärkt ein derartiger Prozess die Gefahr einer steigenden Akzeptanz der Atomenergie in der Bevölkerung. In einer Phase, in der die Atomlobby mit den *Argumenten* "Atomenergie statt Treibhauseffekt" und "sichere Energieversorgung der DDR" in die Offensive geht, wäre es verhängnisvoll, wenn rot-grüne Regierungskoalitionen sich indirekt an der Wiederherstellung eines Grundkonsenses über die Atomenergie beteiligen würden, indem sie mit ihrer "strengen Auffassung" dem Weiterbetrieb von AKWs Vorschub leisten und im übrigen vielleicht tatsächlich den wildesten Auswüchsen der Atomindustrie Einhalt zu gebieten versuchen (Stichwort: Plutoniumwirtschaft). Die ablehnende Haltung in weiten Teilen der Öffentlichkeit gegenüber einem Atomprogramm, das auf *sichere* AKWs reduziert wäre, würde mit größter Wahrscheinlichkeit zunehmend geringer werden.
Natürlich soll hier nicht behauptet werden, daß eine solche Entwicklung willentlich von den Grünen mitgetragen würde. Aber es gilt die Tendenzen der künftigen Politik zu erkennen. Vor allem wir als Anti-AKW-Bewegung müssen uns solcher Gefahren bewußt werden. Insofern genügt es keineswegs, so zu tun als habe sich in Niedersachsen durch den Regierungswechsel nichts, weder im Guten noch im Schlechten, für uns geändert. Die zunehmende Hegemonie der Grünen in der gesellschaftlichen Debatte um die Atomenergie kann sehr leicht zu Einstellungsänderungen in der kritischen Öffentlichkeit, aber auch zu Erosionen an den Rändern der Anti-AKW-Bewegung führen. Vor diesem Hintergrund wird es möglicherweise schwieriger werden, das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer radikalen Anti-Atompolitik zu erhalten und zu entwickeln. Dadurch wird es unbedingt unumgänglich, daß wir uns **als Bewegung** auch offensiv mit den Grünen auseinandersetzen! (Selbstverständlich ohne dabei die lokale Arbeit zu vergessen.)

Über die Notwendigkeit der Konfrontation

Was kann die Bewegung von einer grünen Teil-Regierung verlangen?
Selbstverständlich wäre es unrealistisch zu erwarten, die grünen Koalitionäre könnten die sofortige und endgültige Stillegung aller Atomanlagen in ihrem Entscheidungsbereich durchsetzen. Einer Partei, die nur knapp die 5%-Hürde übersprungen hat, fehlt dafür jede Grundlage. Wo aber liegt die Grenze zwischen einer akzeptablen und einer nicht akzeptablen Koalitionsvereinbarung? - Die Frage ist müßig, denn auch eine wesentlich stärkere Partei hätte nicht die Forderungen der Anti-AKW-Bewegung insgesamt umsetzen können, da sie sich als parlamentarische Partei zwangsläufig in einer ganz anderen Logik befindet.
Wesentlich entscheidender ist die Frage, mit welchen Vorstellungen die Koalitionäre in die Verhandlungen gehen. Dazu äußerte sich seinerzeit J. Trittin, Mitglied der grünen Verhandlungskommission, in deutlicher Weise: "Wir gehen ohne unverhandelbare Essentials in die Koalitionsverhandlungen". (taz vom 21. Mai 90)
Angesichts dieser Haltung, die wie keine andere das Primat der Koalitionsbildung belegt, ist es fast erstaunlich, daß das vorliegende Ergebnis überhaupt zustande gekommen ist. Wichtiger noch als die Frage, wie die Grünen in die Verhandlungen hineingegangen sind, ist die Frage, mit welchem Gestus sie wieder herausgekommen sind. Wie wird der Konsens zwischen Grünen und SPD intern wahrgenommen und wie wird er nach außen verkauft? Die Basis der niedersächsischen Grünen soll gejubelt haben (taz vom 28. Mai90), als ihr in Hannover hinter verschlossenen Türen der Stand der Verhandlungen eröffnet wurde. Die Ergebnisse wurden offensichtlich als voller Erfolg gewertet. Das entspricht dem Bild, das in der Öffentlich-

Stellungnahme

zur niedersächsischen Koalitionsvereinbarung bzgl. AKWs

Wir begrüßen die erklärte Absicht, das AKW Stade stillzulegen. Wir befürchten aber, daß die gewählten rechtlichen Mittel, die sich allein auf die speziellen Mängel dieses Akw beziehen, den Weiterbetrieb der anderen niedersächsischen AKWs rechtfertigen könnten. Denn die besonders gefährliche Versprödung des AKW Stade darf nicht die prinzipiellen Mängel aller anderen AKWs verdecken, zumal gerade das jüngste AKW, Lingen II, gegenüber älteren bewußt sicherheitstechnisch "abgespeckt" wurde. Dies fällt etwa hinsichtlich der Definition des "Größten anzunehmenden Unfalls" (GAU) hinter das Sowj. AKW Stendal zurück (!).

Wir werfen den Grünen n i c h t vor, daß sie nicht die Stillegung aller niedersächsischen AKWs - Esenshamm, Grohnde, Lingen II, Stade - erreicht haben.
Wir kritisieren aber, sie es nicht als schweren politischen Mangel benennen, angesichts der Tatsache, daß die radiaktiven Emissionen aus j e d e m AKW jährlich ungezählte Menschen töten, und angesichts der von j e d e m AKW ausgehenden Gefahren einer Katastrophe, die Tschernobyl in den Schatten stellen kann.

Dem Standart-Argument, es sei juristisch einer Landesregierung nicht möglich, AKWs stillzulegen, weil sie darüber vor Verwaltungsgerichten verlieren würde, halten wir entgegen:
Das Atomgesetz verlangt im § 17.5 geradezu den Widerruf der Betriebsgenehmigung bei "erheblicher Gefährdung der Allgemeinheit". Zwar ist gängige Gerichtspraxis, diese bei unterschreiten von Grenzwerten für radioaktive Emissionen, wie sie die Strahlenschutzverordnung vorsieht, zu verneinen.

Dies geschieht jedoch (laut Kommentar von Hardrich) nur darum, weil es gängige Praxis *der Exekutive* ist, sich auf diese Werte zu beziehen. Sollte aber eine Landesregierung aus diesem Konsens ausscheren und dem Gericht den heutigen Erkenntnisstand darlegen, daß nämlich auch bei Einhaltung der Grenzwerte ständig schwere Schäden angerichtet werden, sähe die Lage anders aus. (Und es würde die paradoxe Situation beseitigt, daß die Verwaltungsgerichte sich an der Praxis von Behörden orientieren, die sie gerade kontrollieren sollen.)

Wir fordern die neue niedersächsische Regierung auf, mit ihren Ressourcen dazu beizutragen, daß sich die vielfach unterdrückte und totgeschwiegene Wahrheit über radioaktive Niedrigstrahlung durchsetzt, indem sie z.B. unabhängige Experten aus aller Welt zu einem Hearing über die Gefahren laufender AKWs einlädt und auf dessen Basis die Betriebsgenehmigungen für alle 4 niedersächsichen AKWs widerruft, und gegen die umliegenden, wie Krümmel, Brokdorf, Brunsbüttel, Würgassen politisch vorgeht.
Wir werden sie dabei fachlich und politisch unterstützen.

gez. J. Scheer **gez. Anny Ahrens**

keit gezeichnet wurde und von der Öffentlichkeit, insbesondere der rot-grünen Klientel, entsprechend rezipiert wurde. Die Koalitionsvereinbarungen erscheinen als das Non-Plus-Ultra der Anti-Atompolitik. Kritische Worte waren bei den Grünen selbst und in den kommentierenden Medien äußerst selten. (H. Kempmann war in dieser Beziehung eine angenehme Ausnahme.) Die Schwachpunkte und Problembereiche blieben weitgehend unerwähnt. Das Verhandlungsergebnis, von dem die UnterhändlerInnen selbst am besten wissen, auf welch tönernen Füßen es steht, wurde als Bombenerfolg verkauft. Es ist genau dieser Gestus, der kritisiert werden muß, schürt er doch falsche politische Erwartungen und Hoffnungen, die sich schließlich allzu oft als entpolitisierende Illusionen erweisen. Die schlechten Erfahrungen in Hessen und Berlin haben dies mehr als deutlich gemacht.
Dennoch gibt es immer wieder die Tendenz in Teilen sozialer Bewegungen, sich in Erwartung qualitativer Veränderungen auf die Politik der Parteien einzulassen und sich schließlich deren Zwängen und Logik unterzuordnen. Doch nur durch die Behauptung der eigenen Autonomie ist die Anti-AKW-Bewegung wie jede andere soziale Bewegung in der Lage, sich der schleichenden Integration ohne Aufweichung ihrer Inhalte und Strukturen zu entziehen.
Die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen repräsentiert keineswegs die Interessen der Bewegung. So ist und bleibt Ziel der Anti-AKW-Bewegung die endgültige Stillegung aller Atomanlagen und eine grundsätzliche Neuorientierung der Energie-Politik. Die Erklärung der künftigen Regierung thematisiert nur einen Teil der Atomanlagen und energiepolitischen Probleme, so daß das Programm nur partiell die Forderungen der AKW-GegnerInnen aufgreift. Vor allem aber bietet die in der Koalitionsvereinbarung angelegte politische Enthaltsamkeit in unseren Augen wenig Anlaß zu Optimismus. Zu groß ist die Wahrscheinlichkeit, daß das Ausstiegsprogramm seiner Unverbindlichkeit zum Opfer fällt (bzw. gerade dieser Eigenschaft gerecht wird).
Von daher gibt es für niemanden in der Anti-AKW-Bewegung Veranlassung, ihre Belange und Interessen an die niedersächsische Landesregierung zu deligieren. Es kommt vielmehr darauf an, als eigenständige Kraft, als starke soziale Bewegung gerade im Moment für die Verwirklichung unserer erklärten Ziele zu kämpfen. Dies muß unabhängig von der parlamentarischen Politik und gegebenenfalls auch gegen sie geschehen. In diesem Sinne ist es angesagt, offensiv und konfrontativ deutlich zu machen, daß auch die Grünen unsere Forderungen nur bedingt vertreten.
Schlußendlich sind die Grünen in der Regierung einmal mehr ein Anlaß für die Bewegung, ihr Verhältnis zum Parlamentarismus etwas präziser zu definieren. In der Zeit der Koalitionsverhandlungen gab es auf verschiedenen Treffen von Anti-AKW-Gruppen kontroverse Diskussionen darüber, ob bzw. mit welchem Verständnis parlamentarischer Politik mensch versucht, Einfluß auf die Verhandlungen auszuüben. Die Problematik an sich, aber auch der teilweise hitzige Verlauf der Diskussionen machen es mehr als wünschenswert, sich über dieses Thema wie über den gesamten Komplex "Anti-AKW-Bewegung und grüne Politik" mit möglichst vielen Gruppen intensiv zu unterhalten. Eine gemeinsame Position zu den damit verbundenen Fragen halten wir derzeit für sehr wichtig.

Einige AKW-GegnerInnen aus Lüneburg

Schwarzes Brett

Öko 90 - Umweltausstellung vom 12.-16.Juli in Freiburg

Während der Öko 90 bietet der BUND als Veranstalter mit dem Umweltforum 90 ein umfangreiches Programm zu den verschiedensten Themen des Natur- und Umweltschutzes an. Gemeinsam mit der Europäischen Organisation EUROSOLAR und der Stadt Freiburg findet am 13./14. Juli 90 das Forum Solarpraxis statt.
Das vorläufige Veranstaltungsprogramm der Öko 90 können Interessenten mit DM 1.- in Briefmarken als Rückporto bei der BUND-Landesgeschäftsstelle, Erbprinzenstr.18 in 7800 Freiburg anfordern.

»Kind und Umwelt«

Zum Thema Kind und Umwelt ist am 14.3.90 ein neuer Verein gleichen Namens gegründet worden. Die Herstellung einer Vernetzung zwischen Eltern/Umweltgruppen, sowie Entwicklung und Umsetzung vordringlichster politischer Forderungen auf Gesetzesebene, sowohl im nationalen, wie internationalen Raum gehört zu den wichtigsten Aufgaben. Fernziel von Kind und Umwelt ist es, eine Stiftung aufzubauen, die mit einem von den Fördermitgliedern aufgebauten Vermögen eine starke Lobby der Zukunft darstellen kann. Bisherige Unterstützer sind u.a. Deutscher Kinderschutz Bund, Strahlentelex Berlin, Berliner Ärzteinitiative gegen Atomenergie, Mütter und Väter gegen atomare Bedrohung, Robin Wood und Eltern für unbelastete Nahrung.
Kontakt für Interssierte:

Anja Röhl
Weichselstr.52
1 Berlin 44

»Mit Volldampf in die Klimakatastrophe?«

Anläßlich der Anhörung, die der Deutsche Bundestag am 29./30.März zur Klimakatastrophe durchgeführt hat, hat der BUND jetzt in schriftliche Form die vorliegenden umfangreichen Ergebnisse der Fachtagung »mit Volldampf in die Klimakatastrophe« vorgelegt. Das 117 seitige Tagungsprotokoll, das zahlreiche Abbildungen und Graphiken und 40 Beiträge samt 6 Arbeitskreisberichten zu Klima, Atomenergie, Energieeinsparung, Solarenergie, Verkehr und tropische Wälder enthält, kann von Interessierten für 15.-DM incl. Porto bezogen werden bei:

Evangelische Akademie Bad Boll
7325 Bad Boll

»Neue Stromtarife«

Die Reform der Bundestarifordnung Eletrizität.
Die Ende 1989 beschlossene Reform der Bundestarifordnung Elektrizität wird deutliche Änderungen in der Tarifstruktur bringen. Da die Reform bis Mitte 1991 umgesetzt sein muß, werden in diesem Jahr die Weichen gestellt bzgl. der zukünftigen Stromtarife.
Ausgangspunkt der Untersuchung ist die bisherige Tarifstruktur. Die Kritik der bisherigen Tarife bildet die Grundlage für die Bewertung einer zukünftigen Tarifgestaltung. Neue Tarifmodelle und Modellversuche werden in diesem Zusammenhang dargestellt. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Vergütung der Stromeinspeisungen, da die Bundestarifordnung dafür neue Perspektiven eröffnet.
Die Untersuchung bleibt nicht bei trockenen allgemeinen Darstellungen stehen. Die Ergebnisse werden anhand der Tarifgestaltung der Stadt Bielefeld konkretisiert.
Die Studie »Neue Stromtarife« von Michael Brieden-Segler und Jochen Holtmann kann für 6.-DM zzgl. Porto bestellt werden bei:

Umweltzentrum-Verlag
August-Bebel-Str.16-18
4800 Bielefeld 0521/63830 oder 17344

»Licht und Schatten« Umweltschutz in der DDR

In einer neuen Broschüre des BUND wird eine erste Öko-Bilanz der DDR gezogen:
»Zwar habe die Umweltbelastung vor allem im Süden der Republik unbeschreibliche Dimensionen erreicht. Doch entgegen den allgegenwärtigen Horrormeldungen weiß die Broschüre auch Positives zu berichten. So wurden in Sachen Müllvermeidung und -verwertung gute Ansätze entdeckt: Aus Rohstoffmangel entwickelte man die sogenannte Sekündärrohstoffwirtschaft (SERO), die Müllberge klein hält, Energie einspart und die zu übernehmen nach Ansicht der BUND-Autoren auch der BRD gut zu Gesicht stehen würde.
Was andere als Erblast der SED-Zwangswirtschaft verdammen, hat für den BUND durchaus gute Seiten: Von dem hohen Anteil umweltfreundlicher öffentlicher Verkehrsmittel an der Gesamtbeförderungsleistung können Naturschützer in der BRD nur träumen.«
Eine Adressenliste von DDR-Umweltgruppen erleichtert die Kontaktaufnahme. Die 56 seitige Broschüre kann gegen Vorauszahlung von 5.-DM bezogen werden über:

BUND Umweltzentrum
Rotebühlstr.86/1
7000 Stuttgart 1

»Der Streckenatlas«

Die Transportrouten der Bundesbahn für abgebrannte Brennelemente aus bundesdeutschen Atomkraftwerken nach La Hague. Unter strenger Geheimhaltung transpotiert die Bundesbahn die brisante Fracht durch Ballungsräume, durch Städte und Dörfer. Damit wird das DB-Schienennetz zur Lebensader der Atomindustrie. Widerstand war schwer möglich, da die genauen Strecken und Termine bisher niemand kannte. Diese Broschüre leistet Abhilfe. Intensive Recherchen über einen langen Zeitraum haben es ermöglicht, jetzt erstmals beinahe alle Strecken - bis auf eine - der La Haue Transporte zu veröffentlichen. Preis 3.-DM plus Porto. Bestellungen bei Vorauskasse über:
Aga Bochum, c/o Bahnhof, Wallbaumweg 108, 4630 Bochum oder AKW Plenum Köln, Viersenerstr.16, 5000 Köln oder Anti-Atom-Büro, Am Oelpfad 25, 4600 Dortmund oder AKU Wiesbaden, Herderstr.35, 6200 Wiesbaden.

Suche politische Plakate!

Ich bin IG-Metaller und sammle seit längerem politische Plakate aller Art für Dokumentation, Archiv und Ausstellungen. Habt Ihr selber Plakate aus der Anti-AKW-Bewegung anzubieten? Vielleicht auch Ältere? Auch aus anderen sozialen Bewegungen? Unkostenübernahme! Würde mich über Antwort freuen:

Uwe Bordanowicz
Am Wasserfall 5
7140 Ludwigsburg

Alle AKWs abschalten !

Stade zuerst

Gut die Hälfte der BundesbürgerInnen ist gegen den Ausbau der Atomenergie, aber bereit, sich mit dem Weiterbetrieb der laufenden AKWs abzufinden, ein Viertel ist für die sofortige Stillegung aller AKWs, ein knappes Viertel will weiter ausbauen.
Ein großer Teil der in der Anti-AKW-Bewegung hält es - natürlich nicht in der theoretischen Proklamation, aber in der praktischen Stoßrichtung - mit der Auffassung der 50%: Entschiedener Kampf gegen neue Anlagen, aber Resignation und Passivität, wenn es um den Weiterbetrieb der laufenden AKWs geht. Gerechtfertigt wird das durch verschiedene Varianten der Flaschenhalstheorie: Wenn das jeweils angegriffene Projekt verhindert werde, müsse die Atomindustrie im eigenen Müll ersticken und sei dann gezwungen, die laufenden AKWs stillzulegen.
Erfahrung zeigt, daß das nicht klappt - die Gegenseite hat sich immer als flexibel genug erwiesen, bestimmte Flaschenhälse zu vermeiden und (notfalls ins Ausland) auszuweiten.
Dagegen muß die Bewegung - will sie den Namen Anti-AKW zurecht und nicht Anti-Ausbau oder Anti-Atommüllanlagen - als ihre zentrale Aufgabe ansehen, die Quellen des Atommülls, eben die AKWs, selbst angreifen und ihre Stillegung als Gegenstand praktischer Politik betreiben.
Hierbei genügt es nicht, daß an jedem AKW eine Standort-BI auf vielerlei Arten dagegen arbeitet. Was ich mir wünsche, ist mehr. Dazu gehört, daß die Frage der Stillegung auch von anderen als den AnwohnerInnen als Thema ihrer politischen Arbeit bestimmt wird. Die Tatsache, daß das Thema auf bundesweiten Konferenzen stets ein stiefmütterliches Dasein führte, in den betr. AGs allenfalls Leute von Standorten aber gerade nicht von anderswo kamen, und daß solche AGs seit längerem nicht mehr zustande kamen, illustriert den Mangel.

Unter denen, die das Thema Stillegung über Deklamationen hinaus angehen, klafft ein (scheinbarer) Widerspruch: Allgemein und prinzipiell gegen alle, oder unter Bezug auf industrielle Mängel gegen einzelne AKWs?
Gefahr beim ersten: Mensch bleibt abstrakt, deklamatorisch, zeigt keine Perspektiven konkreten Handelns, verzichtet darauf, die Gegenseite an konkreten Problemen festzunageln, zu entlarven, zu diskreditieren.
Gefahr beim zweiten: Mensch ermöglicht der Gegenseite, einzelne Mängel jeweils zu beheben, notfalls wird sie sogar einzelne besonders schrottige AKWs stillegen, und damit den Betrieb angeblich modernerer rechtfertigen.
Natürlich läßt sich dieser Widerspruch in Worten leicht beheben - einfach beides tun, geht praktisch, aber nicht so billig, da Menschen nur begrenzte Arbeitskraft haben und sich doch entscheiden müssen, das eine oder das andere schwerpunktmäßig zu tun.

Dann aber läßt sich der Widerspruch doch politisch aufheben, indem beide als Bestandteile einer einheitlichen Gesamtstrategie verstanden werden.
Denn die Voraussetzung für die Stillegung ist so banal wie schwierig - ein politisches Klima zu schaffen, in dem der Weiterbetrieb aller AKWs nicht mehr möglich ist. Solch Klima hat zwei Ausformungen: lokal bzw. regional und überregional bzw. bundesweit: Lokal/regional muß eine Atmosphäre der Abneigung gegen das einzelne AKW geschaffen werden, in der praktische Aktionen dagegen von der Bevölkerung verstanden, gebilligt, unterstützt werden.
Dazu ist es sehr wohl angebracht, die speziellen Mängel und Gefahren, die von dem betr. AKW ausgeht, zu benennen und die Empörung darüber zu schüren. Um der Gefahr der Ideologie des heiligen Sankt Flroian zu entgehen, muß das verbunden werden mit der Kritik an AKWs allgemein.
Das fällt schwer, weil Parallelen immer vorhanden sind, insbesondere die verschwiegenen Probleme der Wasserstoff- u. Wasserdampfexplosionen nach Kernschmelze, Versagen des Containments nach mehr oder weniger langer Zeit, Gefahr des Kesselberstens, Versagen bzw. Ineffektivität der Notkühlung insb. bei Hitzestau und Powerausfall bei allen AKWs im wesentlichen gleich sind, nur halt ggfs. verschieden akzentuiert: Erst recht der ganze Bereich sog. menschlichen Versagens, der illegalen, aber dennoch praktizierten Eingriffe von Hand, um automatische Abschaltungen zu verhindern.
Wenn sowas von Brunsbüttel oder Stade oder Biblis bekannt wurde, muß mensch das einerseits verwenden, um das Unbehagen der Bevölkerung gegenüber dem konkreten Klotz vor der Nase zu steigern, andererseits natürlich argumentieren, daß das in allen anderen bestimmt genau so vorkommt, nur eben nicht bekannt wurde.
Oder mensch denke an den sog. Schutz vor Flugzeugabstürzen, wo die AKW-Technik stets der Entwicklung schnellerer und schwererer Jet-Generationen hinterherhechelt.
Schlimmer noch: Die Mafia von Staat und Industrie hat sich ausdrücklich zum Ziel gesetzt, bei den neueren AKWs sicherheitstechnisch abzuspecken, oder mit den Worten des weiland zuständigen Innenministers Zimmermann, von den "überzogenen Sicherheitsanforderungen der späten 70er Jahre" abzurücken. Konsequent wurde beispielsweise bei den AKWs wie Brokdorf die Definition des Auslegungsstörfalls (= GAU), also jenes Unfalls, für dessen (theoretische!) Beherrschung die Anlage ausgelegt ist, gegenüber älteren AKWs abgeschwächt, es ist jetzt nicht mehr der volle Abriß einer Hauptkühlmittelleitung, sondern wesentlich weniger. In dieser Hinsicht fällt Brokdorf übrigens meines Wissens sogar hinter Stendal zurück! -
Durch all das bricht die SPD-Argumentation "Alte AKWs stillegen, neue weiterbetreiben" zusammen.
Überregional kommt es zunächst darauf an, der ja immerhin beachtlichen Minderheit von immerhin über 15 Millionen BundesbürgerInnen, die mit uns die sofortige Stillegung wünscht, zum politischen Ausdruck zu verhelfen. Da diese Menschen sich offenbar nicht in BIs organisieren, auch nicht auf Demos gehen, auch eine politische Partei zu diesem Zweck nichts bringt, erfordert das neuartige Formen, neuartige Anstrengung unserer politischen Phantasie.
Ein möglicher Ansatz ist die von BremerInnen angeregte regionale Arbeitsgemeinschaft "Alle AKWs abschalten - Stade zuerst", die hofft, engagierte Menschen indirekt zu mobilisieren, indem sie die Strukturen zu erfassen sucht, in denen Menschen zusammenarbeiten - politische, kirchliche, gewerkschaftliche, medizinisch arbeitende Gruppierungen, Kommunalverwaltungen, Kommunalparlamente, - die im Prinzip gegen Atomenergie sind, aber das nicht zum Hauptthema ihres Engagements machen. Das ist natürlich kein garantiertes Erfolgsrezept, auch lauern St. Florian und die SPD, der natürlich eine Stillegung allein von Stade und Weiterbetrieb der anderen AKWs hervorragend ins Konzept passen würde, auch die Falle der Integration der Bewegung in staatliche Institutionen.
Das rechtfertigt jedoch nicht, das ganze Konzept als "reaktionäre Schweinerei" (H. Maslau) abzutun, es bedeutet vielmehr, meine ich, Herausforderung an alte Anti-AKW-HäslInnen, sich das Heft nicht aus der Hand nehmen zu lassen, vielmehr unsere Erfahrungen mit Staat und Institutionen und selbstbestimmten Handelns auch über diese Strukturen neuen Menschen zu vermitteln. Vielleicht klappt das in unserer Region, dann sei es zur Nachahmung empfohlen.
Wenn wirklich durch öffentlichen Druck ein AKW stillgelegt wird, ob Obrigheim, Würgassen, Stade, welches immer, wird das einen ungeheuren Durchbruch bedeuten und ungeheure Ermutigung, gegen andere vorzugehen.
Allgemein müssen wir, ohne unsere Prinzipien und Erfahrungen aufzugeben, mit neuen Formen experimentieren, um in der bundesweiten - und darüber hinausgehenden - Debatte endlich die Forderung der kompromißlosen Stillegung aller AKWs zu Wort kommen zu lassen und die Frage des Ausstiegs aus dem Gestrüpp der Abwägungen mit anderen Problemen zu befreien, in das sie sich nicht zuletzt verheddert hat, weil wir als Bewegung in dieser öffentlichen Debatte nicht präsent sind. -
Eine Randbemerkung zur juristischen Argumentation, bei der leider der obige Widerspruch "generell gegen individuell" mit am schärfsten ausgefochten wird. Leider, denn hier liegt m.E. in besonders deutlicher Weise ein Scheinwiderspruch vor: Die Erfahrungen von 15-20 Jahren Anti-AKW-Arbeit lehrt: Argumente vor Gericht haben nie kraft Eigengewichts gewirkt. Vielmehr haben in den Fällen, wo per Gerichtsbeschluß AKWs nicht gebaut oder jahrelang verzögert wurden - Wyhl, Brokdorf, Grohnde - die Gerichte dem öffentlichen Druck, der sich in Platzbesetzungen und militanten Demos äußerte, nachgegeben und dann aus dem bunten Strauß der Argumente sich willkürlich jeweils eine Blume herausgezogen (Wyhl-Berstschutz, Grohnde - Niedrigstrahlenbelastung einer Arzneimittelfarbik, Brokdorf - Entsorgung).
Mithin bedeuten Argumente vor Gericht lediglich den Bau von goldenen Brücken, über die sich die staatliche Seite zurückzieht, wenn sie aus anderen Gründen zum Rückzug veranlaßt wurde, und so rein technisch sind sie zu verstehen und zu verwenden, auch bloß nicht gegeneinander auszuspielen!
Abschließend noch zu einem, wie ich meine, makabrerweise aufgetauchten Problem: Seit jeher versucht man, uns mit der Frage unter Druck zu setzen, was denn mit dem nun noch vorhandenen Atommüll passieren soll, mit der z.B. bei der APD unverkennbaren Absicht, uns eine Zustimmung zur "direkten" Endlagerung zu entlocken und darauf aufbauend dann den Weiterbetrieb von AKWs zu rechtfertigen. Dem haben wir immer entgegengehalten: "Darüber wird erst nach Stillegung aller AKWs geredet", um den besagten Mißbrauch zu verunmöglichen.
Der anhaltende ideologische Druck verführte nun offenbar FreundInnen, kennzeichnenderweise v.a. von geplanten Atommüllstandorten, umgekehrt konkrete Pläne bis hin zu technischen Details zu entwickeln, die darauf hinauslaufen, den Atommüll auf unbestimmte Zeit in den stillgelegten AKWs zu lagern.
Aber auch hier erhebt der Hl. St. Flori sein häßliches Haupt: Die AnwohnerInnen vor AKWs können genauso sagen: "Schafft den Müll irgendwo hin, bloß weg von uns!"
So geht es also nicht - wir müssen dem ideologischen Druck standhalten und so klar wie aggressiv zurückgeben: Wir wählen nicht zwischen Pest und Cholera, wir werden jedes Konzept ablehnen und werden jeweils aufzeigen, welche Gefahren es beinhaltet. Sollen die nach Abschaffung aller Atomprogramme überflüssigen Atomforschungszentren - statt nach Konversion und Diversifikation Ausschau zu halten - sich der einen Frage widmen, den vermutlich relativ am wenigsten gefährlichen Weg der Atommüllbehandlung herauszufinden. Und auch den werden wir kritisieren und brandmarken als notwendige Konsequenz des historischen Fehlers, überhaupt mit der Atomenergie begonnen zu haben.
Mehr nicht - diesem System keinen Menschen, keinen Groschen, keinen konstruktiven Gedanken!
Notwendiges Postscript:
Wähend in der BRD - zumindest für die nächsten Jahre! - die Atomindustrie keine neuen AKWs plant und es deswegen gilt, mit der Losung "ran an die laufende Anlage" Ernst zu machen, zwingt uns die geplante Expansion der westdeutschen Atomindustrie in die DDR, zusammen mit den FreundInnen dort, dagegen politisch wie praktisch vorzugehen. Das darf kein schlichtes Exportieren unserer unter den Bedingungen der BRD 70er Jahre gewonnenen Erfahrungen sein; aber sollte doch bedeuten, diese in die Diskussionen über das effektive Vorgehen in der DDR der 90er Jahre einzubringen - allzusehr verschieden werden die Bedingungen wohl eh nicht sein.

J. Scheer

Frankfurt-Demo 12. Mai

Eine richtige Auswertung der Demonstration "Nie wieder Deutschland" haben wir für diese atom nicht mehr gemacht. Eine kurze Demo-Nachlese wird es in einer neuen Ausgabe der Massenzeitung "Nie wieder Deutschland" geben, die noch im Juni erscheinen wird. (Neu bestellen!) Neben einer Analyse zum Staatsvertrag soll dort mit verschiedenen Beiträgen aber auch die weitere Orientierung der Kampagne "Nie wieder Deutschland", insbesondere im Blick auf den Herbst, in die Diskussion gebracht werden.
Der "Kongreß der Radikalen Linken" hat eine neue große "Internationalistische Demonstration der Opfer, Gegnerinnen und Gegner Deutschlands" um den 9. Nomember herum, dem Tag der Reichspogromnacht, vorgeschlagen. Nach den Ereignissen des letzten Jahres droht dieser Tag des Gedenkens und der Trauer der Opfer des NS-Faschismus, wenn nicht gleich pro forma so doch de facto, schon dieses Jahr zu einem Nationalen Feiertag umgemünzt zu werden. Ein erstes Bündnistreffen für eine Demonstration am 10. November soll bereits vor der Sommerpause, am 24. Juni in Bonn stattfinden.
Statt einer Demo-Nachlese drucken wir den Anarchistischen Redebeitrag von der Auftaktkundgebung und die Rede von Rainer Trampert auf der Abschlußkundgebung am 12. 5. in Frankfurt ab.

"... sich mit den Kräften verbinden, die ein Deutschland symbolisieren, das sich überflüssig macht."

Anarchistischer Redebeitrag am 12. Mai in Frankfurt (Susanne Schröter und Michael Wilk für die anarchistischen Gruppen im Rhein-Main Gebiet)

Michael Wilk: Das deutsche Volk begehrt Selbstbestimmung. Sein gutes Recht, so werden manche denken. Schließlich fordern viele Völker Selbstbestimmung. Die Unterstützung dieser Forderung galt in der westdeutschen Linken jahrzehntelang als heilige revolutionäre Verpflichtung. Doch was begehrt das deutsche Volk selbst zu bestimmen? Die Organisierung der Arbeit? Die Vergabe von Wohnraum? Die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums? Leider weit gefehlt.

Susanne Schröter: Das deutsche Volk begehrt selbst zu bestimmen, wer seine Herren seien. Wer ihm Arbeitstempo, Löhne und Mietpreise diktiert. Das deutsche Volk begehrt seine Selbstbestimmung selbstbestimmt abzugeben, und darin hat es Übung. Der Begriff Deutschland gilt den Völkern der Welt nicht als Synonym für Widerstandsgeist und revolutionäre Umtriebe. Eigenständigkeit des Denkens ist keine deutsche Tugend. Speichelleckerei und Kadavergehorsam schon eher. Der "deutsche Herrenmensch", buckelnd nach oben, und nach unten tretend, bestimmte den Gang der deutschen Geschichte vom wilhelminischen Kaiserreich bis heute. Und so ist denn der Begriff Deutschland den Völkern der Welt eher vertraut als militaristisch preußischer Obrigkeitsstaat, am Leben erhalten durch die Sklavenarbeit der Menschen in den Kolonien und die Auspressung der deutschen ArbeiterInnen bis zum letzten. Er ist untrennbar verbunden mit der Völkermordpraxis des Nationalsozialismus und mit tief verwurzeltem Rassismus. Der Begriff Deutschland bedeutet in seiner historischen Dimension immerwiederkehrende imperialistische Aggression und Versklavung anderer Völker. Nach dem Ende des II. Weltkriegs galt der westliche Teil Deutschlands als sicherer Garant faschistischer und rassistischer Diktaturen. Deutsche Firmen und deutsches Geld mordeten in aller Welt, wo sich mit dem Mord Geld verdienen ließ. In Chile, in Südafrika, im Irak.

Michael Wilk: Wir erleben momentan eine grundlegende Veränderung des Machtgefüges Europas und in der Welt. Der Aufkauf der DDR durch westdeutsches Kapital stabilisiert und potenziert die Spitzenstellung deutscher Firmen in der kapitalistischen Aufschlüsselung des zerbröselnden Ostblocks. Die europäischen Großraumplanungen der Nazis werden nun mit vierzigjähriger Verspätung durchgesetzt. Der mörderische Generalplan Ost der faschistischen Strategen wird mit ökonomischen Mitteln nachgeholt. Exemplarisch für die Herangehensweise der Wirtschaftsstrategen stehen Pläne des ehemaligen Vorständlers der Deutschen Bank Christians im Raum Kaliningrad eine Wirtschaftssonderzone zu errichten; eine Freihandels in der Joint-Venture-Unternehmen Vor- und Fertigungsprodukte in die EG exportieren sollen. Dies kombiniert mit dem in bester nationalsozialistischer Tradition stehenden Plan Rußland- und Wolgadeutsche in dieses - Originalton - *"völlig versteppte Gebiet"* umzusiedeln. Damit könnte - Originalton - *"ein Re-*

servoir gut ausgebildeter und arbeitswilliger Deutschstämmiger dort gebunden werden". Dies sei dem - wieder Originalton Christians - *"russischen Immobilismus, der ja eine Veranlagung zum Phlegma hat, allemal vorzuziehen".*

Foto: Hartmut Wojahn

So wie Großdeutschland seine Führungsstellung im Osten ausbaut, so behauptet es seine Vormacht in der Festung Europa. Die Existenz von Billiglohnländern im Osten, sowie im Südwesten, macht die Absicherung des "urdeutschen Lebensraums" notwendig. Rassistische Ausländergesetze sind das staatliche Pendant zum nationalchauvinistischen Taumel, der wieder mal den Blick verkehrt, auf das was uns hier erwartet. Europa als Paradies der Multis und Banken; ein Paradies der Mächtigen und ihres angepaßten Gefolges der Politiker, der Sozialstrategen und Menschenverwalter; beispielhaft zu erleben in einer Stadt wie dieser, wo hinter der multikulturellen Fassade eines Daniel Cohn-Bendit von der Bankengnade, diese widerliche Suppe aus Rassismus und wirtschaftlichen Omnipotenzgefühlen, aus Sexismus und Yuppietum, gekocht wird.

Susanne Schröter: Und wie Deutschland eine lange Tradition des Rassismus und der Ausbeutung von Menschen des eigenen Volkes und anderer Völker besitzt, so besitzt es auch eine lange Tradition des Sexismus und der speziellen Ausbeutung der Frauen. Das Deutsche Reich nährte sich von der Arbeit der Frauen der besitzlosen Klassen. So schufteten sich Arbeiterinnen und Heimarbeiterinnen für Hungerlöhne zu Tode und zogen nebenbei Söhne groß, als Kanonenfutter für die großen vaterländischen Kriege. Sie reproduzierten ihre Ehemänner und waren der Gewalt ausgesetzt, die diese nicht gegen ihre Herren zu richten wagten. Sie sahen ihre Kinder, kaum geboren, an Hunger und Entkräftung sterben, aber Abtreibungen wurden schwer bestraft. Abertausende Frauen verbluteten in der deutschen Geschichte auf dem Tisch von Kurpfuschern und Engelmacherinnen.
Die Frauen der besitzenden Schichten, von ihrer Männer Reichtum profitierend, büßten ihren privilegierten, materiellen Status, mit einem Leben in gesellschaftlicher Unmündigkeit, das die Männer ihrer Klasse mit dem von Kindern verglichen. Mit dem Hinweis auf ihre körperliche und geistige Minderwertigkeit wurde ihnen jahrzehntelang Ausbildung und Beruf verweigert.
Im Nationalsozialismus wurden Frauen zu Zuchtkühen erbgesunden Nachwuchses, oder zwangssterilisiert. Frauen haben diese Verhältnisse mitgetragen, als Hüterinnen patriarchalischer Doppelmoral, als weiße Kolonisatorinnen, KZ-Wärterinnen. Sie haben sie erlitten, als vergewaltigte und ermordete Opfer des unbekannten Soldaten, als ausgeblutete Arbeiterinnen und halbverhungerte Mütter rachitischer und schwindsüchtiger Kinder. Aber sie haben auch Widerstand geleistet; in der Frauenbewegung, für das Recht über den eigenen Körper zu bestimmen; in der Arbeiterinnenbewegung, gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen; und als Partisaninnen gegen die SS.
Heute sind Frauen Verschiebemasse in der kapitalistischen Logik der Profitmaximierung. In der Metropole Reservearmee, Teilzeitarbeiterinnen ohne soziale Absicherung, fast immer schlechter bezahlt als Männer, aber doppelt und dreifach belastet, durch Hausarbeit und Kindererziehung, werden Frauen in den Ländern des Trikont in Weltmarktfabriken zur Produktion metropolitaner Luxusgüter und in Bordellen vernutzt. In der BRD werden mit Frauenkörpern fast alle Waren an den Mann gebracht und Frauenkörper zur direkten Verfügung einzelner deutscher Männer, werden dort eingekauft, wo sie billig sind; in den Ländern, in denen internationales und nicht zuletzt deutsches Kapital die ökonomischen Strukturen soweit zerstörte, daß Frauen oft keine Wahl bleibt, als auch ihre Körper auf dem Weltmarkt als Ware anzubieten.
Frauen werden noch immer unterschieden, in Ehefrauen und Huren, abhängig im Haus gehalten und in der Ponoindustrie vermarktet; eine Entwicklung, die jetzt auch den DDR-Frauen, die bis jetzt nur unter der Doppelbelastung als Produzentin und Reproduzentin waren, droht und die bereits im gange ist. Von der zu erwartenden Arbeitslosigkeit in der DDR werden vor allem Frauen betroffen sein. Der Run der DDR-Männer auf die Produkte westdeutscher Pornohersteller hat schon begonnen. Sexismus und Rassismus gehören zu den wichtigsten Standbeinen Deutschlands. Hier gilt es die Säge anzusetzen.
Sehen wir, was sich hinter der neudeutschen Parole der neuen Chauvinisten wirklich verbirgt. "Deutschland einig Vaterland" - das bedeutet kleingeistiger Nationalismus, Rassismus in langer Tradition und Festschreibung der Frauenrolle auf die des "Heimchens am Herd" und der "Gebärerin arischer Mannen". "Deutschland einig Vaterland" ist eine Kampfparole, gerichtet gegen alle, die dem Chauvinismus der Stiefelleckerei, dem Scheuklappendenken, dem Patriarchat nichts abgewinnen können.

Foto: Hartmut Wojahn

Nehmen wir den Kampf auf gegen das Deutschland der deutschen Patrioten, gegen alte und neue Faschisten, gegen Pornographen und Biertischsexisten, gegen Bonzen und Bullen, gegen Rassisten und Militaristen. Verbünden wir uns mit den Kräften, die ein anderes Deutschland symbolisieren, ein Deutschland, das sich selbst überflüssig macht, mit den Menschen, die sich den Kopf freihalten von dem nationalistischen Brei, der zur Zeit die Hirne überschwemmt, mit Menschen, die ihre Lage erkannt haben und ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, die sich selbst organisieren, statt sich organisieren zu lassen, mit den Frauen, die die streikenden Arbeiterinnen in Südkorea auf so wirkungsvolle Weise unterstützt haben, mit den Menschen aus der Anti-AKW-Bewegung, mit den Gefangenen, die sich in den Knästen organisieren, mit all denen, die die Herrschaft des Menschen über den Menschen brechen werden.

Michael Wilk: Zur auf dieser Demonstration erhobenen Forderung nach zwei deutschen Staaten, stellen wir fest, daß sie nicht den Kern des Problems trifft. Als Anarchisten und Anarchistinnen lehnen wir jeden Staat als Herrschaftsträger ab, egal ob er uns in der Kultur preußischen Stechschritts, staatssozialistisch entgegentritt, oder mit der schillernden Vielfalt der kapitalistischen Ellenbogengesellschaft, einer Gesellschaft, deren relativer Wohlstand für einige zum Hirn und Herzen verkleisternden Herrschaftsinstrument wird, welches jedoch täglich durch Krisen, Frauenunterdrückung und rassistische Ausbeutung aller anderen finanziert wird.

Das meiste von dem obskuren ideologischen Gewaber, welches mit sehr viel gutem Willen als westdeutsche Linke zu bezeichnen wäre, hat es seit Jahrzehnten vermieden, sich mit den Staaten des Ostblocks kritisch auseinanderzusetzen. Der mehr oder wenige heftige Widerstand gegen den Kapitalismus trübte wohl vielen den Blick auf die Verhältnisse in den Staatssozialistischen Ländern. Dieses Nichtbefassen und die oft falsche Solidarität kommen jetzt teuer zu stehen. Die verbreitete Fassungslosigkeit und die Hilflosigkeit gegenüber den Veränderungen in der Sowjetunion, Polen, DDR, Rumänien oder Ungarn, ist eine Konsequenz davon. Am Beispiel der DDR wird klar, wie unter einer staatssozialistischen Käseglocke genau der Chauvinismus und Rassismus weiterlebte, der sich jetzt beispielsweise gegen VietnamesInnen entlädt. Das ist kein Wunder in einem Machtgefüge das jedwede Entwicklung eines Menschen zum freien Denken und Handeln als Gefahr für das ausgerufene Dogma des Staatssozialismus begreift, und hinter dessen platten Phrasen vom Wohlstand für Alle nur denjenigen Zugang zu den staatseigenen Fleischtöpfen verschafft wurde, die im Partei- und Staatsapparat kriecherisch und widerspruchslos ihre Funktion erfüllten. Ein solches System erzieht zur Anpassung und Autoritätshörigkeit, nicht aber zum eigenständigen Handeln im Sinne einer echten Selbstbestimmung.

Voraussetzung wirklich freier Kollektive ist und bleibt das freie Individuum. Insofern ist die Auseinandersetzung mit den autoritären Strängen im Marxismus und mit den Zwangshierarchien in leninistischen Organisationsmodellen Voraussetzung zur Entwicklung glaubwürdiger Alternativen.
Wir haben neben einigen positiven Beispielen ein sehr düsteres Bild des momentanen Deutschland gezeigt. Ich denke, es ist ein realistisches Bild. Es gibt viele Ansätze, die die Tradition von Widerstand gegen Obrigkeit, gegen Staat und Fremdbestimmung dokumentieren. Es gibt Ansätze die Tradition, die vor uns Menschen gegen die Obrigkeit geführt haben, fortzusetzen. Wir werden ihnen die rechte chauvinistische Suppe zu versalzen wissen. Wir haben Probleme mit der Obrigkeit und dem Staat. Wir werden dafür sorgen, daß auch in Zukunft der Staat weiter mit uns Probleme hat. Für Liebe und Anarchie.
(dokumentiert nach dem Tonband-Mitschnitt von der Demo-Kundgebung)

Rede Rainer Trampert: "... das Vaterland nicht mitgestalten."

Die Polizeiüberfälle heute waren ein Signal, wieviel antideutsch dieser Staat ertragen mag, egal, ob er nun blau-gelb, rot-grün oder schwarz-rot-gold regiert wird. Laßt uns darauf antworten: Wir werden alles versuchen, diesen Tag zum Beginn einer größeren Bewegung zu machen, gegen die Bestrebungen, unsere Lebensinteressen, unsere Entfaltung deutschnational zuscheißen zu lassen.
Die heutige Demonstration ist ermutigend, insbesondere wenn wir bedenken, wer alles heute nicht mehr wagt, zu einer antideutschen Demonstration aufzurufen.
In dieser Zeit wird wieder viel Vaterland angeboten und dazu gibt es eine historische Faustregel: Immer wenn das Reich groß wurde und noch größeres vorhatte, gaben sie dem Volk "Vaterland". Andersherum: Wenn's viel Vaterland gibt, soll den Menschen immer etwas genommen werden, Freiheiten, Versorgung, am Ende häufig das Leben. Deutschland hat Großes vor, u.a. die ökonomische und politische Eroberung des Ostens, und groß Vorhaben lassen sich besser durchsetzen, wenn die Zentrale, die Operationsbasis "Deutschland", in nationaler Gesinnung mitzieht.
Ich will das Zusammenspiel von nationaler Stimmungsmache und Eroberung einmal bebildern. Dazu ein Rückblick:
Kaum war im Bundestag das Deutschland-Lied verklungen - die Grünen Abgeordneten saßen schon wieder -, da rief der eilig entstaubte Willi Brandt: *"Deutschland wird zusammenwachsen"*, Johannes Rau rief: *"Alle Deutschen müssen ein nationales Opfer bringen"*, Kohl rief - wie immer -: *"Vaterland"* und währenddessen krempelte der VW-Chef Hahn die Ärmel hoch und sagte: *"Die Welt ist in Bewegung. Osteuropa wird jetzt aufgeteilt. Wer nicht dabei ist, der verliert."* Der Tyssen-Chef fügte hinzu: *"Wir werden erleben, daß Europa die Chance hat, in einem Jahrzehnt die stärkste Region der Welt zu sein, wirtschaftlich und vielleicht auch politisch. Und in diesem Haus Europa wird Deutschland nicht das Souterrain bewohnen. Das Haus reicht dann bis zum Ural."* Er sagt: Europa beherrscht die Welt, Deutschland beherrscht Europa und das ganze reicht dann endlich bis zum Ural. Ein alter Traum der Thyssens, der nur vorübergehend unterbrochen werden mußte. Das ist übrigens das Geheimnis vom europäischen Haus, über das so viele schwafeln.

Dann stiegen die Politiker in Berlin wieder auf das Gerüst, um dort die Deutschland-Hymne zu quälen, da schrieb der alte Chef der deutschen Bank Christians sein berüchtigtes Konzept, wie die Region Kaliningrad, das - wie er schrieb - von den deutschen Ordensrittern gegründete Königsberg, zurückgewonnen werden könne. Mit der Sowjet-Union sei man schon gut vorangekommen, den Raum in eine Freihandelszone für deutsche Industrieansiedlungen zu verwandeln. Er fügte hinzu: *"Wenn es zudem gelänge, einen Teil der ausreisesuchenden Deutschstämmigen in dieser.. Kulturzone anzusiedeln"*, stünden auch hochmotivierte Menschen zur Verfügung. Also: Erst erschließt das Kapital den Raum, dann wird völkisch besiedelt; irgendwann darf auch dort deutsches Selbstbestimmungsrecht verlangt werden.

Die Zeiten sind jedenfalls vorbei, in denen deutsche Kapitalisten es ratsam fanden, wegen vergangener Greueltaten nach außen Zurückhaltung zu heucheln. Im allgemeinen Gesinnungswandel protzen sie

Foto: Hartmut Wojahn

wieder mit ihren Eroberungen. Die Deutsche Größe wieder zur Schau zu stellen ist kalkuliert, weil die Dummen sich daran aufrichten sollen und damit es zum deutschen Hordenverhalten kommt, das dem Symbol der Stärke hinterherläuft.

Die neue Offensive wird ihnen allerdings sehr leicht gemacht, weil diesmal der nichtkriegerische Einmarsch in den Osten in Gestalt des Retters, des Hilfreichen geschehen kann. Von Gorbatschow bis Walensa, von der DDR bis Ungarn wird die deutsche Wirtschaft angebettelt, sie möglichst zu besetzen. Und das läßt die sich nicht zweimal anbieten. Sie handelte so schnell, daß ein italienischer Unternehmer, der auf der Leipziger Messe noch etwas abbekommen wollte, feststellte: *"Die Westdeutschen haben schon alles abgegrast. Gegen die kommen wir einfach nicht an."*

Wir müssen mit der historischen Tatsache leben, daß nicht nur der deutsche Kapitalismus reich und mächtig ist, sondern daß Trübseligkeit und Unterdrückung, die im Namen des Sozialismums angeboten wurden, nicht den Weg frei machten für die nächsthöhere, irgendwie klassenlose Gesellschaft, sondern den Wunsch nach Marktwirtschaft oder sogar nach engem Nationalismus beförderten.

Osteuropa läuft mit wehenden Fahnen zum Westen über und will von einer linken Befreiungsidee nichts mehr wissen. In der DDR gibt es keine politische Organisation mit Aussichten auf mehr als 1 %, die nicht schnell ihr Programm auf "einig Vaterland" und "Marktwirtschaft" umgeschrieben hat. Und auch bei uns fragen sich Linke, ob nicht doch - angesichts eines bröckelnden Dachsimses in Leipzig - Marktwirtschaft das Gegebene sei.

Wie nun funktioniert die Beglückung mit Marktwirtschaft? Ich will wieder zurückblicken. Herbst 1989:

Die Hamburger SPD hatte noch alle Hände voll zu tun, Roma und Sinti verprügeln zu lassen, weil einige Hundert von ihnen ein unerträglicher Anblick in der Stadt seien, da mußte sie unterbrechen, um das Begrüßungsfest für die Millionen mit deutschen Nasen zu organisieren. Die wurden mit 100 Mark zum Anfixen durch die Kaufhäuser geschleust und viele von Ihnen schworen sich: *"Wir wollen auch Marktwirtschaft haben."*

Viele von ihnen hatten sich schon lange als Deutsche zweiter Klasse gefühlt und wollten endlich aufsteigen. Aber, die letzte Gehirnwäsche erfolgte im Kaufhaus, dem Monument der Marktwirtschaft.

Zu Hause hißten sie schwarz-rot-gold, brüllten *"einig Vaterland"*, *"Gysi ist kein*

Foto: Hartmut Wojahn

Deutscher", in Betrieben hingen Transparente mit der Aufschrift: *"Helmut, gib uns Arbeit und Lohn"*. Die Oppositionellen der Frühzeit wurden an die Wand gedrückt und Vietnamesen und Mosambiquaner zunehmend als undeutsche Schmarotzer ausfindig gemacht.

Halten wir für die Theorie fest: Sowetwas Revolution zu nennen, verbietet sich. Von Helmut Kohl beherrscht werden zu wollen, kann einfach nicht revolutionär sein, auch dann nicht, wenn der alten Staatsführung das Bett im Altersheim mißgönnt wird. Stellen wir uns nebenbei vor, Millionen Türken, Kurden, Tamilen und andere Nicht-Deutsche wären "eingedrungen". Die Phantasie, was dann passiert wäre, ist ein Barometer für Nationalismus und Rassismus hierzulande. Meine Prognose lautet: Statt 100 Mark zur Begrüßung hätte es einen Schießbefehl gegeben.

Dann kam das, was sich die meisten gewünscht hatten: Marktwirtschaft wie sie leibt und lebt. Die Großen machten sich über Bergwerke, Kraftwerke, Verlage, Schiffbau, Maschinenbau, Hoch- und Tiefbau her, also alles das, was so typisch ist für ein armes Land. Sie übernehmen nicht nur, sie zerstören vieles, um deren Binnenmarkt und den Osthandel in eigener Regie zu führen. Sie zerschlagen die Währung, die noch ein gewisser Schutz für die eigene Produktion gewesen wäre. Wohnungshaie strömten in die Dörfer, um schon mal ihr künftiges Eigentum zu vermessen. Die Touristenbranche kaperte den Ostseestrand.

Und im Gefolge der Großen schwärmten die Kleinen aus: Spekulanten, Geldschieber, Zuhälter, Dealer, Heino, Udo Lindenberg, die Parteien, die TAZ. Sogar brave deutsche Familien rissen sich schnell billige Wurst, Kinderkleidung und halbe Schweine unter den Nagel; alle marktwirtschaftlich ausgebildet.

Wir durften, wie in einer Theatervorführung, erleben, was Marktwirtschaft aus Menschen macht, aus Großen wie aus Kleinen. Eine einmalige Chance für jene Linke, die das System gar nicht mehr so richtig hassen, aber aus Routine weitermachen, wieder Ekel und Haß zu empfinden. Ich weiß nicht, ob sie die Chance genutzt haben.

Schon Christoph Columbus hatte etwas Wichtigeres entdeckt als Amerika. Er schrieb in einem Brief aus Jamaica, 1503: *"Gold ist ein wunderbares Ding. Wer dasselbe besitzt, ist Herr von allem, was er*

wünscht. Durch Gold kann man sogar Seelen in das Paradies gelangen lassen." Wie so oft, hat dann Karl Marx die Sache etwas genauer analysiert. Mit der Marktwirtschaft

Foto: Hartmut Wojahn

sei es gelungen, sagte der, alles - einschließlich Menschen - in Ware zu verwandeln, die dazu da ist, das Geld der Eigentümer zu vermehren. Menschen, sagte Marx, würden sich nur noch als Charaktermasken ihrer ökonomischen Verhältnisse gegenüberstehen.

Und so stand die DDR-Bevölkerung diesem marktwirtschaftlichen Zwangscharakter ziemlich hilflos gegenüber. Und in wenigen Monaten wurde aus dem 10.größten Industrieland der Welt ein kollektiver Sozialfall: Betteln um Rente, Ersparnisse, Arbeitsplätze, erschwingliches Wohnen, Kindergartenplätze. Der siegreiche Deutsche aber, der noch vor Monaten von Freiheit, Selbstbestimmung und Glück sprach, verhöhnt heute - wie ein Kolonialherr - jeden abweichenden Gedanken und diktiert mit Staatsvertrag die Unterwerfung.

Umso mehr freue ich micht, wenn ich lese, daß Demonstrationen und Blickaden in der DDR anzeigen, daß einige aufwachen und gegen die Richtigen kämpfen, statt sich vermeintlich Schwächere zu suchen, ob Fremdenhaß oder ob Frauen aus ihrer Existenz vertrieben werden sollen. Was ich allerdings nicht mehr hören mag, ist, wenn PDS, Grüne oder Bürgerrechtsgruppen Marktwirtschaft ausdrücklich wollen, aber die dazugehörigen Dinge nicht, wie Arbeitslosigkeit, Preisauftrieb, Geldgier. Wer Marktwirtschaft will, aber über ihr Wesen jammert, der ist blöde und heuchelt. Die Mischung aus beidem heißt immer Sozialdemokratie.

Für andere osteuropäische Länder wird es mit Marktwirtschaft schlimmer kommen als für die DDR. In der Erkenntnis, daß der Kapitalismus in seiner marktwirtschaftlich vernetzten Welt überwiegend nur Armut anbieten kann, prognostiziere ich, daß Polen, Ungarn, Rumänien oder große Teile der Sowjet-Union mit Marktwirtschaft zwischen Portugal und Argentinien landen werden.

Die werden nicht selber reiche BRD, wie sie hoffen, die werden Lieferanten für die Bereicherung Deutschlands.

Für mich ist eine wichtige Zukunftsfrage: Worin werden die vielen Enttäuschungen münden? In enge Nationalitäten, in Pogrome, Fremdenhaß? Oder wendet sich die Enttäuschung gegen die Okkupanten, gegen das neue deutsche Reich? Was aber läßt sich dann ein großdeutsches Imperium, das seine Siege förmlich geschenkt kriegt, wieder abnehmen, sei es von Aufständischen oder von Konkurrenten? Wie wird Deutschland zurückschlagen und in welche nationale Pflicht werden dann erst die Deutschen genommen?

Eines zeigt die deutsche Geschichte von Beginn an: Der deutsche Größenwahn

Foto: Hartmut Wojahn

wächst mit seiner materiellen Basis "Großes Reich" und wirtschaftliche Kraft, die nach außen drängt. Schon 1846 schrieb der liberale Vorkämpfer für ein Vaterland, Friedrich List: *"Es ist kaum einem Zweifel unterworfen, daß die germanische Rasse durch die Natur.. von der Vorsehung vorzugsweise zur Lösung der großen Aufgaben bestimmt ist, die Weltangelegenheiten zu leiten."*

In der nächsten großen Aufgabe, dem Krieg gegen Frankreich, wurde dann 1871 das erste deutsche Reich geschweißt. 1890 stand die große überseeische Aufgabe in China an und Kaiser Wilhelm der II. sagte zu den Soldaten: *"Mithin sind nur die alten Aufgaben, die das römische Reich nicht hat lösen können"* vom deutschen Reich zu lösen.

1914 ging es vaterländisch um die Vormachtstellung in Europa und 1939 um das arische Weltreich.

Heute schreibt Augstein, Deutschland werde sich weder von Polen noch von Juden aufhalten lassen, Auschwitz sei von der Geschichte überholt, und wörtlich: *"Deutschland muß wieder eine lebendige Funktion unter den Völkern gewinnen, die es, blutend entzweigerissen, nicht erringen kann."* Wieder steht das deutsche Wesen Pate bei Eroberungen.

Ich will festhalten: Mir genügen jeweils deutsche Geschichte, hemmungslose deutsche Gegenwart und die Zukunftsvision, um zu sagen: Für die Menschen überall auf der Welt ist ein zerhacktes Deutschland das beste. Wer sagt, das sei im Moment unrealistisch, hat wohl recht. Genauso mag *"Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus"* und vieles andere unrealistisch sein. Aber, es ist gut, sich dafür stark zu machen, statt seine Kraft auf dem Friedhof der Realpolitik zu begraben.

Ich hielte es für den bedeutendsten Akt internationaler Solidarität, wenn es einmal gelänge, dieses deutsche Monstrum von innen zu schwächen.

Laßt uns deshalb alle unterstützen, die ihre eigenen Interessen gegen nationale Notopfer verteidigen und sie nicht gegen andere Menschen richten. Laßt uns Leute suchen und neue überzeugen, die das Vaterland nicht mitgestalten wollen, sondern ganz und gar destruktiv Sand ins Getriebe streuen wollen, und die sich aus vollem Herzen freuen, wenn sie als vaterlandslose Gesellinnen und Gesellen gelobt werden.

Atom-Streitgespräch:

Nie wieder Deutschland - ! ?

Spät, aber eben nicht zu spät, hatten wir in der letzten atom versucht, die Debatte über "Wiedervereinigung", deutschen Nationalismus und Viertes Reich auch in der Anti-Akw-Bewegung zu eröffnen. Einen Ansatz dafür bot die Demonstration "Nie wieder Deutschland" in Frankfurt. In der Redaktion gab es im Vorfeld Widersprüche insbesondere an der Orientierung des Aufrufs. Die Lüneburger Redaktion hat den Aufruf mit Bauchschmerzen unterschrieben. In der Göttinger Redaktion waren die Widersprüche für eine gemeinsame Unterstützung zu groß. Zu einer ausführlichen und tiefergehenden gemeinsamen Diskussion über diese Widersprüche waren wir vor der Demo nicht mehr gekommen. Nun hat sie stattgefunden: auf einem Redaktionswochenende am Rande des Wendlandes.
Es war eine streitbare Debatte; anstrengend, natürlich nicht zufriedenstellend, aber sie hat auch gezeigt: wir haben keine Harmoniebeschwörungen nötig. Es gibt eine Solidarität im Austragen von Widersprüchen.
Die Diskussion ist anhand einer redaktionellen Mitschrift angefertigt worden. Sie hat insofern keinen dokumentarischen Charakter, sondern ist eine nachträgliche Rekonstruktion. Es ging sofort in medias res, das heißt in die Kritik des Aufruf "Nie wieder Deutschland".

P: Eine zentraler Kritikpunkt ist für mich, daß im Aufruf die Ablehnung der "Wiedervereinigung" mit der Ablehnung der "Selbstbestimmung der Deutschen" verknüpft wird: Die Annexion der DDR fände unter der Kampfparole des nationalen Selbstbestimmungsrechts statt, heißt es dort. Ein Selbstbestimmungsrecht der Deutschen wäre ein Recht auf Imperialismus. Das könne es nicht geben.
Es ist wirklich die Frage und müßte nochmal diskutiert werden, ob nationales Selbstbestimmungsrecht nur negativ formuliert werden kann. Statt einer reinen Negativabgrenzung sollte es für die Linke darauf ankommen, den Begriff des nationalen Selbstbestimmungsrechts positiv zu bestimmen. Schließlich haben wir ja immer gefordert: "BRD raus aus der Nato" oder "Amis Raus". Aufzuzeigen wäre, daß es eine nationale Selbstbestimmung in der BRD gar nicht gibt, daß das was hier herrscht, kapitalistische Selbstbestimmung ist.

B: Die Frage, die sich daran anknüpft ist: Muß Nation immer nur negativ definiert werden. Im Fall Nicaraguas hatte die Linke zu Nation zum Beispiel ein ungebrochen positives Verhältnis. Die FSLN hat sich ja selbst ganz eindeutig und ausdrücklich als nationale Befreiungsbewegung definiert. Dieser nationale Befreiungskampf der FSLN hatte für die Linke hier geradezu identitätsstiftende Funktion. Zum Zweiten fragt sich, ob "national" als Begriff nicht wie zum Beispiel auch "regional" eine natürliche Berechtigung hat, insofern er einfach beschreibt, daß Menschen in einem bestimmten Gebiet mit einer spezifischen gemeinsamen Kultur zusammenleben. Der Wunsch in einem Staat zusammenzuleben ist insofern auch ein Stück weit normal, die Teilung unnormal.

H: Nationales Selbstbestimmungsrecht und Nation sind völlig ideologische Begriffe. Dazu kann man deshalb auch nur ein völlig taktisches Verhältnis haben.

R: Nationalismus ist nur schwer abstrakt zu definieren. Das Beispiel Nicaragua zeigt das. Die FSLN definiert sich ohne Frage als nationale Befreiungsbewegung. Das ist insofern auch eine Art Nationalismus. Aber was im Zuge der "Wiedervereinigung" in der BRD und DDR hochkommt ist eine Welle des Nationalismus ganz anderer Art. Beides ist nicht vergleichbar.

M: Vergleiche des deutschen Nationalismus mit dem Nationalismus in Nicaragua, oder in Nordirland, oder im Baskenland usw. verharmlosen den deutschen Imperialismus. Der deutsche Nationalismus steht nun einmal in der Tradition des Nationalsozialismus. Eine Aufarbeitung wurde bis heute verweigert. Trauertage z.B. gibt es nur für deutsche Soldaten. Es gibt keinen Trauertag für die Opfer der Deutschen, für all die anderen.
Zur Frage der Normalität ist zu sagen, daß es eine revanchistische Logik ist, die Teilung als unnormal und die "Wiedervereinigung" als natürlich hinzustellen. In diesem Sinne ist dann nämlich auch "unnormal", daß Schlesien heute polnisch ist. Es ist aber umgekehrt. Die Teilung ist normal, weil sie Ergebnis des Krieges ist. Auschwitz ist eine Zäsur: Was bis da normal war, kann seitdem nicht mehr normal genannt werden. Oder umgekehrt: Die Wiedervereinigung oder die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 als normal zu propagieren, müßte in der Konsequenz bedeuten, auch Auschwitz als normal zu bezeichnen.

B: Das ist eine Logik, die historische Erfahrungen vollkommen außer acht läßt. Der deutsche Nationalismus und Expansionismus hat sich nach dem 1. Weltkrieg an dem sogenannten "Schandvertrag" von Versailles entzündet. Nach dem 2. Weltkrieg ist es die Teilung gewesen, die dem Nationalismus und Revanchismus einen Ansatzpunkt gegeben hat. Mit dem Fall der Mauer fällt dieser Ansatzpunkt weg. Es ist eher ein Glück, daß die "Wiedervereinigung" in eine Zeit internationaler Deeskalation gefallen ist. Es war auch ein Konfliktpunkt, der zur Kriegsgefahr hätte eskalieren können. Ohne damit den Revanchismus rechtfertigen zu wollen, hat Frieden in Europa faktisch die Aufhebung der Teilung zur Voraussetzung. Die Gefahr nationalistischer Entwicklung nimmt mit dem Fall der Mauer unter diesem Gesichtspunkt wahrscheinlich eher ab.

R: Nein. Real ist es ja gerade umgekehrt. Der Nationalismus kocht in der BRD und der DDR mit dem Fall der Mauer erst so richtig hoch. An der Teilung hat er sich 40 Jahre vergeblich versucht aufzubauen. Erst jetzt mit der "Wiedervereinigung" bekommt dieser deutsche Nationalismus richtig Fahrt, als sei ihm mit dem Fall der Mauer der Bremsklotz weggezogen, durch den er bisher am Durchstarten gehindert wurde.

K: "Ich reise jetzt in Holland. Soviel ich aus den hiesigen und französischen Zeitungen sehe, ist Deutschland tief in den Dreck hineingeritten und wird es noch immer mehr. Ich versichere Sie, wenn man auch nichts weniger als Nationalstolz fühlt, so fühlt man doch Nationalscham... Sie sehen mich lächelnd an und fragen: Was ist damit gewonnen? Aus Scham macht man keine Revolution. Ich antworte: Die Scham ist schon eine Revolution... Scham ist eine Art Zorn, der

in sich gekehrte. Und wenn eine ganze Nation sich wirklich schämte, so wäre sie der Löwe, der sich zum Sprunge in sich zurückzieht. Ich gebe zu, sogar die Scham ist in Deutschland noch nicht vorhanden; im Gegenteil, diese Elenden sind noch Patrioten."(1)

B: Das blendet vollkommen aus, was an offenem Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus vor der "Wiedervereinigung", sichtbar geworden an den Erfolgen der Republikaner, schon da war. Dieser rechtsextremistische Nationalismus hat seit der "Wiedervereinigung" einen enormen Rückschlag erlitten. Die Republikaner haben seit der "Wiedervereinigung" zunehmend keine Chance mehr. Man mag das als Spekulation abtun, aber es hätte auch sein können, daß es noch weit schlimmer gekommen wäre, da sich mit den Republikaner bereits politisch organisiert ein Potential aufgebaut hatte, das nicht nur die "Wiedervereinigung" angestrebt hat, sondern diese Gesellschaft aggressiv ausländerfeindlich, antisemitisch, deutschnational umgebaut hätte. Einer solchen Dynamik ist zumindest das Wasser abgegraben worden.

S: Die entscheidende Frage ist doch, wer die "Wiedervereinigung" real und mit welchen Interessen vorantreibt. Das ist nicht das Volk, sondern die Regierung Kohl und die SPD im eiligen Nachtrab. Das Interesse ist die Eröffnung neuer imperialistischer Perspektiven, die Bestätigung der ökonomischen Weltmachtrolle jetzt auch auf politischer Ebene und in diesem Zusammenhang die Aufhebung von Beschränkungen und Fesseln. Ob die Zukunft friedlich wird, oder vielleicht eher neue Gefahren in sich birgt, beantwortet sich auf der Ebene grundsätzlicher Einschätzung zum Teil über die Frage, ob wir meinen, daß die Entwicklung nach 1945 friedlicher verlaufen wäre, wenn es für die BRD die Beschränkungen der Souveränität, die ihr auferlegt wurden nicht gegeben hätte. Meine Prognose lautet: dann wäre die BRD schon lange Atommacht. Daß sie es nicht ist, hat eben nichts mit Selbstbeschränkung, sondern mit äußerer Beschränkung zu tun.

H: Was ich problematisch finde, zumindest erstmal genauer debattiert haben möchte, ist die zunehmend aufkommende durchgängig lineare Interpretation, die von einer ungewandelten Kontinuität des deutschen Imperialismus von 1871 bis heute ausgeht und das dann auch noch auf die Zukunft fortschreibt. Das ist für mich bisher nicht hinreichend und nicht überzeugend beantwortet. Was unterscheidet den deutschen Imperialismus zum Beispiel vom französischen Imperialismus? Was macht die behauptete besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus aus? Es geht vor allem auch um die Frage, inwieweit der Faschismus heute noch ähnlich verankert ist, wie 1937? Oder kann man die gesellschaftliche Entwicklung der letzten 40 Jahre in dieser Hinsicht vollkommen vernachlässigen?

M: Für mich ist das Typische des deutschen Imperialismus u.a. jenes Selbstverständnis, sich immer wieder als zu kurz gekommen empfinden; ein Gefühl, das immer mit einem spezifischen Schuß Ungeduld und Größenwahn durchtränkt ist. Man war und ist immer eine unbefriedigte, eine nicht ganz saturierte Macht. Dieses Element gibt es in Frankreich oder Großbritanien so nicht.
Mit der "Wiedervereinigung" betritt der deutsche Imperialismus wieder die Sphäre der Weltmachtpolitik. Schon die Politik der "Wiedervereinigung" hat den neuen Stil in Ansätzen erfahrbar gemacht. Was da abgezogen wird, ist eine Strategie des Blitzkrieges auf diplomatischer Ebene. Es wird ein Tempo vorgelegt, das ökonomisch gar nicht mehr rational erklärbar ist und wie im Krieg wird die Bevölkerung auch hier nur mit Erfolgsmeldungen gespeist und in Atem gehalten, nicht weil es real nur Erfolgsmeldungen gäbe, sondern weil so ausgefiltert wird. Ein Stück weit erinnert das auch an Tschernobyl, wo auch nur Meldungen gebracht wurden, die angesichts der Katastrophe Erleichterung verbreiteten.

P: Allmählich relativiert sich das jetzt allerdings mit den Erfolgsmeldungen. Real wird es mit dem Anschluß der DDR zukünftig wenig Erfolge vorzuweisen geben. Das kündigt sich ja jetzt schon an, daß es da eher jede Menge Schwierigkeiten gibt.

H: Obwohl, es stimmt schon: Die zwei Linien, die es zu Beginn des Prozesses im BRD-Kapital bezüglich des Weges auf dem der Anschluß vollzogen werden soll gegeben hat, die gibt es heute nicht mehr. Diese Widersprüche, wo die einen auf einen ökonomisch rationalen, etwas langsameren Prozeß orientierten, die anderen politisch auf Beschleunigung setzten, haben sich aufgelöst zu einer einheitlich schnellen Option, die jetzt nur noch auf "Saft geben" setzt.

M: Wobei Herrhausen in der Zeit, die ihm noch verblieb, der Schrittmacher für die Beschleunigung war. In dem Spiegel-Interview kurz vor seinem Tod machte er diese Linie ganz klar auf.

H: Im Widerspruch zu Pöhl, der auf den Primat der Ökonomie vor der Politik setzte, das heißt auf die langsame ökonomisch rationale Option.

S: Eine ökonomische Rationalität hat die schnelle Option auch. Vielleicht nicht immer auf betriebswirtschaftlicher Ebene, zumindest aber vom Standpunkt des Imperialismus. Der deutsche Imperialismus verbindet mit der "Wiedervereinigung" neue Weltgeltung. Das wird natürlich nicht ohne Widersprüche und wahrscheinlich auch nicht ohne Verschärfungen im sozialen Bereich abgehen. Bezahlen wird es die Bevölkerung. Das Problem ist für den Imperialismus nur wie die Widersprüche die da aufbrechen lenkbar bleiben. Das ist ein Problem des Polit-Managements.

H: Ich stell die Frage jetzt doch nochmal. Wenn letztlich doch alles in dieser Entwicklung abhängig ist vom Kapital, was ist dann das Besondere des deutschen Imperialismus?

B: Das Besondere des deutschen Imperialismus sind die Leichen, die er noch im Keller hat. Ich weiß nicht wieweit sie vermodert sind, sie stinken jedenfalls und weiß nicht ob sie wieder aufgeweckt werden können, ob der deutsche Imperialismus ein Zombie ist. Ich denke, es ist nicht absehbar wohin das jetzt läuft. Aber diese Kombination von wirtschaftlicher Macht, Belastung durch die bisherige Geschichte, diese Neigung zu Größenwahn, Dominanz und besonderer Risikobereitschaft sind Kennzeichen die eine besondere Gefährlichkeit ausmachen. Dieser deutsche Imperialismus ist ein Tiger und Genscher ist ein Beispiel für einen Politiker, der versucht diesen Tiger zu reiten. Die besondere Neigung der Deutschen, die Risikobereitschaft

Foto: Hartmut Wojahn

gepaart mit den materiellen Möglichkeiten macht die Gefahr aus, daß dieser Tiger durchgeht. Es gibt keine bewußte Planung auf Krieg, es ist jetzt eher eine Übergangszeit, wo es um Selbstberuhigung geht. Es sind die Leichen im Keller, die die Gefahr darstellen. Oder anders gesagt, es gibt reale Möglichkeiten. Es gibt eine sehr reale Gefahr, aber es gibt auch Versuche des Bannens der Gefahr und ich weiß derzeit nicht was sich durchsetzt.

M: Genscher ist der typische Vertreter des Kapitals, der am meisten Geld im Sack haben will, aber es stimmt, daß er nicht unbedingt der deutsche Großmachtpolitiker ist. Das ist eine reale Differenz zu Kohl, der den Drang des deutschen Imperialismus zur Großmacht besser verkörpert. Sowohl im Umgang mit der DDR wie auch mit Polen wird das deutlich. Der Historiker Sebastian Haffner hat das in einem Stern-Interview bisher mit am Klarsten formuliert: Wie Kohl mit Modrow in Berlin umgesprungen sei, das hätte ihn unwillkürlich an die Art erinnert, wie Hitler 1938 mit dem österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg umgesprungen sei. Oder die Dreistigkeit beim Eiern um die polnische Westgrenze.

B: Das ist die Schnoddeligkeit von Kohl. Letztlich wird es aus übergeordneten Gründen keine Politik geben, die sich in Widerspruch zur EG stellt.

M: Nein! Das Bild des Tigers für den deutschen Imperialismus war genau richtig. Ein Tiger ist nicht schnoddelig wie Lübke dusselig war. Kohl ist nicht Lübke, auch wenn in Witzen immer versucht wird, ihn dazu zu machen. Pöhl hatte eine andere Konzeption, aber er hat sich in letzter Konsequenz der Staatsräson gebeugt. In der "Wiedervereinigung" wird seitdem auf den Tiger gesetzt. Das ist kein Versehen, genauso wenig wie es ein Versehen war, daß das Kapital ab einem bestimmten Zeitpunkt auf Hitler gesetzt hat. Was Kohl macht ist so schnoddelig, wie Hitler schnoddelig war. Was die Einbindung dieser BRD/Deutschland angeht, da herrscht zur Zeit - auch das hat Haffner am bisher Klarsten benannt - die gleiche Appeasement-Politik wie vor dem zweiten Weltkrieg. Bei den 2-plus-4-Gesprächen, so Haffner, gäbe es nur einen Teilnehmer, der wirklich weiß, was er will, das ist die Bundesrepublik. Die DDR existiere nur noch halb und die anderen hätten zwar das Gefühl, da passiere etwas was sie im Grunde lieber verhindern würden, aber erstens trauen sie sich nicht und zweitens wissen sie nicht wie.

H: Was kann "für Zweistaatlichkeit", "gegen Vereinigung" heute eigentlich noch praktisch politisch heißen? Prinzipiell bin ich für Zweistaatlichkeit und gegen "Wiedervereinigung". Aber was heißt das heute noch? Die Vereinigung läßt sich nicht mehr abschalten wie sich AKWs abschalten lassen. Es ist richtig sich bis zum Ende des Prozesses gegen die Vereinigung zu stellen. Aber es ist ebenso notwendig, sich Gedanken darüber zu machen, wie wir agieren, wenn die Vereinigung vollzogen sein wird. Es kann doch nicht angehen, unvorbereitet vor dieser neuen Situation zu stehen und einmal mehr das eigene Scheitern zu beklagen. Wir müssen doch auch für diese unwahrscheinliche Realität eines vereinten Deutschland Forderungen und Konzepte entwickeln.

R: Ich merke auch diesen Widerspruch zwischen Kopf und Bauch. Der Kopf sagt, die Wahrscheinlichkeit, daß alles ganz schnell kommt ist groß, und er antizipiert deshalb Fragen die anständen und auf die vermeintlich noch Einfluß zu nehmen wäre: gegen eine gesamtdeutsche Nato-Mitgliedschaft und für die Anerkennung der polnischen Westgrenze zum Beispiel. Dagegen baut sich bei mir absolut ein Widerstand auf. Im Bauch entsteht zunehmend mehr Haß auf dieses Deutschland und eine Wut über diese ganze Deutschtümelei, daß ich mir sage: Dagegen sein bis zum Schluß. Das ist ein nicht harmonisierbarer Widerspruch.

B: Bei dem was R. an Stimmung ausdrückt, denke ich unwillkürlich an '33 und frage mich: War das angesichts des damals drohend aufziehenden "Neuen", ja vielfach '33 noch nicht begriffenen Nazismus, eine ähnliche Stimmung, wie angesichts des heute drohend aufziehenden, vielfach noch nicht abschätzbaren "Neuen"? - Die Einen sagen: das Beste d'raus machen. Den Anderen bleibt nur: Auswandern.

M: Ich denke, der Widerspruch zwischen Kopf und Bauch läßt sich lösen. Für mich ist das Bauch-Argument von R. ein Kopf-Argument: Nur wenn wir dem Großdeutschland bereits in seiner Entstehungsphase die Stirn bieten, werden wir für das was kommt gerüstet sein. Ohne eine radikale Opposition bereits heute im Entstehungsprozeß wird die Linke im Großdeutschland marginalisiert werden, oder sich im Mitgestalten selbst verlieren. Vermutlich hat sich in Frankfurt der Kern einer auch zukünftig wahrnehmbaren Opposition versammelt.

B: Zu meinen, die Linke könne die Widersprüche im zukünftigen Großdeutschland an der sozialen Frage zum Tanzen bringen, halte ich auch für illusionär. Da ist keine Substanz drin, das wird mit DM zugeschissen. Die Vorstellung, daß die Opfer der Sozialfolgen sich nach links wenden könnten, ist glaube ich eher ein Hungerrevolten-Romantiszismus.

M: Nochmal ganz konkret zur Frage, was "für Zweistaatlichkeit", "gegen Wiedervereinigung" heute noch praktisch politisch bedeuten kann. In der letzten atom kam ja von Mi. in dem Artikel über die Frühjahrskonferenz der Vorschlag, die nächste (die Herbst-)Konferenz der Anti-AKW-Bewegung sollte eine sein, auf der Gruppen aus der DDR und BRD gleichermaßen vertreten sind und einen gemeinsamen Widerstand diskutieren. Da würde sich die Frage der Zweistaatlichkeit ganz konkret stellen, nämlich ob wir da bereits gesamtdeutsch auftreten, oder als BRDler und DDRler und das auch nach außen zu verstehen geben. Eine solche Konferenz müßte als internationale und nicht als gesamtdeutsche Konferenz kenntlich sein. Und das sollte auch in einer Erklärung in Abgrenzung und Kritik des nationalen Trends zum Ausdruck kommen.

S: Die Grünen geben ein ganz schlechtes Beispiel dafür, wie die schnelle Anpassung auf die gesamtdeutsche Linie letztlich auf ein Aufdrücken von BRD-Konzepten in grün hinausläuft. Nach dem Motto "In der DDR muß ..." werden da Rezepte ausgegeben, ohne sich auf irgendwelche Bewegungen in der DDR zu stützen. Das heißt nicht, daß wir unsere Positionen nicht klar vertreten sollen, im Gegenteil. Wir haben als Anti-AKW-Bewegung in der BRD mit den Gruppen in der DDR bisher weniger Gemeinsamkeiten als mit den verschiedenen sozialen und ökologischen Bewegungen in Westeuropa. Mit diesen verbindet uns eine gemeinsame Geschichte, angefangen von der 68er Revolte, über die K-Gruppentradition, bis hinein in Anti-AKW-Zeiten mit internationalistischen Demos z.B. in Almelo oder Malville. Es kann nicht angehen, die Differenzen, die zu den Gruppen in der DDR real bestehen jetzt national gesamtdeutsch zuzukleistern. Die Solidarität, die wir auf zukünftigen Konferenzen aufzubauen versuchen, sollte deshalb eine Internationalistisches sein.

atom: Wir danken für dieses Gespräch. Hoch die internationale Solidarität!

(1) Wir danken dem aus Chemnitz Ausgebürgerten für seine Stellungnahme in unserer Debatte. Der Beitrag wurde auch vom Dietz-Verlag übernommen und ist abgedruckt worden in den Marx-Engels-Werken (MEW) Band 1, Seite 337.

r.k.

Radikale Linke - Kongreß 1. - 3. Juni -

Seit gut einem Jahr geistert das Projekt "Radikale Linke" durch die bundesdeutsche Linke. Niemand weiß eigentlich so genau, wer oder was das ist. Strukturen gibt es nicht. Real existent ist nur die radikale Linke. Trotzdem gab es jetzt einen Kongreß "Radikale Linke" vom 1.-3. Juni in Köln. Was ist die "Radikale Linke"?

Als man und frau, an die 40 Linksradikale, sich vor gut einem Jahr in Hamburg trafen - dabei prominente Grüne, VertreterInnen verschiedener linker Organisationen, VSP, KB, Unilinke, Einzellinke mit und ohne politische Heimat, Autonome aus München und Frankfurt, Leute aus den Redaktionen verschiedener linker Zeitschriften und Zeitungen, konkret, Radi aktiv, ProWo und auch atom -, war "Radikale Linke" im Grunde nicht viel mehr als eine vorgeburtliche Namensgebung für ein Projekt das sich erst noch entwickeln mußte; eine "Kopfgeburt" - was ja durchaus vernünftig ist; auf den Weg gebracht in der eher verrauchten, denn sterilen Athmosphäre politisch-analytischer Projekteschmiede; - ein Retortenbaby.

Bei einem zweiten Treffen im Juli letzten Jahres gab es fast den vorzeitigen Kollaps, das drohende "Aus" bevor es überhaupt richtig losgegangen war.

Im Sturm des politischen Tagesgeschäfts eine Orientierung suchend, formulierte die "Radikale Linke" zuerst eine Plattform gegen die rot-grüne Besoffenheit und den Konsens kapitalistischer Modernisierung und fand schließlich in einem großen Schwenk die Kraft für eine Initiative gegen den deutsch-nationalen Taumel, gegen die "Wiedervereinigung" und die damit verbundenen Großmachtambitionen des bundesdeutschen Imperialismus.

Es ist wohl nicht zuviel gesagt: Mit der Initiative zur Demo "Nie wieder Deutschland" wurde das bis dato diffuse Projekt "Radikale Linke" zu einem Kristallisationspunkt in der Linken. Doch das gilt es auch festzuhalten: "Nie wieder Deutschland" war deshalb noch lange keine Demonstration der "Radikalen Linken". Es war ein Bündnis, das in Frankfurt demonstrierte und das ging weit über diesen Kreis hinaus. Von der atom z.B. hat die Redaktion Lüneburg "mit *Bauchschmerzen*" zur Demonstration aufgerufen; - zählen wir deshalb schon zur "Radikalen Linken"?. Wir waren beim ersten Treffen in Hamburg dabei, wir waren in Frankfurt dabei und wir waren jetzt auch in Köln; - zwei Leute die mal guckten und keiner traute sich zu wissen was wichtiges zu sagen.

Wer ist die "Radikale Linke"? Was diskutiert die "Radikale Linke"? Worauf orientiert die "Radikale Linke"? Gab der Kongreß eine Antwort?

Wir die rrRadikale Linke - wer?

1500 bis 2000 radikale linke Frauen und Männer - soviel waren es wohl, wenn eine Fluktuation darüber mit einberechnet wird, daß einige zu spät kamen, früher gingen, oder nur mal rein schauten -, und das bei ausgefallener Klimaanlage in einem Raum mit 1000 bestühlten Sitzplätzen und viel zu niedriger Decke. - Das war schon ein Erlebnis! Älteren Semestern stiegen wehmütig, unverhofft Erinnerungen an die 70iger auf, noch ältere 68iger waren eher Wenige da, und die vielen Jüngeren standen erstaunlich oft an den Mikros.

Ein linksradikales Stimmungsbild von diesem Kongreß ist, daß die Diskussionsrunden nicht vom Podium und nicht von den Promis oder "Gurus" dominiert wurden. Auf Viele mag es am Ende ermüdend gewirkt haben, wie sich dabei sehr oft nicht aufeinander bezogen wurde. Eine reife Diskussionskultur war das wirklich noch nicht. Mein Eindruck war aber auch einfach, daß hier erstmals seit langen Jahren die Linke wieder so zusammen kam und in vielen kleinen Details, noch konzeptlos die "Splitter" zusammentrug. Es wollte und mußte erstmal einfach wieder ausgesprochen werden, was in den vielen einzelnen Köpfen rumspukt, auch wenn das oftmals vielleicht wirklich nicht viel gewesen sein mag. Immer wieder gab es aber auch sehr lebendige Beiträge, mit viel Witz - oder war es Gewitztheit? -, die in ihrer schlichten Direktheit linksradikale Realität treffsicherer wiedergaben, als so manche theoretischen Höhenflüge. Ein Beispiel aus der Anti-AKW-Bewegung: "*Ich finde es toll, daß sich die radikale Linke überhaupt mal wieder offen bekennt und definiert. Ich habe nämlich den Eindruck, daß wir seit den letzten fünfzehn Jahren, so seit dem Beginn der Bürgerinitiativbewegung, eigentlich immer nur hier und da, bis auf ein paar wenige Theoretiker, in den Bewegungen gewesen sind; Frauenbewegung, Anti-AKW, nachher Frieden, Häuserkampf, gegen die Volkszählung, Antifa, das ist ja in letzter Zeit immer mehr der Schwerpunkt gewesen, daß viele Leute zu überhaupt nichts anderem mehr kommen, weil man dauernd gegen irgendwelche Faschisten kämpfen muß - gut ist auch wichtig, hab ich auch nie bestritten* (Beifall) - *aber ich seh das Problem, daß wir die ganze Zeit sehr zerspliesert waren, daß es in all diesen Bewegungen Leute gab, die eben keine radikalen Linken waren, mit denen wir uns da immer auseinandersetzen mußten, wo wir uns möglicherweise von der veröffentlichten Meinung noch unterstellen lassen mußten, wir wollten diese lieben Bürgerinitiativen alle mißbrauchen, wir wollten die vor unseren Karren spannen, wobei unser Karren natürlich überhaupt nicht definiert war. Unser Karren ist ein sehr guter Karren, denk ich!* (Beifall) - *Aber das wurde natürlich als was ganz übles bezeichnet. Und von daher ist es schon merkwürdig: Wir haben die ganze Zeit entweder in solchen Initiativen gearbeitet, oder in sektiererischen kleinen Winzgruppen uns rumgekloppt, oder manchmal haben sich die Winzgruppen noch innerhalb der Initiativen rumgekloppt, was natürlich die Freudigkeit, sich in Theorien einzulesen, bei den anderen auch nicht gerade beförderte. Ich habe mich auch jahrelang mit den Theorien, sei es Kommunismus, Anarchismus, oder was sonst noch für Theorien, auch nicht sehr doll befassen wollen, weil ich einfach merkte; die die Theorien sich reingefressen haben, die hauten sich permanent nur gegenseitig in die Pfanne.* (starker Beifall) *Und darunter litt oft, sei es nun die K«lkar-Demo, sei es nun sonst ne Aktion; - dadurch wurden wir*

manchmal ganz schön aufgehalten. Erst im letzen Herbst, wo das mit dem Osten so richtig losging, hatte ich das Gefühl, wir müssen aber wieder mal ein paar Grundsatzdiskussionen führen (Beifall, Beifall). *Ja und da meinte dann einer, der auch mal sehr viel Anti-AKW gemacht hat und der im KB ist, daß wir Linken eigentlich überhaupt keine ökonomische Strategie mehr dem Volke anzubieten hätten und deswegen ständen wir auch so doof da. - Ich weiß nicht ob das stimmt, ich finde auch wir könnten uns auf dem Gebiet ein paar mehr Gedanken machen, gerade jetzt wo sie immer vom Markt reden und unter Markt eigentlich verstehen, daß sie rumkommandieren können.* (Juuh! Beifall) - *Also, ich sehe das Problem, daß wir uns ziemlich aufreiben, einerseits in den verschiedenen Kämpfen, daß es andererseits aber auch immer mehr theoretisch bewußte Linke gibt, die in diesen ganzen Kämpfen überhaupt nicht mehr so drinstecken; - ich weiß jetzt nicht, ob viele von diesen anwesend sind.* (Lachen) *Aber ich kann nur appellieren: wer `n radikaler Linker oder `ne radikale Linke ist, der sollte, egal jetzt in welchen dieser ganzen Kämpfe, in einem dieser Kämpfe kontinuierlich arbeiten und da sein politisches Bewußtsein an die weniger Bewußten, an diese Betroffenheitsbürgerinnen und -bürger weitervermitteln* (Klatsch, Beifall, lach), *denn nur dann können wir mehr werden.*
Ich find's auch gut, daß wir das nicht mehr so vertuschen wie früher. Ich hab' auch jahrelang auf Flugblättern immer nur von Macht und Geld, nie von Kapitalismus geschrieben, damit es nicht irgendwen abschreckt. Vielleicht sollten wir jetzt wirklich wieder mehr offener sagen, was wir von Kapitalismus halten. Aber ich glaube das geht nur in diesen ganzen außerparlamentarischen Bewegungen. Das politische Bewußtsein rein dort (Beifall, nicht enden wollender Beifall).*"*

In der Tat, angesichts der Stimmung konnte ein vorschnelles Wir-Gefühl aufkommen. Zum Glück war auch ein DKPler da und bekannte sich auch dazu. Nur, auch das ein Glück, wie ein DKPler hörte er sich nicht an. Georg Fülberth (Prof. an der Uni Marburg) brachte die Versammlung wieder auf den Boden des Geschehens: *"Nun sind wir hier nicht ein begriffsbildendes Seminar, - dazu ist der Verein hier auch zu groß - sondern wir sind hier auf einer Veranstaltung, die sich hier im für oder wider mit dem Begriff und dem Vorhaben einer ,Radikalen Linken` zusammengebracht hat, egal was morgen abend davon übrig bleiben wird, ich hoffe sehr viel."*
Damit war er mitten drin im Gemengelage und die Frage stand im Raum, daß ein ganzer Teil der radikalen Linken hier nicht anwesend wäre und sich bisher auch nicht angesprochen fühle, von der "Radikalen Linken". Fülberth: *"Das ist alles richtig und ich hab' auch garnicht Lust, jetzt den guten Hirten zu spielen, zu sagen, aber ihr hättet doch kommen können, kommt doch alle und schreibt auch noch euren Kram rein und dann seit ihr auch mit dabei. Ich kann nur sagen, wenn das so ist, dann gibt es eben gegenwärtig noch keine "Radikale Linke", denn eine "Radikale Linke" in der die radikalen Feministinnen nicht drin sind, die gibt's halt nicht* (Beifall). *Das kann ja sein. Da kann man dann unterschiedliche Konsequenzen draus ziehen. Da kann man sagen, naja, dann brauch man sie auch nicht, oder muß sagen, dann muß sie halt noch werden. Ich selbst möchte auf meine alten Tage eigentlich keinem Zusammenhang mehr angehören wollen, in dem nicht die Autonomen und nicht die radikalen Feministinnen drin sind, obwohl ich deren Positionen zum Teil garnicht kenn'* (Lachen) - *ich teile sie soweit ich sie kenne - und soweit ich sie kenn` würd` ich sagen, ohne sie kann ich in einem solchen Zusammenhang nicht sein und dann haben wir eben den Zustand, daß es die ,Radikale Linke e.V. GmbH&Co.KG` nicht gibt, ganz richtig! Aber dann müssen wir uns eben 1 1/2 Tage darüber unterhalten, ob es sinnvoll ist soetwas zu haben und was geschehen muß, wie sich das transformieren muß, daß sie mit dazu gehören. Solange sie nicht dabei sind, gib's keine ,Radikale LinKe`. Jetzt stehen wir vor der Alternative, machen wir den Koffer zu und sagen: Fällt halt aus, die ganze Sache, oder ist es am Ende nötig; - und dann allerdings wäre die Frage zu stellen, und so habe ich auch diesen Kongreß verstanden, daß man dann ,Radikale Linke` so konstituieren muß, daß sie dabei sind.* (Beifall; - Zwischenruf aus Westberlin: Georg du argumentierst voll autonom!)*"*
Es war aber nicht nur der Spaß und die Lust am Witz, die den Kongreß in seiner Stimmung prägte. Es gab auch das Gefühl einer Kraft aus der Trauer und der Hoffnung. Für das Gefühl und die Identität der anwesenden radikalen linken Frauen und Männer war wohl der Höhepunkt des Kongresses die Kulturveranstaltung am Samstag Abend, "deutsche nachgeburt 1989 + glasbruch 1848 = BIRTH OF A NATION", aufgeführt von Grit Mossmann, Walter Mossmann und Joschi Krüger.
Ausgesprochen wurde das am nächsten Tag von Karl Heinz Roth, der noch angerührt vom Vorabend dem Gefühl Ausdruck gab, das diese Veranstaltung unter den Leuten verbreitet hatte. Grit, Joschi und Walter hätten hier auf exemplarische Weise die kulturelle Hegemonie des deutschen Großmachtchauvinismus, wie wir sie in den letzten Monaten erleben mußten, durchbrochen. Karl-Heinz Roth: *"Ich glaube, daß die gestrige Abendveranstaltung ein außerordentlich bedeutendes Ereignis war. Sie hat mir ein ganzes Stück meiner Depressivität genommen. Sie hat mir ein ganzes Stück gezeigt, daß es trotz aller Niederlagen, trotz aller Rückschläge, trotz aller inneren Konflikte eine Kontinuität und eine Vielfalt in der sozialistischen und sozialrevolutionären Kampfgeschichte auch in diesem Land gibt. Der hohe Reflexionsgrad und auch das hohe künstlerische Niveaeu der gestrigen Veranstaltung war ein wirklich bedeutendes und wichtiges Ereignis, nicht nur um uns selbst Mut zu machen, sondern die kulturelle Hegemonie des bundesdeutschen Imperialismus hier und jetzt, in seiner jetzigen Expansionsphase anzugreifen."* Joschi, Grit und Walter werden mit diesem Programm "Birth of a nation" auf Tournee gehen und jedem und jeder Linksradikalen ist es nur zu empfehlen, dieses Ereignis nicht zu verpassen!

Die Radikale Linke diskutiert - was?

Diskutiert wurde in 6 Runden: Zu Vereinigung, Nationalismus, Antisemitismus, Deutschtümelei (Runde 1) und Antifaschismus, Rassismus, Sexismus, Neoeugenik (Runde 2). Antiimperialismus, weltweite Frauenunterdrückung und weltweite Naturzerstörung fiel als podiumsbesetzte Diskussion leider aus. Das war ein Spiegelbild dessen, daß das hier arbeitende Spektrum der radikalen Linken seine Inhalte von dieser "Radikalen Linken" (noch?) nicht groß genug geschrieben sah und deshalb auch keinen großen Wert darauf legte in Köln aufzutauchen, oder überhaupt andere eigene Schwerpunkte setzt. In Runde 4 ging es um "Real-Sozialismus", Gorbatschow-Hoffnung und real existierendes Patriarchat. Runde 6 thematisierte mit Jutta Diffurth, Jens Scheer und Jakob Moneta auf dem Podium antikapitalistische Ökologie und technokratischen Machbarkeitswahn. Die Runden 7 und 8 wurden zu einer Abschlußrunde zusammengelegt. Gefragt wurde nach Interventionsmöglichkeiten, Perspektiven gemeinsamen Widerstands und "wie weiter mit der Radikalen Linken?".
Scharfe Diskussionen enfalteten sich um den Begriff des Antifaschismus und seiner Bedeutung für eine Orientierung der "Radikalen Linken". Fülberth hatte mit seinem Einleitungsstatement provoziert: Er hätte *"den Begriff Antifaschismus erstmal rausgenommen aus dem Diskurs, um die Sache einfach etwas klarer zu halten. Darüber dürfte Betroffenheit herschen, denn auch ich kann mich nicht so leicht von dem Begriff Antifaschismus verabschieden, denn auch ich verkenne nicht, daß die antifaschistische Argumentation und auch die antifaschistische Symbolik, insbesondere im historischen Bezug auf Sexismus, Rassismus und Neoeugenik, nicht nur einen hohen Mobilisierungswert hat, sondern auch einen hohen heuristischen Wert, einen hohen Erkenntniswert hat. Zweifellos! - Wenn man feststellen will, wohin führt Rassismus im letzten Punkt und was sind ganz wichtige Wurzeln der Neoeugenik, wo ist diese neoeugenische Argumentation am Schärfsten zusammengefaßt, dann haben wir das zweifellos im deutschen Faschismus. Deshalb gehört die antifaschistische Argumentation zu einer gesinnungsethischen und einer widerstandsethischen dazu. Ohne, daß sie sie voll ausmacht. Auf diese Weise würde ich durch eine Seitentür, aber eben nicht zentral den Antifaschismusm wieder hereinholen."* Das Ganze gipfelte in der These, insgesamt sei *"der Faschismus nur eine - besonders katastrophale - Gewaltform des Kapitalismus unter anderen."* Er mache *"lediglich einen Teil der historischen und aktuellen Verbrechen dieser Gesellschaftsform aus."* (...) *"In den höchst entwickelten imperialistischen Staaten herrscht niemals Freiheit wohl aber häufig repressive Toleranz"*. Deshalb machten sich AntikapitalistInnen in den imperialistischen Zentren mit ihrem *"Antifaschismus"* häufig zu *"Deppen"*. *"Womit wir uns auseinanderzusetzen haben ist repressive Toleranz, keine schöne Sache, aber es ist nicht Fa-*

schismus."(...) "Wer Antifaschismus sagt und Antiimperialismus, Anti-Repression oder Antikapitalismus meint, läßt es an der nötigen Begriffsklarheit fehlen."
Die Vorwürfe kamen geballt. Fülberth betreibe eine politi-ökonomische Verflachung des Faschismus-Begriffs. Es drohe speziell auch eine *"Verleugnug des besonderen Charakters des deutschen Faschismus"*, der sich eben nicht rein polit-ökonomisch ableiten lassen. Er rücke damit Rassismus, Sexismus und Neoeugenik als Realitäten unzulässig an den Rand und mit diesem *"canceln des Antifaschismus"* befände sich Fülberth unwillkürlich an der Seite der Rechten in der Historiker-Debatte.
In seinem Abschlußstatement gestand Fülberth denn auch zu:*"Ich glaub' es ist was dran. Ich habe glaube ich den Fehler gemacht, den Genscher und Habermas - beide in einem Atemzug hier genannt - nicht als Fehler machen, sondern als Strategie. Ich habe nämlich die deutsche Variante der repressiven Toleranz, die deutsche Variante des Kapitalismus zu schnell entsorgt von ihrer faschistischen Komponente. Das geht so nicht. Deutscher Kapitalismus ist deutsche Kapitalismus. Deutscher Kapitalismus ist postfaschistischer Kapitalismus. Deutscher Kapitalismus hat eine faschistische Prägung und die wird er nicht mehr los. Zweifellos. Das heißt: hier in Deutschland Antikapitalistln zu sein und Antifaschistln zu sein, heißt antideutsch zu sein. Es gibt kein anderes Deutschland."*
Immer wieder wurde auf dem Kongreß eine Auseinandersetzung der linken Männer mit dem Sexismus eingeklagt, der diese sich bisher systematisch entzogen haben. Seit den 60iger Jahren lägen differenzierte Studien aus der Frauenbewegung vor, die das sexuelle Unterdrückungssystem und -Instrumentarium im heutigen real existierenden Patriarchat analysieren; Kate Milletts *"Sexus und Herrschaft. Über die Tyrannei des Mannes in unserer Gesellschaft"*, eines der Standardwerke zum Thema, erschien bereits 1969. Der Eindruck hier: Mag die radikale Linke die letzten 25 Jahre um die Auseinandersetzung herumgekommen sein, eine "Radikale Linke" wird es wohl nicht.
Dabei geht es nicht darum, wie Fülberth in seiner nonchalanten, aber ja bestimmt noch lernfähigen Ignoranz meinte, daß der "Radikale Linke" *"auf seine alten Tage"* auf die Radikalfeministin an seiner Seite nicht verzichten kann und natürlich auch nicht will. Eingefordert wurde, über die inhaltliche Auseinandersetzung mit Sexismus zu begreifen, daß es hier keine Haupt- und Nebenwidersprüche gibt, sondern daß eine polit-ökonomische Klassenanalyse alleine die Widersprüche in dieser Gesellschaft nicht hinreichend erklärt und für eine praktische politische Orientierung der "Radikalen Linken" so unzureichend ist, wie die Plattschaufel zum Suppe löffeln.
Auf die Diskussion zu kapitalistischer Ökologie und technokratischen Machbarkeitswahn soll hier verzichtet werden. Sie brachte nicht soviel Neues. Für eine linksradikale Neubestimmung der Ökologiekritik wirklich interessant und den beiden männlichen Mitdiskutanten auf dem Podium weit voraus, war Jutta Ditfurth. Zu Widerspruch würden die Ausführungen von Jens Scheer reizen, der in seinen Thesen zu *"Technik und Naturumgang im Marxschen Kommunismus und Aufgaben radikal-linker Politik"* nochmal mit Mao Zedong gegen Deng Xiaoping einen neuen Anlauf für eine "marxistische" Ökologie versuchte. Er endete in seiner theoretischen Grundlegung, was neu zu sein scheint, bei Ernst Bloch. Das mit Bloch müßte aber ebenfalls nochmal überprüft werden. Der wußte in "Prinzip Hoffnung", aus dem Jens zitierte, nämlich auch schon, daß *"die Atomenergie, in anderer Maschinerie als der der Bombe, in der blauen Atmosphäre des Friedens, aus Wüste Fruchtland, aus Eis Frühling (schafft). Einige hundert Pfund Uranium und Thorium würden ausreichen, die Sahara und die Wüste Gobi verschwinden zu lassen, Sibirien und Nordkanada, Grönland und die Antarktis zur Riviera zu verwandeln. Sie würde ausreichen um der Menschheit die Energie, die sonst in Millionen von Arbeitsstunden gewonnen werden mußte, in schmalen Büchsen, höchstkonzentriert, zum Gebrauch fertig darzubieten."* Es sollte also zumindest in der Ökologie-Debatte mehr als fraglich sein, ob ausgerechnet mit Bloch - wie Jens meinte - *"die Hoffnung (bleibt), daß im Menschen der Hebel sei, die Welt technisch in die Angel zu heben"*.

Worauf orientiert die Radikale Linke?

Für die Abschlußdiskussion war im Vorfeld verschiedentlich eine offene Auseinandersetzung über die Orientierung in der bundesdeutschen Linken mit den Kräften erwartet worden, die derzeit an einem Wahlbündnis für die PDS arbeiten. Zwar waren eine Reihe von Leuten verschiedener Organisationen, die auf eine solche gesamtdeutsche Wahlkandidatur der PDS als letzten "Rettungsanker" der bundesdeutschen Linken setzen anwesend, auch die PDS selbst war vor Ort vertreten, doch die Debatte fiel aus. Niemand mochte das "heiße Eisen" anpacken und diese Kontroverse in den Kongreß tragen.
Karl-Heinz Roth betonte in der Debatte um die weitere Orientierung der "Radikalen Linken" als Aufgabe den Ausbau von *"Bündnisstrukturen(...) in der alle nichtreformistischen Erfahrungen und Initiativen Platz haben: radikaler Feminismus, Ökosozialismus, autonome Bewegungen, bewaffnete Gruppen, Dritte-Welt-Komitees, Solidaritätsausschüsse für Flüchtlinge und Emigranten, kommunistische und linksgewerkschaftliche Strömungen, Organisationen der Einwanderer(...) eine Bündnisstruktur, in der sich alle Initiativen assoziieren, die nicht bereit sind zu resignieren oder den Weg der Systemintegration zu beschreiten"* wäre *"auf jeden Fall schon sehr viel"*. Eine so sich koordinierende "Radikale Linke" stände heute vor dem entscheidenden Problem die Spannung zu halten, zwischen politischer Praxis die angesichts der neuen Expansionsphase des deutschen Chauvinismus Eile erfordere, und der unbedingt nötigen Aufarbeitung der eigenen Geschichte des Bruchs mit diesem System, die im Gegensatz zur Praxis viel Ruhe und Gelassenheit erfordere. Es ginge darum die Frauenbewegung neu zu akzeptieren, Machostrukturen zu überwinden, die sozialrevolutionären Bewegungen, Autonomen, Jobber und bewaffneten Gruppen als Teil einer Geschichte zu begreifen. Es gälte die Anti-AKW-Bewegung neu zu dimensionieren (wobei offen blieb, was das konkret heißen solle). Erforderlich sei der Angriff auf die wissenschaftliche Intelligenz in den Forschungszentren. Diese müßte zur Desertion gezwungen werden. Das Spannungsverhältnis zwischen Praxis und Aufarbeitung brachte er auf die Formel: *"Ich bin für Eile und ich bin für Ruhe!"*
Mit großer Spannung lauschte die Versammlung im Anschluß daran dem Beitrag einer Gruppe aus der Autonomen Antifa Hamburg. Die Teilnahme der Autonomen sei kein Konsens, sie sprächen nur für ihre Gruppe. Ihr Ausgangspunkt sei aber, daß sie die Auseinandersetzung mit der "Radikalen Linken" wollten. Sie sähen momentan die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses, wie sie ihn bisher nicht gesehen hätten. Es gäbe derzeit in der Autonomen Bewegung eine Diskussion um die Organisationsfrage. Es herrsche Resignation, Privatisierung, aber es gäbe auch Aufarbeitungsversuche für eine Perspektive. Die Möglichkeit einer Mitarbeit sähen sie in dem Einbringen ihrer Inhalte in den Kreis. Die Runde 2 hätte eine fundierte Faschismus-Diskussion gezeigt. Zu kritisieren sei aber, daß z.B. die Wunsiedel-Diskussion nur so nebenher gelaufen sei. Neben dem Einbringen solcher stärker auf den praktischen Widerstand bezogenen Inhalte, sähen sie in der "Radikalen Linken" mittlerweile auch die Möglichkeit einer Vernetzung diverser Gruppen.
Für die Zukunft des Projekts beschloß der Kongreß schließlich per Akklamation einen Fünf-Punkte-Vorschlag:
1. Die "Radikale Linke" *als "Projekt einer Koordination verschiedenster Strömungen, die sich radikal links begreifen, wird fortgesetzt."*
2. Der Kongreß orientiert sich *"auf eine neue Demonstration um den 9. November herum, dem Tag der Reichspogromnacht"*. Das soll *"eine internationalistische Demonstration der Opfer, Gegnerinnen und Gegner Deutschlands"* sein.
3. Es sind *"Koordinationsstrukturen erforderlich. Angesagt ist weiterhin keine Parteibildung. Notwendig erscheint jedoch, die bestehenden Möglichkeiten der gemeinsamen Diskussion und Aktion so unterschiedlicher Strömungen, die auf dem Kongreß anwesend sind, abzusichern."*
4. Vorgeschlagen wird ein *"Nachbereitungstreffen dieses Kongresses Anfang September"* Dort soll *"über mögliche Strukturen und über weitere Aktivitäten der RL diskutiert werden."* Es findet *"ein Nachbereitungstreffen für Frauen"* statt.
5. Es wird begrüßt, *"wenn auf lokaler Ebene weiterhin Bündnisse und Zusammenschlüsse von Menschen, die radikal links aktiv sind, weiterarbeiten oder entstehen."*

r.k.

20 Seiten/ DM 1,50

469 Seiten/ DM 18,--

44 Seiten/ DM 4,--

28 Seiten/ DM 2,--

»Göttingen/Südniedersachs.« Antifa-Dokus

Eine ganze Reihe Dokumentationen und Broschüren gibts zu Nazi-Aktivitäten in Südniedersachsen usw. Zu beziehen über:

Buchladen Rote Str.
c/o Holger Schreiber
Rote Straße
3400 Göttingen

Sommerfest 5 Jahre Argus

Wir laden Euch ein zum Sommerfest am Samstag, dem 30.Juni90 in der Grillhütte Neuhäusel bei Koblenz ab 14.00 Uhr. Nähere Informationen unter 0261-38410.
Die atom wünscht viel Spaß!

»PHANTOM/ICC«

Anti-kapitalistische Aktionstage in Hamburg vom 23.6. bis 30.6.90.
Anläßlich der Premiere des Musicals »Phantom der Oper« am 29.6. im neu errichteten Kurz-Kultur-Palast an der Holstenstr., sowie des Kongresses der Internationalen Handelskammer (ICC) vom 24.6. bis 28.6. in Hamburg und dem Hafenstraßen-Prozess am 2.7., führen Gruppen aus dem In- und Ausland obige Aktionstage durch.
Die Aktionen richten sich gegen die herrschende Kultur-Bevölkerungs-Standort- und Repressionspolitik in den Metropolen am Beispiel Hamburg sowie die Wirtschaftsstrategien des ICC für die 90er Jahre (EG-Binnenmarkt 92, weitere Planung des Ausbeutung des Trikonts, die Arbeitskraftverwertung insb. der Frauen, um nur einige Beispiele zu nennen). 1000 Kapitalisten und Politiker von höchstem Range werden erwartet, dazu 5000 Begleitpersonen, schon jetzt sind 5000 Polizisten zur Bewachung angekündigt worden.
Geplant sind vom Aktionsbündnis (in Hamburg bisher ca. 30 Gruppen) diverse Veranstaltungen, Aktionen von Shell bis Häuserkampf und vieles mehr. Gleichzeitig können die Aktionstage auch die Möglichkeit bieten, sich über zukünftige, autonome, antikapitalistische Widerstands- und Politikperspektiven in einem zu befürchtenden Großdeutschland und dem geplanten Europa 92 auseinanderzusetzen.
Ab Mai wird es ein Büro an untengenannter Adresse geben, Infos schon jetzt bei:

PHANTOM/ICC Aktionstage
c/o Rote Flora, Schulterblatt 71
2000 Hamburg 50

P.S.: zu empfehlen ist das Papier »In den Metropolen« zu beziehen über Schwarzmarkt Hamburg, Paulinenstr., 2 HH 36

Plakat und Flugblatt zu Giftgastranporten

Nachdem wir die Broschüre der Pirmasener/Innen zu den C-Waffentransporten erhalten haben, sind wir sehr schnell zu dem Ergebnis gekommen, daß dazu nicht nur regional, sondern auch bundesweit etwas laufen müßte. Deshalb haben wir uns zu einer Informationsplakateaktion entlang der beiden Transportstrecken entschieden. Und zwar denken wir uns das so: Verklebt die Plakate zunächst und allererst an den Bahnhöfen entlang der Strecken und überlegt dann bitte, ob ihr noch in der 34km Schneise drumrum plakatieren könnt. Das Flugblatt ist so entworfen, daß es für jede Stadt passend schnell abgewandelt werden kann mit dem Ziel, es als Anregung zu nehmen und nach eigener Vervielfältigung zu verteilen.
Plakate und Flugblätter sind zu erhalten über:

Friedensbüro Göttinegn
Sabine Morgenroth
Wiesenstr.14
3400 Göttingen
0551-77002530

Schwarzes Brett

Startbahn

Seit Anfang März wird vor dem OLG Frankfurt der eigentliche Komplex "2.11.1987" verhandelt. Nach den Urteilen im sog. "129a" Komplex stehen jetzt nur noch Frank Hoffmann und Andreas Eichler vor Gericht. Allein in diesem Komplex hat es mittlerweile mehr als 20 Verhandlungstage gegeben. Inhaltlich ging es bisher um eine erneute Aussage von Andreas Eichler zu Beginn dieses Komplexes (siehe letzte atom), um den Weg der Waffe und um die Befragung von Beamten zum Tatgeschehen und zur Spurensicherung. Für etwas Abwechslung sorgte ein geplanter Ortstermin an der Startbahn, der jedoch schon nach einer halben Stunde wieder abgesagt werden mußte, da die sonst allmächtige Gerichtsbarkeit offensichtlich sofort nach Verlassen ihres Gerichtsbunkers jegliche Souveränität verliert und dem Ganzen nicht gewachsen war.
Da eine ausführliche Darstellung der einzelnen Verhandlungstage nicht nur zu weit gehen würde, sondern eigentlich auch nur Verwirrung produzieren würde, versuchen wir im Anschluß einen kurzen Überblick über den bisherigen Verlauf zu geben. Daran schließt dann ein Bericht der Prozeßgruppe zum geplatzten Ortstermin an.

Erklärung Andreas Eichlers

Zu Beginn dieses Komplexes machte Andreas Eichler überraschenderweise eine längere Einlassung zu den Komplexen Waffe und Ablauf des 2.11.87.
Er brachte eine komplette, in sich scheinbar schlüssige Erklärung über den Weg der Waffe vom Raub in Hanau 1986 bis zur Beschlagnahme am 3.11.1987 in der Wohnung seiner Freundin:
Die Waffe sei ihm in Hanau von Frank Hoffmann in einer Plastiktüte übergeben worden. Er habe sie unter den Vordersitz seines Autos gelegt und eine Woche später an ihn zurückgegeben. Im Oktober 1987 habe Frank Hoffmann ihn aufgefordert, mit ihm ein Zielscheibenschießen in einer Schonung in der Nähe der Startbahn zu machen. Frank Hoffmann habe die Waffe wieder mitgenommen und sie ihm in der Nacht am 2.11.1987 während des Rückwegs von der Startbahn in den Rucksack gesteckt, wo sie später bei seiner Festnahme gefunden wurde. Er habe nicht gewußt, daß die Waffe scharf gewesen sei und er habe auch nicht gewußt, daß dieses die Waffe aus Hanau gewesen sei.
Zum Ablauf des 2.11.1987 erklärte er, daß er alleine zur Startbahn gefahren sei und auch alleine wieder zurück. Mit den Schüssen selber habe er nichts zu tun, ebensowenig mit der Planung für den 2.11. Auf dem Rückweg habe er im dunkeln von Frank Hoffmann einen Gegenstand in den Rucksack gesteckt bekommen, ohne zu wissen was es damit auf sich hatte. Er sei danach ruhig nach Frankfurt zur Wohnung seiner Freundin gefahren und hätte erst dort von den tödlichen Schüssen an der Startbahn erfahren.
Auf der einen Seite schiebt er damit jede Schuld von sich auf Frank Hoffmann, auf der anderen Seite widerrief er aber auch seine früheren "Aussagen", wonach er den Schützen gesehen haben wollte und daß ihm Frank Hoffmann bei der Übergabe der Pistole gesagt haben soll "Ich habe damit geschossen", womit damals die Fahndung nach Frank Hoffmann begründet wurde. Damit "entlastete" er Frank Hoffmann jetzt.
Seine früheren Aussagen stellte er zum großen Teil als von ihm falsch gemacht, bzw. von ihm nie gemacht und stattdessen von den Vernehmungsbeamten eingeführt dar.
Diese neuerliche Einlassung Andreas Eichlers führt jetzt zu der aberwitzigen Situation im Gerichtsaal, daß sich die beiden Angeklagten gewissermaßen als Gegner gegenüber sitzen. Das zeigt sich z.B. dann sehr

Nun werden die

krass, wenn Andreas Eichler von den Rechtsanwälten Frank Hoffmanns gewissermaßen ins Kreuzverhör genommen wird, und diese versuchen, ihm seine Version auseinanderzupflücken, was eigentlich die Aufgabe der Bundesanwaltschaft wäre.
Andreas Eichler wurde nach seiner Einlassung mehrere Verhandlungstage sowohl von Gericht, BAW als auch Frank Hoffmanns Verteidigung eingehend auf seine neuerliche Einlassung sowie auf die vielen Widersprüche zu seinen umfassenden früheren "Aussagen" hin vernommen.
Dies führte im Endeffekt zu mehr offenen Fragen, als vorher schon da waren, wobei sich Andreas Eichler auch wieder in widersprüchliche Aussagen verstricken ließ, was seine Glaubwürdigkeit nicht unbedingt erhöhte.
Demgegenüber stehen seine von ihm selbst unterschriebenen früheren Verhörprotokolle, die jetzt gegebenenfalls wieder durch Befragung der Verhörbeamten eingeführt werden, was in diesem Prozeß ja nicht das erstemal wäre.
Noch einmal die Quintessenz aus seiner Einlassung: er selber hat mit den Schüssen und dem Ablauf des 2.11. nichts zu tun. Er beschuldigt Frank Hoffmann direkt, ihm die Waffe in den Rucksack gesteckt zu haben, ihm bereits 1986 die gestohlene Waffe in Hanau zugesteckt zu haben und ihn zum Zielscheibenschießen überredet zu haben. Demgegenüber hat er jede weitere Beschuldigung und Aussage, daß er den Schützen gesehen habe oder daß sich Frank Hoffmann ihm gegenüber offenbart hatte zurückgenommen. D.h., er hat die Waffe von Frank Hoffmann bekommen, was der damit vorher gemacht hat oder woher der die hatte, das weiß er nicht und ist Sache der Anklagebehörde und des Gerichts, dies herauszubekommen.

Zu Frank Hoffmann

Frank Hoffmann hat sich bisher nicht geäußert, außer in einem Brief vor seiner Verhaftung in Holland, daß er nicht geschossen habe.
Frank Hoffmann ist in den Vorermittlungen durch zwei Aussagen schwer belastet worden. Einmal durch die "Aussage" Andreas Eichlers (s.o.) die dieser teilweise zurückgenommen hat, und durch die Aussage von Baldur Opificius, daß dieser ebenfalls den Schützen gesehen hätte und daß dies wohl Frank Hoffmann gewesen sei.
Auch Baldur Opificius mußte erneut vor Gericht erscheinen und aussagen. Auch er nahm seine früheren Aussagen auch diesesmal wieder zurück und verwies die gemachten Aussagen zu Frank Hoffmann ins Reich seiner Phantasie um sich dem Verhördruck Ende 1987 zu entziehen. Er bekräftigte ganz deutlich vor Gericht, daß er am 2.11. weder den Schützen gesehen habe, noch daß er über andere Personen erfahren habe, daß Frank Hoffmann sich diesen gegenüber als Schütze offenbart hätte.
Tatsächlich machte das Gericht aber auch hier deutlich, daß es der jetzigen Aussage von Baldur Opificius wenig Glauben schenkt, indem es ihn als Zeugen unvereidigt ließ, unter Hinweis auf den Verdacht der Falschaussage.
Trotzdem: auch hier sind die beiden entscheidenden Aussagen, Frank Hoffmann sei der Schütze vom 2.11. gewesen, vor Gericht widerrufen worden.

2.11. und Spurensicherung

Mehrere Verhandlungstage waren Polizeizeugen geladen, die am 2.11. eingesetzt waren. Sie wurden über Verlauf der Demonstration und Ziel ihres Einsatzes gefragt. Ebenso etliche Beamte, die in den Tagen und Wochen danach mit der Spurensicherung und Rekonstruktion des Tatgeschehens befaßt waren.
Wesentlich neues kam dabei nicht ans Licht. Ebensowenig gab es große Widersprüche in den Aussagen. Diese Verhandlungstage waren geprägt von militärischen Ausdrücken und polizeistrategischem Denken. Nach wie vor weigern sich sämtliche Polizeizeugen, ihren Wohnort zu nennen, da sie sich ansonsten nicht vor den Repressalien der Startbahn-GegnerInnen schützen könnten, was nach wie vor vom Gericht gestützt wird.
Zu den tödlichen Schüssen bzw. den oder dem vermeintlichen Schützen gab es auch inhaltlich dieselben Antworten: den oder die Schützen hat niemand gesehen und von scharfen Pistolenschüssen ging zur Tatzeit auch noch niemand aus. Alle glaubten eher an Treffer von Zwillenschützen. Einige Beamte hatten unter anderem gehört, daß ihnen über Megaphon von Demonstrantenseite zugerufen worden sein soll "Ergebt Euch, Ihr seid umzingelt", andere Beamte, die dieses auch hätten hören müssen, hatten da überhaupt keine Erinnerung dran.
Ebenso unergiebig waren die Befragungen der Beamten, die zur Spurensicherung eingesetzt waren. Da wurde über die verschiedenen Möglichkeiten berichtet, wie die Polizei eine größere Fläche Wiese nach winzig kleinen Projektilen absucht und tatsächlich auch eines in einem Heuhaufen findet (!). Darüberhinaus wurde berichtet, wo die Patronenhülsen gefunden wurden, d.h. von wo der Schütze geschossen hat. Diese Orte liegen ziemlich eng beieinander, sagen aber nichts darüber aus, ob es ein oder mehrere Schützen waren.
Interessant und eventuell für die Urteilsbegründung wichtig ist die Aussage eines BKA-Waffenexperten, der selber mit der benutzten Pistole und den Patronen ein Testschießen gemacht hat und der zu dem Schluß kommt, daß über größere Distanz kein gezieltes Schießen möglich sei. Solche

Waffen seien normalerweise auf eine Distanz von 25 Metern eingeschossen.

Aussagen der Verhörbeamten

Ausführlich wurden die Vernehmungsbeamten zu den Verhören von Andreas Eichler befragt. Dabei bestanden sie natürlich darauf, daß das in den Protokollen stehende tatsächlich auch das von Andreas Eichler ausgesagte war. Von Repressalien oder Androhungen wußten sie natürlich auch nichts. Insgesamt kam dabei bisher nicht viel Neues heraus, sondern ist wie zu erwarten eine Bestätigung der Protokolle.
Eigentlich hat es in der Befragung der Vernehmungsbeamten bisher erst einen wackligen Punkt gegeben. Dabei geht es darum, warum die Polizeibeamten, dokumentiert in den ersten Verhörprotokollen von Andreas Eichler, bereits zu einem Zeitpunkt, als von Frank Hoffmann überhaupt noch nicht die Rede war, davon ausgehen, daß mehrere Personen an den Schüssen beteiligt gewesen waren.
In diesen ermüdenden Verhandlungsphasen geht es letztlich darum, ob die damals angefertgten Verhörprotokolle rechtmäßig zustande gekommen sind, bzw. ob Andreas Eichler diese Protokolle auch tatsächlich gebilligt und unterschrieben hat oder, wie er sagt, diese kaum gegengelesen und trotzdem unterschrieben hatte, was seiner damaligen physischen und psychischen Ausnahmesituation entspricht, die er als nicht im Vollbesitz seiner Kräfte bezeichnet.

Resumee

Die gesamte Anklage basiert auf äußerst wenig Konkretem. Dies sind: der Waffenfund bei Andreas Eichler, die Schüsse selber, die insgesamt ca. 50 m auseinanderliegenden Patronenhülsenfunde und Schmauchspuren an Andreas Eichlers Handschuhen. Daneben gibt es die früheren Aussagen von Andreas Eichler und z.B. Baldur Opificius, die im großen aber im Prozeß zurückgenommen worden sind. Hier wird jetzt versucht werden, diese früheren Aussagen durch die Vernehmungsbeamten einzuführen und die aktuellen Aussagen als Lügen hinzustellen bzw. andersherum den Vernehmungsbeamten rechtswidriges Verhalten nachzuweisen.
Dies alles läuft in einem Wirrwarr von sich oft widersprechenden Aussagen ab, in denen sich kaum noch jemand zurechtfindet. Und dies alles in einem Klima, derade auch unter den Angeklagten, das alles andere als solidarisch ist und zum großen Teil durch versuchte taktische Meisterzüge der betei-

Schüsse verhandelt

Startbahn

ligten Verteidigungen geprägt ist. Lachende Dritte, ohne sich sehr anstrengen zu müssen, könnte dann sehr schnell die Bundesanwaltschaft sein.

Ausblick

Vom 5. Juli bis 5. August ist Prozeßpause. Danach wird wie bisher zweimal wöchentlich verhandelt. Ein Ende ist momentan nicht abzusehen. Ob es einen neuerlichen Ortstermin geben wird, ist noch unklar. Klar dagegen sind mittlerweile neue Pläne für den Frankfurter Flughafen - darüber mehr in der nächsten atom.

Ortstermin

29.5.90, 89. Verhandlungstag

Dieser Verhandlungstag war als Ortstermin an der Startbahn angesetzt. Es sollten vor allem die Hülsenfundorte in Augenschein genommen werden.
Hauptverhandlungstermin - das bedeutete: der gesamte Senat, die BAW, die Angeklagten und ihre Verteidiger, Polizei in Uniform und Zivil, Gerichtsbedienstete, Protokollantin, Gerichtspsychologe, Presse und natürlich jede Menge Zuschauer (ca. 50) an der Startbahn-West. Schon gegen 9.30 fuhren auf der Umgehungsstraße zwischen Mörfelden und Walldorf zahlreiche Polizeifahrzeuge herum. Polizeifahrzeuge plus Insassen auch an der Ecke Hochschneise/Gundweg, jedoch keine Kontrollen derjenigen, die durch den Wald zum Süd-Ost-Tor der Startbahn spazierten.
Dort bot sich ein Bild, wie wir es von zahlreichen Sonntagen her kannten: ein schöner sonniger Tag, an dem viele Menschen vor dem Tor standen oder saßen, die miteinander redeten oder warteten, daß sich das Tor öffnete. Pünktlich um 10.15 war es dann soweit und die Prozeßbeteiligten samt (uniformierten) Anhang verließen das Startbahnareal und traten heraus.
Dafür, daß dort immerhin ein Staatsschutzsenat tagte und zwei Vertreter der BAW anwesend waren, war relativ wenig Polizei präsent (ca. 20 in Uniform und einige noch in Zivil), was diese aber nicht daran hinderte, von Anfang an voller Pflichtgefühl die Zuschauer zu belästigen und zu drangsalieren.
Die mangelnde Vorbereitung des Ortstermins von Seiten des Senats war offenkundig: Richter Schieferstein hatte sich das so vorgestellt, daß in einem inneren Kreis die Prozeßbeteiligten und die zivilen Bewacher stünden. Die uniformierte Polizeikette sollte sich um diesen Pulk herumstellen und Zuschauer und Presse damit auf Distanz halten. So sollten gleichzeitig Sicherheit und Öffentlichkeit gewahrt bleiben - ein Unding, nicht nur weil an diesem Tag die Startbahn stark benutzt wurde und mensch oft vor lauter Lärm das eigene Wort nicht verstand. Auch unter "normalen" Bedingungen war es nicht möglich, wegen der großen Anzahl der Zuschauer der Hauptverhandlung zu folgen. Im Gegensatz zum Gerichtssaal (Mikrofon) waren keinerlei Vorkehrungen getroffen worden (z.B. Megaphon), die Öffentlichkeit zu wahren. Folgerichtig versuchten die ZuschauerInnen, möglichst weit nach vorne an den Ort des Geschehens zu kommen. Daß sie dabei auf Tuchfühlung mit dem Senat kamen, war seinen Angehörigen sichtlich unangenehm. Die Polizei wiederum drängelte und versuchte vergeblich, eine Kette zwischen Prozeßbeteiligten und -Beobachtern zu ziehen. Klar, daß dabei manch eine der ZuschauerInnen einen grünbefrackten Ellenbogen oder einen Stiefelabsatz zu spüren bekam - was erneute Empörung auslöste.
Richter Schieferstein weigerte sich standhaft, anzuerkennen, daß die Unruhe durch das Vorgehen der Polizei ausgelöst wurde. Sein Kommentar: "Seien Sie ruhig, dann verstehen Sie auch etwas." - was aus beschriebenen Gründen unmöglich war.
Die Presse filmte anfangs auch während der Verhandlung. Richter Schieferstein ließ diesen Teil ohne Filmkameras wiederholen.
Auf der Hälfte des Mittelwegs, kaum 50 Meter vom Tor entfernt, der erste Stopp: Richter Klein bekam kalte Füße und sagte zum Vorsitzenden Richter Schieferstein: Das Risiko ist mir zu groß, ich bin nicht bereit, weiter mit zu kommen. Ich gehe jetzt sofort zurück. Nach beruhigendem Zureden von seinen Kollegen ging er dennoch weiter mit.
Für den Senat sicherlich eine unangenehme Erfahrung: Ohne schützende Trennscheibe sich unter die Öffentlichkeit zu wagen und das noch an einem Ort, den wir als unser Terrain begreifen. Offensichtlich war auch, daß der Senat keinerlei Autorität besaß, die Ortsbegehung unter seinen Vorstellungen durchzusetzen. Folgt das Publikum im Gerichtssaal mehr oder weniger widerwillig den Anweisungen des vorsitzenden Richters, so nur aufgrund der Machtverhältnisse. Besteht diese Macht in Form von Gerichtsarchitektur, Eingangskontrollen, Trennscheibe, Polizei nicht mehr, werden selbstverständlich die Anordnungen ("Treten Sie hinter die Polizeikette zurück!' nicht mehr beachtet. Nichts neues, möchte mensch meinen, für den Senat aber anscheinend doch. Wie sonst wäre die Annahme von Richter Schieferstein zu erklären, der anscheinend der Meinung war, wir würden uns Kraft seines Wortes (materiell unterstützt durch die Polizei) als Öffentlichkeit von der Hauptverhandlung ausschließen lassen?

Über die Wegspinne ging es weiter in Richtung Wiese. Ein Polizeibeamter war als Zeuge geladen. Er hatte die Ermittlungen zu den Hülsenfundorten geleitet. Soweit akustisch verständlich, begann er gerade die Örtlichkeiten zu erläutern. Eine kurze Unterbrechung gab es, weil die RAs ebenfalls abgedrängt worden waren und weder vom Verhandlungsverlauf etwas mitbekamen, noch Kontakt zu ihren Mandanten hatten (die, mit Handschellen jeweils an einen Bewacher gefesselt, ansonsten ungehindert Kontakt zu den Zuschauern aufnehmen konnten).
Ein wesentlich schwerwiegender Zwischenfall, der letztlich zum Abbruch des Ortstermins führte, folgte sogleich:
Abseits von dem Weg, auf dem sich Prozeßbeteiligte und Publikum befanden, stand ein Kameramann auf der Wiese und filmte. Dazu ist zu sagen, daß anscheinend von der Pressestelle des Gerichts vor dem Ortstermin eine Auskunft erteilt wurde, daß von weitem gefilmt werden dürfe - was Richter Schieferstein jedoch zu Beginn der Hauptverhandlung widerrief und ein generelles Filmverbot aussprach. Einerlei, ob das dem Kameramann bekannt war oder nicht - Richter Schieferstein beließ es nicht beim Zurufen, das Filmen zu unterlassen, sondern legte höchstselbst Hand an. Mit ungeahnter Behendigkeit sprang er auf den Kameramann zu und drückte ihm die Videokamera herunter. Die Polizisten realisierten erst Sekunden später, daß die Judikative in Person des Vorsitzenden Richters eine Tätigkeit ausübte, die eigentlich ihr, der Exekutive, oblag. In einer Art nacheilendem Gehorsam wurde deshalb nochmal extra kräftig zugelangt.
Nicht genug damit, daß versucht wurde, dem Kameramann sein Produktionsmittel zu entreißen (das dieser verständlicherweise nicht freiwillig hergeben wollte), obwohl seine Kollegin offensichtlich bereit war, den Film aus der Kamera zu nehmen. Nein, damit konnten sie sich nicht zufrieden geben. Nachdem die Kamera endlich in ihren Händen war, ließen die 3-5 Uniformierten immer noch nicht ab, sondern warfen den Kameramann zu Boden, hielten ihn fest und drückten einen Schlagstock gegen seinen Hals. Trotz ZuschauerInnen-Protesten würgten sie ihn weiter. Jemand rief: "Jetzt laßt endlich los, der läuft schon ganz blau an!", doch auch das machte keinen Eindruck. Nach Sekunden, die in einer derartigen Situation äußerst lang erscheinen, ließen sie ihr Opfer endlich aufstehen, um es kurzfristig festzunehmen. Die Videokamera blieb konfisziert, der Filmer kam immerhin gleich wieder auf freien Fuß.
Da die ZuschauerInnen über diesen Vorfall entsprechend empört waren und die Stimmung immer angespannter wurde, brach Richter Schieferstein die Hauptverhandlung nach ca. 25 Minuten ab. Rechtsanwalt Borowsky widersprach dem erfolglos. Er meinte, es sei die Aufgabe Richter Schiefersteins, die Durchführung des Ortstermins zu gewährleisten. Richter Schieferstein daraufhin: Ich kann die Ortsbegehung doch nicht mit Gewalt durchsetzen.
RA Borowskys Erwiderung: "Von Gewalt hat ja auch keiner was gesagt!"

(Dieser Teil ist aus dem nach wie vor vorzüglichen und ungemein umfangreichen Prozeßinfo SOLIDARITÄT entnommen.)

Im Juni 1985 wurde ein Sprengstoffanschlag auf das Verwaltungsgebäude der Messe AG in Hannover verübt. Bei diesem Anschlag kam Jürgen Pemöller ums Leben. Im Zusammenhang damit wurde auch gegen Isabel Jakob als mutmaßliche Tatbeteiligte gefahndet. Sie stellte sich damals freiwillig drei Tage später den Behörden. (Wir berichteten damals ausführlich in der atom darüber). Es schloß sich eine enorme Repressionswelle gegen die sog. terroristische Vereinigung »Witschaftswunderkinder« an, in dessen Folge ein großer Teil der hannoverschen Scene mittels eines 129a-Konstrukts aufgerollt wurde.
Gegen Isabel wurde ein Verfahren nach 129a eingeleitet, was allerdings vor Gericht keinen Bestand hatte. Sie wurde daraufhin nach mehreren Monaten aus der U-Haft entlassen. Im Mai 1988 endete der Prozess gegen sie mit einem Urteil in Höhe von 4 1/2 Jahren Knast wegen Beteiligung an einem Sprengstoffverbrechen. Ihre Revision gegen das Urteil wurde im Februar dieses Jahres abgelehnt. Im März erhielt Isabel zum erstenmal einen Haftantrittstermin.
Im Laufe der U-Haft ist Isabel schwer erkrankt. Ihr Gesundheitszustand hat sich seither immer weiter verschlechtert. Aus diesem Grund stellte sie einen Antrag auf Haftunfähigkeit, woraufhin der Haftantrittstermin vorläufig ausgesetzt wurde. Solange, bis sich die Knastärztin des Frauenknastes Frankfurt-Preungesheim darüber geäußert hat, ob eine medizinische Behandlung Isabels im Knastkrankenhaus möglich ist oder nicht. Bejaht die Ärztin dies, dann muß Isabel sofort die Haft antreten.
In den letzten Monaten hat sich ein Kreis von Menschen bebildet, die dafür kämpfen, daß Isabel nicht in den Knast zurück muß. Es wurden verschiedene Flugblätter veröffentlicht, es gab eine Pressekonferenz und eine Kundgebung vor dem Justizministerium in Hannover und eine größere Veranstaltung in Frankfurt.
Isabel ist Anfang Mai 1990 in die Niederlande gegangen, u.a. weil die Mobilisierung zur Durchsetzung ihrer Haftunfähigkeit noch auf viel zu schwachen Beinen steht.
Wir dokumentieren im Folgenden eine Erklärung Isabels und die Kontaktadresse der Menschen, die sich um Isabel kümmern.

Bunte Hilfe Darmstadt,
Wilhelm-Leuschner-Str. 39
6100 Darmstadt
Tel.: 06151 - 20480

Spendenkonto:
Bunte Hilfe, Stichwort: Isabel
Sparkasse Darmstadt, BLZ 508 501 50
Kto.Nr.: 11003354

... körperlich verrecken oder als Mensch zerbrechen ...

Der Knast läßt keine Alternative

niederlande, 3. mai 1990

1985 wurde ich wegen eines anschlags auf das verwaltungsgebäude der messe ag in hannover verhaftet und war dann neun monate unter isolationshaftbedingungen im knast. im mai 1988 wurde ich zu 4 1/2 jahren verurteilt; nach der ablehnung der revision ist das urteil seit februar dieses jahres rechtskräftig.
im knast erkrankte ich an morbus basedow, einer autoimmunerkrankung, deren verlauf entscheidend von faktoren wie stress und der psychischen situation abhängt. ein wesentlicher faktor waren die zerstörerischen bedingungen der isolationshaft, fortgesetzt durch den permanenten druck der letzten vier jahre mit der drohung, mich jederzeit wieder einknasten zu können. das hat entscheidend mit dazu beigetragen, daß sich mein gesundheitszustand trotz jahrelanger therapie und einer operation nicht gebessert hat. knast bedeutet permanenter stress, sodaß davon auszugehen ist, daß sich in dem fall mein zustand weiter verschlimmern wird. deshalb bin ich haftunfähig, ein entsprechender antrag ist bereits bei der staatsanwaltschaft hannover gestellt worden. entschieden werden soll aufgrund einer stellungnahme der knast-ärztin in frankfurt-preungesheim, ob sie dort im knast eine behandlung von mir durchführen kann oder nicht, das heißt, sie soll als ärztlicher persilschein für politische interessen instrumentalisiert werden. das ist jetzt die situation.
statt zu warten bis ich abgeholt werde, habe ich mich entschieden, vorübergehend in die niederlande zu gehen, wo ich mich jetzt aufhalte; zumindest solange, bis es eine endgültige gerichtliche entscheidung gibt. das heißt **nicht** *illegalität, denn darum kann es für mich jetzt nicht gehen, weil das nicht meinen bedingungen entspricht, solange wie ich diese krankheit habe und dringend auf medizinische behandlung angewiesen bin.*
ich habe mich zu diesem schritt entschlossen, um für alle diejenigen, die jetzt angefangen haben, dafür zu kämpfen, daß ich draußen bleibe, den akuten verhaftungsdruck zu entschärfen und damit den politischen raum soweit zu öffnen, daß wir zusammen einen widerstand entwickeln können, der die forderung durchsetzt; die konfrontation in ihrer schärfe sichtbar zu machen und den politischen preis für die verantwortlichen hochzutreiben, wenn sie ihr verfolgungsinteresse tatsächlich durchziehen wollen. denn still und heimlich wird das nicht mehr laufen.
ohne massiven druck ist die brd noch nie bereit gewesen, auch nur minimale zugeständnisse gegenüber denen zu machen, die hier versuchen revolutionäre politik zu organisieren und nicht zu kapitulation und verrat im falle einer gefangennahme bereit sind. krankheit ist dabei für die schergen des systems mittel zum zweck, gerade im knast, wo krankheit gezielt durch die gewalttätigen bedingungen produziert und dann gegen die gefangenen gedreht wird, als permanente erpressung. in letzter konsequenz zielt das auf die alternative: körperlich zu verrecken oder als mensch zu zerbrechen.
das ist ihre gnade und gerechtigkeit, ihre praxis, wenn sie sagen: menschlichkeit; die in den letzten 19 jahren isolationsfolter -und das sind auch 19 jahre kampf dagegen, für die zusammenlegung als notwendige, existenzielle bedingung - auch ganz materiell über leichen gegangen ist: eine blutspur, die von den kaltblütigen morden an kämpfenden gefangenen (wie in stammheim, sigurd oder katharina) bis hin zur eingeplanten vernichtung durch ihr isolationsfolterprogramm reicht. einige genossInnen sind bereits so krank, daß ihre gesundheit unter diesen bedingungen nicht wieder hergestellt werden kann, und zwar unabhängig von der kosmetik sogenannter hafterleichterungen: bernd rössner, günther sonnenberg, claudia wannersdorfer und angelika goder, die nach einem jahr haftverschonung im juni wieder in den knast soll.
es reicht. schon lange. und jeder tag ist ein tag zuviel.

Nicaragua

Analyse einer Niederlage

Nr.134

Wolfgang Meyer
Nicaragua nach der Wahl

Inge Kleutgens
Stimmungsbericht aus San Miguelito

Helmut Schaaf
Der Medienkrieg

Stefan Flaig
Wie frei waren die „freien Wahlen"

Robert Dilger
Vor dem Abgrund

Thomas Gebauer
Die Revolution lief der Realität hinterher

Positionen der FSLN
Interviews mit Silvio Prado und Luis Carrión

Die Wahlniederlage der FSLN und die lateinamerikanische Linke
Kommentare u. Interv.

Wie weiter in der Nicaragua-Solibewegung?
Stellungnahmen von Gruppen, Projekten und Organisationen

Bericht vom Bundestreffen der Mittelamerika-Solidarität und Abschlußerklärung

Außerdem Beiträge zu Kolumbien, El Salvador, zum Leben Tina Modottis und zur Grünen Internationalismus-Diskussion

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika
erscheint 10x im Jahr, DM 4

ila

Oscar-Romero-Haus
Heerstr. 205
5300 Bonn 1

ak

Alle reden von der Krise der Linken. Wir auch.

Aber zugleich entwickelt sich in der marxistischen Linken eine Offenheit für Zusammenarbeit und streitbaren Dialog, die es jahrelang kaum gegeben hatte.

Blicke über die Zäune der eigenen Schrebergärten sind angesagt.

Dabei kommt mann/frau am ARBEITERKAMPF nicht vorbei.

Wir schreiben über:

- Aktionen und Diskussionen der radikalen Linken;
- PDS — sozialdemokratische Falle oder positive Herausforderung;
- imperialistische Deutschlandpolitik und die Kampagne „Nie wieder Deutschland";
- Kampf gegen den § 218;
- Faschisten und was man dagegen tun kann;
- Rassismus und Antisemitismus;
- politische Justiz und Haftbedingungen;
- Kriegspolitik und antimilitaristischer Kampf;
- Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt;
- soziale und nationale Konflikte in der UdSSR.

Der **ARBEITERKAMPF** erscheint vierwöchentlich als Zeitschrift des **KOMMUNISTISCHEN BUNDES** mit 40 Seiten im Zeitungsformat zu einem Preis von DM 5 pro Ausgabe. Er ist zu erhalten in allen linken Buchläden sowie in gut sortierten Zeitungsläden oder direkt bei der

Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36
Tel. 040 / 43 53 20

Der **ARBEITERKAMPF** kostet im Abonnement jährlich DM 60; halbjährlich DM 33 (Einzelbestellungen DM 5 + DM 1 Porto).

Kostenloses Probeexemplar bestellen!

Kinder von Tschernobyl

4 JAHRE DANACH:

In den stark radioaktiv verseuchten Gebieten leben ca. 60.000 Kinder unter 15 Jahren.
Viele leiden an lebensbedrohlicher Schwächung des Immunsystems, Krebs, Schilddrüsenfehlfunktionen oder Trübung der Augenlinsen.
Die psychischen Auswirkungen ihrer Lebenssituation sind kaum einzuschätzen.

Sie brauchen unsere Hilfe

Schmerzmittel, Kindernahrung, Vitaminpräparate, Medikamente, Einwegspritzen und Medizin. Geräte.

Spendenkonto Nr. 412 422
bei der Raiffeisenbank
München Aubing e. G.
BLZ 701 694 64

Kennw.: KINDER VON TSCHERNOBYL

Bei vollständiger Angabe Ihrer Adresse erhalten Sie eine steuerlich abzugsfähige Spendenbescheinigung.
Wir garantieren, daß Ihre Spenden die betroffenen Kinder auf direktem Weg erreichen.

MÜTTER GEGEN ATOMKRAFT E.V.

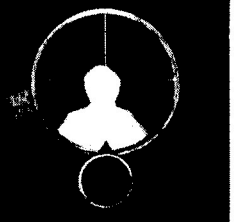
Hagenbacher Str. 37,
8 München 60, Tel. 089/87 98 50
Di. und Do. 9 - 11 Uhr.

Aus dem Inhalt:

Staatsräson vor Opferschutz?
Stationen einer Geisennahme
Politische und rechtliche Aufarbeitung
Präzisionsschützen
Kurzer Prozeß: Totschlag auf Befehl?
Geld oder Leben?
Todesopfer der „Inneren Sicherheit"
Polizeiliche Todesschüsse 1980–1988

Bestellung: 64 S. DIN A4, Preis: 6,50 DM + Versand
„BürgerInnen kontrollieren die Polizei"
Charlottenstr. 3, 2800 Bremen 1
Kto. Nr. 4880 01-201 PSchA Hamburg (J. Kempas)

Mit tödlicher Sicherheit



Zum Gladbecker/Bremer Geiseldrama und die Debatte um den gezielten Todesschuß

Mit Dokumenten und Beiträgen:

Rolf Gössner
Reinhard Engel
Leon Reindl
Lore Exner
Manfred Such
Roland Appel
Martin Thomas
Bürgerrechte & Polizei (Berlin)

Herausgegeben von
„BürgerInnen kontrollieren die Polizei" (Bremen) und den „Grünen" in Bremen, Nordrhein-Westfalen und im Bundestag.

Ausgabe Mai/Juni 1990:
"Laßt Euch nicht verarschen!"
Was ist in der BRD eine Gewerkschaft?
Zukünftige Arbeit der FAU
DGB in der DDR
Ausschlußverfahren bei OPEL Bochum -
England: Polltax, Rank & File-Bewegung
Gewerkschaften und Anarchismus
in Südkorea
USA: Pittstone-Streik
- und vieles mehr auf 16 Zeitungsseiten
zum Spottpreis von DM 1.50

Zum Kennenlernen: Probeheft!
»da«, Lagerstraße 27, 2000 Hamburg 36

direkte aktion
Anarchosyndikalistische Zeitung
Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union in der IAA

FORSCHUNGSJOURNAL
Neue Soziale Bewegungen

Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie & Infomarkt: 4x pro Jahr auf 120 Seiten.

→ Fakten statt Mythen

Gegenexperten in der Risikogesellschaft Heft 1/90

Soziale Bewegungen und politischer Wandel im Osten Europas Heft 2/90

Sozialstruktur und kulturelle Praxis Heft 3/90

Großstadt und neue soziale Bewegungen Heft 4/90

Bestellanschrift und Aboabwicklung:
SP-Verlag
Deutschhausstraße 31
3550 Marburg

Redaktionsanschrift:
Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen
c/o Thomas Leif
Neubauerstraße 12, 6200 Wiesbaden

Ich bestelle:
☐ Jahres-Abonnement des Forschungsjournals NSB (DM 42,- / DM 36,- für StudentInnen und Erwerbslose)
☐ Einzelexemplar Nr._____/90 (DM 12, 50)
Einzelexemplare der Jahrgänge 88/89: (Exemplare aus 1988 DM 6,-):
☐ Geschlechterverhältnis in den NSB
☐ Parteien und NSB
(Exemplare aus 1989 DM 9,-):
☐ Medien und neue soziale Bewegungen
☐ Alternativökonomie
☐ Institutionalisierungstendenzen
☐ Sonderheft 1989: 40 Jahre BRD - 40 Jahre soziale Bewegungen (DM 12,-)

Name

Straße

PLZ, Ort

Datum *Unterschrift*

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.

Datum *Unterschrift* 1/90

NEU
ERSCHEINUNG

Ein unverzichtbares Buch für jeden, der informiert sein will über die Bedeutung des 500. Jahrestages der „Entdeckung".

Beiträge von:
Bonasso / Branscheidt / Chomsky / Guzmán / Dieterich / Egaña / Gottwald / Reemtsma / Roth / Schmidt.

(Auszugsweiser Vorabdruck in der Mai-Ausgabe von „konkret")
280 S., DM 19.80+3.- Porto
Bestellungen an:

medico international SERVICE
Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1
Telefon: 0 69 / 4 99 00 41/2/3

Schwarzes Brett

»Atomkraft-Nein-Kalender 91«

Und nun zum nächsten Kalender. Allseits bekannt, deshalb nur die Kurzinformation, daß es den berühmt-berüchtigten AKW-Kalender auch für 1991 wieder gibt. Preis diesmal 9.-DM, ansonsten alles beim alten und zu bestellen bei:

Umweltzentrum Münster
Scharnhorststr.57
4400 Münster

Schwarzer Faden-Fest

Wir laden alle LeserInnen und solche, die es endlich werden wollen, alle nimmermüden Anarchos und Anarchas, befreundete Redaktionen und Verlage und letztlich alle, die Lust auf ein Fest haben, herzlich ein. Das Fest findet ab 15 Uhr am Samstag, den 28.7.90 in Karlsruhe statt. Ort:

Gewerbehof, Steinstr.23 in Karlsruhe

»Feuer und Flamme«

Endlich erschienen, endlich da. Das Buch zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen. Absolut lesenswert, soviel schon vorweg. In der nächsten atom kommt eine ausführliche Vorstellung/Besprechung. Wers nicht solange aushalten kann. Das Buch gibts für 22.-DM plus Porto bei der atom oder direkt bei:

Edition ID-Archiv im IISG
c/o Aurora
Knobelsdorferstr.8
1000 Berlin 19 (030-3227117)

Info-Laden Adelante

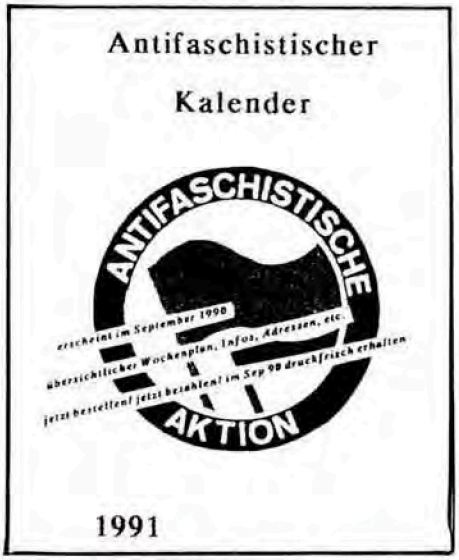
Voraussichtlich Mitte Mai wird in Hamburg-Harburg ein neuer Info-Laden eröffnet. »Da wir auch auf Infos, Zeitungen, Flugis, Broschüren etc. aus Euren Städten und Regionen angewiesen sind, würden wir es sehr begrüßen, wenn Ihr uns zu allen möglichen Themen und Bereichen (Antifa, Internationalismus, Frauenkampf, Häuserkampf, Antisexismus, Repression, Soziale Kämpfe etc.) etwas zuschicken würdet, uns über Termine und Aktionen informiert ...«

Kontakt:
Info-Laden Adelante im GAL-Büro Harburg
Hohe Str.26 in 2100 Hamburg 90

Broschüre Schacht Konrad

»Kein Atommüllager in Schacht Konrad«, von Anna Masuch, Hannover, März 90, 36 Seiten A4 für 4.-DM, zu beziehen über:

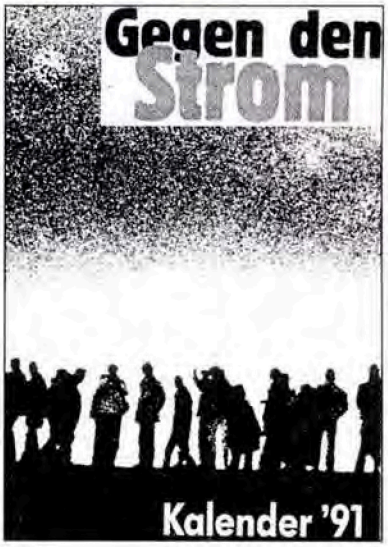
Energiewendegruppe Hannover
Harnischstr.9
3000 Hannover 1
0511-625100



Antifaschistischer Kalender

Erstmals wird es für 1991 einen antifaschistischen Taschenkalender geben. Der Kalender wird herausgegeben von verschiedenen antifaschistischen Gruppen aus der BRD und dem Antifa-Plenum Münster. Technisch produziert wird er im Unrast-Verlag. Der Kalender kostet 9.50 DM, bis zum 30.7. gibts ihn zum Subskriptionspreis von 8.-DM. Wiederverkäufer erhalten entsprechende Rabatte. Bestellungen an:

unrast-Verlag
Querstr.2
4400 Münster



»gegen den strom« Politischer Kalender 1991

Und noch ein Kalender. Diesmal herausgegeben von der atom-Redaktion Göttingen und erschienen im Verlag Die Werkstatt Göttingen. Kalenderkonzept ist, quer durch die radikalen politischen Bewegungen sich zu bewegen, über die Anti-AKW, Antifa-, Anti-Kriegs, Gen-, 3.Welt und Internationalismusbewegung. Schwerpunkt dieses Kalenders die Diskussion »Nie wieder Deutschland«. Mit einem umfangreichen Adressenteil durch die gesamte BRD und DDR-Opposition.
Preis 9.50 DM, Rabatte für Wiederverkäufer. Zu bestellen über die atom oder:

Verlag die Werkstatt · Auslieferung
Thoradestr.1 in 2902 Rastede
Tel.04402-83326 bzw. Fax 83327

»Wahlen ändern nichts«

Durch Wahlen ist noch kein AKW und keine WAA verhindert worden. Nur die gemeinsame Stärke sozialer Bewegungen von unten kann menschenverachtende Entwicklungen stoppen.

Diesen Aufkleber gibts für -.60 DM per Stück (Mindestmenge 10 Stck.) und 35.-DM per 100, bei:

G.Grünekker
Otto-Heise-Str.2
3163 Sehnde 2

Collection Labadie Foundation
www.laka.org
Digitized 2016